Montag, 20. Mai 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 115 - 21.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

SPD-Team? In die Diskussion um den SPD-Kanzlerkandidaten für 1987 hat NRW-Ministerpräsident Rau – der derzeit aussichtsreichste Anwärter – eine neue Überlegung gebracht. „Man kann ja auch mal mit einem Team in die Wahl gehen", sagte er in einem Interview. Offenbar denkt Rau an eine Kombination mit Bundestags-Fraktionschef Vogel. (S. 8)

Ärztetag: Mit hitzigen Auseinandersetzungen über das geplante Zivilschutzgesetz endete der 88. Deutsche Ärztetag. Delegierte äußerten sich empört darüber, daß der Kongreß dieses Thema nicht als wichtig genug für eine Debatte befunden habe. (S. 8)

Kernenergie: Mit großer Mehrheit sprach sich ein Sonderparteitag des SPD-Bezirks Hessen-Süd für den Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft aus. (S. 8)

Gastarbeiter: Erstmals in Frankreich wurden in der 27 000-Einwohner-Stadt Mons-en-Bareuil drei afrikanische Gastarbeiter in den Stadtrat gewählt. Die von Premier Fabius gewünschte Beteiligung von Gastarbeitern an Kommunalwahlen hat im Land eine scharfe Kontroverse ausgelöst.

Weinberger: Zum Besuch der US-Truppen hält sich der amerikanische Verteidigungsminister morgen in Berlin auf.

Reagan droht: Mit einer aggressiven Rundfunkansprache eröffnete US-Präsident Reagan die entscheidende Phase der Schlacht um sein Budget für 1986. Er drohte, sich unmittelbar an das Volk zu wenden, falls der Kongreß sich nicht auf einen Kompromiß beim Rüstungsbudget einlasse. (S. 8)

Dialog: Washington und Moskau verhandeln erstmals seit 1978 wieder auf hoher Ebene über den bilateralen Handel. US-Minister Baldrige trifft heute in Moskau mit Außenhandelsminister Patolitschew zusammen.

Khomeini: Der in Paris lebende frühere iranische Regierungschef Bachtiar forderte seine Anhänger in Iran auf, die Demonstrationen gegen das Khomeini-Regime einzustellen. Neue Aktionen mit dem Ziel, das Regime zu stürzen, würden in Kürze verkündet. (S. 5)

Attentat: Zu dem Sprengstoffanschlag in Riad, bei dem eine Person getötet wurde, bekannte sich die Extremistenorganisation „Islamischer Heiliger Krieg". Weitere Anschläge würden folgen, um die saudische Dynastie „in ihren Grundfesten zu erschüttern".

Appell: Nach der Einstellung der mexikanischen Erdöllieferungen hat Nicaragua die sowjetische Regierung gebeten, für die Ölversorgung des Landes zu sorgen.

ZITAT DES TAGES



»Wir haben keinen Bildungsnotstand, sondern einen Erziehungsnotstand«

Bundestagspräsident Philipp Jenninger vor dem Bundesverbandstag der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung (S. 4)
FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Agrarmarkt: In der Industrie braut sich Unmut über die Agrarpolitik der Bundesregierung zusammen. Seit die Deutschen in der EG als Fordernde auftreten, sehen die Verbände den Konsens gefährdet, daß die Deutschen im Agrarbereich zuzahlen, die EG-Partner dafür aber im gewerblichen Bereich Handelsschranken abbauen. (S. 9)

US-Zinsen: Die amerikanische Notenbank hat den Diskontsatz von acht auf 7,5 Prozent gesenkt. Unmittelbar darauf reduzierten die großen Geschäftsbanken Citibank und Chase Manhattan die Prime Rate um einen halben Punkt auf zehn Prozent. (S. 9)

Brasilien: Für „realistische Ziele" bei der Umschuldung der brasilianischen Auslandsschulden sprach sich Bundeswirtschaftsminister Bangemann in São Paulo aus. Bei Umschuldungen sollten sich die Beteiligten darauf einrichten, daß kurzfristig ein Abbau der Schulden nicht zu erreichen sei. (S. 9)

Guthaben blockiert: Die argentinische Zentralbank hat alle Bankguthaben in ausländischen Währungen für 120 Tage eingefroren. Zahlreiche Banken hatten ihren Kunden empfohlen, ihre Dollarguthaben aufzulösen, nachdem Gerüchte aufgetaucht waren, die Zentralbank werde den Zwangsumtausch in Peso anordnen.

KULTUR

Hochschulen: Wie kann die millionenfache Fehlentscheidung junger Menschen, zu studieren, obwohl sie es besser lassen sollten, möglichst frühzeitig und schmerzlos korrigiert werden? Wege aus dieser Malaise suchte der Hochschulverbandstag in Osnabrück. (S. 17)

Etrusker: Mit großem Aufwand erinnert sich die Toskana ihrer etruskischen Ahnen. Höhepunkt des jetzt von Staatspräsident Pertini eröffneten „Jahrs der Etrusker" ist ein Kongreß in Florenz, auf dem Historiker aus aller Welt die Ergebnisse neuester Forschungen vorlegen. (S. 17)

SPORT

Tennis: Die Amerikanerin Chris Evert-Lloyd wurde in Berlin Internationale Deutsche Meisterin. Im Finale besiegte sie Steffi Graf aus Heidelberg nach spannendem Verlauf mit 6:4, 7:5. (S. 15)

Motorsport: Martin Wimmer siegte beim Großen Preis von Deutschland für Motorräder auf dem Hockenheimring in der Klasse bis 250 ccm. Anton Mang wurde Dritter. (S. 13)

AUS ALLER WELT

Schridde: Bei einem Fluzeugabsturz in Niedersachsen sind der Springreiter Hermann Schridde und eine 27jährige Frau ums Leben gekommen. Der Hauptfallschirm eines Mannes, der aus der von Schridde gesteuerten Maschine absprang, hatte ein Seitenleitwerk beschädigt. (S. 13)

Grubenunglück: 62 Kumpel sind bei einer Gasexplosion in einem Kohlebergwerk auf der nordjapanischen Insel Hokkaido getötet und 24 zum Teil schwer verletzt worden. (S. 18)

Wetter: Weiterhin meist heiter. Kaum Niederschlag. Bis 24 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Der Kanzler will Klarheit: Spricht Schmude für die SPD?

„Klarstellungen" zu Angriff auf Grundgesetz können Bedenken nicht zerstreuen

DW. Bonn

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Jürgen Schmude, hat mit „Klarstellungen" zu seiner Bonner Rede, in der er den Wiedervereinigungsauftrag des Grundgesetzes zur Diskussion stellte, Befürchtungen im Koalitionslager in dieser sensiblen politischen Frage nicht zerstreuen können. CDU/CSU und FDP bemühen sich auszuloten, ob Schmudes Ausführungen, wie von diesem beteuert, tatsächlich nur als „Privatmeinung" einzustufen sind oder ob sie eine Strömung in der SPD widerspiegeln. Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble will schon heute mit Schmude sprechen, um Klarheit zu gewinnen. Schäuble ist wie Bundeskanzler Kohl der Ansicht, daß es eine Gemeinsamkeit mit der SPD in der deutschen Frage nicht geben könne, wenn Schmudes Ansichten zum Wiedervereinigungsgebot und zum Selbstbestimmungsrecht sozialdemokratische Politik würden.

Der Kanzleramtsminister zeigt sich beunruhigt darüber, daß innerhalb der SPD auch andere mit ähnlichen Überlegungen hervorgetreten seien. „Da ist bei der SPD etwas im Werden", meint Schäuble. In Bonn wurde mit besonderer Aufmerksamkeit registriert, daß der SPD-Politiker seine deutschlandpolitischen Vorstellungen (Forum war ein Arbeitskreis des Kuratoriums Unteilbares Deutschland) nur wenige Stunden nach der Rückkehr aus Ost-Berlin vortrug, wo er an den Gesprächen des Oppositionsführers Hans-Jochen Vogel mit der Führung der SED teilgenommen hatte. Vogel war mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker zusammengetroffen.

LEITARTIKEL SEITE 2:
Der gebrochene Sohn
SEITE 4:
Weitere Beiträge

Schmude versuchte gestern den verbreiteten Unmut in Bonn mit der Bemerkung zu dämpfen, seine öffentlich geäußerten Überlegungen zielten nicht auf eine Änderung des Grundgesetzes, sondern auf eine „weitere Interpretation" der Präambel, die den konkreten Auftrag zur Wiederherstellung der deutschen Einheit enthält. Im Gespräch mit der Nachrichtenagentur Reuter sagte er, eine Verfassungsänderung wäre „erst die äußerste Konsequenz". Aber wie bereits in seiner Bonner Rede, die von den Zuhörern mit Verblüffung aufgenommen wurde, weil hier ein ehemaliger Bundesjustizminister einen Generalangriff gegen das Wiedervereinigungsgebot führte, bezeichnete es Schmude auch in seinen „Klarstellungen" als Ziel der von ihm favorisierten Politik, neben dem Verfassungsauftrag zur staatlichen Einheit „auch andere Lösungen" zu ermöglichen.

„Das ist ein Zeichen für den Niedergang der SPD, das wäre ein Schritt zum Untergang Deutschlands", ließ sich der CSU-Vorsitzende Strauß vernehmen. Der Berliner Justizsenator Professor Rupert Scholz, einer der Kommentatoren des Grundgesetzes, sieht eine neue Epoche in der SPD-Politik eingeläutet. Und der Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Lothar Löffler kommentierte: Wer die Präambel verändern oder streichen wolle, gefährde den Konsens aller Deutschen.

Papst warnt vor „Berufstheologen"

Vor belgischen Bischöfen beklagt Johannes Paul II. Fehlentwicklungen nach dem Konzil

F. MEICHSNER, Brüssel

Deutlicher und schärfer als jemals zuvor hat Papst Johannes Paul II. in Belgien an der nachkonziliaren Entwicklung der katholischen Kirche Kritik geäußert. In einer Rede vor den belgischen Bischöfen beklagte er einen „Verfall des Religiösen" aufgrund von Fehlinterpretationen der Konzilsbeschlüsse.

„Das 2. Vatikanische Konzil", so erklärte er, „hat der Kirche die Grundprinzipien und die Mittel gegeben, um eine angemessene geistliche Erneuerung durchzuführen. Aber weil diese falsch angepackt, schlecht verstanden und falsch angewandt wurden, hat dies hier und da zu Verwirrung und zur Uneinigkeit geführt; und ein Verfall des Religiösen war unumgänglich."

Man solle jetzt weniger über die schweren Bedingungen klagen, fügte der Papst hinzu, und „eher etwas gegen die Unzulänglichkeit der Christen im Geistlichen unternehmen, anders ausgedrückt: an der Gestaltung ihres Glaubens arbeiten und allen Zeitgenossen den Glauben verkündigen".

Ausdrücklich wandte sich Johannes Paul II. gegen „Berufstheologen", die versuchen, ein „paralleles Lehramt" zu bilden, gegen ein Apostolat, das sich im sozialen Engagement erschöpft, und gegen die Beschränkung des Priestertums zugunsten einer vermehrten Übertragung von Aufgaben an die Laien.

In puncto Theologie forderte er die Bischöfe auf „vor Ort selbst Bischof und Theologe zu sein". Sie sollten zwar mit den Berufstheologen zusammenarbeiten, dabei jedoch darauf achten, daß diese nur „methodisch den Inhalt des Glaubens erforschen, ohne ein paralleles Lehramt zu bilden". Die Theologen hätten lediglich aufgrund der Aufgabe zu unterrichten, die ihnen „vom legitimen Lehramt zugeteilt worden ist". Es gebe nur ein Magisterium, nämlich dasjenige der mit Petrus verbundenen Apostel und ihrer Nachfolger, und dieses Magisterium habe die Aufgabe, Irrtümer beim Namen zu nennen.

Der Papst hob die Notwendigkeit *des Gebets hervor. „Diejenigen, die* sich von ihrem sozialen Engagement voll einnehmen lassen und das Gebet nicht pflegen, laufen Gefahr, ihren christlichen Charakter und ihre wahre Wirksamkeit zu verlieren."

Der ehemalige Erzbischof von Mecheln und Brüssel, Kardinal Suenens, der einer der Konzil-Moderatoren gewesen war, sagte am Vortage der päpstlichen Rede – offensichtlich schon in Kenntnis ihres Textes –, es gehe hier nicht um „Restauration", nicht darum, rückwärts zu gehen, sondern darum, Dinge klarzustellen, die falsch verstanden worden seien. „Seit zehn Jahren wiederholt man immer wieder, daß man, um dem kleinen *Hans Latein beibringen zu können*, ihn vor allem erst einmal genau kennenlernen müsse. Das stimmt. Aber wenn man sich darauf beschränkt, immer nur das zu sagen, wird es ein Irrtum. Der Moment ist gekommen, den kleinen Hans nun auch Latein zu lehren."

Khadhafi setzt in Sudan ein Signal

Kairo besorgt über fortschreitende Annäherung / Khartum sieht keine Alternative

PETER M. RANKE, Kairo

Bei einem überraschenden Besuch in Khartum hat der libysche Revolutionschef Muammar Al Khadhafi dem *Vorsitzenden des sudanesischen Militärrats*, General Suwar-El-Dahab, zugesichert, daß Libyen die Rebellen in Südsudan nicht mehr unterstützen werde. Außerdem sagte er Sudan Finanzhilfe in unbekannter Höhe zu. Regierungskreise sprechen von 500 Millionen Dollar für die nächsten beiden Jahre. Damit haben sich die Hinweise auf eine Annäherung der beiden Länder, die von der ägyptischen Regierung mit Sorge verfolgt wird, verdichtet.

Nach vier Stunden schon flog Khadhafi weiter nach Saudi-Arabien, wo er von König Fahd empfangen wurde. Angeblich hat er die Saudis beschworen, keine diplomatischen Beziehungen zu Ägypten *aufzunehmen, dem gestürzten Numeiri* kein Exil zu gewähren und die finanzielle Hilfe für Irak im Golfkrieg einzustellen.

Das Werben Khadhafis um das neue Regime in Khartum hatte gleich nach dem Sturz von Numeiri am 6. April begonnen. Sein Ziel ist eindeutig: Er will die Achse Kairo–Khartum aufbrechen und Ägypten isolieren. Schon am 24. April haben Sudan und Libyen wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen.

In Kairo, wo ägyptische Regierungskreise ihre Beunruhigung über die Entwicklung hinter äußerer Gelassenheit verbergen, weist man darauf hin, daß sich Khadhafi jetzt in Sudan offenbar am Ziel glaube. Das Ende seiner Unterstützung für die seit zwei Jahren im Süden des Sudan kämpfenden Rebellen habe er mit der Zusage der sudanesischen Militärs erkauft, jede Hilfe für die Regierung Hissane Habre im Tschad abzubrechen. Khadhafis Aktionen im Tschad würden daher die ersten Prüfsteine für die neuen Beziehungen Sudan–Libyen sein.

Sudanesische Diplomaten in Kairo betonen, die neuen Machthaber in Khartum wollten ihr Verhältnis zu Kairo und Tripolis lediglich ausbalancieren. Zur wirtschaftlichen Entwicklung und vor allem für die Erdölförderung brauche man Ruhe im Süden und sei daher auf ein Ende des Bürgerkrieges angewiesen. Darum sei man an Khadhafi nicht vorbeigekommen.

Ägyptische Regierungskreise erklären, die ägyptische Armee habe gerade erst Manöver im Grenzgebiet zu Libyen beendet. An der Feindseligkeit Khadhafis habe sich nichts geändert. Kairo will an dem Verteidigungsbündnis mit Sudan von 1976 und dem Integrationsabkommen von 1982, das eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit vorsieht, festhalten.

Die Ägypter fürchten allerdings, daß Sudan die Annäherung an Libyen als Druckmittel verwendet und von Kairo eine Neuverteilung der Nilwasserquoten verlangt, zumal der Nil wegen der Trockenheit im Süden den niedrigsten Wasserstand seit 300 Jahren aufweist.

Schröder schließt Koalition mit den Grünen nicht aus

DW. Rastatt

Der Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahlen 1986 in Niedersachsen, Gerhard Schröder, lehnt eine Koalition mit den Grünen nicht kategorisch ab. Schröder sagte bei einem Streitgespräch in Rastatt mit dem Bundestagsabgeordneten der Grünen, Otto Schily, er gehöre nicht wie Heiner Geißler zu der Sorte Politiker, die Grüne für unberührbar erklärten. Natürlich wolle er am liebsten mit absoluter SPD-Mehrheit Ministerpräsident in Niedersachsen werden, aber wenn es alleine nicht reiche, werde er sich Gesprächen mit den Grünen nicht verschließen. Schröder fügte allerdings hinzu, er werde nicht mit Leuten ein Programm verabschieden, die dann nach zwei Jahren wegrotierten. Aber wenn sich die Grünen als verläßliche Partner darstellten, werde an ganz konkreten Fragen zu entscheiden sein, ob es zu einer Koalition komme.

Kohl und Thatcher stimmen bei SDI weitgehend überein

DW. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und die britische Premierministerin Margaret Thatcher haben am Samstag in Chequers bei London den nächsten EG-Gipfel vorbereitet. Neben der Europapolitik waren Ost-West-Fragen sowie eine stärkere Zusammenarbeit in der Außen-, Sicherheits- und Technologiepolitik besprochen worden. Zwischen Kohl und Frau Thatcher gab es bei der Beurteilung der amerikanischen Pläne für ein Raketenabwehrsystem im Weltraum (SDI) „weitgehende Übereinstimmung".

Vor dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft Ende Juni in Mailand diskutierten die beiden Regierungschefs auch über die Vorschläge der Dooge-Kommission zur Verbesserung von Entscheidungsprozessen in der EG und über die Rolle des Europa-Parlaments.

Jenninger verärgert über Umstände der „DDR"-Absage

DW. Bonn

„Erstaunen und Verärgerung" haben in der Umgebung von Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) die Umstände der Absage des für Mitte Juni geplanten Besuchs von „DDR"-Volkskammerpräsident Horst Sindermann ausgelöst. Ein Sprecher *Jenningers erklärte*, der Bundestagspräsident habe bisher keine offizielle Absage erhalten.

Zu dem in Presseberichten angeführten Grund der Absage, wonach sich Jenninger geweigert habe, Sindermann im Bonner Amtszimmer des Parlamentspräsidenten zu empfangen, wollte sich der Sprecher nicht äußern. Er betonte, die Modalitäten der Begegnung seien nicht abschließend vereinbart gewesen.

In den Presseberichten hieß es, Sindermann empfinde eine solche Behandlung als „Herabsetzung" und wolle erst nach Bonn kommen, wenn er „gleichrangig" behandelt werde.

DER KOMMENTAR

Zuviel des Weltlichen

FRIEDRICH MEICHSNER

Der *Papst hat in seiner Rede* an die belgischen Bischöfe die „tiefe Krise" genannt, die viele Gläubige seiner Kirche ergriffen hat. Diese Krise ist weithin evident. Sie betrifft keineswegs nur die holländische Kirche, obwohl sie sich dort im Laufe der jetzigen Papst-Reise am krassesten manifestierte, und sie ist keineswegs auf den Katholizismus beschränkt. Die Hauptursache dafür sieht Johannes Paul II. darin, daß die Säkularisierung – an sich „ein Aspekt legitimer Unterscheidung zwischen Weltlichem und Geistlichem" – das innerkirchliche Leben angetastet hat.

Daß dem so ist, kann kaum bestritten werden. In der Frage nach dem Warum gehen freilich die Meinungen weit auseinander. Für seine eigene Kirche gibt der polnische Papst einer Fehlinterpretation des konziliaren Erneuerungsgeistes die Schuld. Dieser Geist sei „schlecht verstanden" und „falsch angewandt" worden. Das habe zu einem „Verfall des Religiösen" geführt. Damit werden viele nicht übereinstimmen.

Seit seiner Wahl zum Papst ist Karol Wojtyla niemals müde geworden, seine tiefe Überzeugung kundzutun, daß es die vordringlichste Aufgabe der Kirche sei, die Menschen in ihrem Glauben zu stärken. Immer wieder machte er *deutlich, daß die Botschaft des* Evangeliums nicht als sozialrevolutionäre Handlungsanweisung mißbraucht werden dürfe, auch dort nicht, wo ihr Gebot der Nächstenliebe schändlich verletzt wird.

Mit dieser These schwimmt der Papst gegen einen Strom an, der in den letzten Jahrzehnten sowohl in der katholischen Kirche als auch in anderen Kirchen ständig stärker wurde. Seine Parole heißt: soziales Engagement. Der Papst wird von dieser Seite des Versuchs der Restauration beschuldigt – ein politisch getönter Begriff, den Kardinal Ratzinger vor einigen Monaten vielleicht etwas *leichtfertig* in die *Diskussion* gebracht hatte. Trifft das aber wirklich den Kern des päpstlichen Wollens?

Die Restauration, die dieser Papst mit aller Leidenschaft anstrebt, ist die Restauration verlorengegangener Glaubenswerte, eine der großen Gemeinschaftsaufgaben unserer Epoche. Erst wer bereit ist, sich dieser großen Herausforderung mit zu stellen, mag das moralische Recht haben, mit dem Papst über das Wie zu rechten. Ob Johannes Paul II. dann seinen Weg zur unfehlbaren „ex cathedra"-Entscheidung deklarierte, bliebe abzuwarten. Im letzten geht es ihm gewiß nicht um den Weg, sondern darum, ans Ziel zu gelangen.

„Mehr zur Dynamisierung der Wirtschaft unternehmen"

Arbeitgebermahnung an Bonn / Blüm: Not in neuer Form

DW. Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) hat den Unternehmern beim Abbau der Arbeitslosigkeit die Hauptverantwortung zugewiesen. Deren Ertragslage sei „hervorragend", argumentierte Blüm im Süddeutschen Rundfunk. „Einstellen" sei daher das Gebot der Stunde. In dieser Frage stehe auch die Soziale Marktwirtschaft auf dem Prüfstand.

Daß mehr gegen die „unerträglich hohe Arbeitslosigkeit" getan werden müsse, räumte auch der Vorsitzende der Vereinigung der Schleswig-Holsteinischen Unternehmerverbände, Klaus Murmann, ein. Murmann, der Anfang 1987 die Nachfolge des derzeitigen Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, antreten soll, sagte der Nachrichtenagentur AP: „Nach meiner Meinung muß unsere gesamte Gesellschaft ihre echte Betroffenheit zu dem Problem der Arbeitslosen*quote mehr kundtun, und es müssen* in der Tat auch die heute schon bestehenden Möglichkeiten wirklich besser genutzt werden." Gleichzeitig sprach sich Murmann dafür aus, „besonders in den unteren Tarifstufen die Arbeitskosten für die Betriebe zu senken". Dieses sollte durch eine Entlastung der Lohnnebenkosten geschehen. „Das kann natürlich keinesfalls in erster Linie so sein, daß der ohnehin schon am schlechtesten Bezahlte nun netto nennenswert gedrückt wird, sondern das muß auf der Schiene der Lohnnebenkosten gehen, es muß auf der Schiene möglicherweise auch weiterer Steuerentlastungen geschehen."

Murmann legte sich in dem Gespräch nicht fest, ob die Steuerreform in einem Stück oder in zwei Stufen verwirklicht werden soll. Er halte es aber für notwendig, sagte er, daß die Bundesregierung für den Zeitraum 1986/87 etwas Zusätzliches zur Dynamisierung der Wirtschaft unternehme. „Wozu sie sich dann entschließt, das muß sie schließlich selbst wissen. Und wenn sie sich endgültig entschieden hat, sollten wir als Wirtschaftsbürger wissen, daß dieses nun auch endgültig gilt und nicht morgen schon wieder in Frage gestellt wird", fügte Murmann kritisch an die Adresse der Bundesregierung hinzu. Er plädierte für einen Abbau der Subventionen, weil auch eine Beseitigung von „Subventionsgestrüpp" dem Arbeitsmarkt helfen könne.

In seinem Südfunk-Interview stellte Minister Blüm dem Begriff „neue Armut", mit dem die Opposition und die Gewerkschaften operieren, die Formulierung „Not in neuer Form" gegenüber. Blüm will damit sagen, daß die soziale Frage nicht auf die Diskussion „über Heller und Pfennig" beschränkt werden dürfe, er meint vielmehr das Phänomen menschlicher Isolierung in einer mit materiellen Gütern gesegneten Welt. Der Minister: „Es kann sehr kalt werden in einer Gesellschaft, die Wohlstand hat und wenig Nachbarschaft."

In einer Bewertung des Landtagswahl-Ergebnisses von NRW kommt Blüm zu dem Schluß, daß die Bundesregierung den Sinn des Sparens und der Opfer nicht klargemacht habe. Sie habe also jetzt „Nachholbedarf in ihrer Verkaufsabteilung".

Sri Lankas Präsident fordert Soldaten zu Zurückhaltung auf

Übergriffe auf Zivilisten? / Militärbudget wird erhöht

DW. Colombo

Angesichts der jüngsten Unruhen und Massaker im Lande hat der Präsident von Sri Lanka, Junius Jayewardene, die Sicherheitskräfte und Soldaten zur Zurückhaltung aufgefordert. Allerdings verwahrte er sich gegen Berichte, wonach die Militärs für wahllose Übergriffe auf Zivilisten in der letzten Zeit verantwortlich sind.

Der öffentliche Appell des Präsidenten zu mehr *Disziplin* in den Reihen der Soldaten folgte nur einen Tag, nach dem ein Soldat in Anuradhapura sechs tamilische Zivilisten getötet und Dutzende von Menschen verletzt hatte. Wie das Fernsehen berichtete, waren die Angehörigen der tamilischen Minderheit in panischer Angst vor Racheakten der Singhalesen in ein von der Regierung bereitgestelltes Lager geflüchtet, wo sie von dem Offizier erschossen wurden. Der Soldat sei darauf von einem anderen Offizier getötet worden.

In Anuradhapura, für die buddhistischen Singhalesen eine heilige Stadt, waren am vergangenen Dienstag etwa 175 meist singhalesische Zivilisten von Tamilen ermordet worden. Militante Tamilen hatten die Tat als Vergeltungsaktion für ein angebliches Massaker der Sicherheitskräfte bezeichnet.

Am selben Tag, als Jayewardene seinen Appell zu größerer Zurückhaltung bei der Eröffnung einer Polizeistation in der Nähe von Colombo verkündete, gab es im Norden des Landes erneut vier Tote durch *Militärangehörige. Die vier Tamilen* waren von Soldaten auf Patrouille bei einem Schußwechsel getötet worden. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Colombo hatten die tamilischen Seperatisten die Soldaten in der Stadt Jaffna zuvor mit Handgranaten angegriffen.

Zur Beilegung der Unruhen im Lande bat der Präsident gestern die führenden Vertreter der verschiedenen Religionen zu einer dringlichen Unterredung über die Krisensituation. Gleichzeitig kündigte Jayewardene an, nach den jüngsten Vorfällen werde das Militärbudget erhöht werden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kostet Solidität Stimmen?

Von Peter Gillies

Zur Hohen Schule der Politik gehört es, das Verständnis für Ziele, die über eine Legislaturperiode hinausreichen, zu wecken und mehrheitsfähig zu gestalten. Vollbeschäftigung, gesunde Staatsfinanzen, stabiles Geld und eine solide soziale Absicherung stellen solche Ziele dar. Waren sie mehr als ein Jahrzehnt lang massiv gefährdet, ist der Weg zu ihnen nicht mit täglichen Erfolgsmeldungen, sondern mit Schmerzhaftigkeiten gepflastert. So bekommen Vereinfacher ihre Chance.

In der bürgerlich-liberalen Koalition bricht Aktionismus aus. Die Rezepturen häufen sich. Man möchte rasch Arbeitsplätze schaffen, dabei jedoch den Anschein vermeiden, man griffe zu Beschäftigungsprogrammen, die zwar keine dauerhaften Jobs, aber dauerhafte Schulden bringen. Auch Rentnern, Landwirten und anderen Gruppen schenkte man gern etwas mehr aus, sieht aber die Grenzen staatlicher Finanzkraft und sozialer Solidität wieder näherrücken.

Die Warnung von Strauß, das Sparziel der jetzigen Koalition könne nicht darin liegen, einer SPD-geführten Bundesregierung volle Kassen, konsolidierte Finanzen und eine stabile Währung zu hinterlassen, spiegelt eine breite Stimmung des bürgerlichen Lagers wider. Entgegenzuhalten ist jedoch, daß die – auch für die Arbeitsplätze – vorzügliche Kombination von soliden Staatsfinanzen und stabiler Kaufkraft eigentlich auf alle Gruppen anziehend wirken müßte, ungeachtet der politischen Neigung.

Beispielsweise: Was nützt eine Rentenerhöhung um Stellen nach dem Komma, wenn damit nur der absehbare Kollaps des Generationenvertrags verschleiert wird? Sollte es den Beitragszahlern nicht ebenso wie den Ruheständlern nahezubringen sein, daß die Sicherheit des Rentensystems schwerer wiegt als eine Minizulage pro Jahr? Ist es tatsächlich aussichtslos, geordnete Staatsfinanzen nebst stabilem Geldwert als Wahlprogramm anzubieten? Der Regierungswechsel lebte aus dem Wunsch, die Erblast einer ausgeuferten Finanzpolitik abzuwerfen und abzuarbeiten. Wäre es denn attraktiver, weiterzuwursteln wie die Vorgänger und ihnen als Nachfolger einen ungeordneten Staat zu hinterlassen?

Waffen für Lateinamerika

Von Günter Friedländer

Vor einem Jahr erregte Lateinamerikas Schuldenkrise die ganze Welt. Man sprach von der Drohung eines Schuldnerkartells, das ein Moratorium erklären könnte. Die größten Banken der USA schienen bereits erklärte Gewinne in Verluste umbuchen zu müssen. Dann kam die Tagung von Cartagena, und alle Welt atmete auf. Das Schlimmste wurde vermieden, aber niemand schien zu begreifen, daß kein Problem gelöst wurde. Man hatte nur Zeit gekauft, die nun abläuft.

Der Präsident des peruanischen Senats, Manuel Ulloa, regt wieder die Bildung des Schuldnerkartells an, weil „niemand mehr die Kosten der Schulden ... tragen kann". Panama macht wegen seiner Wirtschaftsprobleme eine schwere Regierungskrise durch. Argentinien ist sechs Monate mit Zinszahlungen im Rückstand und erlebt mit der Schließung einer seiner größten Banken eine neue Vertrauenskrise. Brasilien hat die vom Internationalen Währungsfonds gesetzten Ziele nicht erreicht. Selbst Mexiko, bisher das Wunderkind der Schuldner, sieht plötzlich wieder Inflation und Kapitalflucht ansteigen.

Die Liste läßt sich fortsetzen: Nirgends löste man auch nur die Prinzipienfrage, ob Lateinamerika sein Schuldenproblem mit Sparmaßnahmen anpacken sollte, die mehr Arbeitslosigkeit und Hunger bringen, oder mit Wachstumsplänen.

Ein Jahr nach Cartagena werfen die Schuldner den Gläubigern wieder vor, ihnen Geld wider besseres Wissen aufgedrängt zu haben, darunter nicht gewählten Militärregierungen, die mit Waffenkäufen die Zukunft ihrer Länder verpfändeten. Ein chilenischer Fachmann errechnete, daß Lateinamerika von 1980 bis 1984 siebzig Milliarden Dollar für Waffen ausgab. Anfang 1980 betrug Lateinamerikas öffentliche Auslandsschuld nur 140 Milliarden Dollar, heute liegt sie bei 350 Milliarden, nicht bezahlte Zinsen und Zinseszinsen eingerechnet.

Was immer Lateinamerika seinen Gläubigern nachsagen mag: es kann sich nicht von der Schuld freisprechen, einen großen Teil seiner Kredite für Waffenkäufe vertan zu haben, statt wirtschaftliche Wachstumsprojekte in Angriff zu nehmen.

Draußen vor der Tür

Von Rudolf Krämer-Badoni

Wovon leben eigentlich die reisenden Krawallmacher oder die Wochenend-„Spaziergänger" an der Frankfurter Flughafengrenze? Ich meine: geistig. Wovon leben sie geistig?

Und ebenso der hessische Innenminister, geistig. Er kann, sagt er, Versammlungen dort nicht grundsätzlich verbieten, weil oft alles ganz ruhig abläuft. Oft, nicht immer.

Der Minister teilt mit, daß dort jedes Wochenende zwei Hundertschaften Polizei postiert seien, auch wenn's ruhig zugeht. Denn man kann ja nicht wissen. Einmal, sagt er lobend, sei ein Polizist abgedrängt, zu Boden gerissen und verprügelt worden, bis er schließlich die Pistole gezogen, aber nicht geschossen habe. So zivil gehe es dort zu. Und die Grünen im Landtag schreien, ein Versammlungsverbot und schon die bloße Erwägung desselben seien Polizeistaat-Mentalität. Ist das nun komisch oder nicht?

„D. zerrte mich an den Ohren und schlug mich mit dem Hinterkopf an die Wand ... Am 31. Mai 1984 wurde ich aufgerufen. Der Assistent schloß sein Büro ab und begann mich brutal zu verprügeln. Mit seinen Schlägen nahm er mir den Atem, mit dem Fuß trat er mir in die Leistengegend, danach in den Kiefer ... Später begann D. mich zu verprügeln. Er schlug mich mehrmals auf den Hals, wovon ich zu Boden fiel und das Bewußtsein verlor, hieb auf meine Ohren ein, würgte mich, trat und schlug gezielt auf die Organe und beschimpfte und beleidigte mich ... Vierzehn Tage Gefängnis, danach starker Husten mit blutigem Auswurf ... So geht es mir also ..."

Ein Brief aus Hessen? Was würden Fernsehen und Presse dazu sagen, und mit Recht! Nein, der Brief ist unterzeichnet: „Alexander Schatrawka, Shanatas, Kasachische SSR, Anstalt 158/3, Abt. 1". Der Mann ist Wehrdienstverweigerer, verurteilt zu Lagerhaft. Quelle: „Kontinent" Nr. 2/1985.

Wenn unsere Spaziergänger, Schriftsteller, Minister sich einmal mit solchen Dingen beschäftigten – aber man kennt die Antwort: „Vor der eigenen Tür kehren!" Und damit gehen sie ihrer Spazierwege und kehren nebenbei vor der amerikanischen Tür, aber um Gottes willen nicht vor Türen, vor denen man besser antichambriert.



ZEICHNUNG: JIM BORGMAN/CINCINNATI ENQUIRER

Der gebrochene Sohn

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Mit einer ausgeklügelt bestimmten Unbestimmtheit hat Jürgen Schmude die Frage aufgeworfen, ob neuere Auffassungen über die weitere Entwicklung in Deutschland mit der Präambel des Grundgesetzes in Einklang zu bringen seien, ja, ob denn die vom Bundesverfassungsgericht allen Verfassungsorganen auferlegte Pflicht, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten, der einzige verfassungsrechtlich zulässige Weg sein solle? Schmude stellte – wie Bölling – die Präambel dem Grundlagenvertrag mit der „DDR" gegenüber, um sodann mit unbestimmter Bestimmtheit zu folgern, diese Gegenüberstellung erzwinge doch geradezu die Frage, ob nicht auch der Verfassungsgesetzgeber allmählich darangehen müsse, aus den Erfahrungen der 40 Jahre Konsequenzen zu ziehen.

Wie man sieht, sind die Formulierungen so gewählt worden, daß sie später nachzureichende Interpretationen ermöglichen. Hernach will Schmude nicht etwa der staatlichen Einheit als Ziel der Deutschlandpolitik eine Absage erteilt oder gar in erster Linie eine Änderung der Präambel unseres Grundgesetzes im Sinn gehabt haben. Diese Methode, etwas zu erklären, es hinterher jedoch so zu interpretieren, daß die Aussage ein bißchen, in Wirklichkeit gar nicht zurückgenommen wird, kennt das Publikum zur Genüge vom Altmeister solcher Rhetorik, von Willy Brandt.

Nehmen wir also das Wort Schmudes in der urprünglichen Fassung, und da bedeutet es klipp und klar: Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat eine Änderung der Präambel des Grundgesetzes zur Diskussion gestellt. Ginge es nach ihm, so würden jene Worte gestrichen, aus deren Geist und Buchstaben heraus das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil zum Grundlagenvertrag mit der „DDR" (31. Juli 1973) der Bonner Deutschlandpolitik klare Schranken gesetzt hat. Mit anderen Worten: Schmude möchte dieses Karlsruher Urteil am liebsten kassieren, um dem nächsten sozialdemokratischen Bundeskanzler die „friedenspolitischen" Wege zu ebnen. Doch es geht nicht nach Schmude. Wo will er die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit des Bundestags hernehmen? Schmude ist Jurist, er war von Januar 1981 bis Oktober 1982 Bundesjustizminister. Er ist also fachlich qualifiziert, zu wissen, wovon er spricht. Und dieser Umstand gibt dem Vorfall seine spezifische politische Bedeutung. Schmude weiß, daß die Präambel die ideellen Vorfragen der Verfassung ausdrückt. Wer sie so ändert, wie er es sich denkt, der entseelt die Verfassung, indem er ihr die ideelle Grundvorstellung entzieht.

Die Präambel sagt: Das Deutsche Volk (in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland)

– ist von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen;

– als es sich das Grundgesetz gab, hat es auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war;

– das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Diese Aussage unserer Verfassung ist der ideelle Rahmen für die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland, die in den Westverträgen im allgemeinen und in Artikel 7 des Deutschlandvertrages im besonderen ihren völkerrechtlichen Ausdruck gefunden hat. Dieser Sachverhalt ist auch in den Ostverträgen ausdrücklich anerkannt.

Wer dieses Herzstück aus dem Grundgesetz herausschneidet, der beraubt die Deutschen hüben und drüben ihres nationalen Grundkonsenses, der mit den Worten Freiheit und Einheit überschrieben werden kann.



Was er die Deutschen lehren will: Schmude FOTO: JUPP DARCHINGER

Es ist dies zugleich ein freiheitlich europäischer Grundkonsens. Da Schmude sich auf diese Art öffentlich eingelassen hat, ist zu befürchten, daß er sich innerlich davon entfernt und damit auch vom Boden des Grundgesetzes. Wer in der SPD ist mit ihm auf diesem Trip?

Es steht zu vermuten, daß Schmude dem Grundgesetz eine andere Seele einhauchen will. Sie heißt „Friedenspolitik" und meint Entspannungspolitik im Sinn von Brandt und Bahr. So betrachtet, sind die Ideen Schmudes nicht sonderlich originell. Schmude schraubt nur die Gedanken, die in der Entstehungszeit der Ostverträge an der Tagesordnung waren, um eine Drehung weiter.

Wir erinnern uns: Strauß setzte den bayerischen Alleingang zum Bundesverfassungsgericht durch, um die Deutschland- und Ostpolitik Brandts und Bahrs dem Gebot unserer Verfassung zu unterwerfen. Die Regierung Brandt versuchte, das höchste Gericht zu unterlaufen, indem sie den Notenaustausch zum Grundlagenvertrag vollzog, obwohl sie wußte, daß Karlsruhe nur sechs Wochen später sein Urteil fällen werde. Auf dieser Linie lag die Argumentation der Regierung vor Gericht, daß in elementaren Fragen der Außenpolitik „jede tatsächliche oder rechtliche Position jeder Seite ihren Handelswert und ihren rechtlichen Grenzwert" habe. Mit anderen Worten: Der dynamische Prozeß der Politik habe Vorrang vor den Geboten der Verfassung. In die gleiche Richtung zielten Überlegungen, mit einem „Klarstellungsgesetz" die Vereinbarkeit der Verträge mit dem Grundgesetz festzustellen, doch dazu hätte es einer Zweidrittel-Mehrheit des Bundestages bedurft.

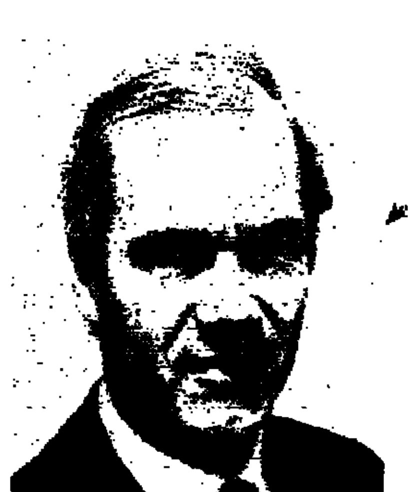
Jetzt ist Schmude – und mit ihm klammheimlich die Führung der SPD? – so weit, einer Änderung des Grundgesetzes das Wort zu reden. Schlimmer noch: Er zieht die absolute Geltung des Selbstbestimmungsrechts und der Menschenrechte in Zweifel. In der Konsequenz heißt das, die Machtpolitik der Sowjetunion habe Vorrang vor den Menschenrechten. Kann das je „Friedenspolitik" sein? Nach zwei Weltkriegen und „tausend Jahren" Hitler sind die Deutschen eine gebrochene Nation. Schmude hat wie ihr gebrochener Sohn gesprochen.

IM GESPRÄCH Edzard Blanke

Alle stehen unter Druck

Von Georg Bauer

Wenn Edzard Blanke, der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende im Niedersächsischen Landtag, der jetzt für die Nachfolge des amtierenden Landtagspräsidenten Bruno Brandes benannt wurde – wenn Blanke von vornherein auf diesen Sessel gewählt worden wäre, hätte es wohl nicht die Auseinandersetzung vor dem Staatsgerichtshof in Bückeburg gegeben. Blanke hat gegen die Mehrheitsentscheidung des Parlaments in Hannover gestimmt, fünf Grünen den Mandatsverzicht zwecks Rotation zu verbieten. „Denkt man es juristisch durch," sagt er, „so bin ich der Meinung, daß man dem einzelnen nicht nachweisen kann, daß auf ihn politischer Druck ausgeübt worden ist." Für ihn sieht das so aus: „Alle politischen Mandatsträger stehen unter Druck."



Nur zufällig zur CDU: Designierter niedersächsischer Landtagspräsident Blanke FOTO: DPA

Brandes erklärte seinen Rücktritt, weil ihm der Vorwurf gemacht wurde, Anwaltshonorare für angeblich nur politische Tätigkeit genommen zu haben. Auch Blanke muß auf diesen Trennungsstrich achten, denn der 49jährige führt neben seinem Mandat gemeinsam mit seinem Vater eine Anwaltskanzlei in Celle.

In die CDU trat er Anfang 1964 ein: „Ich hatte das Gefühl, daß man keinen Grund zum Meckern hat, wenn man nicht selbst mitmacht." Anfangs tummelte er sich auf der kommunalen Ebene, doch drängte es ihn aus seiner Geburtsstadt Celle weg, da sein Vater, ein eifriger Verfechter der Politik der Deutschen Partei, der wenige Monate nach seinem Sohn die Mitgliedschaft in der CDU erwarb, Oberbürgermeister von Celle war. „Ein Familienbetrieb sollte es nicht werden", sagt Blanke.

1970 zog er als direkt gewählter Abgeordneter in den Landtag. Um die Jahreswende 1974/75 wurde er in den Fraktionsvorstand berufen und bekleidet seit 1976 das Amt des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Dabei hatte es sich nur zufällig ergeben, daß der Tennisspieler und heute Vater von vier Kindern zwischen zwölf und zweiundzwanzig Jahren den Christdemokraten den Vorzug gab: „Wäre ich in der Studentenzeit von der FDP angesprochen worden, hätte ich heute deren Parteibuch."

Studiert hat er nach einer zweijährigen Banklehre in Freiburg, Paris und München. Seine Ehefrau Isabell, eine Dolmetscherin für Französisch und Italienisch, hat zugunsten der Familie auf ihren Beruf verzichtet. Soweit sie den Zeitmangel des Vaters für die Familie kritisiert, kann ihr Mann sie an die Aussprache vor seiner Kandidatur für den Landtag erinnern: „Damals sagte sie zu mir, na gut, mach das mal. Da kann ich sie heute festnageln."

Seinen Beruf möchte er nicht aufgeben. Grundsätzlich bedauert Blanke, daß immer mehr Mandatsträger heute nur kurze Zeit oder überhaupt nicht einen Beruf ausüben: „Wer keine berufliche Laufbahn erlebt hat, der hat keine rechte Vorstellung von der Wirklichkeit." Ausfluß einer solchen Entwicklung sei die Tatsache, daß Referendare, die sofort ein Mandat erhielten, später keine Arbeit mehr für 3000 Mark annähmen.

Zu seinem zukünftigen Amt, sollte er denn gewählt werden: Erste Pflicht sei es, das Amt des Präsidenten aus dem Gerede zu bringen. Auch werde er sich bemühen, in Vorfeld der Landtagswahl den Drang zur Polemik im Landtag zu unterbinden. Einen Haken habe das Amt allerdings: Aus dem aktuellen politischen Geschehen würde er weitgehend abgezogen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Zu Schmudes Vorschlag heißt es in dem Karlsruher Blatt:

Seine Bundestagsfraktion hat 1972 noch aus Anlaß der Verträge mit der UdSSR und mit Polen in einer Entschließung des Bundestages gemeinsam mit CDU/CSU und FDP erklärt, die Abkommen änderten nichts am „unveräußerlichen Recht auf Selbstbestimmung" und die Politik der Bundesregierung (Brandt) habe weiterhin zum Ziel, „die friedliche Wiederherstellung der nationalen Einheit im europäischen Rahmen anzustreben". Auch im Brief zum Grundlagenvertrag mit der DDR betonte die Bundesregierung Brandt 1972 ausdrücklich, der Vertrag stehe nicht im Widerspruch zur Absicht, „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt". Unterzeichnet hat das Schreiben Egon Bahr persönlich. Das soll jetzt alles nicht mehr gelten? Wenn dies zutrifft, enthüllt sich die Ostpolitik der siebziger Jahre als ein Betrugsversuch am deutschen Volk.

Bild

Das Massenblatt richtet eine Empfehlung an Kohl:

Für Bundeskanzler Kohl sind sie da: eine verlorene Wahl im Saarland, herbe Verluste bei der Kommunalwahl in Hessen, eine Katastrophe in NRW ... Helmut Kohl, der ein phänomenales Gespür für Wählerwünsche und Stimmungen hatte, ist in letzter Zeit unzugänglicher geworden, noch selbstbewußter, manchen sogar unnahbar. Er sollte sich seiner großen Begabungen erinnern: zuhören, ermuntern, Ideen aufgreifen, dann entscheiden. Die Dinge laufen lassen heißt: die Wähler weglaufen lassen!

LE FIGARO

Zu den Nachwirkungen des Besuchs von Präsident Reagan in Bitburg schreibt die Pariser Tageszeitung:

Die Tatsache, daß die Bonner „Revanchisten" nicht nur von der Moskauer Propaganda, sondern darüber hinaus auch von gedankenlosen Helfershelfern in Paris, London, Madrid oder Washington kritisiert werden, kann in der Bundesrepublik zu einem Schock führen. Dieses würde den hundertprozentigen Neutralisten auf bundesdeutschem Boden nur nützen. Es hätte auf die Ergebnisse der Bundestagswahlen von 1987 Einfluß und würde die SPD wieder an die Macht bringen. Eine sozialdemokratische Partei, in der Oskar Lafontaine, kürzlich erst im Saarland gewählt und liebstes Kind von Brandt, den Ehrgeiz hat, Vorsitzender zu werden. Dieser erfolgreiche Oskar Lafontaine, der sich für einen Austritt seines Landes aus der NATO aussprach ... Ist das wirklich das, was wir erreichen wollen? Eine überwiegend neutralistische Bundesrepublik, in der wieder der bekannte Spruch gilt: „Lieber rot als tot"? Es ist klar, daß alle jene, die die Kampagne gegen den Besuch Reagans vorbereitet, angeleitet und dosiert haben, mehr oder weniger bewußt auf diese abscheuliche Alternative gesetzt haben.

Die Kirche zu Südafrika: Banken und Balken

Wie man den Schwarzen die Verelendung vorschreiben will / Gastkommentar von Georg Huntemann

Kürzlich hat die „Kirchentag" genannte Synode der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK) über deutsche Banken und südafrikanische Probleme diskutiert. In einer mehrheitlich beschlossenen Kollektivschuldzuweisung hieß es, „daß wir als Christen in der Bundesrepublik Deutschland durch politische und wirtschaftliche Verflochtenheit mit der Republik Südafrika mitschuldig sind an einem System, das den schwarzen Bürgern volle Menschenwürde und Gerechtigkeit verwehrt".

Zunächst einmal sollen zwei Jahre lang Gespräche mit den Banken geführt werden, die nach Meinung dieser Kreise Südafrika wirtschaftlich unterstützen. Wenn sich diese nicht belehren und bekehren lassen, soll gestraft werden, etwa durch Auflösung der kirchlichen Konten für die vom Staat eingezogene Kirchensteuer.

Wie man angesichts wirtschaftlicher Verflechtungen in modernen Industrienationen zwischen „Kindern des Lichts" und „Kindern der Finsternis" unter den Banken unterscheiden will, darüber fehlen noch konkrete Maßstäbe. Da darf man sich nicht nur gegen Handel mit Krügerrand und südafrikanischen Obligationen und über Kredite für dortige Firmen erregen – man wird schon detaillierte „Lasterkataloge" proklamieren müssen. Man wird aber auch im Namen der eigenen reinen Hände zu prüfen haben, ob man Kirchensteuern von jedermann akzeptieren soll, auch von Banken und Geschäfts- oder sonstigen Leuten mit Südafrika-Verbindung. Diese Frage freilich wurde nicht angeschnitten.

Ebensowenig zerbrach man sich den Kopf darüber, ob nicht auch konsequenterweise die wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Ländern unterbrochen werden sollten, etwa zu dem, das gerade den Völkermord in Afghanistan inszeniert.

Immerhin wurde eine nachdenkliche Frage gestellt: Ob denn ein Wirtschaftsboykott den Schwarzen wirklich helfen könnte. Darauf antwortete ein Bremer Theologe, die Schwarzen in Südafrika würden für gewisse Zeit gewiß gern große wirtschaftliche Not erdulden, um Freiheit und Menschenwürde zu erlangen. Woher dieser Bremer Pastor auf Lebenszeit, der selbst kein wirtschaftliches Risiko trägt, die Risikoneigung der Schwarzen in Südafrika einschätzen kann, verriet er nicht.

Soeben erschien in Washington ein Südafrika-Bericht unter dem Titel „The Politics of Sentiment – Churches and Foreign Investments in South-Africa" von Richard Sincere. Er teilt mit, daß 75 Prozent der schwarzen Arbeitnehmer wirtschaftliche Maßnahmen gegen Südafrika verneinen. Das wirtschaftliche Einkommen der dortigen Schwarzen liegt zwei- bis fünfmal höher als in irgendeinem anderen schwarzafrikanischen Land. Eine Million Schwarze aus den Nachbarländern retten als Gastarbeiter in Südafrika ihre Existenz, weil sie in ihrer Heimat wirtschaftlich zugrunde gehen würden.

Sincere kommt zu dem Schluß: „Mit Ausnahme der Leiter des Südafrikanischen Rates der Kirchen, insbesondere des Bischofs Desmond Tutu, und selbständiger Gruppen wie z. B. des ‚Christian Institute', sind die meisten kirchlichen Führer in Südafrika Befürworter der Kontinuität von wirtschaftlichen Investitionen des Auslandes in die Wirtschaft Südafrikas." Zur ethisch-theologischen Seite merkt Sincere an, daß die Aktivitäten des Weltrates der Kirchen dessen Erklärung von 1948 zuwiderlaufen, wonach alle Gewalt als Lösung von Weltproblemen im Widerspruch steht mit dem Evangelium von Jesus Christus.

Der Bericht wirft dem Weltkirchenrat vor, mit Geld, Menschen und Indoktrination terroristische Bewegungen in Südafrika zu unterstützen und dadurch einen blutigen Bürgerkrieg zu provozieren.

Das klingt hart, aber der Hauptfrage ist man in Bremen tatsächlich ausgewichen: Wie kommt die Evangelische Kirche in Deutschland überhaupt dazu, durch Druck den Schwarzen vorzuschreiben, was sie gefälligst für Not zu erleiden haben? Warum läßt sie die Schwarzen nicht selbst entscheiden? Wenn die schwarzen Mitarbeiter dort die Arbeit aufgäben – woran sie niemand hindern könnte – brächen die Firmen ohne jede äußere Einwirkung und ohne „Desinvestment" zusammen.

Es ist wohl bezeichnend nicht für die Lage der Schwarzen in Südafrika, sondern für die Lage der Kirche in Deutschland, daß man sich diese Frage (dieser Frage) nicht stellt. Die Schatten einer Säkularisierung, einer Abkehr von allen Werten des christlichen Glaubens fallen auf unser Land. Kann man nicht, beispielsweise, vom Untergang des Heiligen in unserer Kirche reden, wenn Pastoren, die nach dem Urteil ihrer eigenen Kirchenleitung den christlichen Glauben verhöhnt haben, von einer Amtszuchtskammer der Nordelbischen Kirche nur mit Verwarnung und Verweis bedacht werden? Es scheint, daß all der hektische Aktivismus von gewissen Balken im eigenen Auge ablenken soll.

Professor Dr. Georg Huntemann ist Pfarrer von St. Martini in Bremen

Wenn der Westen die Zeche zahlt

Was bringt Entwicklungshilfe? Eine Frage, die in den letzten Jahren immer kritischer gestellt wurde. Der in Bonn zuständige Minister Warnke informierte sich zehn Tage lang in Moçambique, Tansania und Malawi. Er stellte dort große Unterschiede und eine enge Abhängigkeit von politischer Befriedung und wirtschaftlicher Entwicklung fest.

Von ACHIM REMDE

Als die Leute im landwirtschaftlichen Entwicklungszentrum von Mkhota in Malawi zum Dank für die Hilfe der Bundesrepublik Deutschland 120 Kwacha, rund 200 Mark, sammelten und sie Minister Warnke übergaben, geriet dieser einen Moment lang in Verlegenheit. Dann stiftete er die Summe für die Ausstattung des Projekts. Malawi, die letzte Station der Reise des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, war ein Lichtblick in der allgemeinen Malaise, die nach mehr als zwei Jahrzehnten Entwicklungshilfe eingesetzt hat.

Für afrikanische Verhältnisse ist Malawi ein Musterland. Doch auch hier liegt die durchschnittliche Lebenserwartung bei nur 41 Jahren; 80 Prozent aller Todesfälle betreffen Kinder unter fünf Jahren. Die Gesundheitsversorgung ist immer noch schlecht. Falsche und mangelhafte Ernährung sind verbreitet. Aber das Land produziert genug Nahrungsmittel für sich selbst und die Nachbarländer – und das ist in Afrika selten.

Die hochfliegenden und berauschenden Träume von Ideologen sind in Malawi nie geträumt worden. Präsident Banda, ein autokratischer Herrscher in biblischem Alter und zeitlebens ein dezidierter Freund der westlichen Welt, hatte den Boden der Wirklichkeit nie verlassen, und auch nicht die eineinhalb Dutzend deutscher Entwicklungsexperten, die sich Minister Warnke in einer Diskussionsrunde präsentierten.

Daß dies nicht selbstverständlich ist, hatte sich auf der ersten Station der Reise, in Tansania, gezeigt. Das Ergebnis gibt dem im Kreise afrikanischer Staatsmänner wegen seiner Kooperation mit Südafrika angefeindeten Banda recht und dem wegen seiner ideologischen Brillanz und Vorreiterrolle im Kampf gegen Südafrika hochgeehrten Nyerere, der am Dienstag zu einem Besuch in die Bundesrepublik kommt, unrecht.

Moçambique, die davor liegende Station seiner Reise, in Transparenten am Flughafen als „befreites Territorium Afrikas" bezeichnet, ist gegenwärtig das abschreckendste Beispiel für das Ergebnis der ideologischen Verbrüderung mit dem Ostblock. Wirtschaftlich bankrott, scheint das Land auch politisch in Auflösung begriffen zu sein. Die Regierungsgewalt beschränkt sich auf wenige Städte. Bewaffnete Banden der Renamo (Resistenca Nacional de Moçambique) machen den Rest des Landes unsicher und verhindern die Benutzung der Verbindungsstraßen.

Das bringt auch für Malawi die größten Probleme. Das mit nur 94 000 Quadratkilometern im Vergleich zu seinen Nachbarn winzige Land ist ein Binnenstaat, der zudem zur Hälfte enklavenartig von Moçambique umgeben ist. Die Eisenbahnverbindungen zu den nächstgelegenen Häfen Beira (1600 km) und Nacala (1400 km), beide in Moçambique, sind infolge der Renamo-Aktivitäten unbenutzbar geworden. Malawi muß sämtliche Im- und Exporte über das 4000 Kilometer entfernte südafrikanische Durban abwickeln, was die Transportkosten in schwindelerregende Höhen getrieben hat.

Hier will die Bundesrepublik helfend einspringen und ergänzend zu einem Projekt der USA 44 Lkw für eine Alternativ-Route zum tansanischen Hafen Daressalam finanzieren.

So ist die Befriedung Moçambiques der Schlüssel zur Entwicklung beider Länder. In seinen Gesprächen mit der moçambiquischen Regierung und Präsident Samora Machel hat Warnke immer wieder betont, daß das Abkommen von Nkomati, in dem Moçambique und Südafrika sich gegenseitig verpflichtet haben, den gegnerischen Rebellen-Bewegungen keine Unterstützung und Zuflucht mehr zu gewähren, die Möglichkeit hierzu biete.

Moçambique beschuldigt jedoch Südafrika, die Renamo-Rebellen weiterhin zu unterstützen. Aber es dürfte feststehen, daß alle Länder der Region, auch Südafrika, ein vitales Interesse an einem dauerhaften Frieden in Moçambique haben, schon allein aus wirtschaftlichen Erwägungen. Auch für Südafrika ist ein moçambiquischer Hafen, die Hauptstadt Maputo, der wirtschaftlichste Zugang der bedeutendsten Industrieregion um Johannesburg zum Meer.

Vertreter der regierungseigenen Presse in Maputo, eine Domäne von „DDR-Experten", bedrängten Warnke in geradezu penetranter Weise auf einer Pressekonferenz am Flughafen und beschuldigten die Bundesrepublik, die Renamo zu unterstützen. Sie gingen sogar so weit, eine Verbindung zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß und der Renamo zu konstruieren. Was schließlich als „Beweis" vorgelegt wurde, waren nur Adressen von in der Bundesrepublik lebenden Renamo-Anhängern.

Wie andernorts hat die Sowjetunion sich auch in Moçambique ihre militärische Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung mit politischer Abhängigkeit bezahlen lassen. Ob Samora Machel sich aus dieser Abhängigkeit jemals wird befreien können, ist offen. Der Ostblock läßt erfahrungsgemäß nicht ungern den Westen die Zeche des Sozialismus bezahlen, die regelmäßig in wirtschaftlichem Niedergang besteht. Der Westen wiederum gründet seine Hilfsbereitschaft auf die Überzeugung, daß wirtschaftliche Gesundung politische Emanzipation mit sich bringe.

Ansätze zu einer wirtschaftlichen Liberalisierung in Moçambique haben nicht nur Warnke, sondern auch die USA veranlaßt, Machel wirtschaftlich unter die Arme zu greifen. Die *Bundesregierung* will bei der besseren Nutzung des Hafens von Maputo behilflich sein, der infolge der gewalttätigen Auseinandersetzungen im Lande nur noch zu zehn Prozent seines früheren Volumens ausgelastet ist, und alte Dieselkraftwerke wieder instandsetzen. Der Cabora-Bassa-Staudamm hatte sie überflüssig gemacht. Doch inzwischen haben die Rebellen die Stromleitungen außer Betrieb gesetzt, die von dort durch Südafrika Strom nach Maputo lieferten. Die Stadt ist häufig in Dunkel getaucht.

Ebenso wie Samora Machel zeigte sich auch Julius Nyerere, der Präsident Tansanias, das als Faß ohne Boden für Entwicklungshilfe gilt, im Gespräch mit Warnke bester Laune. Auch hier gibt es nach Warnkes Eindruck erste Anzeichen für pragmatische Lockerungsübungen eines ideologisch erstarrten Systems. Auch hier ist der entscheidende Schritt zur wirtschaftlichen Gesundung noch lange nicht getan. Nyerere weigert sich nach wie vor, die vom Internationalen Währungsfonds verordnete Kur – eine Abwertung des tansanischen Schilling – in dem gewünschten Ausmaß zu akzeptieren. Doch er hat angekündigt, daß er noch in diesem Jahr von seinem Präsidentenamt zurücktreten will. Ob dann die Chance für eine realistischere Wirtschaftspolitik besteht? Den Vorsitz der Einheitspartei will Nyerere beibehalten.

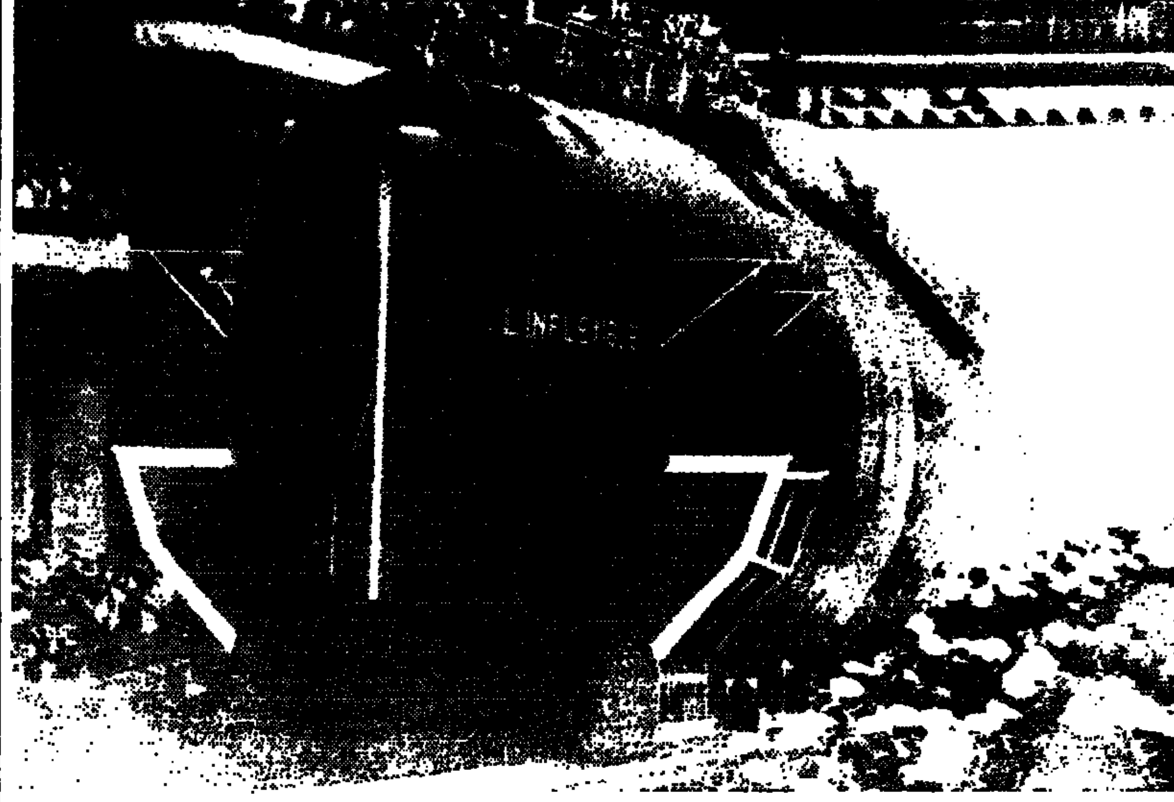
Bei seiner Rückkehr in Deutschland hatte Warnke in neun Tagen 19 250 Flugkilometer zurückgelegt und in dieser Zeit im Durchschnitt keine Nacht mehr als fünf Stunden geschlafen. In der immer kontroverseren Diskussion um Entwicklungshilfe, die von links und rechts mit unterschiedlicher Begründung in Frage gestellt wird, gilt bis jetzt nur wenig als gesichert: Man darf sie nicht aufgeben, man muß sie verbessern, man darf sie nicht am grünen Tisch führen, sondern muß vor Ort gehen. Denn der Augenschein ist durch nichts zu ersetzen.

110 000 Arbeitsplätze hängen in der Bundesrepublik direkt von Lieferungen für Entwicklungshilfe-Projekte ab, die 2400 deutschen Entwicklungshilfe-Experten nicht mitgerechnet. Geht man generell vom Handel mit der gesamten Dritten Welt aus, so sind es gar eine Million Arbeitsplätze.

Warnke gebührt das Verdienst, die *Entwicklungshilfe in das Gefüge der* Außen- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zurückgeholt und eingeflochten zu haben. Das ist ein mühsamer Prozeß. Die enttäuschenden Ergebnisse von mehr als zwei Dekaden Entwicklungshilfe sind vor allem darauf zurückzuführen, daß ideologische Traumtänzerei mit dem egoistischen Interesse an der Perpetuierung der eigenen Einnahmequellen sowohl bei den Helfern und der dazugehörigen Bürokratie als auch auf seiten der Empfänger-Regierungen eine einzigartige Gelegenheit zur Verbindung hatten. Das zu ändern, ist nicht nur im Interesse des Steuerzahlers, dessen Geld häufig sinnlos verpulvert wurde, sondern auch der Menschen in Afrika, die dabei immer tiefer ins Elend geraten sind.



Vom 8. bis zum 17. Mai informierte sich Minister Jürgen Warnke in Moçambique, Tansania und Malawi über Entwicklungshilfe-Projekte und die engen wirtschaftlichen Abhängigkeiten zwischen diesen Nachbarstaaten. In der tansanischen Hauptstadt Daressalam besuchte er ein mit Mitteln der Bundesrepublik finanziertes Ausbildungszentrum für angehende Maschinenbauer (rechts). FOTO: ACHIM REMDE



Frankreichs sechstes Atom-U-Boot: Die „Inflexible" hat 16 Raketen mit je sechs Sprengköpfen an Bord FOTO: DPA

Mitterrand entläßt einen neuen Riesenwal in die Weltmeere

Am Samstag wird Präsident Mitterrand das sechste *Atom-U-Boot Frankreichs* auf der Marinebasis bei Brest in Dienst stellen. „L'Inflexible", die Unbeugsame, wird mit modernster Bewaffnung die Abschreckungskapazität des Landes weiter erhöhen. Ein Schritt, der vielfach auch als nationale Demonstration gegen die Weltraum-Strategie der USA gedeutet wird.

Von A. GRAF KAGENECK

„Essen die Leute an Bord Ihrer Boote auch so gut?", fragt einer in der Runde den Vizeadmiral Coatanea. Soeben ist man im Offizierskasino auf der „langen Insel" bei Brest dabei, sich nach Seezunge und Boeuf Chateaubriand über den Pfirsich Melba herzumachen. Der 52jährige im Vier-Sterne-Rock – er kommandiert seit zwei Monaten die sechs Atom-U-Boote der „ozeanisch-strategischen Streitkräfte" Frankreichs (FOST) – durchbohrt den Frager mit seinem stechendem Blick: „Meine Männer essen noch etwas besser als Sie. Sie sind die bestgenährten Soldaten Frankreichs." Und dann fügt er schmunzelnd hinzu: „Erst als sie pro Tauchfahrt durchschnittlich um 12 Kilogramm zunahmen, haben wir den Kalorienpegel etwas heruntergefahren."

Die 5700 Mann dieser umhätschelten und eifersüchtig bewachten maritimen Atomstreitkraft Frankreichs sind in jeder Hinsicht eine Sondertruppe. Ein wenig erinnern sie – obwohl dies von Strategen und Politologen in Paris heftig bestritten wird – an ihre Väter und Großväter, die zwischen 1936 und 1940 in den unterirdischen Befestigungswerken der Maginot-Linie über den Frieden Frankreichs wachten. Auch sie sollen verhüten, daß ein Eroberer den geheiligten Boden des Vaterlandes betreten kann; sie tun es nicht mehr mit Kanonen, sondern mit der Drohung, Atombomben in Megatonnenstärke auf ihn herabregnen zu lassen.

Auch sie leben an mindestens 70 Tagen des Jahres in einer befremdlichen Umwelt: in den Tiefen der Weltmeere. Hatten ihre Vorfahren noch Boden unter den Füßen, so ist ihre Welt die enge Stahlröhre unter dem Meeresspiegel.

Nicht weniger als die „Poilus" von 1939 glauben diese 5700 Männer der FOST (Durchschnittsalter: 27 Jahre) an die „Unbesiegbarkeit" ihrer Waffe, an ihre Kraft, einen Angriff auf Frankreich abzuschrecken. Im Juni 1940 wurde dieser Glaube schwer erschüttert. Auch heute melden sich Zweifel. Bücher und Fernsehsendungen zerren am Vertrauen der Franzosen in die Richtigkeit der Abschrekkungsdoktrin der Regierung, auf der Frankreichs Existenz als unabhängiger Staat im west-östlichen Kräftespiel seit den Tagen de Gaulles basiert. Immer wieder heißt es bei Kritikern, daß man vom starren „Alles oder nichts" der totalen atomaren Antwort abrücken, daß man wie die NATO in den sechziger Jahren zu einer flexibleren Antwort auf einen möglichen Angriff finden sollte, daß man wieder ins Glied treten sollte, zumindest ins europäische. Aber die politisch Verantwortlichen in Paris halten an der Doktrin fest. Verteidigungsminister Hernu sagte es kürzlich wieder nach einem Fernsehfilm, der sich redlich bemüht hatte, diese Doktrin in Frage zu stellen: „Frankreich und Europa leben dank der Abschreckung seit 40 Jahren in Frieden. Warum so viel Pessimismus?"

Die Leute auf der „langen Insel" am anderen Ende der weiten Rade von Brest stellen sich solche Fragen nicht. Sie sind die Garanten, daß die Doktrin funktioniert – und sollte sie einmal versagen, so würden sie der apokalyptische Vollstrecker sein. Dafür trainieren sie Tag und Nacht, hart und unter totalem Ausschluß der Öffentlichkeit. Frankreich stellt nun sein sechstes strategisches Atom-U-Boot in Dienst, ein siebentes soll 1987 auf Kiel gelegt werden. Vier von diesen stummen Todesboten (Atom-U-Boote funken nie, sie empfangen nur Nachrichten) sind permanent im Einsatz, drei auf Tauchfahrt irgendwo in den Weiten der Ozeane (nur der Staatspräsident und der Admiral wissen ungefähr, wo), eines in der Heimatbasis. Das atomare Herz ihres Antriebs kann jahrelang schlagen, ohne überholt werden zu müssen.

Jedes Boot hat drei Mannschaften, eine auf Station, die andere in Ruhe, die dritte im Training an Simulatoren in der Marinebasis von Brest, die noch die Spuren der Deutschen aus dem Zweiten Weltkrieg zeigt. Die 16 Raketen, die jeder der Riesenwale (Wasserverdrängung 10 000 Tonnen, so viel wie das Panzerschiff „Deutschland" der Reichsmarine) im Bauch trägt, haben eine Reichweite von 3000 bis 4500 Kilometern. Wenn der Präsident den Funkbefehl zum Schießen gibt, kann die erste Rakete eine knappe Stunde später ihren stählernen Zylinder verlassen. „Für die volle Serie brauchen wir zehn Minuten", sagt der Admiral, der selber ein U-Boot befehligte. Mit der Übermittlung der Funksprüche steht und fällt die Glaubwürdigkeit der Waffe. Klappt es damit? – „Auf 157 Patrouillenfahrten seit 1972 ist uns von etwa 250 000 Funksprüchen an unsere Boote nicht ein einziger verlorengegangen", lautet die Antwort.

Frankreichs teuerstes „Spielzeug", von A bis Z allein finanziert, wird entsprechend bewacht. Elektrisch geladener Stacheldraht, ein Marineinfanterist mit Schäferhund alle 20 Meter und elektronische Kameras sichern das knapp einen Kilometer lange Areal mit seinen Trockendocks und seinen Bunkern für die Atommunition. Der Weg durch die Rade und den engen Ausfahrtkanal zum offenen Meer wurde *jahrelang täglich* nach Minen abgesucht. Für den Fall, daß sowjetische Trawler sie „hätten vergessen" können.

„Heute, wo wir ständig drei Boote am Feind haben, ist die Gefahr nicht mehr so groß", erklärt ein Korvettenkapitän. Bis in die späten siebziger Jahre hinein, so will ein neutraler Kollege wissen, überwachten auch die Engländer sorgfältig die Ausfahrten der FOST-Boote, „damit sie keine Dummheiten machen im Krisenfall". Bis heute klären sich die drei westlichen Atommächte nicht gegenseitig auf über die unterseeischen Routen ihrer Nuklear-U-Boote.

„Nach Bitburg muß Israel wissen, wo wir stehen“

Verleger Axel Springer: Kein Druck auf Jerusalem

DW. Bonn

Der Westen sollte seinen Einfluß auf gemäßigte arabische Regierungen dazu nutzen, um sie zu einer realistischeren Politik gegenüber Israel zu veranlassen. Das bedeute vor allem eine Absage an jene, die Terror ausübten, statt rationale Politik zu betreiben. In einem Beitrag für die „WELT am Sonntag“ mahnte der Verleger Axel Springer: „Nach Bitburg ist es besonders wichtig geworden, daß die Menschen in Israel wissen, wo wir stehen – die Regierung in Bonn ebenso wie jeder einzelne.“

Die lautesten Proteste gegen die Gefallenenehrung durch den amerikanischen Präsidenten auf dem Bitburger Soldatenfriedhof seien gewiß nicht aus Israel gekommen. „Aber, was dort gesagt, und noch mehr, was nicht gesagt wurde, wiegt schwer,“ schrieb Springer. Dort trügen viele Menschen noch heute die eintätowierte KZ-Nummer auf dem Arm. Jede zweite Familie im Land der Juden habe einen oder mehrere Angehörige im Holocaust verloren. Jeder Israeli wisse, daß bei der nazistischen „Endlösung“ doppelt soviel Juden ums Leben gekommen seien, wie heute im Heiligen Land lebten.

Politische Verantwortung

Aus politischer Verantwortung erwachse deshalb für die Deutschen die Pflicht, sich für das Lebensrecht des jüdischen Staates einzusetzen – „eine selbstverständliche Sache des moralischen Anstandes“. Außer Ägypten habe sich bisher leider kein arabisches Land bereit erklärt, Israel anzuerkennen oder auch nur direkt mit der Jerusalemer Regierung zu verhandeln. Diese wiederum sei – wie alle ihre Vorgängerinnen – nicht bereit, Verhandlungen irgendwelcher Art mit solchen Ländern zuzustimmen, die das Existenzrecht Israels negierten. Noch weniger verhandele sie mit einer Organisation, die sich immer mehr dem antijüdischen Terror verschrieben habe und weltweit Israel verleume, „das Land der Opfer des Nazismus mit diesem auf eine Ebene stellt.“

Realistischere Politik

Springer erinnerte an Achmed Schukeiri, den ersten Anführer der „Palästinensischen Befreiungsfront“ (PLO), der bereits vor einem Vierteljahrhundert die Parole ausgegeben habe: „Zionismus ist schlimmer als Faschismus, böser als Nazismus, verabscheuungswürdiger als Imperialismus, gefährlicher als Kolonialismus. Der Zionismus ist ein Konzentrat all dieser Übel.“ Diese Gedanken seien nicht nur in die „Revolutions-Verfassung“ der PLO eingegangen und noch heute für sie gültig, sondern auch einige arabische Staaten hätten sich zu ihr bekannt. Auftritte von PLO-Agitatoren vor den Vereinten Nationen hätten dies immer wieder gezeigt.

„Jeder Druck auf Jerusalem, sich gegenüber der PLO oder deren Sympathisanten verhandlungsbereit zu zeigen, ist moralisch und politisch nicht zu verantworten,“ folgert der Verleger. Vielmehr sollte der Westen sogenannte gemäßigte arabische Regierungen zu beeinflussen suchen, um diese zu einer realistischeren Politik gegenüber Israel zu bewegen. „Das bedeutet vor allem, daß sie sich von denjenigen lossagen, die Terror ausüben, statt rationale Politik zu betreiben.“ Die Maxime „Kein Druck auf Jerusalem“ gelte in hohem Maße für die Deutschen, meint Springer.

Verblüffung über Schmudes Angriff auf die Grundgesetz-Präambel

Der Eklat unter Schumachers Porträt

WERNER KAHL, Bonn

Auf diese 40-Jahr-Abrechnung deutscher Teilung war im Saal wohl niemand gefaßt gewesen. Konsterniert wies der erste Diskussionssprecher aus dem Historisch-Politischen Arbeitskreis des Kuratoriums Unteilbares Deutschland auf Porträts dreier Politiker an der Stirnwand, die für die Nachkriegsgeschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bis zum Beginn der Ära Brandt repräsentativ waren. Was hätten Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer und Fritz Erler zu dieser als Generalangriff gegen die Präambel des Grundgesetzes und damit zugleich gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in der Frage der deutschen Einheit aufgefaßten Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Jürgen Schmude, gesagt?

Bei der Eröffnung der Sitzung des Historisch-Politischen Arbeitskreises des Kuratoriums durch Professor Hans-Adolf Jacobsen (Universität Bonn) im SPD-Fraktionssaal des Bundeshauses war nicht zu erkennen gewesen, was einen politischen Eklat hätte auslösen können. „40 Jahre danach – Rückblick und Ausblick“ war das Thema des Beitrages von Jürgen Schmude, der gerade erst mit seinem Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel von einem Treffen mit Honecker aus Ost-Berlin zurückgekehrt war.

Ein Blick ins Archiv hätte freilich hellhörig gemacht. Denn Schmude hatte schon 1978, damals Bundesbildungsminister, einen Vorstoß in der Deutschlandpolitik – vor dem zweiten Besuch Leonid Breschnews in Bonn – unternommen. Die gemeinsame Vergangenheit der Deutschen, befand er damals, trete als Grundlage des Strebens nach nationaler Einheit immer mehr in den Hintergrund. Allerdings wachse das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl. Daraus zog er dann den Schluß: „Diese Entwicklung läßt für den Zeitpunkt, zu dem die internationalen Machtverhältnisse das erlauben, eine neuartige Antwort auf die deutsche Frage erwarten, die von manchen überkommenen Vorstellungen erheblich abweichen wird.“ Kritiker hielten ihm damals vor, er wolle wohl das von der Verfassung geforderte Streben nach nationaler und staatlicher Einheit unterlaufen und den Deutschen die Wiedervereinigung ausreden.

Der frühere Staatssekretär im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen während der Großen Koalition unter Herbert Wehner, Günter Wetzel, hielt Schmude in der Diskussion entgegen, was sich denn in den vergangenen 40 Jahren geändert habe, das einen solchen Vorstoß gegen die Präambel des Grundgesetzes rechtfertigen würde? „In den Kernfragen hat sich nichts verändert, weder am Zustand der Teilung noch am Verlangen der Deutschen nach Einheit in Freiheit“, sagte Wetzel. Zu der „Klarstellung“, die Schmude 24 Stunden nach seiner Rede zum Schluß der Kuratoriumstagung Samstagmittag verlesen ließ – ohne sich dem Plenum noch einmal zu stellen – äußerten Teilnehmer, der Politiker habe doch in seiner vorausgegangenen Erklärung aus seiner Sicht kaum an Deutlichkeit etwas zu wünschen übrig gelassen.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig (CDU), betonte vor dem Kuratorium unter anderem, die deutsche Frage sei kein territoriales Problem, sondern eine Frage der Freiheit. Die Wiedervereinigung könnten die Deutschen schon morgen haben, „wenn wir bereit wären, auf die Freiheit zu verzichten“. Hennig: „Solange die Freiheit nicht hergestellt werden kann, ist die deutsche Frage offen.“ Das bedeute für die Politik der Bundesregierung, den Bewohnern der „DDR“ die Folgen der Teilung zu erleichtern. „Für uns ist die konkrete Lage der Menschen drüben Maßstab der Meßlatte, die nicht in der Qualität staatlicher Beziehungen verlorengehen darf.“

Der nächste Präses der EKD?

DW. Bonn

Die umstrittene Bonner Rede Jürgen Schmudes erhält durch eine andere Nachricht zusätzliches Gewicht: Der SPD-Politiker gilt als aussichtsreichster Anwärter für das Amt des Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die morgen in Berlin zusammentritt. Schmude, so heißt es, habe die meisten Chancen, die Nachfolge des nicht mehr kandidierenden Präses Cornelius Adalbert von Heyl (Bonn) anzutreten. In seiner Bonner Rede hat Schmude ausdrücklich auf das „Wort zum Frieden“ der evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und in der „DDR“ verwiesen, das in seinen Aussagen zur deutschen Frage weithin als Absage an eine aktive Wiedervereinigungspolitik interpretiert worden war.

Der SPD-Politiker Schmude ist erstmals in die Synode berufen worden. In der SPD-Bundestagsfraktion hat er das Amt des Kirchenbeauftragten, also des Verbindungsmannes zur EKD und zur katholischen Kirche, inne. Als ein weiterer aussichtsreicher Kandidat für den Posten des Präses der Synode galt lange Zeit das EKD-Ratsmitglied Otto von Campenhausen (Itzehoe). Von Campenhausens scharfe Kritik am inneren Zustand der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche hat seine Chancen, gewählt zu werden, offensichtlich geschmälert.

Vorstoß für „Friedensgebot“

DW. Bonn

Aufsehen erregte der Vorschlag des Lübecker SPD-Bundestagsabgeordneten Reinhold Hiller, den Wiedervereinigungsauftrag in der Grundgesetzpräambel durch ein „Friedensgebot“ zu ersetzen. Der Deutschen Presseagentur erklärte Hiller, das Wiedervereinigungsgebot schränke die Souveränität der „DDR“ ein. Die Wiedervereinigung stehe zur Zeit nicht auf der Tagesordnung. Nicht staatliche Einheit sei das entscheidende, sondern die Erhaltung des Friedens. Wie Schmude berief sich auch Hiller bei seinen Vorschlägen auf Klaus Bölling. Hiller bestritt jedoch, in einem Interview erklärt zu haben, es gebe zwei deutsche Staaten und zwei sollten es auch bleiben. Er habe nur Ansichten ausländischer Politiker zitiert.

Aus Schmudes umstrittener Rede

DW. Bonn

Die WELT veröffentlicht die wesentlichen Passagen der Rede des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Jürgen Schmude vor dem Historisch-Politischen Arbeitskreis des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“:

„In die Formulierung, daß die deutsche Frage weiter offen sei, scheinen viele bei uns geradezu verliebt zu sein. Dabei sollten wir doch endlich versuchen, uns darüber klar zu werden, welche Vorstellung eigentlich mit diesem Satz verbunden wird. Ist sie präzise und eindeutig, da doch der Begriff der offenen Frage ins Ungewisse ausweicht, jegliche Festlegungen vermeidet, außer der, es müsse noch irgendetwas kommen? Und ist es eigentlich vor uns redlich und vor anderen vertretbar, die Formulierung so zu gebrauchen, wie vor 10, 20 oder 30 Jahren? Sind uns denn keinerlei Antworten sichtbar und begreiflich geworden, die wir in unsere Rechnung einbeziehen müssen, bevor wir unverändert von der offenen deutschen Frage sprechen?

Noch kein halbes Jahr ist es her, da hatten wir im Bundestag Streit darüber auszutragen, ob die ‚offene deutsche Frage‘ sich über die DDR hinaus auch auf die verlorenen deutschen Ostgebiete erstreckt. Und das war nicht nur das letzte Aufflackern längst verblaßter Irrlichter. Der Bundesinnenminister hat es für richtig gehalten, im Frühjahr 1983 genau diese Position zu bekräftigen. Andere hielten den gleichen Gedanken in vorsichtiger Umschreibung aufrecht. Glaubt aber jemand im Ernst, auf der ganzen Welt gebe es außerhalb unserer Grenzen einen Menschen oder einen Staat, der es gut mit uns meint und bereit ist, eine so weit gestreckte deutsche Frage im Sinne der Fragesteller zu beantworten? ...

Manche meinen, abseits von der Grenzfrage im Selbstbestimmungsrecht den unverfänglicheren juristischen Begriff gefunden zu haben, mit dem sich letztlich die staatliche Einheit einfordern läßt. Auch die Menschenrechte sollen aus dieser Sicht als rechtlicher Hebel benutzt werden, um befriedigende Antworten auf die deutsche Frage herbeizuführen. Den Menschen aber tut man keinen Dienst damit, daß man ihre Rechte als Vehikel westlicher Politik einsetzt. Die Menschenrechte werden dadurch diskreditiert und entfallen als Argumentationsfigur in sonst vielleicht aussichtsreichen Gesprächen mit Ostblockregierungen. Und das Selbstbestimmungsrecht, so einleuchtend es klingt, war auch schon mal die Grundlage für die Forderung des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich. Mit gutem Grund ist das Thema heute erledigt, haben andere, sinnvolle politische Lösungen den Vorrang erhalten.

Aus derzeitiger Sicht könnten wir froh sein, wenn eine vergleichbare Lösung am Ende der weiteren Entwicklung in Deutschland stünde. Wir sollten um der Menschen und des Friedens in Europa willen den Eindruck vermeiden, als könne auch ein solcher Zustand nur vorläufiges Zwischenstadium sein auf dem Weg zur staatlichen Einheit, an der wir als Ziel unbeirrt festhalten. Entsprechende Einsichten werden mittlerweile in allen politischen Lagern geäußert. Ob solche Auffassung allerdings mit der Präambel des Grundgesetzes in Einklang zu bringen ist, steht auf einem anderen Blatt. Klaus Bölling hat in seinem „Spiegel“-Essay vor einigen Wochen noch einmal an das Grundvertragsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 und die darin aus der Grundgesetz-Präambel hergeleitete Verpflichtung aller Verfassungsorgane erinnert, den ‚Wiedervereinigungsanspruch im Inneren wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten‘. Soll das der letztlich einzige Weg der Deutschlandpolitik sein, zu dem es verfassungsrechtlich zulässige Alternativen nicht gibt? Sollen die in dieser Weise interpretierten Vorstellungen des Verfassungsgesetzgebers, der ja nicht die Erfahrungen und Einsichten der 40 Jahre seit 1945 berücksichtigen konnte, uns auf unbegrenzte Zeit binden? Wie sehr sich die Verhältnisse seit damals geändert haben, macht Bölling mit der schlichten Gegenüberstellung der Grundgesetz-Präambel mit Artikel 6 des Grundlagenvertrages sichtbar. Der Verpflichtung auf die Vollendung der Einheit Deutschlands hat der Verfassungsgesetzgeber den Satz vorangestellt, das deutsche Volk im Gebiet der heutigen Bundesrepublik habe mit der Schaffung des Grundgesetzes ‚auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war‘. Artikel 6 des Grundlagenvertrages besagt demgegenüber, daß beide Partner von dem Grundsatz ausgehen, ‚daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt‘ und daß sie ‚die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten‘ respektieren. Diese sehr einfache Gegenüberstellung erzwingt doch geradezu die Frage, ob nicht auch der Verfassungsgesetzgeber allmählich darangehen muß, aus den Erfahrungen der 40 Jahre Konsequenzen zu ziehen.

Und die deutsche Frage? Der scheinbare Vorteil der Verschwommenheit dieser Formel erweist sich mehr und mehr als Belastung. Wenn wir die Welt mit dieser Frage konfrontieren, wird sie klare Antworten zuerst bei uns suchen. Bleiben wir diese schuldig, so werden andere die Antworten an unserer Stelle formulieren, und zwar nach ihren Spekulationen und Befürchtungen, auch nach ihren Interessen. Sie werden uns die vielen Teilantworten vorhalten, die in den letzten 40 Jahren in der Entwicklung vollendeter Tatsachen sowie in Verträgen und Abmachungen zu finden sind. Und nicht wenige unserer Nachbarn und Freunde kommen zu dem Schluß, daß eigentlich nichts mehr offen sei und daß wir endlich Ruhe geben sollten. Die Andreotti-Äußerung vom Sommer 1984, so verfehlt sie in Form und Anlaß war, hat blitzlichtartig erkennen lassen und bestätigt, daß viele, ja eigentlich alle westlichen Regierungen gleichermaßen am gegenwärtigen Zustand festhalten wollen ... Nichts wird gewonnen, wenn wir die offene deutsche Frage wie eine Wunde vorweisen, ohne deren völlige Heilung der Frieden in Europa nicht gesichert werden könne. Was in dieser Form die Interessen anderer zugunsten der Deutschen mobilisieren soll, wirkt tatsächlich auf sie als Drohung.“

Die Präambel

„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war.

Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Zusammenschluß bibeltreuer Kirchengruppen

epd. Neumünster

Eine Vereinigung der bibeltreuen Gruppen der evangelischen Kirche Nordelbiens, „Sammlung um Bibel und Bekenntnis“ und der vor einem Monat ins Leben gerufenen „Bekennenden Gemeinschaft“, ist nicht mehr auszuschließen. Dies kündigte Pastor Ulrich Röß (Hamburg) am Wochenende auf einer Tagung der Gruppe „Sammlung um Bibel und Bekenntnis“ an. Gegenüber dem Evangelischen Pressedienst (epd) sagte Röß, bei bevorstehenden Gesprächen werde der organisatorische Zusammenschluß Thema Nummer eins sein. Er begründete dies damit, daß die zunehmende geistliche Krise der Kirche ein Zusammenrücken der bibeltreuen Gruppen notwendig mache.

Von der Sondersynode der nordelbischen Kirche am 5. und 6. Juli in Rendsburg erwartet Röß, daß „wir dort unser Anliegen vortragen können“, ohne daß strittige Punkte vertagt oder in Arbeitsgruppen delegiert würden. Röß forderte auch eine Stärkung des Bischofsamtes. Heute bliebe den Bischöfen bei „bestimmten Verfehlungen“ nicht viel mehr als „gut zureden“. Um die Verbreitung von „Irrlehre“ wie etwa die feministische Theologie unterbinden zu können, mußten die Bischöfe aber Kompetenzen haben.

Der Vorsitzende des „Vereins zur Förderung von Evangelium und Kirche durch bekenntnistreue Christen“, Otto Graf zu Rantzau, begründete den vermutlichen Zusammenschluß konservativer kirchlicher Gruppen mit einer zunehmenden Politisierung der Verkündigung und dem Eindringen „neuheidnischer Elemente“ wie etwa der feministischen Theologie. Außerdem habe der heftig umstrittene Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung, den 17 Pastoren des Kirchenkreises Stormarn an junge Leute in ihren Gemeinden richteten, die Gründung des Fördervereins beschleunigt. Rantzau gehört zu den elf Unterzeichnern des „Aufrufes an unsere Bischöfe“ vom Jahresbeginn. Der darin erhobene Vorwurf der Untätigkeit gegenüber politisierenden Pastoren und „neuheidnischen Tendenzen“ hatten die Bischöfe zurückgewiesen.

Nimmt die Bedrohung durch RAF wieder zu?

DW. Karlsruhe

Die Staatsschutzbehörden schätzen die Schlagkraft der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) zur Zeit sehr hoch ein. Die jüngste Analyse der Ermittlungsbehörden kam zu dem Ergebnis, daß die deutschen Terroristen möglicherweise bis zu 128 Schußwaffen und 2900 Schuß Munition besitzen. Die Zusammenarbeit mit ausländischen Terroristengruppen wie der französischen „Action directe“ habe die Gefährlichkeit der deutschen Terroristen noch erhöht. Ihren finanziellen Bedarf decke die RAF weitgehend durch Banküberfälle. Aufgefundenen Unterlagen der Terroristen sei zu entnehmen, daß die RAF plant, auch Geldboten zu überfallen, weil diese in der Regel kein registriertes Geld bei sich tragen würden.

Seit der Jahreswende zeichnet sich die Entstehung einer „westeuropäischen antiimperialistischen Guerialla“ ab, heißt es in dem Bericht. Die Angriffsrichtung der RAF könne damit nicht mehr eng auf ihre ursprünglichen Ziele eingegrenzt, werden. Zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Justiz seien nach wie vor bedroht.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Der geplante „Putz in Bonn“ geriet zum leisen Protest

28 Gruppen demonstrierten gegen Benachteiligung der Frau

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

An einem als „bundesweiter Frauenprotest“ angekündigten Umzug in Bonn unter dem Motto „Nicht Blumen – Rechte fordern wir!“ haben sich am Samstag 28 Gruppierungen beteiligt – von der DKP und der Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Jugend über eine bisher nicht bekannte „Frauenpartei“ und die Seniorenorganisation „Graue Panther“ bis zu Lesbierinnen-Verbänden.

Die Aufforderung der Veranstalter, einer „Aktion Muttertag“, die „Wir machen Putz in Bonn“ lautete, war von den Teilnehmerinnen außerordentlich unterschiedlich aufgefaßt worden. Manche Frauen zogen zum Zeichen, daß sie auf Blumen keinen Wert legen, große Sträuße an Strikken hinter sich her, andere forderten auf Spruchbändern und Tafeln „Brot und Blumen“, „Das ganze volle Leben“ oder die Abschaffung der Unsitte, daß die „Kleinen“ für die „Großen“ arbeiten müssen.

An dem Umzug unter Mitführung hunderter lila und rosa Gasballons beteiligten sich nach Polizeischätzung etwa 2500 Frauen. Die Veranstalter hatten bei der Anmeldung der Demonstration rund 10 000 Teilnehmer angekündigt. Gemeinsam war allen Gruppen der Protest gegen die, wie es hier hieß, frauenfeindlichen Beschlüsse der Bundesregierung. Frauen sollen, so die „Demokratische Fraueninitiative“, weiterhin „private Haus- und Familienarbeit leisten, um den Sozialabbau aufzufangen“, und Frauen sollten mehr Kinder nicht zur Bereicherung des gemeinsamen Lebens in die Welt setzen, „sondern aus bevölkerungspolitischen Gründen, als Nachwuchs für Wirtschaft und Armee und zur Rentensicherung“. Durch das neue Scheidungsrecht, den § 218 und die Neuregelung sozialer Rechte werde die „kapitalistische Ausbeutungsmacht verfeinert und modernisiert“.

Die Teilnehmerinnen an dem Umzug hatten sich als Lärminstrumente vielfach Topfdeckel und Kochlöffel mitgebracht. Wirklich hörbar blieben im Straßenlärm allerdings nur Trillerpfeifen und eine Trompete.

Das größte Aufsehen machte eine „Fraueninitiative 6. Oktober“, deren Mitglieder sich in schwarze Brautkleider gehüllt hatten, um damit gegen die geplante Scheidungsreform der Bundesregierung zu protestieren. Vorwurf dieser Gruppe: Schon das „Beleidigen der Schwiegermutter“ könne dazu führen, nach einer Scheidung als Frau ohne Unterhaltsversorgung dazustehen, selbst wenn noch kleine Kinder zu versorgen seien.

Der Pressesprecher des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, Hartwig Möbes, erklärte anläßlich der Frauen-Demonstration, mit einer solchen Veranstaltung wolle man den Eindruck hervorrufen, als ob sich die Situation der Frau in der Bundesrepublik verschlechtert habe. Tatsächlich sei aber 1984 „das Jahr der großen frauen- und familienpolitischen Beschlüsse“ gewesen. Das Erziehungsgeld für alle Mütter oder Väter, die sich im ersten Lebensjahr ganz der Erziehung ihres Babys widmeten, sei eingeführt worden, die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung und die steuerliche Entlastung oder ein Kindergeldzuschlag für Familien mit Kindern.

Mißtrauen gegen Wende rückwärts

Anwaltstag kritisiert zum Abschluß das Bonner Konzept zum Unterhaltsrecht

H.-H. HOLZAMER, Mannheim

„Feste Meßlatten und Regelungen mögen vielleicht das Urteilen leichter machen“, verteidigte der Staatssekretär im Bundesjustizministerium Benno Erhard die Neu-Konzeption der Bundesregierung zum Unterhaltsrecht, „aber doch leider nicht gerechter“. Doch es war fast unmöglich für ihn, mit den Kritikern auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. In der abschließenden Podiumsveranstaltung des 43. Deutschen Anwaltstages in Mannheim zum Scheidungsfolgenrecht blieb das Mißtrauen gegen eine Wende rückwärts, gegen eine Rückkehr zum Schuldprinzip jedenfalls im Bereich der aus einer Scheidung herrührenden Belastungen, nur mühsam unter dem juristischer Umgangsformen bedeckt.

Worum geht es? Das Bundesverfassungsgericht hat der Bundesregierung aufgegeben, die Regelung der Härteklausel „nachzubessern.“ Der daraufhin konzipierte Gesetzesentwurf versucht dem zu genügen, indem er unter anderem die Klausel erweiterte, eine zeitliche Begrenzung und eine Rückwirkung während einer Übergangzeit einführte. – Und stieß damit auf die geballte Kritik aller.

Die Anwälte griffen die Möglichkeit, bestehende Scheidungsfolgenvereinbarungen angreifen zu können, an als „Schlag gegen das Vertrauen des Staatsbürgers in die Rechtssicherheit“. Und der Vorsitzende des Familiensenats des Bundesgerichtshofs nannte zwei Beispiele richterlicher Hilfslosigkeit: Eine Mutter genießt das Privileg der Kinderbetreuung und verhält sich gegenüber dem unterhaltspflichtigen Mann grob unbillig. Was kann, was soll die Folge sein? Ausschluß des Unterhalts, Reduzierung auf den notwendigen Unterhalt oder gar keine Folge? Der andere Fall: Es gilt das Prinzip, jeder sorgt für seinen eigenen Unterhalt. Aber: Bei Arbeitslosigkeit zahlt derjenige, der verdient. Lohmann: „Wie soll ich das erklären? Soll ich sagen, das trifft ja nicht viele? Dabei ist doch das Sonderopfer schwieriger zu verstehen, als wenn alle die gleiche Belastung trifft. Und was gilt bei Fällen (womöglich selbstverschuldeter) Arbeitsunfähigkeit. Ist eine Sozialisierung in diesen Fällen nicht angebracht?“

Das Zentralproblem im Bereich der Scheidungsfolgen jedenfalls wurde in Mannheim deutlich: Generalklauseln helfen nicht, wenn keine Einigkeit über die innere Rechtfertigung der Leistungen besteht. Das ist der entscheidende Unterschied etwa gegenüber dem Kaufrecht, wo jeder weiß: Es geht um Ware gegen Geld.

Die Anwälte sind, wie DAV-Hauptgeschäftsführer Karl-Peter Winters nach dem Schluß des Anwaltstages der WELT sagte, „tiefunglücklich über das, was rechtspolitisch aus Bonn kommt.“ Da sei das Unterhaltsrecht nur ein Punkt. Andere „sind der Abbau des Rechtsstaates“ durch die Einsparung von Richterstellen, „die an Masse nichts bringt“, und der Wegfall von Instanzen und Antragsmöglichkeiten des Betroffenen in fast allen Rechtsgebieten.

„Natürlich ist der Rechtsausschuß unser Partner in Bonn, und natürlich steht er unter erheblichem Druck. Denn der Finanzminister hat im Kabinett mehr zu sagen als der Justizminister.“ Gleichwohl verstehe der DAV nicht, daß sich der Ausschuß so leicht und so oft unterbügeln ließe.

Jenninger will Familie stärken

dpa, Bochum

Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) hält eine Stärkung der „Institution Familie“ für dringend notwendig. Bei einer Festversammlung zum Abschluß des 73. Bundesverbandstages der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung sagte er gestern in Bochum, die Bundesrepublik Deutschland leide unter einem „Erziehungsnotstand“. Daß es vielen Kindern im Elternhaus an Liebe und Wärme fehle, habe „katastrophale Spätfolgen“ für den Einzelnen wie für die Gesellschaft – von gestörtem Sozialverhalten bis hin zur Suchtanfälligkeit.

Der Bundestagspräsident forderte eine Änderung der Wertvorstellungen. So müsse man der „stillschweigenden Abwertung der Familie, der Verächtlichmachung der Nur-Hausfrau und Nur-Mutter“ ebenso entgegentreten wie der Auffassung, daß die Frau sich nur in außerhäuslicher Erwerbstätigkeit verwirklichen könne. In den Schulen müsse nicht mehr nur Wissen vermittelt, sondern auch wieder zur Ehrfurcht vor Gott, den Mitmenschen und dem Leben, zu Leistung und Verantwortung erzogen werden.

„Abwehr gegen jede Art von Raketen“

Pentagon-Experte Gardner berichtet vor NATO-Versammlung über SDI-Entwicklung

RÜDIGER MONIAC, Stuttgart

Vor dem Ausschuß für Wissenschaft und Technik der Nordatlantischen Versammlung hat einer der Verantwortlichen des US-Forschungsprogramms zur strategischen Raketenabwehr (SDI) über dessen Stadium einen bislang in der europäischen Öffentlichkeit beispiellos umfassenden und gleichzeitig detaillierten Überblick gegeben. John L. Gardner, einer der Vertreter von General Abrahamson und im SDI-Programm zuständig für „Systems Analysis“, berichtete in Stuttgart vor Abgeordneten aus den Parlamenten fast aller NATO-Staaten, nach der Ankündigungsrede von Präsident Reagan im März 1983 sei das Forschungsprogramm nun auf ganzer Breite in Angriff genommen und komme „unaufhaltsam in Fahrt“. Für Anfang der neunziger Jahre erhoffe man sich daraus soviel Erkenntnisse, um zu entscheiden, ob eine strategische Verteidigung errichtet werden könne.

Besonders für europäische Ohren aufschlußreich waren Gardners Ausführungen über die Erforschung von Bekämpfungsmöglichkeiten für kürzerreichende ballistische Raketen wie die sowjetische SS 20 oder die SS 21 mit der sehr kurzen Schußweite von 120 Kilometern. Für diese Aufgaben sieht das SDI-Programm unter anderem die Erprobung eines Flugzeuges mit einer Laserstation sowie der von „Abfang-Fahrzeugen inner- und ausserhalb der Atmosphäre“ vor. Gardner sagte, man glaube, daß das Programm Möglichkeiten zum Kampf gegen „jede Art von ballistischen Raketen“ eröffnen werde.

Auf entsprechende Fragen von Abgeordneten äußerte sich der Pentagon-Offizielle auch zu den Aussichten über die nicht-militärische Anwendung neuer Techniken aus dem SDI-Programm, den sogenannten „spin-off“. Ihn erwarten die amerikanischen Fachleute auf verschiedenen Gebieten. Gardner nannte die Versorgung von Raumstationen, neue Energiequellen im Weltraum, Fortschritte in der Datenverarbeitung und für neue Systeme der Kommunikation. Für sehr schwere Nutzlasten werden neue Transportsysteme verfügbar werden, die weniger kosten als die heute in Gestalt des „space-shuttle“ nutzbaren. Für neue Kraftwerke im All rechnet er mit einer Größenordnung von vielen Megawatt, und bei der Datenverarbeitung mit Fortschritten bei der Schaffung sogenannter „künstlicher Intelligenz“, die es erlauben soll, die „software“ zur Steuerung der Computer der fünften Generation von den Maschinen selbst herstellen zu lassen.

Auf den US-Experten reagierten lediglich Abgeordnete aus Dänemark und Norwegen, deren Regierungen eine Beteiligung an der SDI-Forschung offiziell abgelehnt hatten, reserviert. Auffälligerweise ließen hingegen französische Abgeordnete nicht erkennen, ob sie die SDI-Initiative mit Distanz betrachten, obwohl Präsident Mitterand eine französische Forschungsbeteiligung beim Bonner Weltwirtschaftsgipfel rigide von sich gewiesen hatte. Sie beschränkten sich auf Fragen.

Vor einem anderen Ausschuß der Nordatlantischen Versammlung wies ein hoher deutscher Vertreter auf die Gefahr hin, durch SDI könnte die gültige NATO-Strategie der flexiblen Reaktion abgewertet werden. Dies aber dürfe nicht geschehen. Für die „vorhersehbare Zukunft“ gebe es für sie keine Alternative.

Israel zeigt sich Zaire gegenüber sehr großzügig

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Zaires Präsident Mobutu Sese Seko hat bei seinem Israel-Besuch einen Vertrag ausgehandelt, der beispiellos sein dürfte: Israel hat sich verpflichtet, Export- und Investitionsversicherung nicht nur für israelische Firmen zu beschaffen, die in Zaire investieren wollen, sondern auch für „jüdische Firmen" anderer Länder.

Zaire und Liberia waren die ersten schwarzafrikanischen Staaten, die 1983 dem arabisch inspirierten diplomatischen Boykott gegen Israel trotzten und ihre formellen Beziehungen mit Israel wiederaufnahmen. Mobutu lag dabei viel daran, technische und militärische Hilfe Israels sowie Investitionen zu bekommen. Doch das Tempo war ihm zu langsam. Der Grund: Zaire gilt als politisch unzuverlässig. Ohne staatliche Garantie wollen Privatfirmen ihr Geld nicht riskieren.

Eine volle Garantie kann sich die israelische Regierung mit ihren beschränkten Kapitalquellen nicht leisten. Sie erklärte sich jedoch bereit, „eine Regelung einzuleiten, um potentielle Investoren in Zaire abzusichern". Die Einzelheiten dieser Regelung sind so heikel, daß sie Israel auf Wunsch Mobutus nicht preisgibt.

Außerdem zeigte Mobutu ein fast kindisches Vertrauen in Israels Fähigkeiten, „jüdische Firmen" in den westlichen Industriestaaten zu Kapitalanlagen in Zaire zu veranlassen. Er verlangte ein Versprechen Israels in diesem Sinn sowie die Bereitschaft, auch solchen Firmen Garantien zu geben. Israel erklärte sich nach langem Zögern einverstanden, jeden solchen Fall individuell zu prüfen.

Die Israelis erwarten, daß Zaire stabil bleibt, daß es nicht nötig sein wird, die Exportversicherung einzulösen, und daß sich aus dem Vertrag handelspolitische Vorteile auch für sie selbst ergeben. Auch rechnet Israel damit, daß Mobutu bei anderen afrikanischen Ländern auf die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Israel hinwirken wird.

Israel, das vor zwölf Jahren aus allen afrikanischen Ländern außer dreien vertrieben wurde, unterhält heute dennoch Beziehungen mit den meisten von ihnen. In zwei afrikanischen Ländern bauen israelische Unternehmen sogar Kirchen. (SAD)

Spaniens Privatschulen pochen auf ihre Rechte

Lehrer streiken / Staat droht mit Entzug des Zuschusses

ROLF GÖRTZ, Madrid

Anderthalb Millionen spanische Schüler standen in der vergangenen Woche vor verschlossenen Türen. Diesem zweiten Warnstreik, an dem sich 70 000 Lehrer der privaten Schulen beteiligten, wird Ende des Monats ein dritter folgen. Sollte auch dieser zu keinem Ergebnis führen, dann ist damit zu rechnen, daß Anfang Juni die meisten privaten Schulen – Lehrer und Schulträger sind sich einig – auf unbefristete Zeit ihre Tore schließen. Die Lehrer fordern eine Gehaltserhöhung, die den Inflationsverlust ausgleicht. Die Schulträger können nicht zahlen, weil ihnen die Zuschüsse gestrichen werden können.

Dreieinhalb Millionen spanischer Kinder, das sind 38 Prozent aller Schulpflichtigen Spaniens, besuchen private Schulen und werden davon betroffen. In Spanien leisten die privaten Schulen mehr als die staatlichen, und sie kosten den Staat auch weniger. Die Eltern zahlen bei Privatschulen je nach Einkommen zwischen 95 und 450 Mark im Jahr pro Kind. Für über eine Million Kinder gilt der niedrigste Satz. Über das Niveau sagte ein deutscher Gastprofessor „Die spanischen Abiturienten wissen mehr – die deutschen können besser diskutieren."

„Die Schulen, Herr Maravall (Erziehungsminister), sind keine Fabriken, deren Produktion man einfach stoppen kann. Sie, Herr Minister, kennen die Realitäten", schrieb Carmen Alvear, die Vorsitzende der spanischen Elternverbände. Sie mobilisierte mehr Menschen als je eine Partei in Spanien. Zwei der drei größten Massenversammlungen, die Spanien je erlebte, gehen auf ihr Konto; die dritte gab es beim Papst-Besuch in Madrid. Im Grunde genommen handelte es sich um dieselben Demonstranten: Spaniens Gläubige, die für das Recht kämpfen, ihre Kinder weiterhin in christlich orientierten Schulen erziehen zu lassen.

Die Verfassung garantiert Schulfreiheit und „das Recht der Eltern auf religiöse und moralische Erziehung ihrer Kinder, die mit ihrer eigenen Überzeugung übereinstimmen". Dem setzte die Sozialistische Partei, die seit Ende 1982 regiert, auf ihrem Parteikongreß 1979 folgende Maxime entgegen: „Es werden die religiösen Materien in den Schulen und Lehrplänen verschwinden. Die Sozialistische Lehrergewerkschaft verlangt einen Lehrplan zur ‚Vorbereitung einer sozialistischen Gesellschaft'."

Vor diesem ideologischen Hintergrund fürchten vor allem die katholischen Elternverbände die Auswirkungen einer Schulreform, die zwar noch beim Verfassungsgericht abhängig ist, die aber durch Ministerial- und Regierungsdekrete weitgehend Wirklichkeit geworden ist.

Die Schulreform (LODE) bietet unentgeltlichen Unterricht in unmittelbarer Nähe des Wohnortes für alle. Die privaten Schulen, die bisher vom Staat subventioniert wurden, werden auch in Zukunft unterstützt. Allerdings unter Bedingungen, die weder die Eltern noch die meisten kirchlichen Schulträger akzeptieren.

Vor allem der Lehrplan ist der Stein des Anstoßes. Bisher legten ihn ausschließlich die Schulträger fest, wenn auch in Übereinstimmung mit Lehrkörper und Eltern. In Zukunft werden nur noch diejenigen Schulen staatlich unterstützt, in denen nicht nur der Lehrplan, sondern auch die Zusammensetzung des Lehrkörpers und die Verteilung der Mittel „demokratisch" bestimmt werden, das heißt, unter Mitwirkung von Schulträgern, Lehrern, Eltern, Schülern, Hilfspersonal und Gewerkschaften. 200 spanische Privatschulen, die sich diesem Diktat nicht beugen wollten, mußten schließen, weil sie sich nicht mehr finanzieren können.

Ein Beschluß des Obersten Gerichtshofes, der die Schulerlasse der Regierung als ungesetzlich bezeichnete, half den Eltern nur wenig. Trotz dieses Beschlusses und trotz der 700 Prozesse, die Schulen, Eltern und Verbände vor ordentlichen Gerichten gegen die Regierung gewannen, werden weiterhin die Zuschüsse für religiös orientierte Schulen gestrichen.

Das Ergebnis, so stellt der für das Erziehungswesen in der Bischofskonferenz verantwortliche Erzbischof von Saragossa D. Elias Yanes fest, wird eine „elitäre" Schulausbildung. Nur noch die Reichen können sich künftig für ihre Kinder eine katholische Schulausbildung leisten. Die Schulgelder erhöhten sich vielfach um das Zehn- bis Fünfzigfache. (SAD)

Sorge über Erfolge der Sinn Fein

Bezirkswahlen in Nordirland / London lehnt die Partei ab, solange sie den IRA-Terror billigt

REINER GATERMANN, London

Die Bezirkswahlen in Nordirland brachten so große Veränderungen, daß der Führer der Demokratischen Unionspartei (DUP), Pastor Ian Paisley, ohne Widerspruch erklären konnte: „In der Lokalpolitik Nordirlands wird nichts mehr so sein wie bisher." Der Grund hierfür ist das nicht unerwartet erfolgreiche Abschneiden der Sinn Fein, dem politischen Arm der Irisch-Republikanischen Armee (IRA).

Die beiden protestantischen Unionsparteien erklärten, daß sie in den 26 Bezirksparlamenten jegliche Zusammenarbeit mit Sinn Fein meiden werden. Das Nordirland-Ministerium in London teilte mit, kein Minister oder Beamter werde sich mit Abgeordneten dieser Partei an einen Tisch setzen, solange diese sich nicht von den Terroranschlägen der IRA distanziere. Aber daran denkt niemand in der Sinn Fein. In Londonderry wird mit Gerry Doherty für sie sogar ein Mann ins Parlament einziehen, der wegen Mordversuchs und Bombenanschlägen siebeneinhalb Jahre im Gefängnis saß.

Die politische Macht der Bezirksabgeordneten ist zwar nicht sonderlich groß; aber diese Wahl weckte besonderes Interesse, weil sich erstmals die politischen Brüder der IRA-Terroristen in einer Lokalwahl dem Bürger stellten. Dem war eine heftige Auseinandersetzung innerhalb der Partei vorausgegangen, wo sich schließlich deren Vorsitzender Gerry Adams durchsetzte. Er plädierte für die gemeinsame Anwendung von politischem Votum und der Schußwaffe.

Die Sinn Fein hatte ihre Position klug aufgebaut. Zunächst stellte sie sich nur in Bezirken dem Wähler, in denen sie mit einer starken Unterstützung rechnen konnte, darunter Londonderry, Faramagh und Omagh, wo sie sogar zur größten Partei wurde. Zum anderen setzte sie ihre offiziell geäußerten Erwartungen mit 35 bis 40 Abgeordneten sehr bescheiden an, obgleich in politischen Kreisen von vornherein 50 für wahrscheinlicher gehalten wurden. Nun wurden es 59, was also die Sinn-Fein-Erwartung „erheblich übertraf". Sie etablierte sich damit als viertstärkste Partei.

Ihre Absicht jedoch, den stärksten Rivalen auf der katholisch-nationalistischen Seite, die von der Republik Irland unterstützte Sozialdemokratische und Arbeiterpartei (FDLP) aus dem Sattel zu heben, schlug fehl. Diese erhielt 101 der 566 Sitze und 17,7 Prozent der Stimmen gegenüber 11,8 Prozent für die Sinn Fein.

Im protestantischen Lager bauten die Offiziellen Unionisten ihre Führung zur Demokratischen Union aus: sie errangen 190 Sitze (29,7 Prozent) gegenüber 142 (24,3). Gemeinsam halten sie in 17 der 26 Bezirke eine eigene Mehrheit. Zu den Verlierern zählt die für Aussöhnung und Zusammenarbeit über die Konfessionsgrenzen hinweg arbeitende Allianz, die mit 7,3 Prozent 34 Sitze belegen kann.

Der offizielle Eintritt der Sinn Fein in die Lokal- und Regionalpolitik Nordirlands kompliziert nicht nur die politische Arbeit in diesen Bereichen, sondern dürfte sich auch auf die anglo-irischen Gespräche über gemeinsame Positionen in der Ulster-Politik auswirken. Zudem könnten IRA-Sympathisanten in den USA, so ist in London und Dublin zu hören, das Wahlergebnis zum Anlaß nehmen, ihre finanzielle und materielle Unterstützung des bewaffneten Kampfes in Nordirland auszubauen.

Sinn-Fein-Repräsentanten sagten nach der Wahl, sie sähen keinen Konflikt zwischen ihrer Kandidatur bei einer demokratischen Wahl und ihrer offenen Stellungnahme für undemokratische gewaltsame Handlungen. Daß sie sich in dieser Situation befänden, sei allein die Schuld Londons.

In Ulster wird eine weitere Polarisierung des politischen Lebens befürchtet. Mit einer gewissen Spannung sieht man zudem den kommenden Auftritten der IRA entgegen, sowohl in den von den Republikanern beherrschten Regionen, wo sie sich auf ein „Hausrecht" berufen könnten, als auch in den Bezirken mit unionistischer Mehrheit. Die Polizei hält eine neue Attentatswelle für nicht ausgeschlossen. In einer schwierigen Situation befindet sich auch die SDLP, die künftig „in gewissen Fragen" nicht umhin kommt, mit den politischen Fürsprechern des Terrors gegen die protestantischen Unionisten, dem gemeinsamen Gegner, am gleichen Strang zu ziehen.

Der Osten beherrscht Nicaragua schon

Einfluß reicht von den Streitkräften bis zum Bildungswesen / Wirtschaftshilfe ist gering

WERNER THOMAS, Managua

Selten hat die Ostblock-Reise eines Staatspräsidenten mehr Aufsehen erregt und ähnliche Konsequenzen ausgelöst als die des Comandante Daniel Ortega. In zwei Wochen besuchte er alle Hauptstädte des kommunistischen Teils Europas, in Moskau fing er an.

In Washington wurde die Tour als Beweis dafür gewertet, daß Nicaragua bereits im anderen Lager steht. Und als Provokation: Präsident Reagan verhängte ein Wirtschaftsembargo. Und Kongreßabgeordnete der demokratischen Opposition wollen jetzt den Antisandinisten doch noch eine nichtmilitärische Hilfe gewähren.

Nicaragua erwartet gespannt die Rückkehr Ortegas. Geht die Unterstützung weit über jene rhetorischen Solidaritätserklärungen hinaus, die jeder Gastgeber formulierte, auch der sowjetische Parteichef Gorbatschow? Angeblich ersuchte Ortega ihn um ein wirtschaftliches Hilfepaket von 200 Millionen Dollar.

Marxismus als Wegweiser

Ganz gleich, wie sich der Ostblock künftig verhält – er übt bereits einen dominierenden Einfluß aus. Verteidigungsminister Humberto Ortega, Daniels jüngerer Bruder, hatte bereits im Sommer 1980 verkündet, daß der Marxismus-Leninismus dieser Revolution den Weg weise.

Der Staatssicherheitsdienst, die Streitkräfte, die Massenorganisationen und das Bildungssystem wurden mit östlicher Hilfe geschaffen. Der sandinistische Parteiapparat umfaßt ein Politbüro (Dirección Nacional) und ein Zentralkomitee (Asamblea Sandinista). Die sowjetische Fluglinie Aeroflot und die kubanische Gesellschaft Cubana verbinden Managua mit der sozialistischen Welt. Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass und Kubas Prensa Latina prägen die außenpolitische Berichterstattung der sandinistischen Medien.

Fast alle Waffen stammen aus dem Osten. Die Kalaschnikow (AK 47) ist die Standardwaffe der sandinistischen Volksarmee. Die Amerikaner glauben, daß die Comandantes mehr als 300 sowjetische Panzer und Panzerfahrzeuge besitzen. In diesen Tagen konnte man gelegentlich den schnellsten Kampfhubschrauber der Welt über Managua schweben sehen: den Mi-24 Hind. Die Soldaten tragen die flachen sowjetischen Stahlhelme, die Polizisten vor den Botschaften Ballonmützen aus Nordkorea.

Die Uniformen sind denen der kubanischen Streitkräfte nachgeschneidert. Die Kubaner haben nach Angaben der Sandinisten weniger als 700 Militärberater in Nicaragua stationiert, die US-Regierung vermutet mehr als 3000.

Das sandinistische Parteiorgan „Barricada" bestätigte bei der Verabschiedung von 100 dieser „Asesores" die Präsenz des kubanischen Generals Arnaldo Ochoa, der einmal Castros Angola-Truppen kommandierte. Präsident Reagan verkündete Ende April, auch sowjetische Militärexperten seien in den Kampfgebieten tätig.

Kuba ist die am stärksten engagierte Ostblock-Nation. Das gesamte kubanische Kontingent soll 10 000 Personen betragen. Dann kommen die Bulgaren, etwa 800 bis 1000 Mann. Die „DDR" stellt 200 bis 300 Entwicklungshelfer, die auch beim Staatssicherheitsdienst, der Polizei und dem staatlichen Kommunikationskonzern Telcor sitzen. Die Russen halten sich mit schätzungsweise 150 bis 200 auffallend zurück. Sie spielen allerdings eine Schlüsselrolle im Hintergrund.

Die Wirtschaftsbeziehungen erreichen nicht den politischen und militärischen Einfluß. Der Ostblock-Anteil am nicaraguanischen Handel betrug bisher etwa 30 oder 40 Prozent.

Vergleich mit Kuba

Die Fahrzeuge aus der Sowjetunion, Bulgarien, der Tschechoslowakei und der „DDR" erinnern an diese Seite des Verhältnisses. In den Supermärkten werden östliche Dosennahrung, Glühbirnen und Haushaltswaren angeboten. Die Sowjetunion deckt mehr als 50 Prozent des Ölbedarfs und liefert Stahl.

Viele westliche Beobachter bezweifeln jedoch, daß die Sowjets und die anderen Ostblockländer in Zukunft auf wirtschaftlichem Gebiet wesentlich stärker auftreten wollen. Ein Politiker der konservativen Partei zieht einen Vergleich mit Kuba, das die Sowjets heute mit täglich fast zehn Millionen Dollar über Wasser halten: „Kennedy hatte Chruschtschow nach der Raketenkrise die Garantie gegeben, daß die USA nichts gegen die Insel unternehmen würden. Im Fall Nicaragua liegt keine Garantie dieser Art vor." (SAD)

Bachtiar stellt neue Aktionen in Aussicht

DW. Bonn

Der in Paris im Exil lebende ehemalige iranische Ministerpräsident Schapur Bachtiar hat seine Anhänger in Iran am Samstag aufgefordert, ihre Demonstrationen gegen das Khomeini-Regime vorerst einzustellen. Neue Aktionen mit dem Ziel, das Regime zu stürzen, würden in Kürze verkündet, hieß es in einer Erklärung, die über Geheimsender in Iran ausgestrahlt wurde. Bachtiars Weisung fiel zusammen mit der Ankunft des saudiarabischen Außenministers Prinz Saud el Feisal in Teheran, der allgemeinen Vermutungen nach versuchen will, den Golfkooperationsrat zur Vermittlung im Krieg zwischen Iran und Irak wiederzubeleben.

Bachtiar war der letzte Ministerpräsident des Schahs und leitet die monarchistische Nationale iranische Widerstandsbewegung (Namir). Diese hatte am Freitag von Massendemonstrationen in Teheran und anderen persischen Städten gegen die Kriegspolitik der Khomeini-Regierung berichtet, zu denen Bachtiar über den Namir-Geheimsender aufgerufen habe. Über diese Demonstrationen ist inzwischen ein heftiger Propagandakrieg entbrannt.

Presseberichte aus Teheran sprachen von Tausenden von Menschen, die mit hupenden Autos die Hauptverkehrsstraßen Teherans verstopft hätten, Namir berichtete von Hunderttausenden. Die amtlichen Teheraner Nachrichtenagentur Irna sprach von nur einigen hundert. Die linksislamische Widerstandsorganisation Mudschahedin-e-chalq, die in den vergangenen Wochen mehrmals über regimefeindliche Demonstrationen in Teheran berichtet hatte, bezeichnete die Angaben von Namir als „lächerlich".

Am Sonntag hat die Teheraner Regierung die Oppositionspartei des ehemaligen Ministerpräsidenten Mehdi Bazargan für die diesjährigen Präsidentschaftswahlen zugelassen.

Warschau besteht auf Preiserhöhung

dpa, Warschau

Die polnische Regierung hat trotz heftiger Kritik der neuen Gewerkschaften und einer angekündigten Protestaktion der Untergrundorganisation von „Solidarität" ihre Entschlossenheit bekräftigt, im Juni die Preise für Fleisch, Wurst und tierische Fette anzuheben. Der Minister für Gewerkschaftsfragen, Ciosek, nannte die Preisveränderungen notwendig. Die Gehälter seien im ersten Quartal 1985 gegenüber der gleichen Periode 1984 um 17,2, die Lebenshaltungskosten aber nur um 12,4 Prozent gestiegen. Dieser Trend könne zu einem Warendefizit führen. Der Minister verwies darauf, daß die Preissteigerungsrate seit 1983 von 22 auf zwölf bis 13 Prozent gesunken sei.

Peking plant Ausbildungsreform

dpa, Peking

Der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Wan Li hat auf einer Konferenz der KP Chinas zu Erziehungsfragen eine umfassende Reform des chinesischen Ausbildungssystems angekündigt. Besonders in der beruflichen und technischen Ausbildung gebe es Schwächen.

Vorgesehen sind unter anderem die schrittweise Verlängerung der Grundschulpflicht von sechs auf neun Jahre, Reformen im Zulassungsverfahren an den Hochschulen, ein stärkeres Mitspracherecht von Universitäten und Studenten bei der Arbeitsplatzzuteilung und die Ausbildung einer großen Zahl qualifizierter Lehrer.

Prag beschönigt die Vertreibung

AP, Prag

Die tschechoslowakische Parteizeitung „Rude Pravo" hat am Wochenende behauptet, die „Umsiedlung" der deutschen Bevölkerung aus der CSSR nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs sei „im Namen des Friedens" geschehen. Die Entscheidung zur „Umsiedlung" (gemeint ist die Vertreibung) der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn sei auf der Konferenz von Potsdam getroffen worden. Die Vertreter der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens seien zu dem Schluß gekommen, daß die Minderheiten-Frage einer „radikalen Lösung" bedürfe, um zu verhindern, daß die deutsche Minderheit erneut als Anlaß für einen Krieg mißbraucht werde.

Niemand will dem Deutschen seinen Teller wegnehmen.

Es gibt in Deutschland zur Zeit 207 McDonald's Restaurants. Es gibt in Deutschland aber auch 150.000 Teller-Restaurants (nach Daumenpeilung).

Schon was die Arithmetik betrifft, würde es uns schwerfallen, den Deutschen Teller nebst Messer und Gabel wegzunehmen. Dazu sind wir statistisch gesehen nicht in der Lage. Erstens das – und zweitens dies: Nie würden wir auch nur daran denken oder auf die Idee kommen, unsere Eß-Idee als das allein Seligmachende hinzustellen.

Unsere Art Speisen zu servieren, gehört zu einer Lebensform, die mit der freien Zeit unserer Mitmenschen anders umgeht. Wir wollen schneller Gutes servieren, damit man mehr Zeit für sich hat.

Deshalb gibt es bei uns keinen »Herr Ober« und kein »Frollein«, sondern Selbstbedienung mit der Kasse gleich auf der Theke. Wir machen da wenig Umstände. Aber den Aufwand, den wir bei der Zelebration einsparen, investieren wir gerne in die Qualität unserer Speisen.

Unter diesen Umständen kann man doch mal auf Teller, Gabel und Messer verzichten, oder?

Wer täglich essen geht, will offensichtlich gar nicht immer vor Messer-Gabel-Teller-Gerichten sitzen. Selbst bei einer weiteren Expansion unsererseits werden wir das bleiben, was wir sind: Eine gute Alternative zur Teller-Gastronomie. Der Teller soll bleiben. Alles hat seine Berechtigung.

Wenn Sie an weiteren Informationen über uns interessiert sind, schreiben Sie an: McDonald's-Verbraucher-Service C 5, Drygalskiallee 51, 8000 München 71.



Das etwas andere Restaurant

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Eherecht und Mehrehe

„Leserbrief: Ein Ausländer darf mehrere Frauen haben“; WELT vom 2. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das die Ehe eines Ausländers mit einer zweiten oder weiteren Frau als gleichwertig mit der ersten Verbindung ansieht, führt den Skandal um die Behandlung von deutschen Zweitfamilien plastisch vor Augen. Eine deutsche Zweitfrau hat nichts zu lachen. Ihr Anspruch auf Unterhalt und Versorgung durch den Ehemann kommt erst dann zum Tragen, wenn die erste Frau rundum abgesichert ist. Im Extremfall wird ihr der Gang zum Sozialamt zugemutet – trotz eigentlich ausreichender Mittel des Gatten. Als Gipfel der Absurdität sind selbst die Steuervorteile aus der zweiten Eheschließung (Steuerklasse 3 plus eventuelle Kinderfreibeträge) zu 3/7 mit der „Ersten“ zu teilen.

Die zerrüttete Erstfamilie wird also dermaßen begünstigt, daß darüber die gesunde Zweitfamilie zu zerbrechen droht, deren Kinder in erheblichem Maße benachteiligt werden – menschlich wie finanziell. Diese Kinder sollen den Staat später wohl nicht loyal tragen. Von den Kindern abgesehen könnte das Bevorzugungsschema noch angehen, wenn der erwerbstätige Partner nach einer langen Ehe willkürlich ausgebrochen ist oder sich ein Fehlverhalten zuschulde kommen ließ. Aber keinesfalls umgekehrt.

Der Bürgerbund hat auf diesen Skandal wiederholt hingewiesen, was bisher mit der Bemerkung quittiert wurde, die Zweitfrau habe ja bereits vor der Eheschließung von den Verpflichtungen gewußt. Nun hat auch das Bundesverwaltungsgericht eindeutig darauf erkannt, „daß das Verhältnis der Zweitfrau und ihres Ehemannes zu gemeinsamen Kindern ein vom Grundgesetz geschütztes Familienverhältnis“ sei. Das Gericht hat damit die Argumentation der Rechtsprechung gegen die deutsche Zweitfrau als das entlarvt, was sie ist: eine zynische und allzu vereinfachende Phrase. Ganz zu schweigen von den Zumutungen, die man dem erwerbstätigen Partner dabei auferlegt: daß er aus der Ehe gedrängt werden kann, die Kinder verliert, dem Familienzerrütter als Ausbeutungsobjekt zur Verfügung gestellt wird und man ihm obendrein oft schon in jungen Jahren die Möglichkeit zu einer erfüllenden Partnerschaft nimmt. So kann über derlei Selbstverständlichkeiten, die die deutsche Justiz ausländischen Zweitehen einräumt, die deutsche Zweitfamilie nur vor Neid erblassen.

Mit freundlichen Grüßen
Norbert Hörr,
Pressesprecher des Bürgerbundes gegen Scheidungsunrecht e. V., Bonn

*

Leserbrief: „Mangel an Realitätssinn“; WELT vom 15. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

die eindringlichen Hinweise des Herrn Lüdecke-Rupp zu den Folgen einer solchen „liberalen“ Haltung, wie sie aus dem zitierten Urteil spricht, sind sicher bedenkenswert. Doch ist man inzwischen daran gewöhnt, daß Gerichte mit dem Anspruch antreten, die Gesamtgesellschaft zu belehren, dabei aber die Kenntnis der wichtigsten Zusammenhänge vermissen lassen. Die Richter sollen als Flickschuster, die sie nach ihrem Auftrage sind, bei ihrem Leisten bleiben und Einzelfälle entscheiden, denn wer Globallösungen ansteuert, ist ohne das Gespräch mit Experten überfordert. Wer (nach dem Angeklagten) das letzte Wort hat und seine Argumente nicht diskutieren lassen muß, sondern apodiktisch nach Schluß der Verhandlung zum besten geben kann, überschätzt leicht den Wert seiner eigenen Erkenntnisse.

Wichtiger noch als die von Lüdecke-Rupp aufgezeigten sozialpolitischen Folgen scheint mir der im Völkerrecht früher mehr geschätzte Gedanke der Gegenseitigkeit zu sein. Gerade die islamischen Länder nehmen in ihrem „ordre public“ keinerlei Rücksicht auf Sitten und Gepflogenheiten in den Heimatländern der bei ihnen tätigen Ausländer. Solange islamische Länder christliche Europäer mit harten Strafen verfolgen, weil sie als Unverheiratete zusammenleben bzw. auch nur einmal miteinander schlafen oder weil sie mitgebrachtem Dosenbier zusprechen, so lange sollte für uns kein Grund bestehen, bei uns, wo bekanntlich teilweise christliche Kirchenglocken nicht mehr läuten dürfen, um niemanden zu stören, auf die islamische Ordnung derart einzugehen, daß wir Muslimen die Ausübung der Mehrehe erlauben, die vom Propheten nur erlaubt, nicht aber gewünscht ist.

Mit freundlichen Grüßen
U. von Heyl,
Lampertsheim

Wort des Tages

„Der sittliche Wert eines Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugung sein Leben hinzugeben.“

Henning von Tresckow, dt. Offizier und Widerstandskämpfer (1901–1944)

Zu einfach

„Zwischen Plato und der Affäre Dreyfus“; WELT vom 15. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

so einfach sollten sich die Wissenschaftler ihre Arbeit zum Thema nicht machen. Es wurde übersehen, daß sowohl die Nationalsozialisten als auch andere politische Gruppen damals und heute versuchen, den Begriff „Intellektueller“ semantisch zu besetzen.

Es war und es ist auch heute für alle politischen Gruppen bedeutsam, „Intellektuelle“ in den eigenen Reihen zu zählen. Auch die Nazis zählten die Intellektuellen ihrer Jahre für sich, natürlich nach dem „Ausleseprinzip“. Abweichler von der eigenen Linie oder anders Denkende nannten sie geringschätzig „Intellektualisten“ (semantische Wortschöpfung jener Tage).

Mit freundlichen Grüßen
Dr. C. Holz,
Bonn 2

Klischee

„Der Papst vor einer Mauer aus Protest und Desinteresse“; WELT vom 14. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

es fällt doch unseren Journalisten immer wieder schwer, sich von gängigen Klischees zu lösen, wenn es um die Kommentierung von kirchlichen Ereignissen, wie z. B. einer Papstreise, geht. F. Meichsner vermutet, daß die Reise Johannes Pauls II. in die Niederlande „als der erste eklatante Mißerfolg in die Annalen der päpstlichen Reiseseelsorge eingeht“.

Im Gegensatz zu einem Politiker, der um die Gunst seiner Wähler und Wiederwähler besorgt sein muß, hat der Papst sein Amt von Christus. Ihm allein ist er verantwortlich. Deshalb gilt für ihn das Paulus-Wort: „Tritt auf, sei es gelegen oder ungelegen. Rüge, mahne, weise zurecht in aller Geduld und Lehrweisheit.“

Manchen Niederländern kommt der Papst ungelegen. Der „Erfolg“ hängt davon nicht ab. Wurde nicht auch Christus in seiner Vaterstadt Nazaret abgelehnt? Wurden nicht von seinen Zuhörern gelegentlich Steine aufgehoben, um nach ihm zu werfen? Und haben sie ihn nicht schließlich ans Kreuz gebracht? War das nun auch ein „eklatanter Mißerfolg“?

Für den Christen war es sein größter Sieg. Die Kirche singt: „Im Kreuz ist Heil, im Kreuz ist Leben, im Kreuz ist Hoffnung.“ Das gilt auch für den Papst.

Mit freundlichen Grüßen
K. Glowienke,
Berlin 49

Schutzbereiche

„Sind die Jäger dem deutschen Wald richtig grün?“; WELT vom 6. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit wann zählt das Muffelwild zu den hochgefährdeten Tierarten, und seit wann ist es verwerflich, Tierpräparationen auszustellen? (Bärenfelle als Beutestücke!)

Die ehrlichen und sehr aufwendigen Bemühungen vieler Revierinhaber bei Wiedereinbürgerungen von Auer- und Birkwild, von Rebhühnern und den ach so häufig verteufelten Fasanen, mit allen parallel laufenden Initiativen, sind nun mal unschätzbare Leistungen zur Arterhaltung und Biotopverbesserung. Auch die bei den Greifvögeln stets in helle Verzückung zu bringenden Naturschützer sollten endlich anerkennen, daß durch intensive Friedwild-Hege der Jäger so manche „hochgefährdete Tierart“ überhaupt noch überleben kann.

Und der Wald? Für Waldschäden durch Wild wird in fast allen Fällen der Revierinhaber = Jäger jährlich regreßpflichtig gemacht. Er muß dafür in Mark und Pfennig zahlen, genauso wie für die Wildschäden im Feld. Und unter normalen Bedingungen wird der Wald auch nicht durch das Wild abgefressen wie das Gras von Ochsen auf der Weide.

Ein wesentliches Übel ist in der Tat das grenzenlose Waldbetretungsrecht. Jeder stille Winkel, jeder Ruhe- und Schutzbereich, jede Wildäsungsfläche kann rechtlich nicht vor Störungen geschützt werden. Nur unbetretbare Schutzbereiche für das Wild verhindern Verbißschäden im Wald!

Mit freundlichen Grüßen
G. Lohoff,
Holzwickede

Straßenzensur

„Unser Kulturleben wird doch zensiert“; WELT vom 4. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von Ihrem Mitarbeiter Kaltenbrunner beklagte Beschränkung freier Meinungsäußerung wird nicht erst jetzt offensichtlich, weil der Film „Die Rote Flut“ in den Kinos ausgesetzt wird.

Schon vor Jahren wurde der US-Film „Green Berets“ vom roten Straßenmob in der Bundesrepublik gestoppt. Ebenfalls der Film über den US-General Patton, der wie kein anderer die Russen darstellte, wie sie wirklich sind, mußte vom Spielplan abgesetzt werden.

Umstrittene Filme über die NS-Zeit werden von den Fernsehanstalten, kaum daß sie fertig sind, ausgestrahlt, um, wie sie selber sagen, zu verhindern, daß der Rechtsradikalismus deren Aufführung in den Kinos unterbinden könnte.

Ähnliches habe ich hinsichtlich der Filme, die den Kommunisten hier nicht passen, von den Fernsehanstalten nicht erlebt. Die diffamieren Filme, ohne sie ihrem Publikum überhaupt gezeigt zu haben.

Hochachtungsvoll
W. Berger,
Hamburg 76

Zinsen

„Senken ist seliger“; WELT vom 13. Mai

Sehr geehrter Herr Gillies,

besonders herzlich möchte ich Ihnen dafür danken, daß Sie in Ihrem Leitartikel die Frage der öffentlichen Verschuldung so deutlich angesprochen haben.

Vielen ist nicht klar, daß bei einer Verzinsung von 7 Prozent rund 50 Milliarden DM jährlich an Zinsen gezahlt werden müssen – das ist mehr als der Verteidigungsetat.

Hier bietet sich in Kürze ein Betätigungsfeld für Demagogen, die alle Bürger diffamieren werden, die dem Staat ihr Erspartes anvertraut haben. Vom „mühelosen Einkommen“ war schon die Rede, bald wird sicher noch das Schlagwort von der „Berechnung der Zinsknechtschaft“ folgen – beides kennen wir ja noch von Adolf.

Wohl nur von der gegenwärtigen Bundesregierung war eine Sanierung der Staatsfinanzen zu erhoffen. Aber die Aussichten sind trübe, denn schon in zwei Jahren möchte sie wiedergewählt werden.

Hochachtungsvoll
E. Koenemann,
Hannover 51

Personalien

GEBURTSTAG

Der Münchner Professor Dr. **Heinrich Thies**, früherer Professor für Pharmazie und Lebensmittelchemie, feierte seinen 80. Geburtstag. Professor Thies war seit 1956 bis zum Eintritt in den Ruhestand 1969 Leiter der pharmazeutisch-chemischen Abteilung im Pharmazeutischen Institut der Universität München. Der Rahmen seiner Forschungsarbeiten ist weit gesteckt; neben phytochemischen Untersuchungen gilt vor allem das Interesse der Analytik und Synthese von Arzneistoffen sowie der Trennung von Arzneistoffgemischen. Der Wissenschaftler stammt aus Mecklenburg, studierte in München und promovierte 1938, 1941 wurde er Dozent für Pharmazie und Lebensmittelchemie und 1951 zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

AUSZEICHNUNG

Ein Höhepunkt des Deutschlandtreffens der Ostpreußen zu Pfingsten in Düsseldorf wird die Verleihung der Kulturpreise sein. Der Kulturpreis für Literatur wird in diesem Jahr dem Schriftsteller Dr. **Willy Kramp** aus Schwerte-Villigst verliehen. In der Sparte Bildende Kunst geht der Preis an **Maria Ewel** aus Bremen. Den Kulturpreis für Musik erhält der Düsseldorfer Kirchenmusiker **Oskar Gottlieb Blarr**. Den Kulturpreis für Wissenschaft erhält Professor Dr. **Reinhard Wenskus** aus Bovenden. Die Preise werden während der Eröffnungsveranstaltung des Deutschlandtreffens am 25. Mai durch Staatssekretär Dr. **Ottfried Hennig**, Sprecher der Landsmannschaft der Ostpreußen, in Düsseldorf übergeben.

WAHL

Die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften hat den Ordinarius für Geschichte der Neuzeit an der Universität Wien, Professor Dr. **Heinrich Lutz**, zu ihrem neuen Präsidenten gewählt und damit zum Nachfolger **Theodor Schieders**, der im Oktober 1984 verstorben ist. Professor Lutz, 1922 in Wolfratshausen geboren, hat nach seiner Gymnasialzeit in Augsburg und Kriegsdienst Geschichte und Klassische Philologie an der Universität München studiert, wo er 1952 mit einer von **Franz Schnabel** betreuten Arbeit promovierte. Nach einer Tätigkeit als Studienrat arbeitete er mehrere Jahre am Deutschen Historischen Institut in Rom, habilitierte sich 1961 in München, war 1962/63 Professor an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Passau, 1963–1966 Professor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Saarbrücken und ist seit 1966 in gleicher Eigenschaft an der Universität Wien tätig. Heinrich Lutz ist ordentliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, für die er die Edition der Reichstagsakten Jüngere Reihe leitet, sowie anderer wissenschaftlicher Gesellschaften und Gremien. 1980/81 war er Stipendiat des Historischen Kollegs München.

*

Der Bundesverband des Kunsthandwerkes e. V. hat auf seiner Jahrestagung in Aachen seinen neuen Bundesvorstand gewählt: Vorsitzender wurde **Michael Metzke-Rovira** aus Stuttgart, stellvertretender Vorsitzender Staatssekretär **Reinhard Bartholomäi** aus Wiesbaden.

VERNISSAGE

Eine erste umfassende Ausstellung des Malers **Wolfgang von Websky** hat der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, **Herbert Hupka**, im „Haus Schlesien“ in Königswinter eröffnet. Der in Berlin geborene Maler, der am 29. September 90 Jahre alt wird, zählt zu den großen Malern Schlesiens, die sich dem Porträt und vor allem den Menschen und der Landschaft Schlesiens gewidmet haben. Die Ausstellung ist bis zum 12. Juni zu sehen.

ERNENNUNG

Professor **Jost Delbrück**, Direktor des Instituts für Internationales Recht an der Universität Kiel, ist von der Bundesregierung als Mitglied des Internationalen Schiedshofes in Den Haag benannt worden. Der kürzlich zum Präsidenten der Universität Kiel gewählte Delbrück ist einer von vier deutschen Mitgliedern des international besetzten Schiedshofes. Das Haager Gericht entscheidet zum Beispiel über die Auslegung von internationalen Verträgen, bei Grenzstreitigkeiten oder ähnlichen Konflikten.

Strauß erinnert Kohl an Richtlinienkompetenz

Vorwürfe an CDU, FDP und SPD / Vogel sieht Gemeinsamkeiten

DW. Bonn

Eine Woche nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ist in den Bundestagsparteien eine lebhafte Debatte über ihre Strategie für die zweite Hälfte der Wahlperiode entbrannt. Nach der schweren Niederlage der CDU hat der bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef Franz Josef Strauß die Union aufgefordert, die Regierungspolitik auf den „Prüfstand" zu stellen und „über Stil, Inhalte und Selbstdarstellung unserer Politik nachzudenken". Von Bundeskanzler Helmut Kohl forderte Strauß einen stärkeren Gebrauch seiner Richtlinienkompetenz.

„Nach unserer Verfassung bestimmt der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik. Und das möchte ich in der nächsten Zeit mal erleben", sagte er in der „WELT am Sonntag". Fehlenden Gebrauch seiner Kompetenz warf auch Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) in der gestrigen Sendung „bonner perspektiven" dem Bundeskanzler vor. Kohl sei dafür verantwortlich, daß das Vermummungsverbot bei Demonstrationen gegen den Widerstand der FDP noch nicht durchgesetzt worden sei.

Der FDP hielt Strauß vor, ihre Stimmengewinne bei der NRW-Landtagswahl durch „Wilderei" in der Unions-Wählerschaft erzielt zu haben. Der CDU warf er vor, Stimmenwerbung für die FDP betrieben zu haben. Aus Rücksicht auf den Bonner Koalitionspartner sei eine Abrechnung mit der Vergangenheit der FDP unterblieben und ihr eine „Generalabsolution" erteilt worden.

Baum für breiteres Profil

Allerdings wolle er, daß die FDP bei der Bundestagswahl 1987 über fünf Prozent erhalte. Zu der Bonner Koalition gebe es keine Alternative. Die SPD sei regierungsunfähig. FDP-Präsidiumsmitglied Otto Graf Lambsdorff trat der These von Strauß, die CDU habe die FDP in Nordrhein-Westfalen unterstützt, mit der Behauptung, die CDU habe ihre Anhänger ausdrücklich gewarnt, der FDP ihre Stimme zu geben, entgegen. Die Wahlanalyse des bayerischen Ministerpräsidenten lasse „erkennen, daß der CSU-Vorsitzende vom Verlauf des Wahlkampfs in NRW keine Ahnung hat", sagte Lambsdorff. Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Gerhard Baum hat die Vorwürfe der CSU, die FDP schade der Koalition, zurückgewiesen und erklärt, die FDP dürfe sich nicht nur als Wirtschaftspartei, sondern müsse sich auch in der Innen- und Rechtspolitik profilieren.

„Totalitärer Stil"

Die hohen Verluste der CDU in Nordrhein-Westfalen in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit zeigen nach Angaben des CSU-Generalsekretärs Gerold Tandler, daß der Abbau der Arbeitslosigkeit der „entscheidende Faktor für einen Sieg der Bonner Regierungskoalition bei den nächsten Bundestagswahlen ist".

Sowohl Zimmermann als auch Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) appellierten an die Unternehmen, ihre Gewinne stärker als bisher zu reinvestieren, um einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten.

Die CSU hat, ebenso wie CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, ihre Vorwürfe des Antiamerikanismus an die Adresse der SPD fortgesetzt. Die SPD habe „Formen des Antiamerikanismus gezeigt, die auch ein Ausdruck des antideutschen Verhaltens sind", erklärte der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Hans Klein (CSU). Geißler warf der SPD-Führung einen „totalitären Stil" vor. Sie weiche sachlichen Auseinandersetzungen zu Gunsten von persönlichen Diffamierungen aus.

SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel sieht trotz der scharfen Auseinandersetzung mit der Union wegen der Antiamerikanismus-Vorwürfe gegen die Sozialdemokraten weiterhin Gemeinsamkeiten zwischen Regierung und Opposition, beispielsweise bei der Beurteilung, „daß wir mit dem amerikanischen Volk die Grundvorstellungen darüber teilen, wie eine Gesellschaft verfaßt sein soll". Übereinstimmungen gebe es ferner in der Europapolitik und, so hoffe er, auch im Hinblick auf die Substanz der Ostpolitik.

Rau bringt Wahlkampfteam ins Gespräch

UR. Bonn

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau hat der Diskussion um seine mögliche Kanzlerkandidatur bei der Bundestagswahl im Februar 1987 eine neue Stoßrichtung gegeben. Es sei noch „völlig offen, ob es bei uns einen klassischen Kanzlerkandidaten gibt", erklärte Rau in einem Interview mit dem „Spiegel". Man könne auch „mit einem Team in die Wahl gehen", sagte Rau in Anspielung auf die „Mannschaft" Brandt/Schiller bei der Bundestagswahl 1969. Damit ist offenbar eine von Rau allerdings nicht näher definierte Zusammenarbeit zwischen ihm und SPD-Fraktionschef Hans Jochen Vogel gemeint.

Während Rau die Frage, ob er sich im Amt des Bundeskanzlers überfordert fühlte, verneinte, erklärte er gleichzeitig, lieber Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen bleiben zu wollen. Er könne der „Sache der SPD", dies sei jedenfalls die Meinung von Parteigenossen, besser in Düsseldorf dienen.

Die Chance der SPD, die Regierungskoalition 1987 abzulösen, beurteilte Rau optimistisch. Die Landtagswahlen an der Saar und in Düsseldorf hätten gezeigt, daß die Koalition die Erwartungen vieler Wähler enttäuscht habe und im Abschwung sei, während die SPD „auch schon 1987 wieder eine echte Chance hat".

Auf die Frage einer möglichen Zusammenarbeit mit den Grünen auf Bundesebene antwortete Rau, wie schon im Vorfeld der Nordrhein-Westfalen-Wahl, ausweichend. Die Konturen der Grünen seien, nicht zuletzt wegen der durch die Rotation bedingten personellen Diskontinuität, undeutlich, so daß eine Koalitionsentscheidung nicht möglich sei. „Nur: Die Aufgabe ist ja nicht, daß wir die Grünen definieren, sondern daß wir sie überflüssig machen."

Die Möglichkeit einer Neuauflage der sozialliberalen Koalition verneinte Rau ebenso, wie eine große Koalition. Er verwies dabei auf die Unterschiede zwischen den gegenwärtigen Koalitionspartnern und der SPD beispielsweise im Hinblick auf die Sozial- und Verteidigungspolitik.

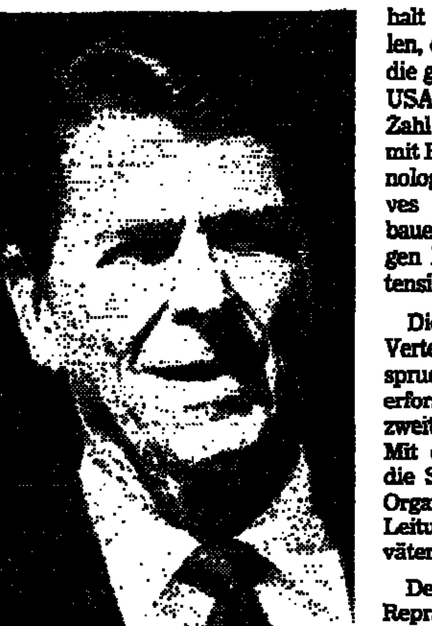
Reagan droht dem Kongreß: Notfalls wende ich mich direkt an das Volk

Abgeordnete für Einfrieren des Verteidigungshaushalts / Uneinig über SDI

FRITZ WIRTH, Washington

Mit einer im Ton scharfen Rundfunkansprache hat Präsident Reagan am Wochenende die letzte und entscheidende Phase der Schlacht um sein Budget für das Haushaltsjahr 1986 eröffnet. Er konzentrierte sich dabei vor allem auf den Verteidigungsetat, den das Repräsentantenhaus zum ersten Mal in Reagans Amtszeit auf ein effektives Nullwachstum zusammenkürzen will.

Reagan drohte an: „Wenn hier nicht ein geeigneter Kompromiß gefunden werden kann, werde ich nicht zögern, mich in dieser Sache direkt an das amerikanische Volk zu wenden und um dessen Unterstützung zu bitten. Die Neigung einiger Abgeordneter, ihre Augen vor der wirklichen Welt zu verschließen, ihr mangelnder Realismus gegenüber unseren Gegnern und die unverminderte Mißachtung der menschlichen Freiheit durch den Kommunismus machen es nötig, eine effektive Abschreckung aufzubauen und unseren Freunden zu helfen."



Geht in die Offensive: Ronald Reagan FOTO: STECHE/VISUM

Wie immer der Kompromiß über diesen Verteidigungsetat am Ende aussehen wird, das Ergebnis wird ein Rückschlag bei den bisher so erfolgreichen Bemühungen Reagans sein, die amerikanische militärische Verteidigung zu stärken und zu modernisieren. Denn dieser Kompromiß muß zwischen zwei für Reagan unbefriedigenden Alternativen gefunden werden, nämlich zwischen der Position des Senats, der für den Verteidigungsetat Nullwachstum plus einer Inflationsrate von voraussichtlich vier Prozent vorgeschlagen hat und der Position des Repräsentantenhauses, das die Wachstumsrate dieses Etats ebenfalls auf Null einfrieren will, ohne jedoch die Inflationsrate zu berücksichtigen.

Eines der Opfer dieser unweigerlichen Reduzierungen des Verteidigungsetats wird dabei das Forschungsprogramm zur Raketenabwehr im All, die „Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) Präsident Reagans sein. Die Kosten für dieses Forschungsprogramm werden auf insgesamt 26 Milliarden Dollar veranschlagt. Ronald Reagan hatte den Kongreß aufgefordert, davon für das Haushaltsjahr 1986, das am 1. Oktober dieses Jahres beginnt, 3,7 Milliarden Dollar freizugeben. Dies bedeutete eine Aufstockung der Forschungsmittel von 166 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Während der von den Republikanern beherrschte Verteidigungsausschuß des Senats unter Leitung von Barry Goldwater diesen Betrag um 300 Millionen kürzen möchte, hat der von den Demokraten geleitete Verteidigungsausschuß des Repräsentantenhauses eine massive Reduzierung von 1,2 Millionen auf 2,5 Milliarden Dollar gefordert.

Hinter den unterschiedlichen Vorstellungen von Senat und Repräsentantenhaus zur Reduzierung des SDI-Anteils am Verteidigungshaushalt verbergen sich zwei Denkschulen, deren Argumente immer stärker die gegenwärtige SDI-Debatte in den USA bestimmen. Eine wachsende Zahl von Senatoren plädiert dafür, mit Hilfe kurzfristig machbarer Technologie zunächst ein teilweise effektives Raketenabwehrsystem aufzubauen, das auf den Schutz von wichtigen Militäreinrichtungen und Raketensilos konzentriert werden soll.

Die Entwicklung eines weltweiten Verteidigungssystems mit Hilfe anspruchsvoller und teilweise noch unerforschter Laser-Technik soll einer zweiten Phase vorbehalten bleiben. Mit dieser Einstellung nähern sich die Senatoren dem Standpunkt der Organisation „High Frontier" unter Leitung von Daniel Graham, den „Urvätern" des SDI-Programms, an.

Der Verteidigungsausschuß des Repräsentantenhauses unter Leitung des Demokraten Les Aspin hat dagegen völlig andere zeitliche Vorstellungen. Er sieht SDI – ohne das Projekt direkt abzulehnen – als ein längerfristiges Programm, das erst bis zur vollen Reife erforscht werden soll, bevor seine Entwicklung und Installierung in Angriff genommen wird.

Mit anderen Worten: Der Verteidigungsausschuß des Repräsentantenhauses spielt auf Zeit und zielt auf eine Verzögerung dieses Programms. Aus dem SDI-Etat des nächsten Jahres soll deshalb alles gestrichen werden, was die Entscheidung über die Entwicklung und Anwendung von SDI beschleunigen könnte. Nach den Vorstellungen der Reagan-Administration sollte die Entscheidung über die Anwendung des SDI-Programms in der ersten Hälfte der 90er Jahre fallen. Die Männer um Les Aspin möchten sie dagegen bis in das nächste Jahrhundert hinauszögern.

Die Entscheidung über den Verteidigungshaushalt und damit auch über die Höhe des SDI-Etats fällt voraussichtlich im nächsten Monat, wenn Senat und Repräsentantenhaus in einer gemeinsamen Konferenz einen Kompromiß zwischen ihren unterschiedlichen Positionen suchen.

Ärztetag lehnt Debatte über Zivilschutz ab

geo. Hamburg

Heftige Auseinandersetzungen um das geplante Zivilschutzgesetz markierten das Ende des fünftägigen 88. Deutschen Ärztetages in Lübeck/Travemünde. Das Gesetz, das auch vorsorgende Maßnahmen für den Verteidigungsfall vorsieht, nahmen mehrere der 250 Delegierten zum Anlaß, die Friedenspolitik der Bundesrepublik Deutschland und die Haltung der Ärzteschaft zu dieser Politik zu diskutieren. In persönlichen Erklärungen äußerten sie sich empört darüber, daß das Zivilschutzgesetz als nicht genügend diskussionswürdig für den Ärztetag angesehen worden war. Die Kontroverse war ausgelöst worden durch die Tatsache, daß über vier gegensätzliche Anträge zu diesem Thema weder debattiert noch abgestimmt, sondern zur Tagesordnung übergegangen worden war, um eine „allgemeinpolitische Diskussion vom Ärztetag" fernzuhalten.

Als Antwort auf die Kritik meinte der Präsident des Deutschen Ärztetages, Karsten Vilmar, der Ärztetag habe in der Vergangenheit wiederholt vor Krieg und Gewalt gewarnt und den Politikern zu verstehen gegeben, daß die Ärzte die Folgen politischer Fehlentwicklungen nicht tragen könnten.

Mit den Worten, es sei notwendig, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, um helfen zu können, auch wenn es sich „um Folgen von Fehlentwicklungen handelt, die die Ärzte nicht billigen können", setzte sich Vilmar für das geplante Zivilschutzgesetz ein.

Demgegenüber hieß es in einem der nicht behandelten Anträge, eine gesetzliche Regelung, die eine Vorsorge für den Kriegsfall anstrebe, könne das Bemühen um eine aktive Verhinderungspolitik und Friedenssicherung nur beeinträchtigen. Denn die Auswirkungen eines Krieges zwischen den Blöcken sei weder vorhersehbar, noch organisatorisch zu bewältigen.

Athen: Erfolge bei Terror-Bekämpfung

e. a. a. Athen

Die griechische Polizei hat einen ersten Teilerfolg in ihrem Bemühungen um die Entdeckung von Linksextremisten erzielt, die seit 1975 zahlreiche Mordanschläge, mehrere Kaufhausbrandanschläge und auch eine Reihe von Banküberfällen verübt haben sollen. Bei einem im Laufe eines Schußwechsels mit der Polizei am Mittwoch erschossenen Mann handelt es sich höchstwahrscheinlich um ein prominentes Mitglied der terroristischen „Revolutionären Organisation vom 17. November", auf deren Konto bereits mehrere Morde gehen.

Der verdächtigte Terrorist ist der 31jährige Christos Tsutsuvis, der seit 12 Jahren in der österreichischen Stadt Graz studiert haben soll und sich mit einem gefälschten Paß in Griechenland aufhielt. Unmittelbar nach der Identifizierung des Toten hob die Polizei zwei konspirative Wohnungen der linksextremistischen Terroristen in Athen aus.

Nach bisher unbestätigten Informationen sollen die Ermittlungsbehörden in einer der durchsuchten Wohnung eine Liste mit den Namen von griechischen Persönlichkeiten gefunden haben, deren Ermordung die offenbar vorzüglich ausgebildeten Terroristen geplant haben sollen.

SPD Hessen-Süd für Ausstieg aus der Atom-Wirtschaft

Arbeitnehmer warnen die Partei vor „Konfliktweg"

DW. Friedberg

Nach einer heftigen Debatte über den Konflikt zwischen der Sicherung von Arbeitsplätzen und dem Umweltschutz hat sich der SPD-Bezirk Hessen-Süd auf einem Sonderparteitag zur Energiepolitik mit großer Mehrheit für den Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft sowie gegen die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen und die Brütertechnologie ausgesprochen. Die rund 260 Delegierten des zweitgrößten SPD-Bezirks forderten in Friedberg eine Neuorientierung der Energiepolitik mit dem langfristigen Ziel, auf die Kernenergie insgesamt zu verzichten.

Der Parteitag unterließ jedoch die Forderung, der Hanauer Plutoniumfabrik Alkem die Genehmigung zu versagen. Die entsprechende Formulierung im ursprünglichen Antrag des Vorstandes wurde abgeschwächt, um den Antrag in Übereinstimmung mit dem am Mittwoch vorgelegten Ergebnis einer von SPD und Grünen eingesetzten Expertenkommission zu bringen, auf deren Grundlage beide Parteien ihre Ende 1984 gescheiterte Zusammenarbeit wiederzubeleben hoffen. Der Parteitag beschränkte sich auf die Formulierung, die weitere Verarbeitung von Plutonium bei Alkem sei nicht vertretbar.

In der mehr als dreistündigen Aussprache hatten sich zuvor Befürworter und Gegner des Leitantrags eine erregte Debatte über die Sicherheit der Arbeitsplätze in den Hanauer Atombetrieben geliefert. Der Betriebsratsvorsitzende der Uranverarbeitungsanlage Nukem, Helmut Wietoska, forderte die SPD auf, zu einer „anständigen Politik zurückzukehren". Die Arbeitsplätze in Hanau seien human und seit mehr als 25 Jahren sicher. Der Landtagsabgeordnete Heinz Fraas warnte vor Beschlüssen, die der „Anfang eines Konfliktweges" mit den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften seien. Dadurch würde der SPD der „Zugang zur Macht" versperrt. Der designierte Hanauer SPD-Oberbürgermeister Hans Martin forderte eine „Bestandsgarantie" für die Arbeitsplätze bei Alkem.

Der Landtags-Abgeordnete Franz Beuker verwies dagegen auf den geplanten Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage und erklärte, bei der Alkem werde es auf jeden Fall eine Vernichtung von Arbeitsplätzen geben.

Der ursprünglich für den 23. März geplante Sonderparteitag war auf Druck von Ministerpräsident Holger Börner auf einen Termin nach der Kommunalwahl und der nordrhein-westfälischen Landtagswahl verschoben worden.

Kreml beschuldigt USA in Ottawa der Konfrontation

Sowjet-Delegation streitet Diskriminierung der Juden ab

DW. Ottawa

Der Leiter der sowjetischen Delegation auf der Konferenz über Menschenrechtsfragen in Ottawa hat die USA davor gewarnt, das derzeitige „Klima der Konfrontation" aufrechtzuerhalten. Wenn die Tagung wie bisher weitergehe, wären allein die Vereinigten Staaten für ihre Ergebnisse verantwortlich, sagte Wsewolod Sofinsky. In der vergangenen Woche hatten die Amerikaner eine Liste mit den Namen von mehr als 200 politischen Häftlingen in der Sowjetunion und anderen Ostblockstaaten vorgelegt. Der US-Delegationsleiter Richard Schifter schätzt die Warnung als „ernst" ein, glaubt aber nicht, daß Moskau das im Rahmen der KSZE veranstaltete Treffen, an dem 35 Länder beteiligt sind, verlassen könnte.

Die sowjetische Delegation bezeichnete die von Washington vorgelegte Liste als „Angriff" und versuchte sich zunächst mit einem Gegenangriff aus der Affäre zu ziehen, indem sie den USA die Armut im eigenen Land und die Lage der Indianer vorwarf. Schließlich ging der stellvertretende Leiter der Delegation des Kremls, Sergej Kondraschew, jedoch auf die amerikanischen Vorwürfe ein: Eine Diskriminierung von Juden in der Sowjetunion stritt er rundweg ab. Bei nur 0,7 Prozent der Bevölkerung seien sie mit mehr als fünf Prozent in der Wissenschaft, mit sechs Prozent in Kultur und Presse, drei Prozent in der Medizin und sechs Prozent im Rechtswesen vertreten.

Auch die amerikanischen Vorwürfe der „außerordentlichen Beschränkung" der Religionsfreiheit wies Kondraschew zurück. Im Gegenteil sei in der Verfassung von 1977 die Glaubensfreiheit bestätigt worden. Seitdem seien 1554 „religiöse Vereinigungen" in der Sowjetunion neugegründet worden, 282 davon in den Jahren 1983/84. Der stellvertretende Delegationsleiter mußte allerdings zugeben, daß 502 Vereinigungen wieder verschwunden seien, wies jedoch darauf hin, daß in jüngster Zeit 80 neue Moscheen und 50 katholische Kapellen gebaut worden seien.

Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Supermächten dominieren – zusammen mit dem Konflikt über die Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien – zur Zeit die Konferenz.

Rappe warnt vor Bündnis mit Grünen

AP, Stuttgart

Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik und SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Rappe hat seine hessischen Parteifreunde vor einer Koalition mit den Grünen gewarnt. In einem Zeitungsinterview sagte Rappe, die Grünen seien „auf dem absteigenden Ast". Gleichzeitig forderte er die SPD auf, der Umweltpartei jetzt „keine Rettungsringe" mehr in Form von Koalitionsangeboten zu reichen. Nach dem „hervorragenden" Abschneiden der SPD in Nordrhein-Westfalen könne er sich „überhaupt nicht vorstellen, daß die SPD in Hessen jetzt noch über Koalitionsmodelle nachdenkt, nachdem die Grünen zum zweiten Mal nicht in einen Landtag gekommen sind".

Die Chancen der SPD für die Bundestagswahl 1987 beurteilte Rappe ausgesprochen optimistisch. Es gebe Chancen, daß die Sozialdemokraten „vielleicht sogar allein regieren können, je nachdem, wie lange die Dummheiten dieser Bundesregierung noch andauern", sagte der Gewerkschaftsvorsitzende. Aber auch eine Große Koalition halte er „für kein Unglück", wenn sie zeitlich begrenzt sei, fügte Rappe hinzu. Er würdigte besonders, daß die SPD im Verlauf des letzten Jahres ihr Verhältnis zur Wirtschaft, zur Wirtschaftspolitik, zur Ökologie, der Industriepolitik und zur Technologie „repariert" habe. Nur dieser Kurs, der mit einer deutlichen Absetzung von den Grünen „und ihren Fundamentallösungen" einhergehen müsse, sei in der Bundesrepublik Deutschland mehrheitsfähig.

Streik in London

fu (London) – Kaum hat die Touristen-Saison richtig eingesetzt, wird das wichtigste Transportmittel Londons, die U-Bahn, bestreikt. Anlaß für den Ausstand ist – wie sollte es anders sein – der vorgesehene Ein-Mann-Betrieb von U-Bahn-Zügen. Bislang fährt, zurückgehend auf alte Eisenbahn-Traditionen, ein Zugbegleiter im letzten U-Bahn-Wagen mit, dem das Öffnen und Schließen der Türen obliegt.

Mit der Modernisierung des gesamten U-Bahn-Betriebes soll auch dieser alte Zopf abgeschnitten werden. Die Maßnahme ist längst überfällig, da sich die Vorgänge auf Plattformen auch vom Zugführer mit Hilfe von Spiegeln und Kameras überwachen lassen. Auf zwei U-Bahn-Linien wird der Ein-Mann-Betrieb ohnehin seit einem Jahr erfolgreich praktiziert.

Doch die Eisenbahner-Gewerkschaft NUR will die Einführung des Ein-Mann-Betriebes, von der mehr als 1500 Zugbegleiter betroffen werden, nicht ohne weiteres hinnehmen. Zur Durchsetzung ihrer Forderung, erheblich mehr Pausenzeiten für die dann angeblich überforderten Zugführer bereitzustellen, hat sie zur Streikaktion aufgerufen. Eine Urabstimmung unter ihren 21 500 Mitgliedern bei der Londoner U-Bahn, wie sie dem jüngsten Gewerkschafts-Gesetz zufolge vorgeschrieben ist, hat sie gar nicht erst abhalten lassen.

Unter diesem Gewerkschafts-Anachronismus müssen Millionen von Londonern leiden. Für die Touristen ein Anlaß, ihr eigentlich längst überholtes Bild vom streikgeplagten Britannien aufzufrischen.

Zu einfach

Mk. – Die Verkehrspolitiker sind sich wieder einmal einig. Dionys Jobst (CSU) begrüßt, daß die SPD seinen Vorschlag einer Schwerverkehrsabgabe aufgegriffen habe. Die Idee ist auf den ersten Blick bestechend: Die Kraftfahrzeugsteuer soll in der Bundesrepublik auf das niedrigste ausländische Niveau gesenkt werden. Um den Einnahme-Ausfall auszugleichen, soll dann eine Schwerverkehrsabgabe eingeführt werden, die in- und ausländische Lastwagen gleichermaßen trifft und so gestaltet ist, daß der kombinierte Verkehr gefördert werden kann. So soll Chancengleichheit hergestellt werden. Das Gewerbe könnte zufrieden sein. Trotzdem: Überzeugend ist das nicht. Mit einem gewissen Recht weisen zum Beispiel die Holländer darauf hin, daß die notwendige Harmonisierung der Abgaben in der EG nicht bei einer Steuer stecken bleiben darf. Werden Mehrwert- und Einkommensteuer mit berücksichtigt, dann schneiden die deutschen Fuhrkutscher besser ab, als es der bloße Blick auf die Kfz-Steuer vermuten läßt.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Die Wirtschaft hält sich mit Kritik noch zurück

In der Industrie braut sich Unmut über Bonner Agrarpolitik zusammen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

In der Industrie braut sich Unmut über die Agrarpolitik zusammen. Noch überwiegt die Zurückhaltung, die auch verbandspolitisch zu erklären ist. Die Klagen sind vorerst maßvoll, so daß die ganz allgemein gehaltene Forderung des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) nach einer Reform der EG-Agrarpolitik im Hinblick auf eine neue Welthandelsrunde bereits für einiges Aufsehen gesorgt hat. Die Interessenlage hat sich geändert. Allerdings auch im Außenhandel, wo aus Importeuren von Agrarprodukten häufig Exporteure wurden.

Das jüngste Brüsseler Gerangel hat die Gemüter in den Verbänden der gewerblichen Wirtschaft nicht erhitzt. Berührt hat sie allenfalls, daß die deutsche Seite überhaupt in einer solchen Frage mit dem Veto in Verbindung gebracht wurde. Dadurch wird ein Verlust an Glaubwürdigkeit befürchtet, der sich auch auf andere Bereiche auswirken könnte.

Die Reaktion der Spitzenverbände auf die jüngsten Beschlüsse ist jedoch typisch: BDI und DIHT äußern sich gar nicht, der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) kritisiert die Entscheidungen, ohne ins Detail zu gehen und ohne konkrete Wünsche anzumelden und Vorstellungen zu entwickeln. Dort ist allenfalls eine Präferenz für die „zögernden Ansätze" der EG-Kommission für „eine stärkere marktwirtschaftliche Ausrichtung der EG-Agrarpreispolitik" erkennbar. Noch vor einigen Jahren reagierte der BGA deutlicher zur Agrarpolitik, vor allem in den Zeiten, als die Gemeinschaft noch Netto-Importeur von Agrarprodukten und die Firmen um ihre angestammten Bezugs- und Absatzmärkte fürchteten. Jetzt produziert die EG Überschüsse und der Export steht im Vordergrund.

Auch beim DIHT gibt es Kritik. In der Regel findet sie in Reden und in Jahresberichten statt. Der BDI hat sich bisher traditionell zurückgehalten. Unter der Hand werden dafür auch Gründe genannt: Wichtige Mitgliedsverbände haben enge Verbindungen zur Landwirtschaft, so die Ernährungswirtschaft, die Chemie, die Landmaschinen- und Ackerschlepper-Hersteller und andere. Überdies finden rege offizielle und informelle Begegnungen statt. Es gibt auch eine gemeinsame Verbindungsstelle. Und alle Spitzenverbände zusammen bilden den Gemeinschaftsausschuß der deutschen Wirtschaft.

Es bestand lange Zeit ein Grundkonsens: Danach zahlt die Bundesrepublik – auch für die französischen Landwirte – im Agrarbereich. Dafür bauen die anderen im gewerblichen Bereich Handelsschranken ab. Dieses Grundmuster ist gefährdet, seitdem die Deutschen in der Agrarpolitik als Fordernde auftreten. Der Gemeinsame Agrarmarkt gilt nicht länger als Kitt für den Zusammenhalt. Als Zeitpunkt, zu dem die Kritik in der gewerblichen Wirtschaft zugenommen hat, wird immer wieder der vergangene Sommer genannt, als die Mehrwertsteuer-Pauschale für Landwirte zum Ausgleich des Grenzausgleichs statt um drei gleich um fünf Prozentpunkte heraufgesetzt wurde. Dieses ließe sich nicht mit der notwendigen Haushaltssanierung in Einklang bringen. Die Anhebung stehe auch im Gegensatz zum Subventionsabbau. Die deutsche Seite könne im Stahlbereich die anderen glaubwürdig nicht zum Stopp des Beihilfe-Unwesens drängen, wenn sie im Agrarbereich einen anderen Maßstab anlege.

Hinzu gekommen ist in jüngster Zeit verstärkt das handelspolitische Argument. Wenn die EG im Agrarbereich so weitermache wie bisher, dann seien Retorsionsmaßnahmen der USA nicht auszuschließen. Dieses tangiere nicht nur die Interessen der deutschen Exportwirtschaft, sondern gefährde den Welthandel.

In der Industrie gibt es viel Verständnis dafür, daß den Bauern geholfen wird. Gefragt wird nur, ob der Weg über hohe Preise und Überschüsse der richtige sei. Erinnert wird an die Feststellung des Rechnungshofes, nach der nur ein Viertel der Subventionen bei der Landwirtschaft ankommt. Eine gezieltere Politik für die Bauern würde eher mit den Interessen der Industrie harmonieren.

US-AKTIENMÄRKTE

Notenbank senkt Diskont – Börse tendiert sehr fest

LEO FISCHER, **Bonn**

Ihre Entscheidung, den Diskontsatz um einen halben Prozent auf 7,5 Prozent zu senken, gab die Notenbank zwar erst am Freitag nach Börsenschluß bekannt, gleichwohl stand aber die Kursentwicklung an den US-Aktienmärkten in der letzten Woche ganz im Zeichen der erwarteten Rücknahme des Diskonsatzes. Die breiter gestreuten Indices wie der Standard-and-Poors und der Index der New York Stock Exchange (Nyse) erreichten an vier der fünf Börsentage Höchststände und beendeten die Woche auf Rekordniveau.

Die Diskontsenkung, die erste seit Weihnachten letzten Jahres, war auf Grund der Entwicklung am Geld- und Kapitalmarkt schon seit längerem erwartet worden. Letzten Donnerstag hatte der „Zinspapst" der Wall Street, Henry Kaufman vom Brokerhaus Salomon Brothers angekündigt, daß der Diskont innerhalb von zwei bis drei Wochen gesenkt werde. Der Satz für Federal Funds – der Zins, zu dem sich Banken untereinander Geld leihen – war im Wochenverlauf von fast 8,5 auf acht Prozent gefallen. Kräftig zurückgegangen ist auch der Zins für dreimonatige Schatzwechsel. Der Zins für (langfristige) Treasury Bonds fiel auf elf Prozent und damit auf das niedrigste Niveau seit dem Sommer 1983. Die Notenbank hat aber nicht nur die Marktentwicklung konstatiert, sondern ihre Entscheidung auch mit der Konjunkturschwäche begründet.

Die beiden größten US-Banken, die Citibank und die Chase Manhattan nahmen inzwischen ihre Prime Rate, den Zins für Kredite an erste Adressen, um einen halben auf zehn Prozent zurück.

An der Wall Street war die Kursentwicklung trotz des grundsätzlichen Aufwärtstrends differenziert. Der Nyse-Index stieg im Wochenverlauf um 1,84 Punkte und erreichte ein neues Rekordniveau. Einen Höchststand erkletterte auch der Standard-and-Poors-Index, während der nur 30 Werte umfassende Dow-Jones-Index zwar 11,16 Punkte zulegte, aber mit 1285,34 deutlich unter seinem bisherigen Höchststand vom 1. März (1299,36) blieb.

Positiv wird allerdings bewertet, daß es endlich gelungen ist, die Widerstandslinie von 1280 nach oben zu durchbrechen. Umgesetzt wurden im Tagesdurchschnitt 110,43 Millionen Stück nach 107,66 Millionen in der Vorwoche.

Die unterschiedliche Entwicklung von Dow Jones und den breiter gestreuten Indices erklärt sich daraus, daß Dow Jones Problemaktien wie General Motors, die 17 Dollar unter ihrem Jahreshöchststand notieren, ein größeres Gewicht haben als in den stärker gestreuten Indices. Gleichwohl sind auch im Dow Jones mit AT&T, die in der letzten Woche einen Fünf-Jahres-Höchststand erreichten, und Exxon Werte vertreten, deren Kursentwicklung überdurchschnittlich gut war.

Dialog mit der Efta

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Mehr einer Familienfeier als einer Begegnung rivalisierender Handelsblöcke glich das jüngste Treffen zwischen Spitzenvertretern der EG und der Kleinen Freihandelszone (Efta) in Wien. Der Anlaß – das 25jährige Efta-Jubiläum – forderte kaum zur Erörterung strittiger Fragen heraus. Daraus den Schluß zu ziehen, daß es den Teilnehmern an Gesprächsstoff gemangelt habe, wäre allerdings verfehlt.

Im Gegenteil: Die Weiterentwicklung der 1972 unterzeichneten europäischen Freihandelsverträge und die Einbeziehung der skandinavischen und alpinen Nachbarländer in den geplanten einheitlichen Binnenmarkt gehört zu den wichtigsten Aufgaben, die sich die EG-Kommission in den nächsten Jahren im Bereich der Außenbeziehungen gestellt hat. Den politischen Willen „zum Nutzen ihrer Länder einen dynamischen europäischen Wirtschaftsraum zu schaffen", haben die Regierungen der Mitgliedsstaaten beider Gruppierungen bereits im April 1984 beschworen.

Die Zeit ist vorbei, in der sich EG und Efta als alternative Modelle zur Förderung des Freihandels verstanden. Schon der Wechsel Großbritanniens und Dänemarks zur Europäischen Gemeinschaft lieferte den Beweis dafür, daß die auf ambitiöseren politischen Zielen beruhende Zollunion der EG die größere Anziehungskraft und Dynamik besaß.

Nur der Ansatz der Römischen Verträge bietet nämlich die Chance einer echten wirtschaftlichen Integration, weil er gemeinsame Politiken begünstigt und sich nicht ausschließlich auf den Austausch gewerblicher Waren beschränkt. Ohne das „grüne Europa" hätten die weniger exportorientierten Mitgliedsländer ihre *Grenzen* für Industrieerzeugnisse kaum so weit geöffnet, wie dies geschehen ist.

Die Gemeinschaft verfügt im übrigen über einen – wenn auch unzulänglich genutzten – Entscheidungsmechanismus, der sich von dem anderer internationaler Organisationen deutlich abhebt. Die Efta-Statuten dagegen gründen sich auf das Konsensprinzip. Das bedeutet, daß jeweils das langsamste Schiff die Geschwindigkeit und Richtung des Konvois bestimmt. Anstöße für die Rechtsharmonisierung können dadurch zum Beispiel leichter verpuffen als im Europa der Zehn.

Der Streit der fünfziger Jahre über die von den Briten befürwortete große Freihandelszone („Maudling-Verhandlungen") hat die Bereitschaft der EG zu einem handelspolitischen Rückschlag gegenüber den nicht beitrittswilligen Ländern von Anfang an gefördert. So bildet die Zehner-Gemeinschaft heute, ohne ihre weitergehenden Ziele aufgegeben zu haben, den Kern eines zollfreien Wirtschaftsraumes, der mehr als 300 und bald 350 Millionen Verbraucher umfaßt.

Nichts spricht dafür, sich auf diesen Lorbeeren auszuruhen. Je gefestigter die EG ist, je weniger ihre Mitglieder eine „Aufweichung" der Integration durch die verbliebenen Efta-Staaten befürchten müssen, desto mehr Felder bieten sich für eine engere Kooperation an. Das Interesse auf beiden Seiten an einer solchen Zusammenarbeit ist offenkundig. *Gleichwohl werden die Bemühungen* nichttarifärer Hemmnisse im Warenverkehr auszuräumen und gemeinsame Projekte im Bereich der Forschung oder des Umweltschutzes zu starten, in den kommenden Jahren wohl kaum Schlagzeilen machen.

Die Kommission hat dem Rat sogar vorgeschlagen, die Zusammenarbeit für gleichrangig mit dem Ausbau der Gemeinschaft zu erklären und keinen Bereich von vornherein auszunehmen. Notwendig sei allerdings, daß die Kooperation auf echter Gegenseitigkeit beruhe und daß Kosten und Nutzen gerecht verteilt würden.

Dabei steht die Einsicht im Vordergrund, daß der Efta-Handel für die EG nicht nur besonders wichtig ist, sondern in der Vergangenheit den Mitgliedstaaten auch durchweg erhebliche Überschüsse bescherte. Fast 23 Prozent der EG-Ausfuhren gehen auch heute noch in die verbliebenen Efta-Länder, während die Gemeinschaft rund die Hälfte aller Efta-Exporte bezieht.

Verbesserungen strebt die EG vor allem durch eine Vereinfachung der Formalitäten im Warenverkehr an, unter anderem durch die Einführung eines „Einheitspapiers" beim Grenzübertritt, die Vereinfachung der Ursprungsregeln und die Harmonisierung von Normen und technischen Vorschriften. Der EG-Bürger wünscht sich daneben, daß die Gemeinschaft ein wenig vom Pragmatismus der Efta lernt. 25 Jahre nach ihrer Gründung kommt die Genfer Organisation noch immer mit einem Minimum an Bürokratie aus.

AUF EIN WORT



„Spitzentechnologie und wirtschaftlicher Wohlstand stehen in engem Zusammenhang. Ein höherer Lebensstandard und mehr Beschäftigung hängen von der Fähigkeit eines Landes ab, Spitzentechnologien zu entwickeln, anzuwenden und zu managen."

Harry J. Gray, Chairman und Chief Executive Officer der United Technologies Corp., Hartfort/USA
FOTO: DIE WELT

Dollar-Guthaben eingefroren

dpa/VWD, **Buenos Aires**

Die argentinische Zentralbank hat am Samstag alle Dollarguthaben für 120 Tage eingefroren. Der Beschluß gilt auch für jede andere Fremdwährung. Er wurde damit begründet, daß das Abziehen der Dollarguthaben in den letzten Wochen das gesamte argentinische Finanzsystem habe in Gefahr bringen können. Alle Banken müssen ihre Guthaben in ausländischer Währung heute bei der Zentralbank hinterlegen. Die Guthaben der diplomatischen Vertretungen werden nicht berührt. Zahlreiche Banken hatten ihren Kunden in den letzten Tagen bereits empfohlen, ihre Dollarguthaben aufzulösen.

BANGEMANN IN BRASILIEN

Beim Schuldenabbau sind realistische Ziele nötig

dpa, **São Paulo**

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann hat sich für „realistische Ziele" bei der Umschuldung Brasiliens ausgesprochen. Vor der Presse in São Paulo sagte Bangemann kurzfristig sei ein Abbau der Schulden nicht zu erreichen, die sich auf rund 100 Milliarden Dollar belaufen.

Bangemann verwies auf zwei weitere Punkte, die wichtig seien: der Dollar-Kurs und der brasilianische Export in die Industriestaaten. Jede Ermäßigung des Dollar-Kurses helfe beim Schuldenabbau. Zu den brasilianischen Exporten sagte Bangemann, Nordamerika, Europa und Japan sollten ihre Märkte für Erzeugnisse aus Brasilien stärker öffnen. Denn nur wenn Brasilien sich durch den Export Mittel beschaffe, könne es seine Schulden bezahlen.

In diesem Zusammenhang appellierte Bangemann an Brasilien, sich der von den Industriestaaten vorgeschlagenen neuen Verhandlungsrunde über die Weltwirtschaft im Rahmen des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) nicht zu widersetzen. „Brasilien kann von einem Abbau der Handelshemmnisse nur gewinnen", sagte Bangemann bei einem Vortrag vor Politikern und Industriellen.

Vor seinem Aufenthalt in São Paulo hatte Bangemann in der Hauptstadt Brasilia Gespräche mit der neuen brasilianischen Regierung geführt. Er traf unter anderem mit Staatspräsident José Sarney, Außenminister Olavo Setubal, Finanzminister Francisco Dornelles, Planungsminister Joao Sayad, Industrie- und Handelsminister Roberto Gusmao und Zentralbank-Präsident Antonio Carlos Lemgruber zusammen. Die Gesprächspartner betonten die Notwendigkeit einer neuen Welthandelskonferenz, auf die sie von Bangemann angesprochen wurden.

ASSEKURANZ

Aufsichtsamt: Grünes Licht für Pflegeversicherung

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Noch im Laufe dieses Jahres werden die deutschen Lebensversicherer mit einer Pflegerentenversicherung auf den Markt kommen, die das Elternrisiko Pflegefall und dessen finanzielle Belastung über eine Lebensversicherung mildern soll. Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen hat jetzt den Überlegungen der Lebensversicherer zur Einführung einer solchen Pflegerentenversicherung zugestimmt. Die privaten Krankenversicherer bieten eine Pflegekrankenversicherung an.

Die Pflegerentenversicherung sieht drei Leistungskomponenten vor: eine Pflegerente in vereinbarter Höhe, abhängig vom Grad der ärztlich festgestellten Pflegebedürftigkeit, eine Todesfalleistung in Höhe von zwei bis drei Jahresrenten (abzüglich bereits erhaltener Renten) und eine Altersrente, die vom 85. Lebensjahr an unabhängig vom Gesundheitszustand des Versicherten gezahlt wird.

Durch die Todesfalleistung beinhaltet das Angebot in gewissem Umfang eine Rentengarantie, da zumindest Leistungen in Höhe von zwei Jahresrenten gezahlt werden. Wie bei anderen Lebensversicherungsverträgen wird eine Überschußbeteiligung gewährt.

Die Pflegerentenversicherung kann gegen laufenden (monatlichen) Beitrag oder einmaligen Beitrag abgeschlossen werden, wobei Männer und Frauen wegen des unterschiedlichen Risikos verschieden hohe Beiträge zahlen. Ein 40jähriger Mann würde für eine monatliche Rente von 1000 DM und ein Sterbegeld von 24 000 DM einen Monatsbeitrag von 88 DM, eine gleichaltrige Frau 97 DM zahlen müssen. Für 55jährige liegt der Beitrag bei 144 bzw. 155 DM. Als Einmalbeitrag zahlen 55jährige 24 730 bzw. 97 960 DM.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Einzelhandelumsätze deutlich höher

London (fu) – Die Verbrauchernachfrage in Großbritannien, bislang die wichtigste Stütze für den Konjunkturaufschwung, ist ungebrochen. Den jüngsten offiziellen Statistiken zufolge lagen die Einzelhandelsumsätze im April dem Volumen nach höher als in allen anderen Monaten zuvor mit Ausnahme des Weihnachtsmonats Dezember. Die Verkäufe in den Kaufhausketten überschritten um zehn bis zwanzig Prozent das Niveau vom April letzten Jahres. Das Volumen der Einzelhandelsumsätze lag in den drei Monaten bis einschließlich April um gut vier Prozent über dem in der gleichen Vorjahreszeit.

Spareinlagen gesichert

Annapolis (AFP) – Der Gouverneur von Maryland, Harry Hughes, unterzeichnete am Samstag insgesamt sieben Verordnungen über die Absicherung der Einlagen in den Spar- und Darlehenskassen des US-Bundesstaates. Nach massiven Abhebungen der Sparer, die durch die finanziellen Schwierigkeiten der zweitgrößten Bank des Staates beunruhigt worden waren, hatte Hughes zunächst die Abhebungen in den 102 privat versicherten Spar- und Darlehenskassen auf 1000 Dollar im Monat beschränkt. Die neuen Gesetze verpflichten die größeren Geldinstitute mit Einlagen von mehr als 40 Millionen Dollar, sich innerhalb von 12 Monaten bei der Bundesgarantiekasse (FSLIC) in Washington versichern zu lassen, statt wie bisher bei einer privaten Gesellschaft in Maryland. Außerdem wurde ein staatlicher Versicherungsfonds (State of Maryland Deposit Insurance Fund Corp.) gegründet, der die einzelnen Sparkonten bis zu 100 000 Dollar absichert.

Harpener legt zu

Düsseldorf (J. G.) – Die Mischkonzern-Holding Harpener AG, Dortmund, erhöht ihre Dividende für 1984 um weitere 1,50 (0,50) auf 11 DM (Hauptversammlung am 1. Juli). Vorstandsmitglied Heyo Schmiedeknecht wurde zum Sprecher des Vorstandes ernannt, aus dem Patrice Mourruau und Bernard Seret nun mit dem Ende ihrer Vertragszeit ausscheiden, „um sich selbständig zu machen". Neues Vorstandsmitglied wurde André A. J. Gester.

Umschuldung für Caracas

Caracas (AFP) – Die Regierung Venezuelas und ihre westlichen Gläubigerbanken haben am Freitag in Caracas und New York den Abschluß eines Umschuldungsabkommens über 21,2 Milliarden Dollar, rund sechzig Prozent der venezolanischen Auslandsschuld in Höhe von 35 Mrd. Dollar, bekanntgegeben. Caracas soll in diesem Jahr 750 Mill. Dollar abzahlen, den Rest dann regelmäßig in Quartal-Abständen bis 1997.

Bleifrei stärker gefragt

Hamburg (dpa/VWD) – Im April dieses Jahres wurden nach ersten Schätzungen der Ölindustrie 8 800 Tonnen bleifreies Benzin in der Bundesrepublik abgesetzt. Das entspricht 0,4 Prozent des gesamten Vergaserkraftstoffverbrauchs. Verglichen mit den durchschnittlich 4 800 Tonnen in den Vormonaten hat sich die Nachfrage nach dem umweltfreundlichen Benzin nahezu verdoppelt.

Guter Messe-Verlauf

Essen (dpa) – Mit gut 18 000 Besuchern aus über 20 Ländern ist am Samstag in Essen die Abfall-Fachmesse „Entsorga '85" zu Ende gegangen. Die Essener Messeleitung teilte mit, die viertägige Veranstaltung für Abfallwirtschaft, Städtereinigung und Straßenbetriebsdienste habe alle Erwartungen der 280 Aussteller aus zehn Nationen übertroffen. Es habe zahlreiche Vertragsabschlüsse und „ausgezeichnete Kontaktgespräche" gegeben, die ein „sehr reges Nachmessegeschäft" erwarten ließen.

Londoner Kassapreise

	17.5.	19.5.
Kupfer(£/t)	1186,5	1267,5
Blei(£/t)	294	300,5
Zink(£/t)	647,5	680,5
Zinn(£/t)	9565	9567,5
Gold($/Unze)	322,5	314,5
Silber(p/Unze)	510,9	510,3
Kakao[1](£/t)	1785,5	1869,5
Kaffee[1](£/t)	2084	2165,5
Zucker(£/t)	84	84
Kautschuk(p/kg)	64	66
Wolle(p/kg)	481	475
Baumwolle[2](cts/lb)	–	–

[1]) Abladung Juli;
[2]) A-Index-Preis Liverpool

GROSSBRITANNIEN

Die Inflation hat sich beschleunigt

WILHELM FURLER, London

Die Inflationsrate in Großbritannien ist im April scharf angestiegen. Dem Arbeitsministerium zufolge liegt die Steigerungsrate auf Jahresbasis inzwischen bei 6,9 Prozent. Im Januar betrug sie fünf Prozent, im Februar 5,4 und im März 6,1 Prozent. Für die Regierung Thatcher, die der Inflationsbekämpfung höchste Priorität einräumt, ist die jüngste Entwicklung ein schwerer Rückschlag.

So hoch wie derzeit lag die Inflationsrate in Großbritannien zum letzten Mal im September 1982. Seitdem ist sie kontinuierlich gefallen und hatte im Dezember vergangenen Jahres mit 4,6 Prozent ihren bislang niedrigsten Stand erreicht. Nach der Bekanntgabe der jüngsten Statistiken wurde die Regierung Thatcher von der Opposition beschuldigt, mit ihrer „katastrophalen" Wirtschaftspolitik nicht nur die Arbeitslosigkeit auf ein Rekordniveau getrieben zu haben, sondern jetzt auch den Kampf gegen die Preissteigerung zu verlieren.

Ein Anstieg der Preissteigerungsrate war erwartet worden, nachdem die Bausparkassen ihre Hypothekenzinsen in den letzten drei Monaten zweimal angehoben haben.

BILANZRICHTLINIEN-GESETZ / Die Prüfung soll nicht allein den Wirtschaftsprüfern überlassen werden

Jährlich 330 000 neue Fälle für Rechtsanwälte?

H.-H. HOLZAMER, Mannheim

Wundersame Brotvermehrung, es gibt sie noch. Die 4. EG-Richtlinie zum Gesellschaftsrecht wird zur Zeit in nationales deutsches Recht „transformiert" – als Bilanzrichtlinien-Gesetz. Sein gegenwärtiger Entwurf aus der Feder des Rechtsausschusses hat gerade erfolgreich eine öffentliche Anhörung überstanden. Ein Kernpunkt ist die Publizitätspflicht für die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH). Davon gibt es in der Bundesrepublik, wie auf dem 43. Anwaltstag im Mannheim bekannt wurde, etwa 330 000. Auf alle kommt die Pflicht zu, eine Bilanz zu erstellen. 14 000 bis 19 000 von ihnen müssen zusätzlich regelmäßige Prüfungen über sich ergehen lassen.

Das ist natürlich ein gebührenträchtiges Tätigkeitsgebiet, um das es sich zu raufen lohnt. Steuerberater und -prüfer sind schon kräftig dabei. Und auch die rund 2000 in Mannheim versammelten Rechtsanwälte des Deutschen Anwaltsvereins (DAV) bliesen zum Angriff. Man habe viel zulange dieses Feld anderen überlassen, meinte DAV-Vorsitzender Ludwig Koch, „obwohl das Steuerrecht bis zum Ende des 1. Weltkrieges eine Domäne der Anwälte war".

Das Problem aus berufspolitischer Sicht ist nur, daß nur wenige Anwälte eine Bilanz lesen, geschweige denn schreiben können. Aber der Bundesjustizminister Hans Engelhard hat soeben eine Gesetzesänderung abgezeichnet, die den werbenden Zusatz „Fachanwalt für Steuerrecht" erlaubt, und die Anwaltsakademie wird verstärkt Kurse in diesem Bereich anbieten, wie DAV-Präsidiumsmitglied und Vorsitzender des Akademie-Kuratoriums Gerhard Commichau auf dem Anwaltstag mitteilte.

Mit den inhaltlichen Fragen des Bilanzrichtlinien-Gesetzes befaßte sich in Mannheim eine Arbeitsgruppe, die sich in auffallendem Kontrast zu den Trompetenklängen des DAV auf wenige Experten beschränkte.

Hauptziel – und damit auch Hauptgrund vieler Probleme – ist das das Einbinden der 4. EG-Richtlinie und der 7. EG-Richtlinie, welche die Konzernbilanz regelt, in das Handelsgesetzbuch, das als eines der „großen" Gesetze (wie etwa das Bürgerliche Gesetzbuch) ständigem Herumbasteln entzogen sein soll, und mit dem 1,8 Millionen Kaufleute leben müssen. Das ist auch der Grund, warum der Bundesgesetzgeber der Verpflichtung, die Richtlinie nach Artikel 54 des EWG-Vertrages bis zum Jahre 1980 in nationales Recht umzusetzen, nicht nachkam und sich daher derzeit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof ausgesetzt sieht.

In Mannheim lobte man die Helmrich'sche Neukonzeption, weil sie klar zwischen Kapital- und Personengesellschaften (Einzelkaufleuten, OHG, KG und GbmH & Co. KG) trenne. Ausdruck gegeben wurde lediglich der Befürchtung, eine Reihe der GmbHs könnten sich der Publizitätspflicht entziehen, indem sie sich in GmbH & Co. KGs umstrukturierten.

Gestritten wurde um die Frage, wie man denn überhaupt die GmbHs dazu bringen könnte, die Karten auf den Tisch zu legen. Immerhin drohten doch demjenigen, der vorangehe, ein Wettbewerbsnachteil gegenüber dem Konkurrenten, der abwarte.

Uneinig war man sich auch, wo die Jahresabschlüsse zu hinterlegen seien. Bei den Handelskammern meinten die einen, bei den Amtsgerichten andere. Der Vertreter der Bundesregierung plädierte für ein Zentralregister und Lesegeräte für die einzelnen Amtsgerichte. Doch gegen diese Lösung habe sich schon, so Helmrich, der Datenschutzbeauftragte gewandt, da die nummernmäßige Erfassung der Gesellschaft Branchenzusammenstellungen erlaube.

Angesichts dieser kniffligen Detailfragen gaben sich der DAV-Referent zu diesem Thema Reinhard Goerdeler und der Ausschuß-Vorsitzende Professor Heinz Rowedder gelassen. Das deutsche Gesetz solle zwar zum 1. 1. 1986 in Kraft treten, der Gesellschaft, die nicht publiziere, werde man aber nicht den Kopf abreißen. In Dänemark liege die Quote nur bei 50 Prozent und bei den Briten, die seit 1947 dem Prinzip des „true and fair view" folgen, nicht höher. „Wir können den Ländern nicht die Durchführung von Zwangsgeldern zumuten." Das heißt: Wenn keiner, der hierzu berechtigt ist, einen Antrag stellt, passiert nichts, auch wenn dies „nicht ganz im Sinne der Richtlinie sei".

FLEISCH / Die EG-Ausgaben sind kräftig gestiegen

Export zur Marktentlastung

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Auf die ungewöhnliche Dynamik der Ausgaben für den EG-Agrarmarkt hat der Verband des deutschen Groß- und Außenhandels mit Vieh und Fleisch in seinem Jahresbericht hingewiesen. Die Aufwendungen für die Gemeinsame Marktorganisation stiegen von 1980 bis 1984 um 63 Prozent auf 17,99 Milliarden Ecu (1 Ecu = 2,21 Mark). Für die Rindfleisch-Marktordnung kletterten sie um rund 50 Prozent auf 2,06 Milliarden Ecu, wovon mehr als die Hälfte auf Export-Erstattungen entfiel.

Obwohl viermal so viel Schweine- als Rindfleisch in der EG produziert wird, betragen die Kosten für diese Marktorganisation nur ein Zehntel. Der Grund: Die Eingriffe in das Marktgeschehen halten sich in vergleichsweise engen Grenzen. Auch hier sind die Ausgaben von 115,6 auf 207 Millionen Ecu gestiegen. Gewachsen sind fast ausschließlich die Ausgaben für den Export.

Der Verband hatte zwar schon Ende der siebziger Jahre, als die Regeln für den Lamm-Markt beraten wurden, darauf hingewiesen, daß diese „ausgefuchste, vielschichtige und komplizierte Marktordnung" die Steuerzahler mit hohen Transferzahlungen belasten werde. Die Befürchtungen wurden bei weitem noch übertroffen. Die Ausgaben haben sich seit 1980 von 53,5 auf 509 Millionen Ecu nahezu verzehnfacht. Der Europäische Rechnungshof zweifelt an, „ob das System überhaupt in der Lage ist, die potentiellen Probleme zu vernünftigen Kosten zu lösen".

In der Bundesrepublik war 1984 der Großhandel mit Fleisch und Fleischwaren mit 26,9 Milliarden Mark mit 16 Prozent am Umsatz des Nahrungs- und Genußmittelgroßhandels beteiligt. Obwohl die Preise für Rindfleish um 0,1 Prozent und die für Schweinefleish um 2,4 Prozent gesunken waren, stieg der Umsatz um 4,7 Prozent. Der Fleischverbrauch nahm in der Bundesrepublik um 2,6 Prozent zu. Für 1985 wird mit einem weiteren Plus von zwei Prozent gerechnet. Der steigende Selbstversorgungsgrad – er liegt bei Rindfleisch in der Bundesrepublik bei 122 Prozent – „läßt den Export als Instrument zur Marktentlastung zunehmend an Bedeutung gewinnen und forciert damit den Strukturwandel in der Branche".

GROSSBRITANNIEN / Verbindung zwischen Dover und Calais in der Diskussion

Kombination aus Brücken und Tunnel?

WILHELM FURLER, London

Die Mehrheit der Kabinettsmitglieder der britischen Regierung setzt sich für eine Kombination aus Brükken und Tunnel als feste Schienen- und Straßenverbindung zwischen Dover und Calais ein. Dies wird immer deutlicher. Obwohl sich die Regierung erst Ende dieses Jahres entscheiden wird, welcher der bereits vorliegenden drei Varianten für eine Kanal-Verbindung der Vorzug gegeben wird, spricht vor allem das Argument, eine Verbindung frei von gewerkschaftlichem Einfluß zu haben, für die Brücken-Tunnel-Version.

Bis Ende Oktober dieses Jahres müssen die einzelnen Konsortien ihre präzisen Konstruktions- und Finanzierungspläne für eine feste Kanalverbindung in London und Paris eingereicht haben.

Im Rennen befinden sich gegenwärtig eine Tunnelversion ausschließlich für den Schienenverkehr mit zwei parallelen Röhren für voraussichtlich zwei Mrd. Pfund (7,6 Mrd. DM), die kombinierte Brücken-Tunnel-Version für Straße und Schiene für rund 4,5 Mrd. Pfund (17,1 Mrd. DM) sowie eine Autobahn-Hängebrücken-Version mit 18 jeweils zwei Kilometer langen Segmenten für geschätzte 2,5 Mrd. Pfund (9,5 Mrd. DM).

Im Thatcher-Kabinett wird befürchtet, daß eine reine Bahnverbindung der Willkür der Eisenbahner-Gewerkschaft ausgesetzt wäre, die bei jeder Auseinandersetzung den Kanaltunnel als ideales Erpressungsmittel mißbrauchen würde. Der kombinierten Brücken-Tunnel-Version wird auch der Vorzug gegeben, weil mit dem ungehinderten Straßenverkehrsfluß die Macht der Seeleute-Gewerkschaft gebrochen würde.

Im übrigen würde die Kombination – Brückenverbindungen bis zu künstlichen Inseln jeweils in der britischen und französischen Kanalhälfte und von dort aus Untertunnelung des Kanal-Mittelstücks mit drei Röhren – nach Ansicht der Minister bis zu 100 000 neue Arbeitsplätze schaffen.

Hinter dem Brücken-Tunnel-Vorschlag mit der Bezeichnung „Euroroute" steckt ein Konsortium aus British Steel, British Shipbuilders, dem bedeutenden Mischkonzern Trafalgar House sowie den Bauunternehmen John Howard und Fairclough auf britischer Seite, sowie auf französischer aus den Banken Société Générale und Paribas, dem Bauunternehmen GTM Entrepose sowie der Staatswerft Chantiers de l'Atlantique. Das „Channel Tunnel"-Projekt für den Bahnverkehr wird von den fünf Bauunternehmen Balfour Beatty, Costain, Tarmac, Taylor Woodrow und Wimpey sowie von der Großbank National Westminster getragen. Hinter dem Hängebrücken-Modell mit der Bezeichnung „Linkintoeurope" stekcken Bauunternehmer beider Länder.

Den Initiatoren des Euroroute-Projekts schwebt für die Finanzierung der Kosten von 4,5 Mrd. Pfund eine Aktienemission vor. Das Projekt soll zwei Jahre konkret geplant werden; etwa fünf Jahre werden für das Bauen vorgesehen.

NAMEN

Bankdirektor Dr. Jürgen R. Neuhaus wird am 1. Juni 1985 Mitglied der Geschäftsleitung der Dresdner Bank AG, Köln. Er ist Nachfolger von Dr. **Heinrich Verhoeven**, der am 31. Mai 1985 in den Ruhestand tritt. Bereits zum 1. April 1985 wurde Dr. **Alfons Titzrath**, Mitleiter der Niederlassung Köln, zum stellvertretenden Mitglied des Vorstands der Dresdner Bank bestellt. Sein Nachfolger ist **Alwin Bartscher**, Mitleiter der Filiale Bonn.

Manfred Schatz, Leiter der Produktentwicklung bei der Pegulan AG, ist zum Geschäftsführer der Firmen Besmer Teppichfabrik Mertens GmbH & Co., Hameln, und Curlan Teppichwerk GmbH, Hessisch-Oldendorf, bestellt worden. Schatz löst **Karl-Heinz Gerland** ab, der bei der Vereinigten Wollwarenfabriken GmbH, Hameln, für neue Produkt-Linien verantwortlich zeichnet.

Dietmar Weiß (38), bisher Vertriebsleiter, übernahm am 1. Mai 1985 die Technische Geschäftsführung der Maschinenfabrik Pekrun Getriebebau GmbH, Iserlohn. Er ist Nachfolger von **Peter Ostheim** (49), der in den Beirat berufen wurde.

RENTENMARKT / Impulse kommen aus den USA

Nominalzins sieben Prozent

Der Rentenmarkt präsentiert sich mit einer freundlichen Tendenz, die von der Zinssenkung in den USA und der Hoffnung geprägt wurde, daß eine Kürzung des Budget-Defizits für einen weiteren Rückgang der US-Zinsen sorgen werde. Marktführer in der Bundesrepublik waren weiterhin Bundesanleihen, auf die sich vor allem das Interesse ausländischer Anleger konzentrierte. Für die Postanleihe über eine Milliarde Mark, deren Konditionen morgen beschlossen werden, erwartet man die Rückkehr zum siebenprozentigen Nominalzins bei einem Ausgabekurs von nicht über 99,50 Prozent bei einer Laufzeit von zehn Jahren. (cd.)

Emissionen	17.5. 85	10.5. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,76	6,82	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,89	6,97	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,93	6,95	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	7,02	7,09	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,88	6,98	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,65	6,75	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,28	7,36	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,88	6,97	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	7,28	7,32	7,20	8,08	8,45

EUROPEAN ASIAN BANK / Veränderter Vorstand setzt neue Akzente

In der Kreditpolitik künftig selektiver

JAN BRECH, **Hamburg**

Ungeachtet der notwendig gewordenen immensen Risikovorsorge bleibt die European Asian Bank AG (Eurasbank), Hamburg, für ihre Aktivitäten im asiatischen Raum zuversichtlich. Wie der Vorstand erklärt, seien die Risiken der Bank eingegrenzt und nach einer Phase der wirtschaftlichen Anpassung werde der Anteil der fernöstlichen Region am Welthandel in den nächsten Jahren weiter steigen. Ein stürmisches Mitwachsen der Eurasbank wie in den früheren Jahren schließt die Verwaltung allerdings aus. Man werde in der Kreditpolitik künftig sehr viel selektiver vorgehen.

Den schwierigen Versuch, das Desaster der Bank in den vergangenen Jahren zu bewältigen und neue Perspektiven zu zeigen, unternimmt ein bis auf Tjark H. Woydt neu besetzter Vorstand. Den Vorstandsmitgliedern Michael Böhm und J. Nikolaus Korsch, die die Schieflage der Bank nicht überstanden haben, sind Hans Hennig Offen und Alfred Steffen gefolgt. Beide Banker stammen aus dem Einflußbereich der Deutschen Bank, die mit 60 Prozent an der Eurasbank beteiligt ist. Die Erfahrungen der letzten Zeit hätten, so Offen, inzwischen zu neuen Akzenten in der Geschäftspolitik geführt. Dazu gehöre eine neue Definition der Zielkunden, in der sich auch höheres Risikobewußtsein niederschlage, interne organisatorische Maßnahmen, personelle Verstärkung im Kreditgeschäft und eine verbesserte Ausbildung der Mitarbeiter vor allem in den 29 fernöstlichen Niederlassungen.

Am stärksten jedoch dürfte die Bank zunächst mit der Vergangenheitsbewältigung beschäftigt sein. Das nach Angaben von Offen um 5 Prozent auf rund 140 Mill. DM gestiegene Betriebsergebnis reichte bei weitem nicht aus, um allen Risiken vorzubeugen. Um den Gesamtbedarf an Wertberichtigungen von schätzungsweise 400 Mill. DM zu decken, mußte die Eurasbank auf Bürgschaften der Aktionäre für mögliche Kreditausfälle zurückgreifen. Hierbei dürfte es sich um etwa 300 Mill. DM handeln.

Das ungewöhnlich hohe Ausmaß von Risikovorsorge, so erklärt Offen, sei auf der einen Seite durch gravierende wirtschaftliche Veränderungen in einigen fernöstlichen Ländern, andererseits durch Fehleinschätzungen der sich daraus ergebenden Risiken durch die Bank entstanden. Insolvenzen, falsch eingeschätzte Glaubwürdigkeit von Angaben lokaler Kreditnehmer und Wirtschaftsprüfer sowie vereinzelt auch betrügerisches Verhalten habe eine Vielzahl von Kreditgeschäften der Bank in Gefahr gebracht. Offen räumt zudem ein, daß die personellen Möglichkeiten der Bank mit der Expansion nicht immer Schritt gehalten hätten.

Die Schäden sind zu etwa gleichen Teilen in Taiwan, Hongkong und Singapur entstanden, wobei das ganze Ausmaß, so Offen, noch nicht wirklich quantifiziert sei. Wann und vor allem zu welchen Bedingungen alle Fälle bereinigt werden können, ist ungewiß. Vor dem Hintergrund, daß besonders in Hongkong Sicherungen in Immobilien in den letzten zwei Jahren erheblich an Wert verloren haben, müsse man bei der Abwicklung von Problemfällen die Nerven behalten, meint Offen. Keine Schätzung wagt er deshalb auch im Hinblick auf die wahrscheinlichen Ausfälle.

Im Abschluß 1984 sind die Konsolidierungsbemühungen der Bank nur bedingt zu erkennen. Die Ausweitung der Bilanzsumme um 9 Prozent auf 9,1 Mrd. DM und des Geschäftsvolumens um 8,2 auf 11,6 Mrd. DM ist wechselkursbedingt. Das Kreditvolumen stieg um 3,2 Prozent auf 6,9 Mrd. DM. Die nach wie vor stabile „ordentliche Ertragskraft" der Bank belegt Offen mit einem um 16,3 Prozent auf 210 Mill. DM gestiegenen Zinsüberschuß. Der Provisionsüberschuß ist demgegenüber wegen geringerer Erträge im Devisenhandel um 10,5 Prozent auf 38,4 Mill. DM zurückgegangen.

Die solide Ertragsbasis sollte es ermöglichen, so erklärt Offen, die Schäden der Vergangenheit zu beheben und zugleich das Geschäft zielgerecht auszubauen. Im ersten Quartal liege das Betriebsergebnis über dem des Vorjahres. Das Ergebnis für das ganze Jahr 1985 und auch das für 1986 werde wegen erheblicher Zukunftsinvestitionen in Personal und Technik aber kaum höher als 1984 ausfallen.

Wochenschlußkurse

New York

	17.5.	10.5.
Adv. Micro Dev.	29,25	30,125
Aetna Life	46	45
Alcan Aluminium	26,125	25,25
Alcoa	34,625	34
Allied Chemical	42	44,625
AMR Corp.	45,875	44,5
Amax	16,375	16,25
Am. Cyanamid	53,125	51,875
Am. Express	45,5	45,625
Am. Motors	3	3
Am. Tel. & Telegr.	23,625	22,25
Amoco Corp.	64,75	64,25
Asarco	23,125	23,75
Atlantic Richfield	61,25	61,875
Avon Products	20,25	20
Bally	14,125	14,75
Bk. of America	22,125	20,875
Bethlehem Steel	16,5	16,625
Black & Decker	21,25	20,875
Boeing	43,125	42,125
Brunswick	35,375	35,625
Burroughs	64,375	64
Caterpillar	33,875	32,5
Celanese	101	96,375
Chase Manhattan	58,625	57,375
Chrysler	34	33,625
Citicorp	48,5	48,75
City Investing	35	36,625
Clorox	35,5	35,75
Coca Cola	69,5	66,625
Colgate	25,125	24,625
Commodore	9,875	10
Comwth. Edison	30,75	29,875
Comm. Satellite	32	32,25
Control Data	30,875	32,125
CPC Int.	43	41,875
Curtiss Wright	33,375	32
Deere	29,875	28,5
Delta Airlines	45,25	45
Digital Equipm.	104,625	105,125
Dow Chemical	32,375	31,125
Du Pont	59,375	56,5
Eastern Gas-Fuel	23,125	22,75
Eastman Kodak	66,125	65,875
Exxon	52	50
Firestone	21,75	20,5
Fluor	18,625	19
Ford	41,75	43
Foster Wheeler	14,125	14
Fruehauf	23,5	22,5
GAF Corp.	35	33
General Dynamics	70,75	71,875
General Electric	59,875	60,625
General Foods	65,25	64,125
General Motors	69,125	68,875
Gen. T. & E.	41,875	40,75
Goodrich	33,25	33
Goodyear Tire	29,125	27,75
Grace	41,375	41
Halliburton	30,5	30,875
Heinz	49,75	47
Hewlett Packard	34,375	34
Homestake	24,625	24,5
Honeywell	60	59,625
IBM	130,625	130,125
Int. Tel. & Tel.	34,125	34,5
Int. Harvester	9,125	9,125
Int. Paper	50,75	50,75
Int. North. Inc.	46,375	47,375
Jim Walter	35,125	35
Litton Industries	73,75	69,25
Lockheed Corp.	49,375	48,75
Loew's Corp	49,875	50
Lone Star	25,125	25,375
Louisiana Land	37,625	34,375
LTV Corp.	7,875	9,125
Mc Dermott	28	28
Mc Donnel Doug.	75,875	75
Merck & Co.	104,625	102
Merrill Lynch	32,375	32,125
Mesa Petroleum	16,5	16
MGM (Film)	14,25	14
Minnesota M.	77,75	77
Mobil Oil	30,375	30,25
Monsanto	47,75	47,625
Morgan J.P.	51,625	51
Nat. Semiconductor	11	11,5
National Steel	25,5	26,25
NCR	29,25	28,625
Newmont	45,375	44,625
PanAm World	5,875	5,625
Pfizer	48,5	46,75
Phibro	42,5	41,625
Philip Morris	85,625	84,25
Phillips Petroleum	38,125	39,375
Pittston	12,25	12
Polaroid	30,625	29,375
Prime Computer	17,75	17,75
Procter & Gamble	51,75	50,875
RCA	43,125	41,625
Revlon	39,5	38,375
Reynolds Ind.	76,625	77
Rockwell Int.	35	35,875
Rorer Group	50,125	50,75
Schlumberger	39,75	39
Sears Roebuck	36	34,75
Shell Oil	59,75	59,5
Singer	37,25	36,75
Sperry Corp.	54,25	53,5
Stand. Oil Calif.	34,375	35,25
Storage Techn.	2,75	2,75
Tandy	31	30,25
Teledyne	243,875	24[illegible]
Telex Corp.	43,125	43
Tesoro	10,375	10,75
Texaco	37,5	37
Texas Instrum.	94	97,75
Tesco	1,875	1,875
Trans World Corp.	35,375	34,75
Transamerica	30,5	30,25
Travellers	48	46,375
UAL	47	47,875
Ucal Corp	14,625	14,5
Union Carbide	38,375	38,25
Union Oil of Calif	46,125	46
US Gypsum	55,5	55
US Steel	29	28,75
United Technologies	40	39,375
Walt Disney	81,75	80,625
Warner Comm.	28,125	28,875
Westinghouse El.	33,625	32
Weyerhaeuser	29,5	27,75
Whittaker	24	24,375
Woolworth	46,25	45
Xerox	49,875	48,875
Zenith Radio	21,5	20,375
Dow Jones Index	1287,21	1274,18
Stand. & Poors	187,45	184,28

Toronto

	17.5.	10.5.
Abitibi-Price	18,25	18,5
Alcan Alu	35,875	34,675
Bk. of Montreal	27,125	26,75
Bk. of Nova Scotia	12,875	12,5
Bell Can Enterprises	42,625	40,5
Bluesky Oil	4,5	4,15
Bow Valley Ind	17,5	17,5
Brenda Mines	9,125	9
Brunswick M & Sm.	14,75	14,5
Can. Imperial Bk.	33,25	31,625
Can. Pacif. Enterpr	29,125	28,125
Can. Pacific Ltd.	19,875	–
Cominco	13,625	13,25
Coseka Res.	3,75	3,75
Denison Mines	14,25	15,875
Dome Petroleum	3,25	3,2
Domtar	36,875	35,75
Falconbridge Ltd.	20,25	19,875
Great Lakes Forest	20,25	21
Gulf Canada	19,375	19,25
Gulfstream Res.	1,47	1,2
Hiram Walker Res.	31,25	29,375
Hudson Bay Mng. Sp.	7,25	7,625
Husky Oil	11,375	11,25
Imperial Oil -A-	52,625	51,5
Inco	19,75	19
Inter City Gas Ltd.	14,25	14,125
Interprov. Pipeline	38,625	37,25
Kerr Addison	14,75	14,375
Lac Minerals	33,75	34,25
Massey Ferguson	2,95	2,85
Moore Corp.	25,875	25,25
Noranda Mines	14,875	15,5
Norcen Energy Res	16,25	15,375
Northgate Expl	5,625	5,75
Northern Telecom.	52	49,625
Nova An Alberta 'A'	5,875	5,75
Nu West Group	0,55	0,44
Oakwood Petrol	9	9,175
Provigo Inc.	18,875	18,5
Ranger Oil	4,7	4,8
Revenue Properties	1,5	1,6
Rio Algom	24	23,25
Royal Bk. of Can.	29,625	28
Seagram	60,25	56
Shell Canada	28,875	28,75
Sherritt Gordon	7,375	7,25
Stelco -A-	19,75	19,75
TransCan. PipeLines	27,75	26,375
Westcoast Transm.	17,25	16,125
Index: TSE 300	2722,70	2654,10

Tokio

	17.5.	10.5.
Alps	1670	1790
Bank of Tokyo	814	810
Banyu Pharma	790	810
Bridgestone Tire	515	524
Canon	1230	1240
Daikin Kogyo	–	614
Daiwa House	653	585
Daiwa Sec.	827	835
Eisai	1400	1480
Fuji Bank	1560	1560
Fuji Photo	1840	1720
Fuji Radio	2200	2310
Hitachi	780	790
Honda	–	1340
Ikegai Iron	384	408
Iseton	560	565
Ito Yokado	2720	2550
Japan Air	7190	6920
Japan Met	424	435
Japan Syn. Rubber	364	369
Kajima	308	310
Kansai Elec. P	1660	1470
Kao Soap	840	834
Kawasaki H	155	152
Kawasaki S	140	142
Kirin Brewery	675	665
Komatsu	434	[illegible]
Kubota Iron	345	345
Kyocera	4880	4990
Makita El.	–	1012
Marui	1150	[illegible]
Matsushita El. Ind	1490	1485
Matsushita El. Wks.	760	[illegible]
Mitsubishi CP	535	523
Mitsubishi El	–	[illegible]
Mitsubishi Estate	[illegible]	[illegible]
Mitsubishi Heavy I	[illegible]	[illegible]
Mitsui Co. Ltd	358	[illegible]
Mitsukoshi	[illegible]	[illegible]
Mitsumi El	960	[illegible]
Nichicon	–	[illegible]
Nihon Cement	[illegible]	[illegible]
Nikko Sec	–	[illegible]
Nippon El	1010	[illegible]
Nippon Kokan	155	154
Nippon Oil	835	829
Nippon St.	147	146
Nippon Yusen	[illegible]	251
Nissan Motor	629	[illegible]
Nomura Sec	1100	1100
Olympus	[illegible]	[illegible]
Penta-Ocean	[illegible]	[illegible]
Pioneer	[illegible]	[illegible]
Renown	–	850
Ricoh	900	[illegible]
Sankyo	1100	[illegible]
Seiyu Stores	680	[illegible]
Sekisui Pref	[illegible]	[illegible]
Sharp	[illegible]	[illegible]
Shiseido	1110	[illegible]
Sony	4350	[illegible]
Sumitomo Bank	[illegible]	[illegible]
Taisei Corp	[illegible]	[illegible]
Taisho Marine	[illegible]	445
Takeda Chem	[illegible]	[illegible]
Teijin	440	[illegible]
Tokyo Elec	[illegible]	[illegible]
Tokyo Gas	[illegible]	[illegible]
Tokio Marine	[illegible]	[illegible]
Tokyo El. Power	[illegible]	[illegible]
Toray Ind	[illegible]	[illegible]
Toshiba Elec.	–	[illegible]
Toto	[illegible]	[illegible]
Toyo Kogyo	[illegible]	430
Toyota Motor	[illegible]	[illegible]
Yamaichi	[illegible]	[illegible]
Yamanouchi	[illegible]	[illegible]
Yamaha	–	[illegible]
Yamazaki	[illegible]	[illegible]
Index	[illegible]	[illegible]

GIESSEREIEN / Die vierjährige Flaute ist vorbei

Sanfter Aufwind bläst weiter

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Der Belegschaftsabbau kehre sich ins Positive um. Facharbeiter kriege man nicht genug, ein Teil der Lehrstellen sei unbesetzt. Beileibe keine Boom-Signale will Eberhard Möllmann als Präsident des Deutschen Gießereiverbandes, Düsseldorf, mit solchen Bemerkungen zur aktuellen Lage der Eisen-, Stahl- und Tempergießereien aufziehen. Aber eindeutig klettern die derzeit 480 Betriebe mit 76 000 Beschäftigten (1980 noch 538 Betriebe mit 95 000 Leuten) aus der Talsohle ihrer vierjährigen Branchenflaute heraus.

Schon 1984 taten sie's mit zwei Prozent Absatzplus auf 3,3 Millionen Tonnen Gußprodukte, die zirka neun Milliarden DM Umsatz brachten. Für 1985 werden abermals zwei Prozent Plusrate erwartet. Der insgesamt sanfte Aufwind freilich ist je nach Abnehmerbranche für etliche Betriebe auch das krasse Gegenteil. Der Absatz an die Stahlindustrie beispielsweise schrumpft weiterhin, zumal aus strukturellen Gründen (Strangguß verdrängt aus der Hütte den Kokillenguß), der Absatz an die Bauwirtschaft leidet stark am Abwärtstrend dieser Branche.

Das Positive kommt vom Fahrzeug- und Maschinenbau. Dahin gehen nun bereits 71 (1980 erst 62) Prozent des gesamten Gußabsatzes. Besondere Dynamik (auch im Export) spüren die Gießer da neuerdings bei ihrer Maschinenbaukundschaft. Ihr Verbandspräsident nennt das „besonders erfreulich", weil dieser Teilmarkt „eine Domäne vieler kleiner und mittlerer Betriebe" sei.

Mehr als nur sanften Aufwind berichtet der (zum Teil) „Werkstoffkonkurrent" Eckhart Röders als Vorsitzender des Gesamtverbandes Deutscher (NE)-Metallgießereien. Hier wuchs 1984 in 424 (435) Betrieben mit 37 050 (35 572) Mitarbeitern und rund 4,5 Milliarden DM Umsatz die Produktion sogar um sieben Prozent auf 476 000 Tonnen. Der Auftragseingang des ersten Quartals 1985 ging noch um 0,8 Prozent über den „sehr guten" Vorjahreswert hinaus; den Rest des Jahres sehen auch diese Gießer ohne Konjunktursorgen.

Sorgen aber bereitet den Gießereiverbänden und ihren hauptsächlich mittelständischen Mitgliedern die Umweltgesetzgebung. Mit einem „Überbietungswettbewerb an immer neuen Aktivitäten" (Möllmann) würden von Bund und Ländern ständig neue Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgeschlagen und diskutiert, deren Ertrag für den Umweltschutz zum Teil nur gering sei, die aber zu erheblichen zusätzlichen Kostenbelastungen führen müßten.

So sehe zum Beispiel der Entwurf der neuen „TA-Luft" für die Gießereien, obwohl sie an den Gesamtemissionen in der Bundesrepublik nur noch „verschwindend gering" beteiligt seien (bei Staub nur noch mit zwei Prozent), eine weitere Verschärfung der Staubemissionswerte vor. Bei vielen Betrieben wären dann die erst in den letzten Jahren mit behördlicher Genehmigung installierten Entstaubungsanlagen schon wieder durch neue Anlagen zu ersetzen. Hier müßte die Bundesregierung zumindest Nachrüstungsfristen entsprechend der Lebensdauer des gerade erst Installierten einräumen, weil sonst der Aufwand besonders für Klein- und Mittelbetriebe „zum Teil existenzbedrohend" würde.

Süd-Chemie mit 1984 „vollauf zufrieden"

DANKWARD SEITZ, **München**

Obwohl die positive Entwickung der Chemiebranche 1984 sich auch im laufenden Jahr bei der Süd-Chemie AG, München, fortgesetzt hat und die Produktionskapazitäten weiterhin gut ausgelastet sind, erscheint es dem Vorstand fraglich, ob das gute Ergebnis des Vorjahres wieder erreicht werden kann.

„Vollauf zufrieden" ist man mit dem Geschäftsjahr 1984. Obwohl die Eigenproduktion nur um 4,1 Prozent zunahm und der Absatz an Handelsware etwas zurückging, erhöhte sich der Gesamtumsatz um 11,5 Prozent auf 323,4 Mill. DM. Während das Inlandsgeschäft mit plus 6,7 Prozent etwas verhaltener verlief, stieg der Export begünstigt durch den hohen Dollar – vor allem in den Mittleren und Fernen Osten – um 15,5 Prozent.

Besonders der guten Beschäftigungslage ist die deutliche Ergebnisverbesserung zu verdanken, denn aufgrund des harten internationalen Wettbewerbs hätten Erlösverbesserungen nur in geringem Maße durchgesetzt werden können. Zum Ausdruck kommt dies nicht nur in dem auf 18,7 (18,3) Mill. DM gestiegenen Steueraufwand und in dem um 9,7 Prozent höheren Gewinn vor Steuern von 33,9 Mill. DM. Erneut merklich angehoben wurden auch die Rückstellungen auf 78,3 (66,3) Mill. DM, wovon 23,3 (21,1) Mill. DM auf die Pensionsrückstellungen entfallen.

Der Jahresüberschuß nahm um etwas über 21 Prozent auf 15,1 Mill. DM zu, aus dem 6,15 (5,1) Mill. DM in die Rücklagen fließen. Der Hauptversammlung am 28. Juni wird vorgeschlagen, aus dem Bilanzgewinn von 7,7 (6,5) Mill. DM eine auf 12,50 (10,50) DM je 50-DM-Aktie aufgestockte Dividende auf das Grundkapital von 30,4 Mill. DM auszuschütten.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Dietrich Strasser: Abschied von den Wunderknaben. C. Bertelsmann Verlag, München 1985, 240 S., 34 Mark.

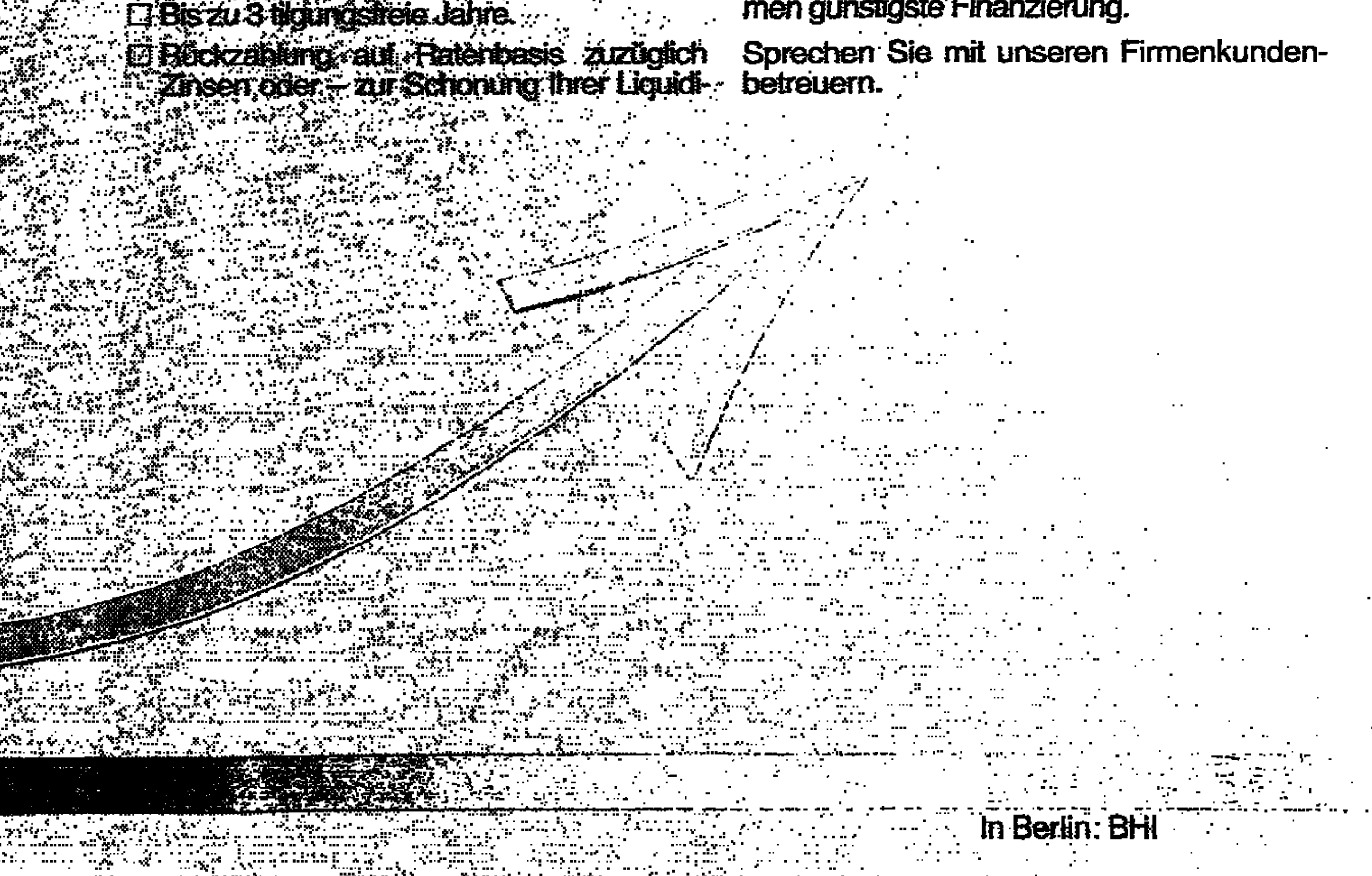
Als es der deutschen Wirtschaft noch „gold" ging, ließen Manager und Unternehmer keinen Zweifel daran aufkommen, wem wir das Wirtschaftswunder zu verdanken haben. Für den Umschwung, der mit der ersten Ölkrise 1973 begann und die Wirtschaft in die roten Zahlen stürzte, wollten die Manager dann nicht mehr verantwortlich zeichnen. Sachlich und anhand von konkreten Beispielen wird im vorliegenden Buch versucht, die Verantwortlichkeit von Managern an der Wirtschaftskrise und den immer stärker steigenden Insolvenzen zu analysieren und ein neues Anforderungsprofil für den idealen Manager herauszuarbeiten.

Claus Offe: Arbeitsgesellschaft – Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Campus Verlag, Frankfurt 1984, 380 S., 38 Mark.

Der Arbeitsmarkt ist ein Mechanismus, der Arbeitskräfte auf Arbeitsaufgabe und Einkommen auf die Arbeitskräfte verteilt. Der oft gerühmte Vorteil dieses Mechanismus ist, daß er Produktivität und „Freiheit" gewährleistet. Sein entscheidender Nachteil ist, daß er nicht mehr funktioniert. Massenarbeitslosigkeit, Reduktion der Grundlagen des Wohlfahrtsstaates, elektronische Revolution und ökonomische Stagnation sind Erscheinungen, die darauf jedenfalls hindeuten. Die Beiträge dieses Bandes befassen sich mit diesen Aspekten und Strukturproblemen des offenbar auslaufenden Modells der industriellen „Arbeitsgesellschaft".

Stober: Wirtschaftsverwaltungsrecht Band 1 und 2, Kohlhammer Studienbücher, 3. Auflage, Verlag W. Kohlhammer GmbH 1984, 372 Seiten bzw. 168 Seiten, 48 bzw. 29,80 Mark

Dieses nun bereits in der 3. Auflage erschienene Werk wendet sich in erster Linie an den Studenten, der sich mit dem Wirtschaftsverwaltungsrecht zu befassen hat, ist aber aufgrund seiner übersichtlichen Konzeption und der umfangreichen Rechtsprechungsnachweise auch in der Praxis recht gut verwendbar. Während der allgemeine Teil die Grundsätze des Wirtschaftsverwaltungs- und Wirtschaftsverfassungsrechts wie die Wirtschaftssysteme, die Geschichte des Wirtschaftsrechts, den Grundrechtsschutz der Wirtschaftstätigkeit, die eigenwirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand, die Aufgaben und die Mittel der Wirtschaftsverwaltung, das Wirtschaftsverwaltungshandeln und den Rechtsschutz, das Sanktionsrecht und die Organisationen der Wirtschaftsverwaltung behandelt, werden in Band 2 exemplarisch wichtige Wirtschaftszweige behandelt: Aus dem Bereich der Wirtschaftsüberwachung bzw. Gefahrenabwehr des Gewerberechts einschließlich des Immissionsschutzrechts, das Gaststätten- und neuerdings auch das Ladenschlußrecht, aus dem Bereich der Wirtschaftsförderung das Subventionsrecht, aus dem Bereich der Wirtschaftslenkung das Verkehrs- und Beförderungsrecht sowie das Energierecht und aus dem Bereich der Selbstverwaltung der Wirtschaft das Handwerksrecht.



UNITED TECHNOLOGIES / Plädoyer für Zweibahnstraße im Handel Europa – USA

Bundesrepublik drittgrößter Markt

DANKWARD SEITZ, **Hartford**

Für „eine echte Zweibahnstraße im Handel zwischen Europa und den Vereinigten Staaten" statt Protektionismus hat sich jetzt Harry J. Gray, Konzern-Chef der United Technologies Corp., Hartford/USA, ausgesprochen. Technologie sei auf globale Märkte angewiesen und könne sich nicht in Ländern entwickeln, die mit ihrer Wirtschaftspolitik nicht wettbewerbsfähige Branchen am Leben erhielten. Und ebenso könne kein technologieorientiertes Unternehmen ohne Zusammenarbeit, Beteiligung und fruchtbaren Ideenaustausch existieren.

Dies muß auch nach Ansicht von Gray für das geplante Raketenabwehr-System im Weltraum (SDI-Programm) gelten. Eine Kooperation auf diesem Gebiet mit europäischen Partnern dürfe sich nicht allein auf deren finanzielle Beteiligung erschöpfen, sondern müsse zu einem Technologieaustausch führen. Gray räumte in diesem Zusammenhang vor deutschen Journalisten ein, daß die „Zweibahnstraße in der Vergangenheit nicht gerade überwältigend" war, inzwischen aber in verschiedenen US-Ministerien durchaus Anzeichen eines Sinneswandels zu erkennen seien.

Als für beide Seiten „sehr positiv und nützlich" bewertete Gray die bisherige Zusammenarbeit der UTC-Division Pratt & Whitney mit der Münchner Motoren- und Turbinen-Union (MTU) bei der Entwicklung und dem Bau von Düsentriebwerken sowie der UTC-Tochter Hamilton Standard mit Dornier auf dem Gebiet der Raumfahrt. Einen „ausgezeichneten und finanzstarken" Partner für die verschiedendsten Projekte der Zukunft sieht er in Daimler-Benz nach deren Übernahme von MTU und Dornier. Gleichzeitig hofft der UTC-Chef als Zulieferer von beispielsweise Kabelbäumen, über die Tochter Automotive mit dem Stuttgarter Autohersteller ins Geschäft kommen zu können. Auch der Münchner Luft- und Raumfahrtkonzern MBB wird als interessanter Kooperationspartner gesehen.

Nur ein kurzer Blick in die Geschichte verdeutlicht, welche Stellung UTC heute als Technologie-Konzern weltweit inne hat. Überwiegend durch Firmenübernahmen rund um den Globus stieg der Umsatz in den letzten 13 Jahren von 3 Mrd. auf 16,3 Mrd. Dollar 1984, womit UTC zum fünftgrößten Industrieunternehmen der USA vorrückte. Der Reingewinn betrug zuletzt 645 Mill. Dollar (plus 27 Prozent). Für Forschung und Entwicklung wendet man jährlich etwa 1 Mrd. Dollar auf. Beschäftigt werden weltweit mehr als 205 000 Mitarbeiter.

Vom Gesamtumsatz enfallen rund 29 Prozent auf Lieferungen an staatliche Stellen und 71 Prozent auf die Privatwirtschaft. Der Konzern ist drittgrößter Auftragnehmer des US-Verteidigungsministeriums. Umsatzstärkste Division ist Triebwerkshersteller Pratt & Whitney mit rund 6 Mrd. Dollar vor Sikorsky (Hubschrauber) mit rund 1,5 Mrd. Dollar. Des weiteren umfaßt die UTC-Produktpalette Klimaanlagen (Firma: Carrier), elektronische Kontrollgeräte, Flugzeugpropeller, Raumfahrtanzüge (Hamilton Standard), elektronische Schaltkreise (Mostek) bis hin zu Aufzügen (Otis) und Autolacken (Inmont), die letzte Division wurde allerdings jetzt für 1 Milliarde Dollar an die BASF AG verkauft.

Damit hat UTC, so Gray, eine „hervorragende" Ausgangsposition für die nächsten Jahre, zumal sich alle Divisions mit hochentwickelten, sensiblen Technologien befassen. Auch im Ausland – hier stieg der Umsatz in den letzten fünf Jahren um 66 Prozent und steuert heute mit 5,8 Mrd. Dollar mehr als ein Drittel zum Konzernumsatz bei – seien Abrundungen der Produktlinie noch vorstellbar.

Außerhalb der USA stellt die Bundesrepublik nach Frankreich für UTC inzwischen den drittgrößten Markt dar. Umgesetzt wurden hierzulande 1984 rund 1,6 Mrd. DM (plus 9 Prozent) mit über 10 000 Beschäftigten. Dabei waren in den vergangenen Jahren die Aktivitäten, wie Gray mitteilte, sowohl durch internes Wachstum als auch durch Firmenübernahmen und Gründung von Gemeinschaftsunternehmen gekennzeichnet. Repräsentiert wird UTC in Deutschland von den Firmen Telefunken Elektronik GmbH, Heilbronn (integrierte Schaltkreise), Flohr Otis, Berlin (Aufzüge), Eurosil, Echin (Halbleiter), Nord-Micro, Frankfurt (Luft- und Raumfahrtelektronik), Hartmann, Berlin (Druckfarben) sowie Inmont, Bonn (Lacke, die ebenfalls zu BASF gehören wird) und UT Grundig, Bayreuth (Autokabelbäume).

Der sowjetische Physiker, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und Friedensnobelpreisträger

Andrej Sacharow

wird am 21. Mai 64 Jahre alt.

Unermüdlich und unerschrocken setzte er sich für die Menschenrechte und die politisch Verfolgten in seinem Land und in Südamerika, Afrika und Asien ein. Seit mehr als 5 Jahren wird er gezwungen, unter ständiger Aufsicht in Gorkij in der Verbannung zu leben, ohne daß je ein Gerichtsverfahren gegen ihn stattgefunden hätte. Seine Frau Jelena Bonner, die mit unermeßlichem Einsatz seine letzte Verbindung zur Außenwelt herstellte, wurde dafür im August 1984 zu 5 Jahren Verbannung verurteilt.

Wenn Sie Sacharow eine einfache (unpolitische!) Glückwunschkarte schreiben wollen, würde er sich sehr freuen:

Prof. Dr. Andrej Sacharow
Ul. Garina 214
Kw. 3 Gorkij
Schtscherbinka 2
UdSSR

Verantwortlich Per U. Stiksrud, Publizist, Oppelner Straße 27, 5300 Bonn 1

Ich danke in Solidarität für die kostenlose Anzeige.

Am 16. Mai 1985 verließ uns für immer

Walter Barth

Studienrat i. R.

kurz vor Vollendung seines 90. Lebensjahres.

Wir gedenken seiner in Liebe und Dankbarkeit

Gertrud Barth geb. von Pein
Helmut Barth
mit Annette
Ulrich Barth
Reinhard Barth
Mary Harbeck geb. Barth

Hamburg-Blankenese
Akazienweg 11

Trauerfeier am Donnerstag, dem 23. Mai 1985, um 13 Uhr in der Kapelle des Blankeneser Friedhofes in Hamburg-Sülldorf.

Geschäftsdrucke

In Kleinauflagen enorm preisgünstig. Selbstdurchschreibende Briefbogen, Rechnungen, Lieferscheine, etc. Gleich Gratis-Muster für Ihre Branche anfordern. Kommt postwendend, unverbindlich und kostenlos.
RAUSCH DRUCK organsat" Postf. 10 23 04/G 4 89 Augsburg, Tel. 08 21/7 70 91 ◇ Tx. 53 785

Sonderpostenmarkt in NRW
sucht noch Kommissionswaren aller Art.
Ang. unter G. 2063 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

★ ★ ★ Sofort – gegen bar ★ ★★
FORDERUNGSANKAUF
(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 48, Tel. 02 28 / 2 69 04 73

Vertriebspartner in Australien

Kl. austr. Unternehmen mit deutschem Management sucht neue Handels- o. Industrievertretung zwecks Aufbau einer Partnerschaft in Australien. Gespräche in der Bundesrepublik möglich.
Ang. unt. D 20 60 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!

FINANZANZEIGEN



PHILIPS

Einladung zur Hauptversammlung

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zur ordentlichen Hauptversammlung am 28. Juni 1985, 10.30 Uhr, im Kleinen Saal der Meistersingerhalle, Nürnberg, Münchener Str. 21, eingeladen.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1984, des Geschäftsberichts des Vorstands und des Berichts des Aufsichtsrats; Vorlage des Teilkonzernabschlusses und des Teilkonzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1984
2. Beschlußfassung für die Gewinnverwendung
3. Entlastung des Vorstands
4. Entlastung des Aufsichtsrats
5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1985

Näheres über die Vorschläge zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung, die Teilnahme an der Hauptversammlung und die Ausübung des Stimmrechts bitten wir aus der Veröffentlichung im Bundesanzeiger Nr. 91 vom 18. Mai 1985 zu entnehmen.

Nürnberg, im Mai 1985 Der Vorstand

Philips Kommunikations Industrie AG



Am 7. Mai 1985 verstarb nach einem arbeitsreichen Leben unser Inhaber

Hans Hilcken

im Alter von 94 Jahren.

In Dankbarkeit nahmen wir Abschied.

WILLERS & HILCKEN

2000 Hamburg 76
Hartwicusstraße 5

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80, oder – 42 30
Berlin (0 30) 25 91–29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01–5 18 u. 5 24

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Für alle Außendienstler und die, die es werden wollen
Wir vergeben die Vertriebsrechte eines erfolgreichen Werbeträgers für die PLZ-Gebiete 2–7. Für eine Investition von DM 10 000,– beträgt Ihr garantiertes Jahreseinkommen DM 186 288,–.
Wenn Sie nun endlich das Geld für sich und nicht wie bisher für andere verdienen wollen, dann sollten Sie sich mit uns in Verbindung setzen unter F 1908 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Markt- und Kühlhallen Aktiengesellschaft, Hamburg
Wertpapier-Kenn-Nr. 656 900

Wir laden hierdurch die Aktionäre unserer Gesellschaft zu der

ordentlichen Hauptversammlung

ein, die am 27. Juni 1985 um 11.00 Uhr im Kirchhof-Saal der Patriotischen Gesellschaft, Trostbrücke 6, in Hamburg 11, stattfindet.

Nähere Angaben über die Tagesordnung sowie die erforderliche Hinterlegung der Aktien zur Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung bitten wir der im Bundesanzeiger Nr. 91 vom 18. Mai 1985 erfolgten Bekanntmachung zu entnehmen.

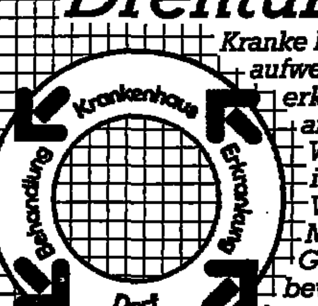
Der Vorstand

Hamburg, den 20. Mai 1985

Existenzgründung

Wenn Sie über gute Allgemeinbildung verfügen, bieten wir Ihnen eine sichere Existenz. Mit ca. 120 000,– DM bis 150 000,– DM p. a. Sie werden durch uns gründlich geschult. Sollten Sie über Kreditmöglichkeiten von DM 15 000,– verfügen, so richten Sie Ihre vollständige Bewerbung unter A 1705 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Drehtür-Medizin



Kranke kommen zum Krankenhaus, werden dort kostenaufwendig behandelt, kehren in ihr Dorf zurück, erkranken erneut, weil es an sauberem Wasser fehlt, an Wissen um die Ursachen von Erkrankungen. Wir drehen uns im Kreis. Krankheiten werden immer wieder auf die gleiche Weise behandelt. Vorbeugende Maßnahmen wären besser. Misereor unterstützt in Indien die Ausbildung von Gesundheitshelfern. Gemeinsam mit den Dorfbewohnern versuchen sie, den Krankheiten vorzubeugen. Wirkungsvolle Hilfe auf breiter Basis.

MISEREOR

Spendenkonto:
556 Stadtsparkasse Aachen
556-505 Postgiroamt Köln

Aktion gegen Hunger und Krankheit in der Welt

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!

LUDWIG ERHARD:

Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.

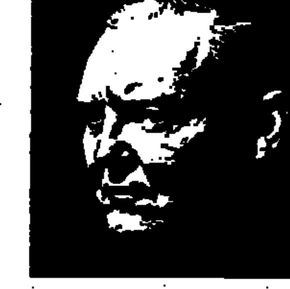


Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft. Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung erwiesen.

Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft. Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik".

In „Orientierungen", Heft 23, kommen Politiker, Wissenschaftler und Praktiker zu Wort. Die heute notwendige Beschäftigungsstrategie wird erörtert. Es werden Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Zukunft diskutiert und die Bedeutung von Mittelstand und neuem Unternehmertum dargelegt. Das Heft enthält Beiträge zur europäischen Agrarpolitik, zur Regionalpolitik, zur Lage des Einzelhandels, zur Geldpolitik, zur Vermögensbildung, zur Sozialpolitik und befaßt sich mit dem Verhältnis von Arbeit und Kapital.

Möchten Sie „Orientierungen" beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? Schreiben Sie uns: Ludwig-Erhard-Stiftung, Johanniterstraße 8, 5300 Bonn 1.



1984

Auch fürs Jahr kann die SÜDBODEN über eine erfolgreiche Geschäftsentwicklung und eine gute Ertragslage berichten. Wir danken an dieser Stelle unseren Kunden im Aktiv- und Passivgeschäft sowie allen Mitarbeitern.

Die wichtigsten Daten aus unserem Geschäftsbericht geben wir hiermit bekannt. Bei Interesse wird der *vollständige Geschäftsbericht 1984 gerne zugesandt.*

Langfristige Ausleihungen	DM 12.417.000.000
Begebene Schuldverschreibungen und Lieferungsverpflichtungen	DM 12.307.000.000
Aufgenommene langfristige Darlehen	DM 226.000.000
1984 ausgezahlte Darlehen	DM 1.942.000.000
Grundkapital	DM 36.000.000
Offene Rücklagen	DM 249.800.000
Bilanz-Summe der SÜDBODEN	DM 13.461.000.000
Dividende für 1984 auf Dividendenschein No. 43	DM 11,– pro 50,–Mark-Aktie

Der vollständige Jahresabschluß wurde Mitte Mai 1985 im Bundesanzeiger veröffentlicht; er trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Südboden-Kunden und -Aktionäre sind durch die Bank zufrieden.

SÜD BODEN 1871

SÜDDEUTSCHE BODENCREDITBANK
AKTIENGESELLSCHAFT

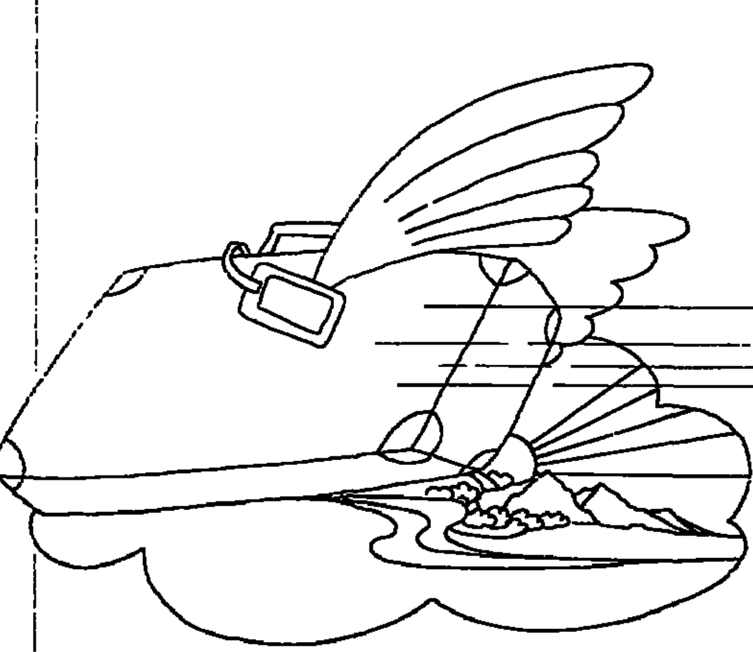
Ottostraße 21, 8000 München 2, Telefon 0 89-51 1 20, Telex 5/23 554

Und hier finden Sie das nächste Südboden-Hypothekenbüro:

1000 Berlin 30, Tauentzienstr. 13, ☎ 030/24 80 44
46 Dortmund, Schwanenwall 36-38, ☎ 0231/52 85 81/82
4000 Düsseldorf, Immermannstr. 9, ☎ 0211/36 06 36/37
6000 Frankfurt/M. 1, Bleidenstr. 6, ☎ 069/28 85 08
7800 Freiburg, Friedrichring 37, ☎ 07 61/27 40 09
2000 Hamburg 36, Neuer Wall 42, ☎ 040/36 43 21/22
3000 Hannover 1, Sophienstr. 6, ☎ 0511/32 38 28/58
8000 München 2, Ottostr. 21, ☎ 089/51 12 276
7000 Stuttgart 1, Reinsburgstr. 13, ☎ 0711/62 60 71/72

Verreisen Sie demnächst?

Dann übermitteln Sie uns bitte mit diesem Reise-Service-Coupon spätestens 10 Tage vor Reisebeginn Ihre Wünsche.



Dazu noch einige Hinweise:

Nutzen Sie das Reise-Service-Heft.

Vor allem in den Mittelmeerländern ist die Postzustellung an manchen Orten unregelmäßig. Wir haben darauf keinen Einfluß. Unsere Empfehlung: Lassen Sie sich die WELT nach dort nicht nachsenden, sondern kaufen Sie sie an einer örtlichen Zeitungsverkaufsstelle.

Immer mehr WELT-Leser spenden ihr Abonnement für die Dauer ihrer Abwesenheit einem Krankenhaus, Heim oder Sanatorium. Wir bedanken uns dafür bei einer Spende von mindestens 14 Tagen mit einem Fischer-Weltalmanach. Wäre das nicht auch etwas für Sie?

Wir wünschen Ihnen eine gute Reise.



Reise-Service-Coupon

Bitte spätestens **10 Tage vor Reisebeginn** diesen Coupon oder die Ihnen mit dem Reise-Service-Heft zugeschickte Postkarte einsenden an:
DIE WELT Vertriebsabteilung

Postfach 30 58 30 / Postfach 10 08 64
2000 Hamburg 36 / 4300 Essen 1

○ **Reisespende**
Für die Dauer meines Urlaubs möchte ich mein WELT-Abonnement einem Krankenhaus, Heim oder Sanatorium zukommen lassen. Zum Dank dafür erhalte ich einen Fischer-Weltalmanach.

○ **Reisegutscheine**
Für die Dauer meines Urlaubs schicken Sie mir bitte anstelle meines WELT-Abonnements Gutscheine, die ich an jeder inländischen WELT-Verkaufsstelle für WELT-Exemplare einlösen kann.

○ **Reisenachsendung**
Für die Dauer meines Urlaubs schicken Sie bitte die WELT täglich per Post an meine Urlaubsanschrift gegen Berechnung der Versand- und Bearbeitungsgebühren (pro Tag im Inland DM 0,30; im europäischen Ausland DM 0,90; Luftpostversand auf Anfrage).

○ An meine Heimatanschrift soll während dieser Zeit nicht geliefert werden.

○ Das Abonnement an meine Heimatanschrift soll während dieser Zeit weitergeliefert werden. Die anteiligen Abonnementsgebühren für die Reisenachsendung werden mir gesondert berechnet.

Meine Kunden-Nr.

Verreist vom ____________
bis ____________

Meine Heimatanschrift
Name: ____________
Straße/Nr.: ____________
PLZ/Ort: ____________

Meine Reiseanschrift
Name: ____________
Hotel/Pension: ____________
Straße/Nr.: ____________
PLZ/Ort: ____________
Land: ____________

01-001

Pflichtblatt für Deutschland

Die WELT ist Pflichtblatt für Finanzveröffentlichungen an allen acht deutschen Wertpapierbörsen in Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart.

W 3462

Hermann Schridde ist tot

Der deutsche Sport hat eine seiner großen Persönlichkeiten verloren: Hermann Schridde (47), Bundestrainer der Springreiter, ehemaliger Vielseitigkeitsreiter, einer der erfolgreichsten deutschen Springreiter der Nachkriegszeit, Olympiasieger, begeisterter und engagierter Sportflieger, ist tot. Schridde stürzte am Samstag aus 3000 Meter Höhe in nächster Nachbarschaft des von ihm geschaffenen Fallschirmspringerplatzes Meißendorf-Brunsiek ab, nachdem er kurz zuvor noch vier Fallschirmspringer abgesetzt hatte.

Vom Springreiter Peter Luther stammt das Wort: „Einen besseren als Hermann finden wir nie. Schridde ist ein Glücksfall für uns, weil er vom Reiten mehr versteht als alle anderen." Olympiasieger Alwin Schockemöhle, der oft mit ihm in einer Mannschaft stand, ist jetzt genauso fassungslos wie alle anderen Freunde: „Es geht uns allen genauso, es ist unbegreifbar, unfaßbar." Schockemöhle weiß besser als jeder andere, welcher Verlust den deutschen Turniersport getroffen hat: „Er war einer der stilistisch besten Reiter der Welt, sicherlich der beste deutsche nach dem Krieg."

Der Sportler Schridde wurde auch, selten genug kommt es vor, ein großartiger Trainer. Er gehörte zu dem kleinen Kreis überragender deutscher Reiter der Nachkriegszeit, bei denen Können sich mit der Kunst des Reitens verband: Ein Stilist par excellence im Sattel genauso wie sein Lehrmeister Hans Günter Winkler, bei dem er in den 50er Jahren sportliches Reiten begriff, oder wie Fritz Tiedemann, Alwin Schockemöhle und Weltmeister Hartwig Steenken, der vor wenigen Jahren das Opfer eines Autounfalls wurde.

1962 war Schridde im Alter von 25 Jahren deutscher Meister, 1963 gewann er das Internationale Spring-Championat von Deutschland in Aachen. 1964 triumphierte er im Derby in Hamburg; dann folgten Silber im olmypischen Einzelspringen in Tokio und Gold mit der deutschen Equipe. 1965 wurde er mit seinem wohl berühmtesten Pferd Dozent Europameister in Aachen. 1968 gab es noch einmal Bronze mit der deutschen Mannschaft in Mexiko-Stadt.

Der 1937 in Celle geborene Bauernsohn, Vater von zwei 20 und 21 Jahre alten Töchtern und einem 18jährigen Sohn, der 1981 das Amt des Bundestrainers übernahm, hat sich immer mit jeder Faser seines Herzens engagiert. Ob er jungen Reitern das kleine oder große Einmaleins dieses Sports beibrachte und sie lehrte, Pferde mit Gefühl und schonend zu reiten, oder ob er sich für seine Fallschirmspringer vom „Para-Zentrum Schridde" einsetzte.

„Reiten und Fliegen haben für mich vieles gemeinsam", sagte Schridde immer wieder. „Konzentration, Reaktionsvermögen und Kaltblütigkeit werden hier wie dort verlangt. Hasardeure haben hier wie dort nichts zu suchen. Leichtsinn ist nicht gefragt und wird hart bestraft, im Sattel und in der Luft." Hermann Schridde war immer ein Mann, der vor Leichtsinn und Überheblichkeit warnte. Um so schrecklicher ist die Tragik seines Todes.

KARL MORGENSTERN

MOTORSPORT / Hockenheim: Deutsche Fahrer gefeiert – Monaco: Spektakel um die Formel 1

Raketen für Wimmers Triumph im Regen

KLAUS BLUME, Hockenheim

„Ich habe es doch heute morgen gesagt: Du gewinnst den großen Pokal," jubelte Michaela Wimmer, und ihr Mann wischte sich verstohlen ein paar Tränen aus den Augen. Sieger war Martin Wimmer beim Großen Preis von Deutschland auf dem Hokkenheimring geworden und hatte mit einem Punkt Vorsprung vor Toni Mang aus Inning die Führung in der Weltmeisterschaftswertung der Klasse bis 250 ccm übernommen. „Und wo ist Spencer geblieben?" wollte er im Ziel wissen. „Zweiter", antwortete ihm jemand aus der Menge. Wimmer war zufrieden. Denn dreimal hatte der zuvor als unschlagbar geltende amerikanische Honda-Fahrer bei diesem dritten Weltmeisterschaftslauf die schnellste Rundenzeit erzielt. Beim zweiten Mal hatte ihn das mit viel Schwung an seinem deutschen Markengefährten Toni Mang vorbeigebracht, der Dritter wurde – nicht aber an Wimmer.

100 000 Zuschauer im ausverkauften Motodrom von Hockenheim zündeten Raketen, schwenkten bunte Regenschirme und farbige Mäntel, als Wimmer den letzten Kilometer in Angriff nahm. „Ich wußte, daß ich gewinnen werde", sagte er, „denn ich fuhr so schnell, wie es im Regen nur ging. Schneller konnten die anderen hinter mir bei diesem Wetter auch nicht fahren." Er habe darauf geachtet, überrundeten Fahrern aus dem Weg zu gehen, um keine Zeit zu verlieren und nicht in eine Sturzsituation zu geraten. Seine Taktik, mit der er von der dritten Runde an gut gefahren ist. Als ihm seine Box dann drei Runden vor Schluß einen Vorsprung von sechs Sekunden vor Freddie Spencer signalisierte, sei ihm klar gewesen, daß er das Rennen nicht mehr verlieren konnte.

Drei Jahre liegen zwischen diesem Triumph und Wimmers bislang letztem Grand-Prix-Sieg. 1982 hatte er im englischen Silverstone seinen letzten Weltmeisterschaftslauf gewonnen, doch in Deutschland war er von dem ehemaligen Weltmeister Toni Mang und im letzten Jahr dann auch von Vize-Weltmeister Manfred Herweh in den Hintergrund gedrängt worden. Es hatte ihn gewurmt, daß er trotz dreier zweiter Plätze in der Abrechnung der letzten Weltmeisterschaftssaison nur den siebenten Rang in der Klasse der 250 ccm belegt hatte.

Doch diese Saison hatte für Martin Wimmer so gut begonnen wie noch nie: Fünfter zum Auftakt in Südafrika, Zweiter vor zwei Wochen im spanischen Jarama. Doch vom Weltmeistertitel mochte Wimmer am Tag vor dem Rennen in Hockenheim dennoch nicht träumen, und das, obwohl er am Freitag zweimal Trainingsbestzeit erzielt hatte. „Gewinnen," sagte er, „kannst du in der Weltmeisterschaftsserie 1985 nur dann, wenn Spencer ausfällt. Ich werde deshalb nichts riskieren, was nur 10 Prozent über dem Sicherheitslimit liegt. Ich werde nichts mit Gewalt versuchen. Ich werde keinen Sturz provozieren, sondern nur darauf achten, ganz brav Weltmeisterschaftspunkte hinter Spencer einzufahren."

Zur Erklärung: Freddie Spencer, Weltmeister 1983 in der Halbliter-Kategorie, gilt als absolute Ausnahmeerscheinung des internationalen Motorradsports. Bei seinem Einstieg in diesem Jahr in die Klasse der 250 ccm wieselte sogleich ein Stab von 20 japanischen Technikern, Mechanikern und Helfern um den Amerikaner herum, die Vorbereitungen der Honda-Mannschaft vor dem ersten Saisonrennen in Kyalami (Südafrika) beliefen sich vor Ort auf vier Wochen. Rund eine Million Mark soll die Firma Honda in die Entwicklung des Rennprogramms der 250-ccm-Klasse gesteckt haben. „Normalerweise", sagt Wimmer, „ist Spencer mit dieser Maschine also nicht zu schlagen."

Doch gestern war in Hockenheim nichts mehr normal. Es regnete in Strömen, und so Spencer die 72 PS seines Motorrades, das bis zu 240 kmh an Höchstgeschwindigkeit entwikkelt, nicht ausspielen. Im Regen von Hockenheim kam es nur noch auf das fahrerische Können an, und darin war ihm Martin Wimmer an diesem Tag überlegen.

Martin Wimmer, der mittlerweile 27jährige Münchner, hatte auf Regen gehofft und er hat seine Chance genutzt. Bei zwei deutschen Meisterschaftsläufen im Regen hatte Wimmer zuvor das Verhalten seine Yamaha-Maschine bei widrigen Witterungsverhältnissen getestet. „Ich wußte ganz genau, was ich diesmal zu tun hatte," sagte er.

Und seine Frau? Michaela Wimmer erlebte in diesem Jahr zum ersten Mal einen Weltmeisterschaftslauf ihres Mannes, denn in den Wochen zuvor absolvierte sie mit Bravour in München ihr medizinisches Staatsexamen. „Ich habe es dem Martin so sehr gewünscht, denn er hat so lange Zeit kein großes Rennen mehr gewonnen," sagte sie und reichte ihm den großen Pokal, der zwar nicht vom Veranstalter mit Champagner, aber von einem Freund schnell mit einer Flasche Sekt gefüllt worden war.

Fünfter in Kyalami, Zweiter in Jarama, Sieger in Hockenheim – Yamaha-Fahrer Martin Wimmer steht vor der erfolgreichsten Saison seiner bisher sechs Jahre währenden internationalen Laufbahn als Rennprofi. Wegen dieser Karriere hat er einst sein Jurastudium abgebrochen und statt dessen eine Mechanikerausbildung absolviert. Sein Vater hatte das seinerzeit überhaupt nicht gern gesehen, doch beim Sieg in Hockenheim jubelte auch er: „Sauber hast du das gemacht, Bursch."

Monegassen fliehen nicht mehr vor dem Grand Prix, sie saugen ihn aus

PETER STÜTZER, Monte Carlo

Die Prinzessin hat gute Laune. Die vielen Leute, das schöne Wetter, der ganze Trubel. So viel Publikum hat selbst die Publicity-gewöhnte Caroline von Monaco nicht alle Tage. Also strahlt sie über's schöne Gesicht. So schön wie früher. Nur nicht mehr so konkurrenzlos. Denn Schwesterchen strahlt mit. Stephanie, auch Prinzessin, auch von Monaco, auch von aufsehenerregendem Äußeren. Nur etwas frischer, etwas jünger, etwas neuer für die Leute und somit etwas interessanter. Und weitaus forscher.

Den Paparazzi glühen die Objektive. Jeans über Mokassins, Goldkettchen überm Polohemd, im dezent-sportlichen Chic gehen die Prinzessinnen auf der fürstlichen Segelyacht „Orion" auf Distanz. Hier liegen Charme und Protzerei Bord an Bord. Der alte Zweimaster der Grimaldis aus erlesenen Hölzern, eingezwängt zwischen den Luxuxdampfern des Geldadels auf kaltzem Metall.

Das macht schon was her. Wenn die Herrschaften im Klubsessel den französischen Champagner schlürfen, während oben an Deck des amerikanischen Privatschiffes die indische Besatzung, das japanische Auto und auch noch ein Hubschrauber unbekannter Nationalität auf ihren Einsatz warten. Man muß schließlich beweglich sein heutzutage.

Nur an diesem Wochenende, da bewegt sich gar nichts. Die Liegeplätze im Hafen von Monte Carlo sind mit teils fünfstelligen Dollarsummen teuer erkauft, und der Bootsverleiher in Nizza gibt diese tonnenschweren Schauobjekte auch nicht gerade für 'nen Apfel und ein Ei aus der Hand. Die Exhibitionisten protzen auch noch mit anderer Leute Schönheit.

Dem Vortäuschen teurer, aber falscher Tatsachen sind keine Grenzen gesetzt. Die mittelalterliche Dame an Bord, nur untenrum knapp bekleidet, demonstriert obenrum die Möglichkeiten chirurgischer Kleinkunst. So werden Oberweiten in beschwingte Höhen versetzt. Mit Silikon gibt scheinbar auch das abgeschlaffteste Selbstbewußtsein wieder Gas.

Eine aufgeblasene Gesellschaft.

Der Jahrmarkt der Eitelkeiten hat in Monte Carlo nach wie vor Hochkonjunktur. Nichts ist verlorengegangen über all die Jahre vom Reiz dieses Spektakels. Die Faszination ist ungebrochen. Grand Prix von Monaco – dieser Sucht vermag sich die Masse so wenig zu entziehen wie die Elite. In den Kontrasten liegt die Spannung und die Attraktivität.

Die Steinreichen und die Scheinreichen halten hof, und das Fußvolk der über 100 000 Touristen vergafft sich nur zu gerne in diese Kulisse. Wo die feinen Herren maßschneidern lassen, bei Lamborghini, Ferrari oder de Tomaso, und die feinen Damen bei Yves St.-Laurent und Dior. Wo zwischen falschem Barock und echtem Beton das Schauspiel eines unwirklich geschminkten Lebens aufgeführt wird. Geliehene Schiffe, geliehene Autos, geliehene Frauen mitunter, die Fassade hält zumindest dieses eine Wochenende.

Und mittendrin der gemeine Mensch. Abgefüttert und abkassiert. Doch die Sonne scheint für alle. Das Gruppenfoto des deutschen Kegelklubs vor der Yacht des Milliardärs Adnan Kashoggi läßt sich noch lange vorzeigen. Die Schramme, die der Touristenbus einem der 362 in Monte Carlo gemeldeten Rolls-Royce verpaßt hat, gilt als ideelle Trophäe auch noch in der Ewigkeit. Im „Naturschutzpark für Reiche" (die „Zeit") feiern sie ihren ganz normalen Straßenkarneval. Rollen vor den Kneipen trotzig den Luxuskarossen ihre Bierdosen entgegen. Schütten manch einer den Inhalt auf die Windschutzscheibe.

Stefan Bellof, im letzten Jahr noch Dritter in Monte Carlo, konnte sich mit seinem Tyrrell-Ford nicht für das Rennen (das Ergebnis stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest) qualifizieren. Auch Manfred Winkelhock (RAM-Hart) war gestern am späten Nachmittag nur Zuschauer. Dagegen schaffte es der Engländer Jonathan Palmer, der für das deutsche Zakspeed-Team fährt, im Abschlußtraining noch als 19. von 20 zugelassenen Fahrern. Noch am Morgen hatte Huschke von Hanstein, Sportpräsident des AvD, gesagt: „Es wäre ein Wunder, wenn sich der Zakspeed hier qualifizieren würde."

Was bleibt der armen High Society also als die geschlossene Gesellschaft. Im „Hôtel de Paris", im Hermitage", wo Stuckdecken, Kristallspiegel und Bronzeskulpturen die einzigartige Mischung aus nostalgischem Kitsch und unfehlbarem Geschmack schaffen. Im „Jimmy'z", das jeder neidtreibende Reiseführer als den Treffpunkt von Exklusivität, Geld und Schönheit schlechthin empfiehlt.

Mit der frechen Gleichgültigkeit einer Kinoplatzanweiserin weist uns die blasse Dame schon die Eingangstür. „Geschlossen", „Überfüllt", „Feierabend", mit der Begründung nimmt sie es nicht so genau. Es ist vier Uhr morgens, und immer noch betteln zwei Dutzend furchtbar schicke Menschen um Einlaß. Manche flehen. „Geschlossene Gesellschaft", sagt die Resolute tatsächlich und weckt damit Ehrgeiz. „Ich bin doch der Belmondo", lügt einer mal demonstrativ plump. „Und ich bin die Deneuve", meint sein Nachbar und nimmt ihm den ohnehin lauen Wind restlos aus den Segeln. Morgens um Viertel nach vier ist die gleichgültige Dame fürt schlechte Witze nicht mehr zu haben.

Die Geduld beschert uns dennoch späten Einlaß und prompte Enttäuschung. Statt großer Welt nur exklusive Langeweile. Manch junge Dame auf alt getrimmt, nicht gerade wenige umgekehrt. Nichtssagend angepaßt aber mehr noch ihre männlichen Begleiter. Eben erst erwachsene schöne Knaben in besonders gutgeschnittenen Kommunionsanzügen. Einheitlich, wenn auch teuer-chic, uniformiert. Der modische Mut reicht zumindest an diesem Punkt der Côte d'Azur gerade zum dunkelblauen Blazer mit ebensolcher Krawatte.

Und Caroline ist auch nicht da.

Monte Carlo hat das eigentlich unwürdige Spektakel dieses Wochenendes wieder einmal überstanden. Im Mittelmeer-Manhattan, das ohnehin schon aus seinen 1,9 Quadratkilometer engen Nähten platzt, haben Parfum-Düfte den Benzingeruch längst wieder vertrieben. Die Ausbeute war reichlich. Der nackte Holzsitz auf der Haupttribüne hat 800 Franc geschluckt, rund 280 Mark für ein bißchen Zirkus. Die berüchtigte Kurve Sainte Devote kannte noch ganz andere Preise. 20 000 Franc für eine Penthouseterrasse, knapp 7000 Mark teurer Panoramablick für ausgewählte Kunden.

Die Monegassen flüchten nicht mehr vor ihrem Grand Prix, sie saugen ihn aus. Selbst der bescheidenste Einblick in die Rennstrecke vom eigenen Balkon wird an den Mann gebracht. „Beim Rennen hole ich mir in zwei Stunden die Miete für ein halbes Jahr", sagt Madame Taberny am Boulevard Albert I.

Monte Carlo '85 – die Autos sind noch schneller, die Frauen noch schöner und die Schiffe noch größer geworden. 57 Meter mißt im Hafen die „Hanse", an diesem Wochenende unter BMW-Flagge. Das Werk hat verdienstvolle Händler aus den USA eingeflogen, die im letzten Jahr mehr als 1000 Autos verkauft haben. Die Motivation für die nächsten tausend darf ruhig etwas kosten. Der Dampfer, Neupreis neun Millionen Dollar, wurde über einen Londoner Booker vom Besitzer Baron von Thyssen gemietet. Tagescharter 11 000 Dollar.

Das „Théâtre Princess Grace" hat ab heute schon wieder „Die Sonne ist auch nicht mehr so heiß wie sie mal war" auf dem Programm. Man sollte das überdenken. Denn die Sonne brannte nie heißer in Monte Carlo.

Die Stars, ihre Fans und das mühsame Duschen im Wohnwagen

An den Zweigen hingen bunte Lederanzüge und graugrüne Regenjacken – zum Trocknen. Doch daraus wurde nichts. Auch nichts aus dem Lagerfeuer und dem Kesselgulasch im Freien, denn es hatte die ganze Nacht über geregnet: Motorrad-Grand-Prix 1985 in Hockenheim. Doch Jan Tielts aus Damme bei Brügge hatte das die Vorfreude nicht trüben können. Mit seiner schweren Harley Davidson – von einem Fachmann aus alten Teilen in Amsterdam zusammengebaut – war er am Samstag nach Hockenheim gekommen und hatte im Wald zwischen Autobahn und Rennstrecke sein kleines Zweimannzelt aufgebaut. So, wie rund 50 000 andere Motorrad-Fans, die aus Belgien, Holland, Frankreich, Schweden, Italien, Spanien, der Schweiz und Deutschland ins Badische gereist waren, um die Weltmeisterschaftsläufe im Motorradrennsport mitzuerleben. „Freddie" stand in großen weißen Lettern auf seiner Lederhose und auf dem T-Shirt im Sternenbannermuster das Wort „Spencer", was ihn als Fan des amerikanischen Grand-Prix-Stars auswies. Hat er den von ihm verehrten Star einmal sprechen können?

Spencer hatte die Rollos an seinem Wohnmobil runtergelassen und das Radio auf volle Lautstärke gestellt. Das letztere, um das ständige Anklopfen und Rufen seiner Fangemeinde zu überhören, das erstere, um nicht ständig wie ein seltenes Tier im Zoo angestarrt zu werden.

Sein deutscher Rennfahrerkollege Reinhold Roth sagte: „Es gehört zwar zu unserem Job, auch sein Privatleben im Fahrerlager vor aller Öffentlichkeit auszubreiten, doch es gibt Grenzen. Ich habe etwas dagegen, wenn ich in meinem Wohnwagen dusche, und irgendein Fremder reicht mir die Seife."

Martin Wimmer, den sie in Hockenheim bedrängten, als sei er bereits Weltmeister geworden, verteilte schon nach dem Training am Samstag seine letzten Autogrammkarten, kritzelte seine Unterschriften danach bereitwillig auf ausgerissene Zeitungsartikel und hingehaltene Hemdsärmel. Bei der großen Hitze am Samstag hatte er seinen Lederoverall bis zum Bauchnabel heruntergestreift und verspürte das dringende Bedürfnis zu duschen, um sich danach mit seiner Frau und seinen Mechanikern zu unterhalten. „Die Konzentration", sagt er, „ist natürlich fast hin, aber das ist eben Hockenheim."

„Ein feiner Kerl, der Wimmer", sagt der Fan aus Leermoos, „immer hat er Zeit, und kürzlich in Spanien hat er mir sogar einen Reifen geschenkt, für meine Andenkenecke."

Devotionalien aus dem Motorradsport, so, wie die Sticker mit der Aufschrift „Hells Angels" über dem silbernen Totenkopf, für zwei Mark das Stück. Die Goldlamé-Jacken mit dem Schriftzug „Honda-Racing-Team" oder die Videokassette über die größten Rennen des zurückgetretenen amerikanischen Rennfahrers Kenny Roberts sind in der Budenstraße hinter der Rennstrecke für 84 Mark zu haben.

Auf dieser rund 600 Meter langen Promenade wurde alles angeboten, was das Herz des Motorradfahrers höher schlagen ließ: Lederkombinationen in grellen Farben und Stoßdämpfer, Reifen und Schweißbänder, Handschuhe und Aufkleber. Und alles fand reißenden Absatz. Fast alles, denn am Abend vor dem Rennen, als der große Regen einsetzte, blieb der Obsthändler auf seiner eisgekühlten Sangria („für die heiße Nacht – zwei Liter für nur 7,50 DM") sitzen. Jan Tielts aus Damme und seine Freundin Nele kauften gegenüber ein – heißen Glühwein, den Becher für zwei Mark.

KLAUS BLUME

NACHRICHTEN

Coe lief Super-Zeit

London (dpa) – Olympiasieger Sebastian Coe erzielte in London eine Weltjahresbestzeit über 800 m. Er lief 1:44,00 Minuten.

Ehrung für Höfner

Düsseldorf (dpa) – Nationalspieler Ernst Höfner, Mittelstürmer des Deutschen Meisters SB Rosenheim, wurde als „Eishockey-Spieler des Jahres" ausgezeichnet.

Haas in Top-Form

Neumarkt (dpa) – Der deutsche 100-m-Rekordhalter Christian Haas präsentierte sich bei den mittelfränkischen Leichtathletik-Meisterschaften in Neumarkt in Top-Form und erzielte zu Saisonbeginn 10,1 Sekunden.

Erfolg für Maurer

Madrid (sid) – Der 27jährige Andreas Maurer (Neuss) gewann in Madrid das mit 80 000 Dollar dotierte 14. Grand-Prix-Turnier durch einen 7:5, 6:2-Finalsieg gegen den Amerikaner Lawson Duncan.

Schwacher Start

Keszthely (sid) – Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft der Junioren erreichte zum Auftakt der 3. Europameisterschaft in Ungan nur ein 1:1-Unentschieden gegen Portugal. Nach 24stündigem Dauerregen wurde das Spiel durch den morastigen Boden stark beeinträchtigt.

Nur noch 24 Partien

Tunis (AP) – Der für September neu angesetzte Schach-Weltmeisterschaftskampf zwischen Titelverteidiger Anatoli Karpow und Garri Kasparow wird auf 24 Partien beschränkt. Das beschloß der Exekutivrat des Weltverbandes und rechtfertigte nachdrücklich die Entscheidung, den WM-Kampf im Februar abzubrechen.

Düsseldorf im Finale

Saarbrücken (dpa) – Borussia Düsseldorf und der ATSV Saarbrücken bestreiten am 24. und 1. Mai die Endspiele um die deutsche Tischtennis-Meisterschaft. Saarbrücken qualifizierte sich in der Play-off-Runde souverän mit 10:0 Punkten, Düsseldorf erreichte das Finale erst am Freitag durch ein 8:8 gegen Reutlingen.

Wentz verletzt

Mannheim (dpa) – Wegen einer Zerrung im rechten Oberschenkel mußte Zehnkämpfer Siggi Wentz (Mainz) einen Testwettkampf in Mannheim vorzeitig beenden. Nach persönlichen Bestleistungen im Diskuswerfen, Kugelstoßen und 300-m-Lauf mußte er aufgeben und kann vermutlich am Zehnkampf-Meeting in Götzis (Österreich) am kommenden Wochenende nicht teilnehmen.

Zweiter Sieg für „DDR"

Berlin (dpa) – Mit einem wenig überzeugenden 3:1-Sieg gegen Luxemburg errang die Fußball-Auswahl der „DDR" ihren zweiten Sieg im Rahmen der Qualifikationsspiele für die Fußball-Weltmeisterschaft.

Becker gescheitert

Rom (dpa) – Bei den Internationalen Tennis-Meisterschaften von Italien schied Boris Becker (Leimen) im Halbfinale durch eine 3:6, 3:6-Niederlage gegen den Franzosen Yannick Noah aus dem Wettbewerb aus.

Verbote bestätigt

Albertville (dpa) – Die von sowjetischen Bobfahrern benutzten sogenannten Zigarrenschlitten sowie die hydraulisch gefederte Kufen-Einzelaufhängung der „DDR"-Bobs wurden jetzt endgültig vom Internationalen Bob- und Schlittensportverband verboten. Dagegen wurden die wesentlichen Bauvorschriften für den künftigen Einheitsbob bestätigt.

ERGEBNISSE

Bremen – K'lautern	6:1	(1:1)
Köln – Bochum	2:1	(1:1)
Düsseldorf – Schalke	1:2	(0:1)
Mannheim – Hamburg	3:1	(2:1)
Dortmund – Frankfurt	2:1	(1:0)
Bielefeld – Braunschweig	3:2	(1:0)
Uerdingen – Karlsruhe	3:0	(1:0)
München – Leverkusen	2:1	(1:1)
Stuttgart – M'gladbach	2:3	(0:2)

DIE SPIELE

Bremen – K'lautern 6:1 (1:1)

Bremen: Burdenski – Pezzey – Schaaf, Okudera – Sidka, Möhlmann, Hermann, Otten – Reinders, Neubarth, Völler. – **K'lautern:** Reichel – Dusek – Wolf, Majewski, Melzer – Geye, Hoos, Brehme, Kitzmann – Hübner, Allofs. – **Schiedsrichter:** Weber (Essen). – **Tore:** 1:0 Neubarth (25.), 1:1 Brehme (33.), 2:1 Völler (50.), 3:1 Völler (61.), 4:1 Reinders (68.), 5:1 Sidka (83.), 6:1 Neubarth (90.). – **Gelbe Karten:** Sidka (2) – Hoos, Hübner, Majewski (2). – **Zuschauer:** 17 000.

Köln – Bochum 2:1 (1:1)

Köln: Schumacher – Steiner – Prestin, Hönerbach – Lehnhoff (75. Gellenkirchen), Haas (67. Häßler), Engels, Gielchen, Geils – Littbarski, Allofs. – **Bochum:** Zumdick – Lameck – Saborowski, Kree (75. Woelk) – Tenhagen, Benatelli, Kühn (64. Oswald), Kuntz, Knüwe – Schulz, Fischer. – **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tore:** 1:0 Lehnhoff (25.), 1:1 Kuntz (44.), 2:1 Engels (71.) – **Gelbe Karte:** Steiner (7). – **Zuschauer:** 12 000.

Düsseldorf – Schalke 1:2 (0:1)

Düsseldorf: Greiner – Zewe – Löhr (75. Demandt), Edvaldsson – Bockenfeld, Kaiser, Fach, Dusend, Weikl – Thiele, Holmquist. – **Schalke:** Macak – Fichtel – Kleppinger, Schipper – Kruse, Dietz, Dierßen, Thon, Jakobs – Hartmann, Täuber (90. Eilenfeldt). - **Schiedsrichter:** Föckler (Weisenheim). – **Tore:** 0:1 Hartmann (30.), 1:1 Weikl (49., Foulelfmeter), 1:2 Hartmann (61.). – **Gelbe Karte:** Bockenfeld (3). – **Zuschauer:** 22 000.

Mannheim – Hamburg 3:1 (2:1)

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Schlindwein (37. Gaudino), Tsionanis – Quaisser, Kohler, Scholz, Dickgießer, Schön (58. Rombach) – Bührer, Klotz. – **Hamburg:** Stein – Groh – Hofmeister, Wehmeyer – Kaltz, Soler (58. von Heesen), Schröder, Magath, Rolff – Wuttke, Milewski. – **Schiedsrichter:** Schütte (Dortmund). – **Tore:** 1:0 Schön (22.), 1:1 Wuttke (26.), 2:1 Sebert (37., Foulelfmeter), 3:1 Gaudino (72.). – **Gelbe Karten:** Dickgießer (7/1) – Magath (2), Rolff (4), Wuttke (3).

Dortmund – Frankfurt 2:1 (1:0)

Dortmund: Immel – Zorc – Storck, Rüßmann, Kutowski – Bittcher, Loose, Raducanu, Anderbrügge (82. Dreßel) – Simmes, Egli (46. Schüler). – **Frankfurt:** Pahl – Fruck – Körbel, Kraaz – Sievers, Svensson, Berthold, Mohr – Friz ((70. Kroth), Müller, Tobollik. – **Schiedsrichter:** Dr. Umbach (Rottorf). – **Tore:** 1:0 Rüßmann (12.), 1:1 Mohr (58.), 2:1 Raducanu (86.). – **Gelbe Karte:** Simmes (2). – **Zuschauer:** 18 500.

Bielefeld – Braunschweig 3:2 (1:0)

Bielefeld: Kneib – Wohlers – Schnier, Hupe – Büscher, Rautiainen, Borchers (79. Pohl), Foda, Dronia – Reich, Ozaki. – **Braunschweig:** Franke – Worm – Kindermann (46. Bergs), Bruns – Scheike, Geiger, Posipal, Gorski, Ellmerich – Plagge, Sackewitz. – **Schiedsrichter:** Werner (Auersmacher). – **Tore:** 1:0 Foda (20.), 1:1 Gorski (47.), 2:1 Ozaki (54.), 2:2 (Scheike (72.), 3:2 Rautiainen (75.). – **Gelbe Karte:** Gorski (4). – **Zuschauer:** 12 000.

Uerdingen – Karlsruhe 3:0 (1:0)

Uerdingen: Ingendae – Herget – Wöhrlin, van de Loo – Feilzer, Wolfgang Funkel (85. Loontiens), Buttgereit (80. Thomas), Friedhelm Funkel, Raschid – Schäfer, Gudmundsson. – **Karlsruhe:** Kargus – Theiss – Roth, Keim, Boysen – Walz (71. Zahn), Dittus, Hertwig, Günther – Glückler (46. Künast), Bühler. – **Schiedsrichter:** Bruch (Bischmisheim). – **Tore:** 1:0 Gudmundsson (38.), 2:0 Schäfer (64.), 3:0 Schäfer (69.). – **Gelbe Karte:** Wolfgang Funkel. – **Zuschauer:** 10 000.

München – Leverkusen 2:1 (1:1)

München: Aumann – Augenthaler – Dremmler, Eder (46. Beierlorzer), Willmer – Nachtweih (27. Mathy), Matthäus, Pflügler – Wohlfarth, Hoeneß, Kögl. – **Leverkusen:** Vollborn – Hörster – Winklhofer, Gelsdorf, Reinhardt – Patzke, Röber, Götz – Zechel (68. Hinterberger), Waas, Schreier (75. Schlegel). – **Schiedsrichter:** Niebergall (Rammelsbach). – **Tore:** 0:1 Götz (38.), 1:1 Eder (43.), 2:1 Willmer (58.). – **Gelbe Karten:** Augenthaler (7/1), Dremmler (4/1) – Götz (4), Winklhofer (7). – **Zuschauer:** 25 000.

Stuttgart – M'gladbach 2:3 (0:2)

Stuttgart: Roleder – Niedermayer – Schäfer, Karlheinz Förster – Kempe, Buchwald, Ohlicher, Allgöwer, Zietsch (76. Lorch) – Reichert (56. Claesen), Klinsmann. – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Hannes, Borowka – Ringels, Herlovsen, Rahn, Hochstätter (72. Herbst), Drehsen – Criens (82. Mill), Lienen. – **Schiedsrichter:** Wiesel (Ottbergen). – **Tore:** 0:1 Drehsen (13.), 0:2 Lienen (23.), 0:3 Criens (72.), 1:3 Klinsmann (77.), 2:3 Allgöwer (81). – **Gelbe Karten:** Hannes (4), Rahn (2), Herlovsen (4/1). – **Zuschauer:** 22 000.

VORSCHAU

Dienstag: Nachholspiel

Kaiserslautern – Bochum	(0:3)

Dienstag: Vorgezogenes Spiel

Karlsruhe – München	(2:6)

Freitag (20.00 Uhr)

Dortmund – Bielefeld	(0:3)
Frankfurt – Schalke	(3:1)

Samstag (15.30)

Braunschweig – Bremen	(1:4)
Hamburg – Düsseldorf	(2:4)
Gladbach – Mannheim	(3:1)
Bochum – Stuttgart	(2:1)
Leverkusen – Köln	(1:3)

In Klammern die Ergebnisse der Hinspiele. Das Spiel Kaiserslautern – Uerdingen findet erst am 29. Mai statt.



FUSSBALL / Bayern München quält sich zum Titel – Im Blickpunkt: Die Überraschungsteams Uerdingen, Mannheim

Bremen hat die bessere Tordifferenz

Drei Spieltage vor dem Ende der Saison ist die Situation im Kampf um die Meisterschaft unverändert. Werder Bremen liegt weiter mit zwei Punkten hinter Bayern München, hat jetzt aber wieder die bessere Tordifferenz (+ 35 / München + 33). München spielt bereits am Dienstag in Karlsruhe, weil am Pfingstsonntag in Berlin das Pokalfinale gegen Uerdingen auf dem Programm steht. Danach spielen die Münchner noch gegen Kaiserslautern und in Braunschweig. Bremen muß in Braunschweig, gegen Bielefeld und am letzten Spieltag in Dortmund antreten. Alles Spiele, die die beiden Titel-Konkurrenten wohl gewinnen werden. Uerdingen ist auf alle Fälle in einem europäischen Pokalwettbewerb vertreten. Wenn München Pokalsieger und Meister wird, nimmt es am Pokal der Meister teil, Uerdingen dann am Cup der Pokalsieger. Im UEFA-Pokal haben Bremen und Köln einen Platz fast sicher, Hamburg, Gladbach und Mannheim kämpfen noch um die Teilnahme (vier Klubs der Bundesliga sind im *UEFA-Cup vertreten). Waldhof* Mannheim und Bayer Uerdingen sind die eigentlichen Überraschungsmannschaften der Saison.

Wieder ein Abschied von Karlsruhe?

Die Bundesliga nimmt zum dritten Mal Abschied von Eintracht Braunschweig. 1963 Gründungsmitglied, 1967 sensationeller Meister, 1973 und 1980 Absteiger mit jeweils nur einjähriger Zugehörigkeit zur zweiten Liga – das sind die Stationen, die Assistenz-Trainer Heinz Patzig (er ist seit 1963 ununterbrochen dabei) so fortsetzen will: „Wir steigen direkt wieder auf." Auch beim Karlsruher SC muß für die zweite Liga geplant werden. Es gibt für die Karlsruher, die wohl nach 1968, 1977 und 1983 zum vierten Mal absteigen werden, nur noch eine geringe theoretische Chance. Trainer Buchmann glaubt nicht an sie: „Selbst wenn wir alle drei ausstehenden Partien gewinnen würden, könnten wir wegen der schwachen Tordifferenz von minus 38 nicht mehr Platz 15 erreichen. Um Platz 15, der zu einem Qualifikationsspiel gegen den Dritten der zweiten Liga führt, kämpfen noch Bielefeld und Düsseldorf. Beide Klubs sind punktgleich, Düsseldorf hat die etwas bessere Tordifferenz (-14 / Bielefeld -17). Die Düsseldorfer spielen noch in *Hamburg, gegen Gladbach und* in Bochum. Bielefeld tritt gegen Dortmund und Bremen auswärts und gegen Uerdingen im eigenen Stadion an.



Von Scheidung ist die Rede, von möglicher Flucht vor den privaten Problemen. Der Rumäne Marcel Raducanu macht es seiner Umgebung nicht leicht. Er will Dortmund verlassen. Doch am Samstag kämpfte er wie bei diesem Kopfballduell mit dem Frankfurter Kratz (Foto links), erzielte das Siegtor und wurde von Trainer Erich Ribbeck liebevoll in die Arme genommen (oben). Hat sich Raducanu den Frust von der Seele gespielt?

FOTOS: LUBEJPRINTS/RZEPKA

Matthäus: „Ohne Glück wird keiner Meister"

Von ULRICH DOST

Wenn das Glück wirklich ein Rindvieh ist, das seinesgleichen sucht, dann hat es an diesem Wochenende in München Station gemacht und reichlich vom satten Rasen im Olympiastadion zu fressen bekommen. „Ohne Glück wird keine Mannschaft Meister." Dieser Satz stammt von **Lothar Matthäus** (24), Nationalspieler vom FC Bayern München, und drückt treffend aus, welchem Umstand es die Bayern zu verdanken haben, daß sie drei Spieltage vor dem Ende der Saison die Tabelle immer noch mit zwei Punkten Vorsprung gegenüber Werder Bremen anführen. Mit mehr Glück als Können retteten die Münchner ein mühsames 2:1 gegen Bayer 04 Leverkusen über die Zeit. Wenn ihnen das Glück so weiterhin treu bleibt, kann der Meister nur Bayern München heißen.

Dabei hatte alles mit viel Pech für die Münchner begonnen. Schon in der 25. Minute fiel Mittelfeldspieler **Norbert Nachtweih** (27) aus. Er zog sich einen Muskelfaserriß bei dem Versuch zu, einen Elfmeter zu verwandeln. Nach den ersten 45 Minuten kam dann für **Norbert Eder** (29) das Aus. Mit einem Bluterguß am Oberschenkel, den er sich bei seinem Tor zum 1:1-Ausgleich zugezogen hatte, mußte er in der Kabine bleiben. Trainer **Udo Lattek** (50) hatte also notgedrungen von seinen Auswechselmöglichkeiten Gebrauch machen müssen. Als Mittelstürmer **Dieter Hoeneß** (32) in der 57. Minute bei einem Zusammenprall mit **Jürgen Gelsdorf** (32) einen Nasenbeinbruch erlitt und mit blutverschmiertem Gesicht den Platz verlassen mußte, waren die Bayern gezwungen, die letzte halbe Stunde mit zehn Mann zu bestreiten. Da sie bis dahin schon die Glücksgöttin auf ihrer Seite hatten, denn die Leverkusener trafen zweimal nur den Pfosten, durften sie hoffen, auch weiterhin wohlwollend behandelt zu werden.

Das Füllhorn war für sie wirklich noch reichhaltig gefüllt. Nur wenige Minuten nach dem Ausfall von Hoeneß schaffte der Verteidiger **Holger Willmer** (26) sogar die 2:1-Führung, die die Münchner nicht mehr abgaben. „Ein Unentschieden wäre wohl gerecht gewesen," dies mußte auch Trainer Udo Lattek später zugeben.

*

In der heutigen Ausgabe des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" ist über den Münchner Trainer zu lesen: „Der schlaue Bauernsohn aus dem Osten, erst Lehrer für Englisch und Sport, hätte auch als Politiker Karriere gemacht. Oft auf Kosten anderer wahrt er rigoros seinen Vorteil, wie ein **Heiner Geißler** des Fußballs diffamiert er seine sportlichen Gegner. Die eigenen Schwächen bearbeitet Lattek durch Projektion: Er unterstellt sie anderen und drischt darauf ein." Fast wie verabredet lieferte Lattek nach dem Spiel gegen Leverkusen den Beweis dafür. Darauf angesprochen, daß sein Team in der Endphase der Meisterschaft die Verletzungen besser verdauen könne als der Konkurrent aus Bremen, weil die Münchner Bank besser besetzt sei, meinte er ironisch: „Einen Nationalspieler auf der Ersatzbank zu lassen, wie es Bremen mit **Uwe Reinders** macht, können wir uns nicht leisten. Wir haben ja kaum einen."

Lattek ist selbstverständlich kein Dummkopf. Er weiß es genauso gut wie Leverkusens Trainer **Dettmar Cramer** (60), für den München den Titel holen wird: „Die Bayern sind von der Nummer eins bis elf, von der Nummer zwölf bis zwanzig besser besetzt und haben mehr internationale Erfahrung." Und sie besitzen einen Trainer, der eines ganz bestimmt kann, nämlich seine Spieler zum richtigen Zeitpunkt zu motivieren. Wer wie **Rudi Völler** (24) auf einen Ausrutscher der Bayern in den letzten drei Spielen wartet, der ist betriebsblind.

Wenn gar nichts mehr hilft, dann steht ihnen das Glück zur Seite wie gegen Leverkusen.

*

Nach dem 2:1-Erfolg über Eintracht Frankfurt dürfte es so gut wie sicher sein, daß Borussia Dortmund auch in der nächsten Saison erstklassig ist. Trainer **Erich Ribbeck** (46), bislang eher skeptisch, hat ebenfalls seine Zurückhaltung aufgegeben: „Von allen gefährdeten Klubs haben wir mit zwei Heimspielen jetzt die besten Karten. Sicher können wir aber erst sein, wenn wir am Freitag Arminia Bielefeld geschlagen haben."

Sichergestellt hat den Sieg über Frankfurt ein Dortmunder Spieler, der in den letzten Wochen und Monaten für viel Wirbel gesorgt hat: **Marcel Raducanu** (30). Erst vier Minuten vor dem Ende gelang dem Rumänen der



Siegtreffer, der die Borussen von einer Zentnerlast befreite. Ob der Rumäne auch in der nächsten Saison seine Zauberstücke in Dortmund vorführen wird, ist derzeit noch ungewiß. Er selbst ändert jedenfalls seine Meinung von Spieltag zu Spieltag. Ausgelöst wurden seine schwankenden Haltungen durch seine Frau, die ihn mit dem Kind Andre-Philipp verlassen hat. Das Glück der Familie Raducanu war nur von kurzer Dauer, denn erst am 6. Januar durfte der Rumäne seine Frau und seinen Sohn nach dreijähriger Trennung wieder in die Arme schließen. Jetzt lebt die Frau bei einem Freund ihres Mannes.

Noch in der vorigen Woche zitierten ihn die Dortmunder Zeitungen so: „Ich verlasse Dortmund, ein Rumäne trainiert nicht unter einem Ungarn." Das sagte er, als feststand, daß der Ungar **Pal Csernai** (51) in der nächsten Saison die Dortmunder Mannschaft übernehmen wird. Tagsdrauf rannte der Rumäne in die Praxis von Präsident **Reinhard Rauball** (47) und weinte sich aus. Alles erstunken und erlogen sei es, was in den Zeitungen stehen würde. Selbstverständlich werde er in Dortmund bleiben und auch unter Csernai trainieren. Nach dem Spiel gegen Frankfurt schien er es sich wieder überlegt zu haben, denn da sagte er in die Mikrofone des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF), daß er beabsichtige, Dortmund zu verlassen. Wie auch immer, ein leichter Fall ist dieser Marcel Raducanu bestimmt nicht.

*

Angeblich aber plant der neue Trainer mit dem Rumänen. Insgeheim rechnet Csernai sogar damit, daß er Rolf Rüßmann (34) noch überreden kann, eine Saison dranzuhängen. Rüßmann erzielte in seinem 450. Bundesliga die 1:0-Führung, und die Fans riefen laut: „Rolli, du darfst nicht gehen." Wo der Weg des früheren Nationalspielers genau hingeht, ist tatäschlich noch nicht sicher. Rolf Rüßmann will unbedingt Manager werden. Am Samstag abend verhandelte er wieder einmal mit einem Klub, dessen Namen er nicht verraten wollte. Nur soviel: „Es ist nicht Fortuna Düsseldorf."

Bislang stand für den langen Vorstopper immer fest, daß nach dieser Saison Schluß sei. Am Samstag hat er zum ersten Mal durchblicken lassen, unter welchen Bedingungen er sich vorstellen könne, doch noch weiter zu machen. Rüßmann: „Wenn mir unser Präsident verspricht, daß ich nach diesem Jahr Manager in Dortmund werde, könnte ich mir vorstellen, daß ich doch noch nicht aufhöre." Der 20malige Nationalspieler würde gerne in Dortmund bleiben: „Ich kenne den Verein, ich kenne hier die Leute. Angst vor dieser Aufgabe hätte ich nicht." Im Gegenteil, Rüßmann ist heute schon so selbstbewußt, um zu behaupten: „Borussia stünde glänzend da, wenn ich seit zwei Jahren Manager wäre. Da wurden doch Fehler im Management gemacht, die wären mir auch als Anfänger bestimmt nicht unterlaufen."

*

In dieser Zeit sind die Schulden der Dortmunder auf 4,5 Millionen Mark gestiegen. Deshalb macht ihnen heute der Deutsche Fußball-Bund (DFB) bei der Vergabe der Lizenz für die neue Saison Schwierigkeiten. Den ersten Blauen Brief vom Liga-Ausschuß hat der Verein schon bekommen, erst nach Pfingsten wird der Gutachter-Ausschuß die neuen Zahlen, die die Dortmunder eingereicht haben, prüfen. Schatzmeister **Jürgen Vogt** (48) zeigte sich sehr zuversichtlich, daß der ausgearbeitete Sanierungsplan angenommen wird.

Am meisten fürchten sich die Dortmunder davor, daß sie vom DFB Auflagen bekommen, die besten Spieler zu verkaufen. Vogt: „Dann sitzen doch die Aufkäufer von den anderen Klubs wie die Geier bei uns auf der Torlatte." Und die würden die Preise derart drücken, so daß die Dortmunder in einen Teufelskreis geräten: Die besten Spieler weg und nur wenig dafür bekommen. Deshalb sagt Vogt: „Wenn wir zur Auflage bekämen, eine Million Mark von den alten Schulden abzubauen, dann wäre das in Ordnung. Das könnten wir schaffen."

Schlappner: „Hirngespinste, einen Platz im UEFA-Cup zu verlangen"

MARTIN HÄGELE, **Mannheim**

Am Morgen nach einem Sieg darf ihm keiner dumm oder gar scheinheilig kommen. Da verhält sich Klaus Schlappner so, wie der „Stern" in seiner Schlagzeile über ihn getitelt hat: „Ich kann doch's Maul net halte." Mit 3:1 besiegte Mannheim den Hamburger SV. 30 000 Zuschauer im Ludwigshafener Südwest-Stadion und Teamchef Franz Beckenbauer waren begeistert, „Schlappi" badete in den Ovationen. Die 30 000 Zuschauer im Ludwigshafener Südweststadion erhöhten den Saisonschnitt auf die kalkulierten 20 000 pro Spiel – und erstmals forderten die Fans nach den Treffern von Schön, Sebert und Gaudino lautstark „Zugabe"! Und der Werbepartner (Pitralon) verlängerte den Vertrag – erneut für 350 000 Mark, diesmal aber mit der Aussicht auf 175 000 Mark zusätzlicher Prämie beim Gewinn der Meisterschaft . . .

„Nein", sagt Schlappner, „überrascht hat mich der Sieg nicht." Aber er müsse vor seiner Mannschaft den Hut ziehen. „Wie die sich bei dieser drückenden Schwüle selbst überwunden haben." Wenn ein Platz im UEFA-Cup winkt, für ein solches Ziel kann man sich ja auch besonders plagen und ins Zeug legen, oder nicht? „Hören Sie auf mit UEFA-Cup", sagt Schlappner, „ich hab' diesen Wettbewerb nicht erfunden. Das sind Hirngespinste, von unserer Mannschaft die UEFA-Cup-Teilnahme zu verlangen."

WELT: Wieso Hirngespinste? Ihre Mannschaft steht auf Platz sieben, punktgleich mit dem HSV, nur einen Zähler hinter Mönchengladbach und Uerdingen, da muß man doch nach oben und mit den UEFA-Cup-Plätzen rechnen.

Schlappner: Aber wir betreiben das nicht generell. Sicher wird der eine oder andere bei uns mit dieser Möglichkeit liebäugeln. Wir lassen uns jedoch nichts einschwätzen, von irgendwelchen Leuten von außerhalb in die Pflicht nehmen oder manipulieren.

WELT: Wer will denn Ihre Arbeit steuern oder Ihnen hineinreden?

Schlappner: Ich brauch' da nur die Fußball-Fachpresse zu lesen oder den großen Nebenjournalisten Max Merkel. Im „Kicker" sind wir noch im Dezember als Absteiger Nummer eins gehandelt worden. Die Urteile solcher Experten können doch nicht *von heute auf morgen auf den Kopf* gestellt werden.

WELT: Haben Sie eigentlich eine Liste Ihrer Kritiker angelegt?

Schlappner: Sicher habe ich die aufgelistet. All diejenigen, die uns „Zufallstruppe", „Maurermannschaft", „Fallensteller" oder „Klopper" genannt haben. Jetzt werden sich einige dieser Experten bald im Wald verstecken müssen. Unser Problem ist doch ganz offenkundig. Wir gehören nun mal zur Provinz in der Bundesliga – und über eine Provinzmannschaft wird nur selten objektiv berichtet.

WELT: Lassen wir mal Häme oder Verbitterung weg: Was Sie mit dem SV Waldhof auf die Beine gestellt haben, gilt immerhin als positives Modell im deutschen Fußball.

Schlappner: Das ist ja die Riesengeschichte, daß sich ein Verein mit unserer Struktur in solchen Tabellenregionen aufhält. Deshalb können wir uns über einen siebten oder achten Platz genauso freuen wie manch anderer Klub über den Titel – weil bei uns sehr viel geschafft worden ist. Wir wollten erst mal anständige Zahlen schreiben, in den Punkten wie in den Bilanzen. Ein kontinuierlicher Aufbau war mir immer wichtiger als irgendwelche spektakulären Dinge.

WELT: Wie beurteilen Sie nun selbst die Perspektive Ihrer Mannschaft?

Schlappner: Ich habe gesagt, nach der Runde 85/86 wird unsere Mannschaft für drei, vier Jahre ein ganz fester Bestandteil der Bundesliga sein. Dann wird man Waldhof nicht mehr als Fahrstuhlmannschaft bezeichnen können.

WELT: Rechnen Sie nicht doch selbst mit dem Erreichen eines UEFA-Cup-Ranges?

Schlappner: Ich habe die ganze Runde gerechnet. Ich weiß, wieviel Punkte wir am Ende haben werden. Aber das sage ich nicht. Nur soviel: Wir werden uns nicht an den Punktzahlen von anderen orientieren oder mit Ergebnissen kalkulieren, auf die wir keinen direkten Einfluß nehmen können.

Um Platz 15: Bielefeld, Düsseldorf

							Heim		Auswärts	
1. München	31	18	8	5	71:38	44:18	47:18	27:5	24:20	17:13
2. Bremen	31	16	10	5	83:48	42:20	56:20	28:4	27:28	14:16
3. Köln	31	18	3	10	62:52	39:23	33:23	23:9	29:29	16:14
4. M'gladbach	31	14	8	9	70:48	36:26	39:19	19:11	31:29	17:15
5. Uerdingen	31	14	8	9	55:43	36:26	37:19	27:5	18:24	9:21
6. Hamburg	31	13	9	9	55:46	35:27	39:13	26:4	16:33	9:23
7. Mannheim	31	12	11	8	44:45	35:27	28:17	21:11	16:28	14:16
8. Schalke	31	12	7	12	59:58	31:31	40:22	23:9	19:36	8:22
9. Bochum	30	10	10	10	47:46	30:30	21:18	15:15	26:28	15:15
10. Stuttgart	31	13	4	14	73:55	30:32	47:20	23:9	26:35	7:23
11. Leverkusen	31	8	12	11	45:45	28:34	26:17	19:11	19:28	9!23
12. Frankfurt	31	9	10	12	57:63	28:34	34:21	21:9	23:42	7:25
13. Dortmund	31	12	4	15	47:59	28:34	29:18	18:12	18:41	10:22
14. K'lautern	30	8	11	11	39:54	27:33	28:15	20:8	11:39	7:25
15. Düsseldorf	31	8	9	14	49:63	25:37	28:24	18:14	21:39	7:23
16. Bielefeld	31	6	13	12	41:58	25:37	28:24	18:14	21:39	7:23
17. Karlsruhe	31	4	11	16	42:80	19:43	23:25	14:16	19:55	5:27
18. Braunschweig	31	8	2	21	37:75	18:44	25:23	16:14	12:52	2:30

Merkwürdige Serien der Kölner

Eine neue Rekordserie für die laufende Saison stellte der 1. FC Köln beim 2:1 über Bochum auf: Sieben Siege hintereinander schaffte noch kein anderer Klub. Zuvor hatte der launische Klub 1:11 und 12:0 Punkte in Serie geholt. Kölns Torjäger Klaus Allofs führt nicht mehr alleine die Torschützenliste an. Rudi Völler hat zu ihm aufgeschlossen, beide haben 24 Treffer auf dem Konto. Insgesamt fielen am 31. Spieltag 36 Tore (in der Rückrunde nur einmal übertroffen). Noch besteht also die Chance, daß der Torrekord der letzten Saison (1079 Treffer) verbessert wird. Der 1000. Saisontreffer wird am nächsten Spieltag fallen.

450. Spiel für Rolf Rüßmann

Seinen 450. Bundesliga-Einsatz feierte *Rolf Rüßmann mit seinem 48.* Torerfolg beim 2:1-Sieg von Borussia Dortmund über Eintracht Frankfurt. In der ewigen Rangliste liegt der 34 Jahre alte Rüßmann, den Borussia Dortmund überreden will, noch eine Saison weiterzuspielen, an siebter Stelle. Hinter Klaus Fichtel (522), Willi Neuberger (520), Klaus Fischer (488), Sepp Maier (473), Bernard Dietz (457) und Norbert Nigbur. In den 400er-Klub stieß auch der Frankfurter Karl-Heinz Körbel vor. Stuttgarts Torwart Helmut Roleder bestritt sein 250. Spiel. Der 1. FC Köln feierte gegen Bochum seinen 350. Bundesliga-Sieg.

Nun lächelt niemand mehr über Feldkamp

BERND WEBER, **Uerdingen**

„Wenn wir gegen den Karlsruher SC verloren hätten", sagte Bayer Uerdingens Trainer Karl-Heinz Feldkamp, „wäre die Arbeit einer ganzen Saison kaputt gewesen." Indes, nichts ist kaputtgegangen, die Krefelder Werksmannschaft schlug den wahrscheinlichen Absteiger sicher mit 3:0 und kann weiterhin darauf setzen, gleich doppelgleisig ins *internationale Geschäft zu kommen:* Erstens über den DFB-Pokalwettbewerb, in dem die Uerdinger nächsten Sonntag im Berliner Olympia-Stadion (18.00 Uhr) Finalgegner von Bayern München sein werden. Zudem ist in der laufenden Meisterschaftsrunde ein UEFA-Cup-Platz anvisiert. Torjäger Wolfgang Schäfer, der seine starke Leistung gegen den KSC mit seinen Saisonteffern elf und zwölf krönte, ist absolut sicher: „Diesen Platz werden wir uns auch nicht mehr streitig machen lassen." Doch wie auch immer die Endabrechnung aussehen wird, die ganze Bundesliga staunt schon jetzt über die Bayer-Truppe, die über Jahre nur verächtlich als „graue Maus" verhöhnt wurde. Das Etikett stimmt schon lange nicht mehr. Seit dem 8. September letzten Jahres (damals verloren sie gegen Bayern München mit 1:3) sind die Uerdinger zu Hause ungeschlagen. Noch stolzer sind sie aber darauf, daß sie ein zu Saisonbeginn abgegebenes Versprechen einhalten konnten. „Wir wollen unseren Zuschauern erfrischenden Offensiv-Fußball bieten", hatte Feldkamp bei seinem Amtsantritt angekündigt – und war seinerzeit von vielen belächelt worden.

Der sanfte Spott der Konkurrenten schien nicht einmal unangebracht, denn die fünf Spieler, die sich der letztjährige Tabellen-Zehnte für insgesamt vergleichsweise läppische 1,5 Millionen Mark als Neueinkäufe holte, galten eher als Durchschnittsware. Wolfgang Schäfer kam vom Zweitligaklub Union Solingen, aus der gleichen Klasse kaufte Beyer die Abwehrspieler Harl-Heinz Wöhrlin (vorher SC Freiburg) und Wolfgang Funkel (von Rot-Weiß Oberhausen). Der weitgehend unbekannte isländische Stürmer Larus Gudmundsson wechselte vom belgischen Erstliga-Verein Thor Waterschei zu den Uerdingern. Dazu wurde noch der Amateur Axel Schmidt vom FV Honnef verpflichtet, er ist der einzige, der den Sprung in die erste Mannschaft bisher nicht geschafft hat. Als Manager Reinhard Roder diese Einkaufsliste der Öffentlichkeit vorlegte, schlug ihm von einigen Seiten sogar ätzende Kritik entgegen. Die hatte sich daran entzündet, das der vermeintlich einzige Klasse-Mann – der Schotte Mark McGhee – den Uerdingern durch die Lappen und zum HSV gegangen war. Roder wurde angelastet, daß er dessen Verpflichtung zu früh und zu lautstark als perfekt vermeldet hatte.

„Unsere Stärke", meint Nationalspieler und Mannschaftskapitän Matthias Herget heute, „liegt in unserer Ausgeglichenheit. Daß wir uns aber so weit nach oben entwickeln konnten, ist auch die Folge einer inneren Trotzhaltung, die jeden im Verein erfaßte." Zuallererst sicherlich Feldkamp, der mit gehöriger Skepsis zumindest von den Bayer-Fans empfangen wurde. Denn die trauerten Timo Konietzka nach, der in Uerdingen so eine Art Volksheld geworden war. Feldkamp hat es in der Öffentlichkeit immer peinlichst vermieden, das Thema anzurühren, im kleinen Kreis jedoch hat er sich sehr wohl damit auseinandergesetzt. „Mir war von Anfang an klar, daß Uerdingen für mich eine große Herausforderung sein würde", meinte er, „der Name Konietzka war hier allgegenwärtig. Ich habe damit zu leben gelernt und bin nicht dabei verkrampft."

Und auch das war Motivation für die Krefelder: Sie schielten neidisch zum „großen Bruder" Bayer Leverkusen, dessen Trainer Dettmar Cramer *mit acht Millionen Mark auf* Spielerfang gehen konnte. Matthias Herget zur WELT: „Es war weiß Gott nicht so, das wir Woche für Woche gebannt darauf geschaut haben, welches Ergebnis die Leverkusener erzielt hatten. Aber unterschwellig war doch in der ganzen Mannschaft der Wille vorhanden, nicht im Schatten der vermeintlich reicheren Verwandten zu versauern."

Das Gegenteil ist eingetreten und hat Platz geschaffen für ein bisher nie erlebtes Selbstbewußtsein, das auch Pokal-Endspielgegner Bayern München zu spüren bekommen soll. Noch einmal Herget: „Der Tabellenführer ist natürlich eindeutig Favorit in Berlin, aber genau daraus resultiert unsere Chance. Wir können vergleichsweise unbekümmert aufspielen, und eines ist ganz sicher: Angst haben wir vor den Bayern auf gar keinen Fall, obwohl wir die beiden Meisterschaftsspiele gegen sie mit 1:3 und 1:2 verloren haben. In beiden Begegnungen waren wir jedoch absolut gleichwertig." Übrigens, für das Finale hat Feldkamp wieder Offensivfußball seiner Mannschaft versprochen. Es ist anzunehmen, daß sich Kollege Udo Lattek und seine Bayern darüber nicht lustig machen werden . . .

2. Liga

Ulm erster Absteiger

DW. Bonn

Vier Spieltage vor dem Ende ist in der Zweiten Fußball-Liga die erste Entscheidung gefallen. Der SSV Ulm 46 muß nach einer 2:3-Heimniederlage gegen den MSV Duisburg in der nächsten Saison wieder in der Amateur-Oberliga Baden-Württemberg antreten. Die Ulmer verloren damit das 26. Spiel in Folge. Duisburg konnte sich dagegen durch den doppelten Punktgewinn etwas Luft im Kampf gegen den Abstieg verschaffen.

DIE ERGEBNISSE

Wattenscheid – Freiburg	2:3	(2:1)
Aachen – Köln	1:0	(0:0)
Oberhausen – Stuttgart	0:0	(0:0)
Darmstadt – Hertha	2:1	(0:1)
Solingen – Nürnberg	2:1	(0:0)
St. Pauli – Saarbrücken	1:0	(0:0)
Ulm – Duisburg	2:3	(0:2)
Bürstadt – Kassel	2:1	(1:0)
Homburg – Hannover	3:3	(2:0)
BW Berlin – Offenbach	2:1	(1:0)

DIE TABELLE

1.Kassel	36	20	8	8	70:44	48:24
2.Saarbrücken	35	20	6	9	67:38	46:24
3.Hannover	35	16	13	6	71:55	45:25
4.Nürnberg	34	19	4	11	59:45	42:26
5.Aachen	35	15	11	9	58:43	41:29
6.Berlin	35	14	8	13	60:51	36:34
7.Freiburg	35	13	10	12	42:44	36:34
8.Wattenscheid	35	14	8	13	57:60	36:34
9.Darmstadt	35	13	9	13	50:53	35:35
10.Solingen	35	15	5	15	57:68	35:35
11.Hertha	35	10	14	11	49:53	34:36
12.Duisburg	35	11	11	13	53:57	33:37
13.Köln	35	13	7	15	51:60	33:37
14.Stuttgart	35	12	8	15	44:46	32:38
15.Oberhausen	35	11	9	15	57:63	31:39
16.Homburg	35	11	8	16	52:55	30:40
17.St. Pauli	35	10	9	16	46:58	29:41
18.Offenbach	35	9	11	15	41:54	29:41
19.Bürstadt	35	12	4	19	46:54	28:42
20.Ulm	35	5	11	19	44:73	21:49

DIE VORSCHAU

Freitag: Duisburg – Solingen, Köln – Wattenscheid. – **Samstag:** Nürnberg – Homburg, Bürstadt – BW Berlin, Stuttgart – Aachen, Offenbach – St. Pauli, Freiburg – Ulm, Saarbrücken – Oberhausen, Hannover – Darmstadt. – Das Spiel Hertha BSC – Kassel (1:1) fand bereits am 1. Mai statt.

TENNIS / Beifall für den Spielwitz der Damen – Steffi Graf im Berliner Finale nur knapp unterlegen

Die große Dame Chris Evert-Lloyd und der „Champion von morgen"

H. J. POHMANN, Berlin

Als Bundespräsident Richard von Weizsäcker gestern mittag um 12.00 Uhr zum Finale erschien, hatten die 78. Internationalen Deutschen Damen-Tennismeisterschaften ihren Höhepunkt erreicht. Da ging eine Veranstaltung zu Ende, die das Publikum eine Woche lang fasziniert hatte: Besucherströme wie nie zuvor und eine ausverkaufte Anlage des LTCC Rot-Weiß an den letzten zwei Turniertagen – ein Zustand, den es nur einmal 1951 gab, als Gottfried von Cramm gegen Budge Patty spielte.

Natürlich profitierte dieses Turnier vom Superstar der amerikanischen Sport-Szene, von Chris Evert-LLoyd (30). Seit zwölf Jahren ist sie Profispielerin, war siebenmal Weltranglistenerste und muß sich nun mit dem unliebsamen zweiten Rang hinter Martina Navratilova begnügen. Kaum zu glauben nach ihrer langen, erfolgreichen Karriere: Genau diese Tatsache stachelt die äußerlich so ausgeglichen wirkende Chrissie immer noch an. Sie hat alles gewonnen, was es zu gewinnen gab, dennoch treibt sie der Ehrgeiz immer wieder nach vorne. Zurückstehen muß das Familienleben, an das Baby, das sie und Ehemann John Lloyd sich wünschen, ist noch nicht zu denken.

Nein, Chris Evert-Lloyd hat nur noch ein Ziel: In einem ganz großen Finale eines Grand-Slam-Turniers – möglichst in Wimbledon oder bei den US-Open – ihre Erzrivalin Martina zu besiegen. Dieser Wille ist gleichzeitig ein Glücksfall für das gesamte Damentennis. Chris Evert-Lloyd thront auf und außerhalb des Centre Courts über all ihren Konkurrentinnen. Sie ist die Persönlichkeit, die alle respektieren und der man sich unterzuordnen hat. Und sei es nur bei der Massage. Während sich in Berlin alle Spielerinnen brav auf der Massageliste einzutragen hatten, genügte ihr nur der Griff an die Türklinke – schon machte eine der Kolleginnen die Massagebank frei.

Doch was soll's. Solange die Leistung der Präsidentin der „Womens Tennis Association" (WTA) stimmt, ist sie unantastbar. Und dafür leistet sie in der Tat Erstaunliches. Ausgestattet mit der Fähigkeit, ihre eigenen Schwächen genau zu analysieren, hat sie das Trainingsprogramm umgestellt. Keine drei, vier Stunden stumpfsinniges Vor- und Rückhandtraining mehr („die beherrsche ich sowieso schon"), geübt werden jetzt ausschließlich die Schwachpunkte. Also, Flug- und Schmetterbälle und Aufschlag. Und zur Unterstützung der Athletik geht sie neben ständigen Sprinttrainings auch einmal in der Woche an die Hanteln. „Ich will zwar kein Bodybuilder werden, aber ein gestraffter Oberkörper ist auch für mich wichtig."

Von der Arbeit mit Gewichten hat ihre Finalgegnerin Steffi Graf erst einmal Abstand genommen. „Das hat mich nur unbeweglich gemacht, ich achte im Moment viel mehr darauf, daß ich geschmeidig bin." Die spielerische Entwicklung gibt der noch 15jährigen recht. Fast sensationell waren ihre Spiele in Berlin gegen Kathy Horvath und Bettina Bunge. Ausgestattet mit einer gehörigen Portion Frechheit („Angst habe ich nicht"), fegte sie förmlich die beiden renommierten Gegnerinnen vom Platz. Sie besitzt mit ihrer Vorhand den besten Drive (Treibschlag) im Damentennis. Mit dieser Waffe setzte sie schon vor dem Spiel die Kontrahentinnen unter Druck. Klug geführt von Vater Peter, der ständig am Platzrand im Blickkontakt zu seiner Tochter sitzt, werden vor jedem Match die Gegnerinnen analysiert. Darüber hinaus ist sie schon jetzt in der Lage, ihr gesamtes Schlagrepertoire jederzeit beliebig anzuwenden. Hier kommen zwangsläufig die Vorteile der einhändigen Rückhand zum Vorschein. Während die doppelhändig Spielenden den Ball meist ohne Variation über das Netz schlagen, ist Steffi Graf in der Lage, Schläge aus dem Lehrbuch abzurufen. Ein flach gespielter Slice, offensive Passierbälle oder – sehr wichtig – hin und wieder ein Stop.

Tennisfreund, was willst du mehr? Diese Fragen haben sich die Berliner Fans in den vergangenen Tagen häufig gestellt. Der Superstar auf der einen Seite, auf der anderen der vielleicht „zukünftige Champion". Ob Chris Evert-Lloyd oder die deutschen Weltklasse-Spielerinnen Claudia Kohde und Bettina Bunge – sie haben eines gemeinsam: Ihr Spiel ist nicht langweilig. Vorbei ist es mit dem langweiligen „Löffeln", gefragt ist das Spiel mit dem Köpfchen.

Der Vergleich mit den Herren beim Turnier in Hamburg liegt nahe. Es kann dabei nur eine Feststellung geben: Die Damen haben den Herren, zumindest auf Sandplätzen, den Rang abgelaufen. Wohlgemerkt nicht in der Spielstärke. Hier behält selbst der schwächste deutsche Bundesliga-Spieler immer noch die Oberhand über die besten Damen. Nein, abgesehen von wenigen Ausnahmen (zum Beispiel McEnroe oder wie in Rom gesehen Becker und Noah) wird bei den Damen der Ball mit dem Gedanken über das Netz gespielt, durch eigene Schläge und Ideen zu Gewinnpunkten zu kommen. Die Damen haben in Berlin den Startschuß gegeben, um endlich vom einseitigen Topspin-Gewürge wegzukommen, und haben sich dafür Beifall für ihren Spielwitz verdient.

Bundespräsident: „Großartig, ein Spiel der Freude"

sid. Berlin

Das Finale hielt, was sich die rund 5000 Zuschauer auf der ausverkauften Anlage von Rot-Weiß Berlin versprochen hatten. Die 30 Jahre alte Amerikanerin Chris Evert-Lloyd besiegte in einem der besten Endspiele der Internationalen Deutschen Damen-Tennismeisterschaft die erst 15 Jahre alte Heidelbergerin Steffi Graf in 88 Minuten mit 6:4, 7:5 und erhielt dafür ein Preisgeld von 27 500 Dollar.

„Ich glaube, ich habe mein Bestes gegeben," meinte Steffi Graf nach dem Spiel. Und weiter: „Chris ist eine der ganz Großen im Tennis. Gegen sie zu verlieren, ist sicherlich keine Schande." Bundespräsident Richard von Weizsäcker überreichte beiden Spielerinnen nach dem jederzeit spannenden Finale Blumen und verteilte Komplimente: „Großartig. Das Spiel war eine reine Freude."

Steffi Graf kam im dritten Zusammentreffen mit der hohen Favoritin erst bei einem Rückstand von 1:5 im ersten Satz ins Spiel. Nach Abwehr von vier Satzbällen ging der erste Durchgang mit 4:6 verloren, doch im zweiten Satz deutete bei einer 3:0-Führung für Steffi Graf alles auf eine Wende hin. Steffi Graf trauerte ihren vergebenen Chancen nach: „Vielleicht habe ich zu diesem Zeitpunkt zu wenig gewagt." Beim Stande von 4:5 wehrte sie mit harten Vorhandschlägen noch einmal drei Matchbälle ab, doch der vierte bedeutete bei 6:5 mit dem einzigen Aufschlag-As der Amerikanerin das Ende.

Chris Evert-Lloyd zeigte sich von Steffi Graf sehr angetan: „Sie ist psychisch schon jetzt eine der stärksten Spielerinnen, sie kann jeden Schlag. Meine Ergebnisse gegen sie werden immer knapper, das sagt eigentlich alles."

FUSSBALL

WM-Qualifikation. Europazone, Gruppe 4: „DDR" – Luxemburg 3:1 (3:0). – **Junioren-EM** (U16), Gruppe A: Deutschland – Portugal 1:1 (1:1) – Asien-Zone, Untergruppe 3 A: Südkorea – Malaysia 2:0 (2:0).

BASKETBALL

Vier-Nationen-Turnier: Italien – Polen 87:49, Deutschland – Frankreich 109:84, Deutschland – Polen 95:84, Italien – Frankreich 100:80.

HANDBALL

Bundesliga, Männer, 26. und letzter Spieltag: Bergkamen – Reinickendorf Berlin 25:26, Hüttenberg – Großwallstadt 25:22, Weiche-Handewitt – Lemgo 2:25, Dankersen – Schwabing 22:22, Hofweier – Essen 20:22, Düsseldorf – Gummersbach 16:17, Kiel – Weiße Massenheim 20:20. – **Pokal der Frauen.** Halbfinale: Engelskirchen – Lützellinden 20:19.

HOCKEY

Bundesliga, Herren, Gruppe Nord, Leverkusen – Großflottbek 2:1. – Gruppe Süd: Münchner SC – Heidelberg 1:0. – Damen, Gruppe Nord: Blau-Weiß Köln – Düsseldorf 0:0, Raffelberg – UHC Hamburg 3:0, Leverkusen – Klipper Hamburg 0:0, Raffelberg – Klipper Hamburg 0:1, Leverkusen – Hamburg 4:1, Braunschweig – Krefeld 0:0 – Gruppe Süd: Münchner SC – Eintracht Frankfurt 0:2, Berliner HC – SC Charlottenburg 3:0, Rot-Weiß Stuttgart – Eintracht Frankfurt 0:0.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, Play-Off-Spiele, Meisterrunde, Gruppe 1: [illegible] – Steinhagen 9:1 – Gruppe 2: Düsseldorf – [illegible] 8:8 – Abstiegsrunde: [illegible] – Bremen 9:3, Bayreuth – Bad Hamm [illegible].

JUDO

Bundesliga, [illegible] Wettkampftag, Gruppe Nord: Köln – Berlin 8:8, Remscheid – Bremen 18:2, Witten-Annen – Wolfsburg 2:10 – Gruppe Süd: Freiburg – Wiesbaden 11:5, Großhadern – Nürnberg 16:1, Rüsselsheim – Abensberg 10:7. – Deutsche Judomeisterschaften der Frauen in Berlin: bis 48 kg: 1. Friedrich (Osnabrück), 2. Grunwald (Puch), 3. Emmen (Rüsselsheim) und Andreo. – bis 52 kg: 1. Borner (Ingolstadt), 2. Grimm (Bogen), 3. Pieres (Frankfurt) und Bineck (Bochum). – bis 56 kg: 1. Philips (Bad Godesberg), 2. Hese (München), 3. von Blittersdorf (Pirmasens) und Kulink (Konstanz). – bis 61 kg: 1. Diehl (Rüsselsheim), 2. Neuhahn (Karlsruhe), 3. Burmeker (Braunschweig und Schweizer (Biberach). – bis 66 kg: 1. Wahnsiedler (Frankfurt), 2. Schreiber (Köln), 3. Ahrendt (Flensburg) und Eickhoff (Hermannsburg). – bis 72 kg: 1. Claßen [illegible]



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheele (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanno Gerkes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Arnim Beck

[illegible]

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 08, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

HANDBALL / VfL Gummersbach wurde zum zehnten Mal deutscher Meister – nach langem Zittern

Bei allen beliebt, bescheiden, sehr ehrgeizig und intelligent – Däne Erik Rasmussen war der Retter

ULLA HOLTHOFF, Düsseldorf

Den Schlußpfiff hat niemand mehr gehört. Acht Sekunden vor dem Abpfiff des Handballspiels TuRu Düsseldorf – VfL Gummersbach entlud sich die unglaubliche Spannung von 60 Minuten in einem wahren Triumphgeheul. Mit einer Glanzparade hatte Torwart Andreas Thiel dem VfL Gummersbach den knappen 17:16-Sieg und damit die deutsche Meisterschaft gerettet. Unmittelbar danach knallten die Sektkorken, Spieler wälzten sich am Boden, spitze Freudenschreie drangen durch Mark und Bein, Gummersbachs Torjäger Rüdiger Neitzel konnte seine Tränen nicht zurückhalten: „In Sekundenbruchteilen ist alles von mir abgefallen. Ich habe geheult wie ein Schloßhund. So etwas habe ich noch nie mitgemacht. Das war das Größte." Er genoß das Bad in der jubelnden Menge, genoß jede Umarmung, jedes Schulterklopfen, er genoß den Geschmack von Sekt und Tränen.

Im zweiten Jahr nach dem Weggang von Erhard Wunderlich wurde der VfL Gummersbach wieder deutscher Meister, und der 22jährige Rüdiger Neitzel überwand endgültig den langen Schatten seines Vorgängers, an dem er stets gemessen wurde. Obwohl er am Samstag eine enttäuschende Leistung bot. Der Geist war willig, doch das Fleisch war schwach. Der Körper gehorchte dem Kopf nicht mehr, in entscheidenden Phasen klebte dem Torjäger neben dem unvermeidlichen Harz auch das Schußpech an den Händen. „Ich war zu nervös," gestand er später. „Ich habe in den letzten Tagen versucht, mich abzulenken. Doch alle meine Gedanken liefen immer wieder auf dieses Spiel hinaus." Die ganze Mannschaft litt unter dem großen Druck. Sogar Torwart Andreas Thiel war beeindruckt und steigerte sich erst in der zweiten Halbzeit zur gewohnten Stärke.

Kühlen Kopf behielt einzig der Blonde aus dem Norden: Erik Veje Rasmussen, 25jähriger Däne, 80maliger dänischer Nationalspieler, Olympia-Vierter, Weltmeisterschafts-Vierter. Seit Beginn dieser Saison ist er in Gummersbach. Der erste und einzige Ausländer beim jetzt 10maligen deutschen Meister. Mit neun Toren verhalf er dem VfL am Samstag zum zehnten Titel und versetzte die Fans in Entzücken und Erstaunen. „Mensch, ist der abgezockt," kommentierte fast ehrfürchtig ein jugendlicher Fan in Blau-Weiß, den Gummersbacher Vereinsfarben. Abgezockt – das ist das richtige Wort für die Leistung des dänischen Rückraumspielers. Hatte Trainer Klaus Brand noch vor wenigen Tagen bedauert, daß Erik Rasmussen „manchmal nicht nervenstark genug ist," so wurde er am Samstag eines Besseren belehrt. Vor allem die Art, in der Erik Rasmussen die Siebenmeter-Strafwürfe verwandelte, zeugte von Selbstbewußtsein und Nervenstärke. Torjäger Neitzel und Kapitän Krokowski mochten nach zwei verworfenen Siebenmeter-Würfen nicht mehr gegen den langen Torwart Bartke antreten und übertrugen die Verantwortung in der 17. Minute ihrem dänischen Mitspieler, der mit einem frechen Wurf durch die Beine zum 5:5 ausglich. Von diesem Moment an steigerte sich Erik Veje Rasmussen in einen regelrechten Rausch. Vierzig Minuten lang demonstrierte er alle Qualitäten eines Weltklassespielers. Er war bissig und kaltschnäuzig, kämpferisch und läuferisch überragend, einsatzfreudig in der Abwehr und pfiffig im Angriff. Er behielt stets die Übersicht, organisierte den Angriff, beruhigte die erregten Mitspieler. Kurz: Er tat stets das Richtige zum richtigen Zeitpunkt. Sein ganzes Denken und Fühlen konzentrierte sich auf das 20 mal 40 m große Viereck des Spielfeldes. Darüber hinaus nahm er nichts mehr wahr. „Wir haben zum Schluß nichts mehr mitbekommen. Nicht die Anweisungen des Trainers, den Spielstand nicht und nicht die tobenden Zuschauer." In diesem Hexenkessel machte der Däne Rasmussen das Spiel seines Lebens. „Es war schließlich eines der wichtigesten Spiele meines Lebens. Es ging um so viel mehr als sonst. Da mußte ich auch mehr geben."

Nach den Enttäuschungen im vergangenen Jahr, in dem er wegen eines Handbruchs wochenlang pausieren mußte und mit seinem Klub Balonmano Malaga aus der ersten spanischen Liga abstieg, erlebte er in Gummersbach eine traumhafte Saison. In Malaga hatte er sich nicht wohl gefühlt: „Für einen Dänen ist es schwierig, in einem Land wie Spanien mit einer anderen Kultur und Mentalität zu leben." Im Oberbergischen Land aber sind seine Qualitäten gefragt: „Der Erik ist bei allen beliebt. Er ist bescheiden, sensibel, unheimlich ehrgeizig und intelligent. Und vor allem ist er keiner, der nur für Geld spielt," erklärt Rüdiger Neitzel die schnelle Integration in die Mannschaft. „Ich fühle mich hier sehr wohl," behauptet der Däne, der sich von Gummersbach aus auf seine letzten Prüfungen (Deutsch und Sport) in Dänemark vorbereitet. Er will Lehrer werden, wie der Vater, der in einem Kopenhagener Vorort Gymnasialdirektor ist. Vorerst aber bleibt er gemeinsam mit Freundin Hanne Amstrup, die er im Juni heiraten wird, im Oberbergischen, wo Hanne als Altenpflegerin und beim VfL in der Frauenmannschaft Handball spielt. „Der Erik ist ein richtiger Oberberger geworden," behaupten die Kollegen. Sie rufen ihn deshalb nur noch Erich.

Auch Wolfgang Struck, der Manager und Mäzen des Bundesliga-Aufsteigers TuRu Düsseldorf, hat die zehnte deutsche Meisterschaft des VfL Gummersbach nicht verhindern können. In zwanzig Jahren war er als Torwart nie mit dem THW Kiel Meister geworden, jetzt hätte seine neue Mannschaft dem ehemaligen Klub noch zur Meisterschaft verhelfen können. Um das zu ermöglichen, hatte der Manager für jedes Düsseldorfer Tor eine Spende von 1000 Mark zugunsten einer Werkstatt jugendlicher Arbeitsloser ausgesetzt. Kiel gewann zwar sein Heimspiel gegen Absteiger Wallau-Massenheim deutlich mit 30:20, scheiterte aber wegen eines Punktes an der Meisterschaft. Das versprochene Volksfest fand trotzdem statt, und der Kieler Vereinsvorstand hatte trotz der verpaßten Meisterschaft Grund zur Freude. Nachdem bereits in der vergangenen Saison alle Heimspiele ausverkauft waren, sind auch die Karten für die 13 Spiele der kommenden Saison schon wieder vergriffen. Enttäuschung bei TuRa Bergkamen: Das 26:26-Unentschieden gegen die Reinickendorfer Füchse reichte nicht mehr zum Klassenerhalt. Dagegen rettete sich Lemgo durch den 25:20-Sieg in Weiche.

Als die Männer die Lust am Harem verloren: Geschichte des Bauchtanzes

Goldmünzen für die Nabelschleuder

Ägypterinnen sind die besten Bauchtänzerinnen. Sie haben nicht nur die üppigen Formen, die arabischen Männern wohlgefällig sind, nein, der Bauchtanz ist eine „Erfindung" Ägyptens aus der Pharaonenzeit.

Wahrscheinlich entwickelte er sich aus einem Fruchtbarkeitstanz zu dem sinnlich-sexuellen Zucken und Schleudern der Bauch- und Po-Muskulatur orientalischer Tänzerinnen. Auf einem Steinrelief im Ägyptischen Nationalmuseum, aus dem „Neuen Reich" nach 1500 v. Chr. stammend, erkennt man deutlich eine fast nackte Bauchtänzerin mit den typischen Bewegungen, die Arme lässig erhoben.

Tänzerinnen und Musikantinnen mit Flöten, Harfen und Trommeln traten damals meist zusammen auf, kaum bekleidet. Die Gastgeber, 34 Männer und Frauen, schauen dagegen züchtig verhüllt zu. Man sieht es deutlich auf den Malereien in den ägyptischen Gräbern und auf den Papyri. Tanzmädchen waren hübsch und jung, aber sie scheinen schon damals keinen guten Ruf genossen zu haben. Bis heute sind im Orient Bauchtanz und Prostitution kaum zu trennen.

Von islamischen Fanatikern immer verboten, so wie heute noch in Saudi-Arabien, Iran und einigen Golfstaaten, kam der Bauchtanz eigentlich erst im dekadenten Osmanischen Reich zwischen Istanbul und Kairo, von Damaskus bis Tunis so wieder recht in Mode. Also im vorigen Jahrhundert, als Paschas, reiche Kaufleute oder ausländische Konsuln die Mädchen mit den schwingenden Hüften oft mit Goldmünzen, edlen Steinen und unzweideutigen Angeboten überschütteten. Es war die Zeit, als die Männer die Lust am eigenen Harem verloren.

„Ruchiouk und Bembeh fangen an zu tanzen", schildert Gustave Flaubert 1909 in seinem Reisetagebuch ein Erlebnis im ägyptischen Esna. „Der Tanz der Ruchiouk ist brutal, sie preßt ihren Busen in ihrer Jacke zusammen, so daß ihre nackten Brüste fest aneinandergequetscht liegen. Beim Tanzen nimmt sie einen braunen, goldgestreiften Schal mit drei an Bändern hängenden Troddeln, den sie sich als Gürtel umbindet. Sie hebt

Menschenskinder! – ZDF, 22.05 Uhr

sich bald auf den einen Fuß, bald auf den anderen. Ein wunderbarer Anblick."

Der französische Reisende war hingerissen, denn danach tanzte Ruchiouk noch nackt den „Bienentanz". Heute noch kommen die ägyptischen Tänzerinnen meist aus den Dörfern und den Vorstädten, wo sie von alten Weibern unterrichtet werden und Stöcke über den Köpfen halten. Sie lernen so, daß sie nur den Unterleib bewegen dürfen.

In Kairo, hinter dem Opernplatz, gibt es regelrechte Bauchtanzschulen, die ihre Elevinnen dann in die zweitklassigen „Kabarette" schicken. Dort kommen nur Ägypter und arabische Touristen hin, selten Europäer. Wenn so einem Mädchen dann schon die Nabelschleuder gelingt, ein Meisterstück der Bauchtanzkunst, geraten die Männer in Raserei, pfeifen, schreien und werfen Geldscheine.

Nackt darf heute in Ägypten keine Tänzerin mehr auftreten, nur in „privaten Kreisen". Bauch und Nabel werden von durchsichtigem Nylon „verhüllt". Alle tragen sie die „Badlah", eine Art Bikini aus Glitzerstoff mit Troddeln und Pailletten, dann die „Juba", einen leichten, weitgeschlitzten Rock, und schließlich den „Atarha", einen Schleier, mit dem die Mädchen ständig spielen und hinter dem sie sich beim Tanz zu verstecken scheinen.

Eine gute Bauchtänzerin, die ihre Zuschauer mitzureißen weiß und selbst mit Messingschellen den scharf-grellen Rhythmus des arabischen Orchesters verstärkt oder beim Tanz schrille Schreie ausstößt, kommt in einem der großen Kairoer Hotels auf 300 Dollar pro Auftritt. Namen wie Nelly Fuad, Farida Abdou, Nadia Hamdi oder Nagwa Fuad, die zum Bauchtanz eine regelrechte Choreographie mit zahlreichen Mitwirkenden entwickelt hat, sind Gütezeichen für einen vergnügsamen und nicht billigen Abend.

Doch die Konkurrenz ist groß – und sie kommt aus dem Westen. In Damaskus wurde Tamara als Königin des Bauchtanzes gefeiert. Sie ist als Tamara Noel Elliott eine Farmerstochter aus Montana. Die rassige Badia, die in Kairo auftritt, heißt in Wirklichkeit Brenda Bell und kommt aus Vancouver. Um sie fortzugraulen, streute man schon Glassplitter unter ihre nackten Füße. Seitdem trägt sie Ballettschuhe. Ihr Rat: „Man muß jeden Muskel seines Körpers beherrschen. Dazu kommt das Spiel der Hände. Alles andere ist Rhythmus, Bewegung und herausfordernder Tanz."

PETER M. RANKE

... da waren's plötzlich noch viel mehr

hht – Daß unseren öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nichts teuer genug sein kann, weiß man. Daß ARD und ZDF ruhig mal ein paar Mark mehr zahlen, um zum Beispiel eine Zuschauerforschung zu haben, die die ermittelten Einschaltquoten erhöht, weiß man ebenfalls: Der Wechsel von der guten alten „teleskopie" zur Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) hat dem Staatsfernsehen ja einen ebenso wundersamen wie erstaunlichen Zuwachs an Zuschauern beschert.

Aber jetzt hat man bei ARD und ZDF eine Idee gehabt, die schon atemberaubend ist: Die beiden großen Sendesysteme wollen sich ein Meßinstrument für das Satellitenfernsehen zulegen. Und das, obwohl die ARD überhaupt noch kein Satellitenprogramm austrahlt – und die Zuschauerzahl von „3SAT", dem Archiv- und Satelliten-TV der Mainzer, nahe Null liegt.

Aber wie das so ist: Die Jungs vom Verleger-Fernsehen SAT 1 haben über die „teleskopie" des Hauses Infas einen Satellitentestpanel aufgebaut, und da brauchen die Öffentlich-rechtlichen natürlich auch eines. Und weil ihnen das alles ein bißchen spät einfiel, darf's ruhig a bisserl teurer sein. Die privaten SAT-1-Mannen nämlich wählten 1984 aus mehreren Angeboten das günstigste aus, ARD und ZDF holten jetzt überhaupt nur eines ein (bei jener GfK natürlich, die ihnen immer so schön hohe Einschaltquoten meldet).

Das Dumme ist nur, daß man bei diesem Institut wohl der Meinung ist, Gefälligkeit sollte belohnt werden. Eine gute sechsstellige Summe – und das jedes Jahr – mehr als die Privaten werden die öffentlich-rechtlichen Sender schon hinblättern müssen, auf daß GfK die enormen Einschaltquoten beim öffentlich-rechtlichen Satelliten-Fernsehen herausfindet. Andererseits: Wer hat, der hat. Und: Alles hat seinen Preis. Auch in der Zuschauerforschung.

GOLF / Nationale Deutsche Meisterschaften

Auf der Suche nach einem fähigen Bundestrainer

GERD A. BOLZE, Stuttgart

Am Schlußtag der Nationalen Offenen Deutschen Golfmeisterschaften um den „American Express"-Pokal" in Stuttgart-Mönsheim traten nur noch die besten 41 von ursprünglich gemeldeten 142 Teilnehmern an, davon waren 25 von 95 Profis und 16 von 47 Amateure. Bis auf den nun zur Weltklasse gehörenden US-Masters-Champion Bernhard Lager sowie dessen ebenfalls nur Turniere spielende Berufskollegen Heinz-Peter Thül (Hubbelrath) und Frank Adamowicz (Gütersloh) boten einmal mehr die Golflehrer ihren Schülern Paroli, obwohl sie doch kaum Wettspiele bestreiten und von morgens bis abends nur Golfunterricht geben. Dagegen werden die zur Nationalmannschaft gehörenden Amateure und diejenigen des Nachwuchses, die auf dem Wege dazu sind, in Lehrgängen seit Februar geschult, haben international und national in dieser Saison verschiedentlich bereits Wettspiele bestritten. Nationaler Offener Deutscher Meister wurde in den bisherigen 18 Jahren aber auch erst viermal ein Amateur. „Offene Meisterschaft" heißt, daß Profis und Amateure gemeinsam um den Titel und den Pokal, die Profis natürlich nur um das Preisgeld kämpfen.

„Wir hatten Jahre, wo wir schon den Meister stellten. Aber das ist nicht die Regel. Einer, der Golf von Berufs wegen betreibt, müßte besser sein als einer, der es nur nebenbei macht. Deshalb entspricht das diesjährige Ergebnis nach der Qualifikation der ersten 36 Löcher durchaus meinen Erwartungen", erklärte Jan Brügelmann (Köln), der Präsident des Deutschen Golf-Verbandes (DGV).

Dazu ergänzte Peter Koepf (Stuttgart) als neuer Sportausschuß-Vorsitzender des DGV: „Bei unseren Amateuren geht nun mal Beruf und vor allem die Ausbildung vor, so daß sie nicht uneingeschränkt üben und spielen können. So fehlten diesmal der Ex-Meister Frank Schlig wegen eines Examens und Thomas Dekorsy mußte am Freitag extra als erster morgens um 7.30 Uhr starten, um am frühen Nachmittag an einer Klausur teilnehmen zu können."

Nur Thomas Hübner (Hubbelrath), der Ex-Meister von 1981 und Vorjahreszweite hinter Bernhared Langer, ist die Ausnahme, die bekanntlich jede Regel bestätigt. Nur der 31jährige blonde Modellathlet ist ein Pseudo-Amateur, der es sich von Haus aus leisten kann, nur Golf zu spielen, ohne ein Profi zu sein.

Weshalb hat denn der DGV als wohl einziger deutscher Sportverband keinen hauptamtlichen Bundestrainer? Der neue Bundestrainer Hans-Peter Ranft (Hubbelrath) ist nur für bis zu 40 Stunden im Jahr auf Honorarbasis vom DGV engagiert.

„Wir haben ja nicht die Spieler, die diesen Bundestrainer auslasten würden, wer mehr Förderung will, der würde sie bekommen. An finanziellen Mitteln fehlt es nicht. Aber es kommt auch niemand, der mehr Zeit in sein Hobby Golf investieren will oder besser investieren kann", sagte Peter Koepf.

GALOPP / Vorbereitung auf das Derby

Hengst Kamiro liegt bei den Buchmachern auf Platz eins

HARALD SIEMEN, Köln

Sieben Wochen sind es noch bis zum 116. Deutschen Derby am 7. Juli in Hamburg-Horn. Für die Derby-Kandidaten beginnt daher jetzt die „heiße Phase" in der Vorbereitung. Zahlreiche aufschlußreiche Vorbereitungsrennen sind schon gelaufen, einige wichtige stehen jedoch noch bevor, in denen sich endgültig die Spreu vom Weizen trennen soll. Die nächsten entscheidenden Stationen für die dreijährigen Galopper auf dem Weg nach Hamburg sind der Hertie-Preis in München (am 27. Mai), der Preis der Hotellerie Baden-Baden (6. Juni), das Union-Rennen in Köln (16. Juni) und das Consul-Bayeff-Rennen am 17. Juni in Bremen.

Nach den bisherigen Ergebnissen hat sich schon eine klare Favoritengruppe von ungefähr sieben Pferden herausgebildet. Und wie so oft in den vergangenen Jahren kommen die Top-Stars aus den Kölner Ställen von Champion-Trainer Heinz Jentzsch (bisher fünf Derby-Siege) und Sven von Mitzlaff (sieben Derby-Siege).

Die größte Auswahl an Derby-Kandidaten hat derzeit noch Heinz Jentzsch. Als Nummer eins in seinem Quartier gilt Gestüt Fährhofs Hengst Lirung, ein Bruder des letztjährigen Derby-Siegers Lagunas. Lirung hat im Vorjahr seine drei Starts überlegen gewonnen, man hat allerdings Zweifel, ob er genug Stehvermögen für die 2400-Meter-Derbydistanz haben wird. Gestern gab der temperamentvolle Fuchshengst im Henckel-Rennen sein Jahresdebüt (Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor).

Weit in den Vordergrund geschoben hat sich nach zwei überlegenen Siegen mit Acatenango ein weiteres Pferd aus Fährhofer Zucht. Acatenango soll sich am Pfingstmontag beim Münchner Hertie-Preis weiter profilieren.

Noch höher als Acatenango wurde bis vor kurzem im Stall von Heinz Jentzsch der Hengst Aguarico eingeschätzt, das dritte As im Ärmel von Fährhof-Besitzer Walther J. Jacobs. Aguarico verletzte sich jedoch vor drei Wochen und hat das Training erst vor einigen Tagen wieder aufgenommen. Am Pfingstmontag in Hannover soll er wieder starten. Mit Lontano (Besitzer Manfred Ostermann), dem Sieben-Längen-Sieger im Steigenberger-Pokal, hat Jentzsch noch ein viertes Eisen im Feuer.

Durch zwei überragende Siege im Hoffnungs-Preis und Preis von Hoppegarten hat der von Sven von Mitzlaff trainierte Hengst Kamiro große Erwartungen geweckt. Bei den rund 80 deutschen Buchmachern ist er im Derby-Wettmarkt sogar mit einer Quote von 40:10 an die erste Stelle gerückt.

Weitere ernsthafte Kandidaten für das Derby sind noch Amerigo Vespucci (Trainer Andreas Löwe), der von Hein Bollow betreute Nebos-Sohn Balmoral und Gestüt Röttgens Dollar Star. Die Ereignisse in den nächsten Wochen werden zeigen, ob noch ein Außenseiter in diese Favoritengruppe einbrechen kann.

FUSSBALL

Langweiliges Pokal-Finale

dpa, London

Bundeskanzler Helmut Kohl und Englands Premierministerin Margaret Thatcher bewiesen ein schlechtes Timing, weil sie nur 20 Minuten im Londoner Wembley-Stadion waren und somit die Höhepunkte des 104. Endspiels um den englischen Fußball-Pokal verpaßten. Der Platzverweis von Kevin Moran (Manchester) in der 77. Minute und das Tor von Norman Whiteside in der 20. Minute der Verlängerung waren am Tag nach dem 1:0 (0:0, 0:0) von Manchester United über den FC Everton die einzigen Szenen, über die in England gesprochen und geschrieben wurde. Über den Rest der 118 Minuten schrieb die „Sunday Times" klagend: „Es war das Spiel, das so viel versprochen und so wenig gehalten hat."

Die rund 100 000 Fans im ausverkauften Wembley-Stadion, die für eine Rekordeinnahme von fast 4,8 Millionen Mark sorgten, langweilten sich. Über das Tor des nordirischen Nationalspielers Whiteside schrieb „Sunday People": „Das sogenannte Ungeheuer aus Belfast wurde in der Verlängerung zum Märchenprinzen."

WASSERBALL

Sieg beim Weltcup

sid, Duisburg

Die deutsche Wasserball-Nationalmannschaft gewann in Duisburg das Weltcup-Turnier – ein Erfolg, der nicht hoch genug einzuschätzen ist. Bundestrainer Nicolae Firoiu: „Dieses Turnier ist noch schwerer als eine Weltmeisterschaft oder als Olympische Spiele, weil jeder gegen jeden antritt und zudem die Exoten fehlen." Seine Erfolgskette wird immer länger: 1981 Europameister, 1982 WM-Dritter, 1983 Weltcup-Zweiter und 1984 Dritter in Los Angeles.

Nicolae Firoiu, ein 46 Jahre alter Rumäne mit deutschem Paß, blickt aber schon weiter: In drei Monaten (4. bis 11. August) wird der Weltcup-Sieger bei der Europameisterschaft in Sofia gejagt. Dann werden auch Weltmeister UdSSR und Vize-Weltmeister Ungarn dabeisein, die in Duisburg fehlten, weil nur die acht besten Teams des Olympia-Turniers beim Weltcup teilnehmen dürfen. Sprachgenie Firoiu, der selbst Persisch spricht, gibt zu: „Wir müssen uns dennoch um einiges steigern, weil der Erwartungsdruck sehr groß sein wird."

BASKETBALL

„Nur UdSSR ist besser"

dpa, Stuttgart

Der Anspruch des international renommierten israelischen Trainers Ralph Klein, den deutschen Basketball groß zu machen, gewinnt immer mehr an Konturen. Nach zwei Siegen beim Vierländerturnier über Frankreich (109:94) und Polen (95:84) konnte Klein feststellen: „Diese Mannschaft ist das Beste, was der deutsche Basketball jemals zu bieten hatte, stärker noch als im Vorjahr." Andrej Kuchar drängte das deutsche Team sogar in eine Favoritenrolle für die Europameisterschaft im nächsten Monat in Deutschland: „Nur Weltmeister UdSSR ist physisch stärker. Diese Mannschaft um den Superstar Schrempf muß unter die ersten vier kommen."

Mit Spielertypen wie den künftigen US-Profis Detlef Schrempf und Uwe Blab ist das deutsche Basketballspiel nicht nur besser und schneller, sondern vor allem attraktiver geworden. Dies nährt deshalb auch die Hoffnung, daß der Randsportart Basketball hierzulande endlich der langersehnte Durchbruch, was die Popularität betrifft, gelingt.

MARTATHONLAUF

Locker zum Titel: Steffny

dpa, Frankfurt

Der Freiburger Herbert Steffny und die Darmstädterin Charlotte Teske gewannen die Titel bei der deutschen Meisterschaft der Marathonläufer, die im Rahmen des Internationalen Hoechst-Marathons in Frankfurt entschieden wurde. Vor einer halben Million begeisterter Zuschauer verfehlte Steffny bei seinem ersten Titelgewinn mit 2:12:12 Stunden zwar den Streckenrekord (2:11:18), steigerte aber den bisherigen Meisterschafts-Rekord des viermaligen Marathon-Meisters Ralf Salzmann (Frankfurt / 2:14:25) beträchtlich. Kinderkrankenschwester Charlotte Teske (2:32:38) reichte zum zweiten nationalen Marathon-Titel nach 1981 Platz zwei hinter Carla Beuskens (Niederlande), die sich auf gute 2:28:34 Stunden steigerte.

Steffny lief taktisch sehr gut. Er ließ sich durch die Temposteigerungen des späteren Zweiten John Makanya (Tansania) nicht irritieren, konterte nach 31 Kilometern und lief locker zum Sieg. Wolfgang Krüger, einer der Favoriten, hatte nach 27 km wegen Seitenstichen aufgegeben.

ARD



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Glücklich geschieden ...
10.50 Halbe Wahrheiten
Lustspiel von Alan Ayckbourn
12.20 Gott und die Welt
Der Papst in Holland
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Allerhand Leute
Reportagen landauf, landab
17.20 Im Schatten der Eule
2. Teil: Das Versteck
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Louisiana (4)
Sechsteilige Serie nach M. Denuzière
Als der englische Händler Morley wieder auf „Bagatelle" eintrifft, bringt er der Familie zum bevorstehenden Erntefest Feuerwerkskörper mit. Doch die entzünden sich gerade in dem Moment, als sich Sohn Pierre des Nachts heimlich mit einer Sklavin trifft.
Anschl. Ein Platz an der Sonne
21.15 Die Wende in Reims
Nach den furiosen Wahlerfolgen der Linken in den Städten Frankreichs zeichnet sich seit einiger Zeit wieder eine Wende ab. Denn die Konservativen sind gerade dabei, sich ihre verlorenen Mehrheiten zurückzuerobern. Am Beispiel der Großstadt Reims zeigt Dirk-Ludwig Schaaf diesen richtungsweisenden Rechtstrend in der französischen Kommunalpolitik.
22.00 Freitags Abend (6)
Medienkunde für Anfänger
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Das Mädchen Insiang
Philippinischer Spielfilm (1977)
(Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
0.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Auf Stippvisite bei Mitmenschen
Kinder brauchen Hilfe
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Berufswahl heute
Mädchen wählen ihren Beruf
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Charles Niemans Millionen
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Die dritte Generation
Junge Polen zwischen Breslau und Stettin
Film von Günther Geisler
20.15 Ursus, der Unbesiegbare
Italienischer Spielfilm (1963)
Mit Ed Fury, Claudia Mori u. a.
Regie: Giorgio Simonelli
Anschl. Ratschlag für Kinogänger
„Reise nach Indien" von D. Lean
Vorgestellt von Hans Hellmut Kirst
21.45 heute-journal
22.05 Menschenskinder!
Tausendundein Nabel
22.40 Rossini in Versailles
Aufzeichnung eines Gala-Konzerts vom gleichen Abend aus dem Schloß Versailles
Mit Montserrat Caballé, Marilyn Horne, Francisco Araiza, Ruggiero Raimondi und Sam Ramey
Es spielt das European Chamber Orchestra unter der Leitung von Claudio Abbado
0.10 Gute-Nacht-Musik
José Maria Bustamante: Misionera
Liony Boyd, Gitarre
0.15 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Weißes Haus, Hintereingang
15.00 Die Bären sind los
15.30 Musicbox
16.30 Scooby-Doo
17.00 Mondbasis ALPHA 1
Captain Zantor
Die Mannschaft der Mondbasis Alpha 1 sichtet einen unbekannten Flugkörper. Er entpuppt sich als ein fremdes Raumschiff, das auf Anrufe nicht reagiert, aber sich offensichtlich auch nicht in feindlicher Absicht nähert ...
18.00 Westlich von Santa Fé
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Gauner gegen Gauner
Diamantenausverkauf
19.40 Die Rache des Samurai
Teil 6
20.30 TOP – Tagesordnungspunkt die Wirtschaftsreportage
Thema: Der Prinz als Unternehmer / Internationale Börsenberichte
Moderation: Rolf Antrecht
21.00 Galerie Buecher
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Sumpf unter den Füßen
Amerikanischer Spielfilm (1958)
Mit Christopher Plummer, Chanda Eden u. a.
Regie: Nicholas Ray
23.50 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
22. Wir machen Musik
Kompaß
Laut und leise (2)
19.00 heute
19.30 Sportreport
mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Der Tag, an dem die Erde stillstand
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Mit Michael Rennie, Patricia Neal, Hugh Marlowe u. a.
Regie: Robert Wise
23.15 Kennwort: Kino
23.25 3SAT-Nachrichten

WEST

13.15 Tennis World Team Cup
Übertragung aus dem Düsseldofer Rochusclub
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsshow
Treffpunkt Helsinki
21.45 Der große Kessel
Film von Hans-Joachim Nolte
22.15 Wiedergesehen – neugesehen
Die Verschwörung
Von Walter Jens
Mit Hannes Messemer, Heinz Baumann, Norbert Kappen u. a.
Regie: Franz Josef Wild
23.55 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Die Sprechstunde
19.15 Televisionen – Die Welt des Fernsehens (1)
20.00 Tagesschau
20.15 Zu Hause – was ist das eigentlich?
21.00 Das Montagsthema
Der Anfang vom Ende?
Südafrikas Weg in die Krise
22.00 Tödliche Strahlen
23.15 Nachrichten

HESSEN

18.30 Catweazle
18.55 Wombles
19.05 Drei – D Spezial
Jugendliche im Gespräch mit dem Moderator Ingolf Lück
20.00 Trends
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Owen Marshall
... ein ehrenwerter Mann
22.30 Focus on Jazz
Count Basie Allstars

SÜDWEST

13.15 Tennis World Team Cup
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Kampf ums All
Nato-Parlamentarier streiten über Weltraum-Waffen
21.05 Klimbim
21.50 Barossa Valley
Little Germany am anderen Ende der Welt – Auf den Spuren deutscher Auswanderer in Südaustralien
22.35 Rückblende
Vor 60 Jahren:
Deutsches Museum eröffnet
22.50 Jazz am Montagabend
23.35 Nachrichten

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
21.00 Besuch bei den Europäern – Der Papst in Brüssel
Reportage von Carl Weiss
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Der dritte Gast
Kriminalfilm in vier Teilen
Regie: Vittorio Barino
1. Mordnacht
23.45 Rundschau

Pankraz, der Papst und die große Mutter

Am meisten zugesetzt haben dem Papst Johannes Paul II. während seines Hollandbesuchs die radikalen Theologinnen des Feminismus. „Der liebe Gott ist eine Frau", riefen sie ihm in Utrecht entgegen. Mit dem gleichen Schlachtruf wird übrigens auf evangelischer Seite die Kirche von Nordelbien verunsichert. Die Frauen, so hieß es dort, hätten die Nase endgültig voll von dem „Gottvater-Gerede", denn Gott, auf jeden Fall der liebe Gott, sei eine Frau.

Nun könnte man dem ökumenischen Gezwitscher und Gekeife dogmatisch oder gewissermaßen fundamentaltheologisch begegnen, indem man konstatierte: „Gott ist weder Mann noch Frau, er ist das Eine und Ganze, in dem auch der Kampf der Geschlechter seine Lösung und seinen Frieden findet." Aber damit wären die Feministinnen mit Recht nicht zufrieden. Denn es führt kein Weg daran vorbei, daß die drei großen Offenbarungs- oder Geschichtsreligionen, der Buddhismus, der Islam und eben auch das Christentum, in ihrem Erscheinungsbild, in ihren Texten und Riten einen extrem männlichen Habitus verkörpern, ganz im Gegensatz zu den alten Naturreligionen, in denen Männliches und Weibliches zu etwa gleichen Teilen vorkam. Und es ist genau dieser entschieden männliche Habitus der „zivilisierten" Weltreligionen, gegen den die theologischen Feministinnen Sturm laufen.

In den Naturreligionen hing es weitgehend vom geographischen Zufall ab, ob die Menschen einen männlichen Gott oder eine große Urmutter verehrten. Grüne und fette Gegenden, Wälder und Sümpfe, brachten Göttinnen hervor, gelbe und karge Gegenden, Wüsten und Karste, Götter. Stationäre Völker hingen in der Regel einer Urmutter an, hungrige, eroberungssüchtige Wandervölker einem zornigen, jahwe-ähnlichen Vatergott. Dort, wo sich – wie im Mittelmeerraum zur Zeit der Antike – Eroberervölker über stationäre Völker lagerten, kam es zur Konkurrenz zwischen Vatergott und Urmutter. Es dominierte zwar ein von Zeus regierter Götterhimmel, doch Kybele, die „große Mutter", war nie ganz totzukriegen, sie rumorte im Untergrund, und manchmal brach sie hervor mit wilden, ekstatischen Kulten und Festen.

Erst die großen Weltreligionen, in Wüsten bzw. unter den Eisriesen des Himalaja geoffenbart, haben das weibliche Element dauerhaft domestiziert. Buddhas Frau, mit der er den Sohn Rahula zeugte, ist nicht einmal dem Namen nach bekannt; unter den zahllosen Bodhisattvas des „Großen Wagens" ist keine einzige Frau. Im Islam dürfen die Frauen nicht ins Paradies. Im Christentum ist die Mutter Maria zwar im Lauf der Jahrhunderte immer mehr aufgewertet worden, sie ist in den Himmel aufgenommen und wird von den Katholiken als „Mutter der Kirche" verehrt, aber am speziellen Erlösungsgeschehen, das den Kern der Lehre ausmacht, hat sie dennoch keinen Anteil.

Kaum ein Wunder also, daß die Feministinnen hier auf Remedur bestehen. Doch was soll geändert werden? Alle Vorschläge, die gemacht werden, reichen sofort ins Zentrum der Christologie, tasten erstrangige Glaubensgüter an und wirken deshalb monströs, degoutant und blasphemisch (bei einer feministischen „Reform" von Islam oder Buddhismus wäre es nicht anders). Aus Jesus eine Frau, einen Zwitter oder zumindest einen Homosexuellen zu machen verletzt nicht nur den guten Geschmack der Gläubigen, sondern stellt auch die Lehre vom eingeborenen Sohn zur Disposition, der die Sünden der Welt auf sich nimmt und stellvertretend für die Menschen den Opfertod erleidet.

Nie würde eine Urmutter ihrem Sohn ein solches Opfer zumuten, nie würde eine Tochter den Opfergang mit solcher Konsequenz gehen, wie Jesus ihn gegangen ist. Das Erlösungsgeschehen ist Folge einer Verabredung unter Männern, wie wahrscheinlich jedes totale Geschehen, das auf eine völlige Erneuerung der Welt aus ist und ins Noch-nie-Dagewesene aufbricht, auf männlichen Prinzipien beruht.

Eine Frau, die ihr Nest preisgibt und alle Brücken hinter sich verbrennt, ist im Grunde Unnatur, weshalb denn auch selbst solche entschieden jungfräulichen, kopfgeburtlichen Göttinnen wie Pallas Athene nie über die Mauern ihrer Städte hinauskamen, nie das Gesetz, nachdem sie angetreten waren, in Frage stellten. Demeter, die Inkarnation der großen Mutter bei den Griechen, erscheint zwar als reisende Göttin, doch ihr Umherreisen ist bezeichnenderweise ein Getriebensein, ein verzweifeltes Suchen nach ihrer Tochter Persephone, die ihr von Hades geraubt wurde.

Das Christentum ist, wie auch die beiden anderen großen Offenbarungsreligionen, eine Religion des Aufbruchs, der Überwindung des „alten Adam", und insofern ist es tatsächlich ausgesprochen männlich, muß es männlich sein, um seine Strahlkraft überhaupt entfalten zu können. Aber es ist andererseits auch eine Religion des Nachhausekommens. Wer ihm anhängt, weiß sich in einem Nest geborgen, und insofern entfaltet es weibliche Qualitäten. Eine wirklich feministische Theologie müßte es sich angelegen sein lassen, gerade diese weiblichen Qualitäten der Lehre zu hegen und zu pflegen. Dazu gehört nicht nur die Friedensbotschaft, sondern nicht weniger die Verteidigung des Glaubens gegen innere und äußere Anfechtungen, die Abwehr zynisch-kalter Uminterpretationen und die Milderung des Geschlechterkampfes.

Leider lief das, was man in Utrecht oder Nordelbien von feministischer Theologie zu hören bekam, nur allzuoft auf das genaue Gegenteil hinaus: Militanz statt Versöhnung, haarsträubendes Herumhantieren mit Glaubenssätzen ohne Netz, freches, anmutloses Sielen in modernistischem Jargon. Auf diese Weise, das ist klar, wird es keinen Aufbruch zu neuen Ufern im Zeichen des Matriarchats geben. Man wird nur das Nest, in dem man sitzt, weiter zerstören.

Pankraz



„Die Straße nach Gizeh" von Edward Lear (1812–88), aus der Ausstellung in der Londoner Royal Academy — FOTO: KATALOG

Eine Liebe für Papageien und Pyramiden

Nach ihm sind drei Papageien-Arten benannt. Er hat Königin Viktoria beim Aquarellieren die Hand geführt und Generationen mit seinen „Nonsense"-Versen entzückt. Wie vielseitig Edwar Lear (1812–1888) wirklich war, wird jetzt zum ersten Mal in einer alle seine Begabungen erfassenden Retrospektive in der Londoner Royal Academy gezeigt.

Lear, der auch bei den exzentrischen viktorianischen Künstlern als Original auffiel, bot bereits mit 16 Jahren in Herbergen bemalte Fächer an. Mit 18 zeichnete er vor den Käfigen des Londoner Regentspark eine umfangreiche Anthologie der Papageien. Seine prächtig kolorierten Studien trugen ihm die Bewunderung von Tierliebhabern ein. In den folgenden Jahren konterfeite er die Menagerien des englischen Adels. Bereits in diese frühen Blätter schleichen sich Karikaturen ein, konfrontiert er einen scharfen Papageienschnabel mit dem knollennasigen Profil eines Betrachters: mit solcher Kurzweil sollte Lear sein Leben lang berufliche Fleißarbeit und private Melancholie kontern.

Mit 25 Jahren kehrte er seiner erfolgreichen Tier-Karriere den Rükken. Statt vor Käfigen zu hocken, drängte es ihn, die weite Welt zu bereisen und deren schönste, spektakulärste Plätze zu zeichnen und zu malen. Ungeachtet seines lebenslangen „Dämons", der Epilepsie, durchstreifte er von nun an in immer ausgedehnteren Exkursionen Italien, Griechenland, Albanien, den Libanon, Palästina und zuletzt noch Indien.

In seinen an Ort und Stelle ausgeführten Skizzen notierte er die Juwelen damaliger Reiserouten, aber auch von ihm entdeckte Landschaften, in die kein Brite vor ihm den Fuß gesetzt hatte. Aus diesem Quell – über 7000 Aquarelle sind erhalten – schöpfte er das Material, das ihm künstlerische Anerkennung und das tägliche Brot liefern sollte. Im Studio malte er zum Teil großformatige Landschaftsbilder. Sie sind spannungsvoll aufgebaut und sorgfältig wie auf der Bühne ausgeleuchtet. Besonders effektvoll setzt er immer wieder Bäume ein: wie in der breiten Allee von Gizeh, über der sich Bäume wie ein Gewölbe schließen, während in der Ferne die Pyramiden als blaudunstige Fata Morgana herüberschimmern.

Daß der Künstler jedoch in solche Szenerien keine herzergreifenden menschlichen Szenen malte, kreideten ihm seine Zeitgenossen an. Aber er mußte nun einmal, um über Wasser zu bleiben, seine „Tyrannen" produzieren: wie am Fließband kolorierte Reiseansichten. Jetzt können die Londoner ihren Lear entdecken. Sie genießen die Mischung von Erhabenem und Lächerlichem. Sie feiern gerührt Wiedersehen mit seinen Limericks, die ihnen einst ihre Nanny mit dem Porridge vorsetzte. (Bis 14. 7., Kat. 7,90 Pfund.) HEIDI BÜRKLIN

Kommt jetzt das „konsekutive Studienmodell"? – Der Jahrestag des Hochschulverbands in Osnabrück

Wer nicht durchfällt, der versickert

Die Intonation für den diesjährigen Hochschul-Verbandstag in Osnabrück hatte Hartmut Schiedermair, Präsident der Standesorganisation der Professoren, schon einige Tage vorher geliefert: „Große Zahlen von Studenten oder Professoren machen noch lange keine Massenuniversität aus", schrieb er in seinem Verbandsorgan, „die Massenuniversität wird erst dann Wirklichkeit werden, wenn die Qualitätsmaßstäbe und der Anspruch an die wissenschaftliche Leistung des Professors oder des Studenten aufgegeben oder reduziert werden." Die in Osnabrück versammelten Hochschullehrer neigten freilich auch angesichts dieser Definition der Ansicht zu, daß wir es in der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich mit Massenuniversitäten zu tun haben.

Lang war die Liste der vorgetragenen mißlichen Erfahrungen, etwa mit Studenten, denen heute in den ersten Semestern noch beigebracht werden müsse, was vor der großen Öffnungseuphorie zum festen Wissensbestand eines jeden Abiturienten gehört habe. Aber die Professoren wollten den Schwarzen Peter keineswegs auf die Schulen abschieben. Vor allem Berlins Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig und Wolfgang Wild, Präsident der Technischen Universität München, legten konkrete Vorschläge für eine wirksame Reform der Hochschulausbildung vor. Dabei suchte Kewenig mit seinem, ausländischen Vorbildern nachempfundenen „Konsekutiv-Modell" vor allem den Weg über die Organisation, Wild eher den Weg über die Studieninhalte und eine sorgfältige, differenzierte Förderung der Hochbegabten.

Es wurde eine lebhafte Diskussion, die sich daran anschloß und in der immer wieder das Thema im Zentrum stand, das der Hamburger Jura-Ordinarius Thieme in den Satz kleidete: es müsse darum gehen, die „millionenfache Fehlentscheidung junger Leute, die studieren wollen, obwohl sie es besser lassen sollten, möglichst frühzeitig und schmerzlos korrigieren zu können". Thieme sprach von einer „Versickerungsquote" von 50 Prozent unter den Hamburger Jura-Studenten. Sie gäben nach und nach im Laufe der Semester das Studium auf und ergriffen einen Beruf, den sie auch ohne Universitätsexamen erreicht hätten.

Kewenig faßte die Debatte schließlich dahingehend zusammen, daß „wir einen Sprung machen müssen, um die Universitäten zu retten". Daß dabei die soviel beschworene korrigierende Konkurrenz die Heilung bringen könnte, wurde weitgehend in Frage gestellt, der Anglistik-Professor Finkenstaedt, durch die jahrelange Last der Lehrerausbildung augenscheinlich wundgescheuert, sprach sich vehement für die „politische Gewalt" aus.

„Absurditäten" und „Chaos" durch allzu starke Studienreglementierung und gesenkte Anforderungen – dies waren Beschwernisse, die in Osnabrück immer wieder genannt wurden. Eindrucksvoll und alarmierend die von Schiedermair zitierten Zahlen des Statistischen Bundesamtes: Danach scheitern heute im Fach Jura – wie seit Generationen – rund 25 Prozent jährlich am Examen, in den meisten anderen Fächern aber gibt es, trotz fehlender selektierender Zwischenprüfungen, nur Durchfallquoten von 2,7 Prozent (Psychologie) oder 4,1 (Politik- und Sozialwissenschaften). Das, so Schiedermair, sei ein sicheres Zeichen dafür, daß „etwas faul sein muß im Staate Bundesrepublik Deutschland.

Große Hoffnungen werden nun von vielen auf die „Empfehlungen zur Neustrukturierung des Studienaufbaues" gesetzt, die zur Zeit im Wissenschaftsrat beraten werden und die Novelle des Hochschulrahmengesetzes inhaltlich abrunden sollen. In einem bisher noch nicht veröffentlichten Entwurf für die Empfehlungen, aus dem Kewenig zitierte, heißt es: „Das Hochschulsystem hat im Bereich der wissenschaftlichen Hochschulen in den Grundzügen das traditionelle Schema des Studiums der *deutschen Universität konserviert*, das heißt: das außerordentliche quantitative Wachstum der Studienanfängerzahlen ist an den Universitäten noch kaum zum Anlaß für Neustrukturierungen der Studien in ihren Inhalten und in ihrem Aufbau geworden."

Es gebe zwar, so weiter der Wissenschaftsrat, die bei Hochschullehrern weithin vorherrschende Überzeugung, daß es nur darauf ankomme, auf die Expansion der Studentenzahlen mit einer zureichenden Expansion des Lehrkörpers zu reagieren, um aller Schwierigkeiten Herr zu werden. Aber: „Es ist eine durchgängige Erfahrung, daß quantitative Wachstumsprozesse, die zu einer neuen Größenordnung führen, nicht durch Ausbaumaßnahmen allein aufzufangen, sondern auf Dauer nur durch strukturelle Korrekturen zu bewältigen sind."

Die Korrekturen, die der Wissenschaftsrat in dem Entwurf vorschlägt, gehen offenbar in Richtung auf Kewenigs „konsekutives Modell". Vorgesehen wird u. a. eine Zweiteilung des Studiums: einerseits in Studiengänge, die in acht Semestern bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluß führen, andererseits in „postgraduale" Studien zur Weiterführung der Ausbildung in der berufsbezogenen Spezialisierung und in der forschungsbezogenen Vertiefung.

PETER PHILIPPS

Florenz: „Das Jahr der Etrusker" hat begonnen

Eine Mumie zum Lesen

Von Italiens Staatspräsident Pertini dieser Tage feierlich in Florenz eröffnet, ist „Das Jahr der Etrusker" das größte und kostspieligste Projekt einer europäischen Landschaft, sich ihrer Ahnen zu erinnern. Sein wissenschaftlicher Höhepunkt ist der Kongreß vom 26. Mai bis 2. Juni, bei dem Etruskologen aus aller Welt ihre Forschungsergebnisse vorlegen. Elf Ausstellungen in neun toskanischen Städten berichten über sämtliche Bereiche der Existenz eines Volkes, das vom 9. bis zum 1. Jahrhundert v. Chr., als die Römer es unterwarfen, die wichtigste Rolle in Italien gespielt hat.

Für die Rundreisen zu allen Ausgrabungsstätten hat der Mailänder Verlag Electa, der mit elf Katalogen ein Kompendium der Etruskologie herausgegeben hat, einen Reiseführer in vier Sprachen (10 000 Lire) vorgelegt. Das 15-Milliarden-Lire-Budget des Etruskerjahres, zu einem Drittel von Fiat, der Versicherungsgesellschaft Fondaria und einem toskanischen Bankinstitut gesponsort, dient mit der Renovierung archäologischer Museen, der Restaurierung von Fundstücken, dem Schutz der Landschaft und neuen Ausgrabungskampagnen einer bleibenden Aufwertung der Toskana, die sehr viel mehr als ihren Namen von den Vorfahren geerbt hat.

„Tusci" nämlich nannten die Römer das Volk, das in seinem Stammland Eporien, in der Toskana und Latium bis zur Campagna im Süden und der Lombardei im Norden gesiedelt hat. Auch in diesen Regionen werden jetzt Ausstellungen vorbereitet, deren Datum aber noch nicht feststeht. Nur in Perugia wurde bereits eine faszinierende Schau eröffnet. „Leggere Etrusco" zeigt die drei ausführlichsten, bisher gefundenen etruskischen Schriftdokumente: den „Liber Linteus", eine zum Mumienbinden zerschnittene, dichtbeschriebene Leinenrolle (aus Zagreb), den Tonziegel von Capua aus Ost-Berlin und einen Grenzstein aus Perugia.

Die bedeutendste der Ausstellungen in der Toskana, die alle bis zum 20. Oktober dauern werden, ist die „Kultur der Etrusker" im Archäologischen Museum von Florenz. Hier wird mit über 3000 der erlesensten Funde die Geschichte der Etrusker von der Bronzezeit bis zur römischen Unterwerfung ausgebreitet. Im „Ospedale degli Innocenti" nebenan illustriert die „Fortuna" der Etrusker ihren Einfluß auf Kunst und Architektur von der Renaissance bis zum Kitsch unseres Konsumzeitalters.

Das etruskische Kunsthandwerk wird im Museum „Guarnacci" in Volterra, der Totenkult im Archäologischen Museum von Chiusi gezeigt. Die „Satuari d'Etroria" in der Unterkirche San Francesco in Arezzo belegen Kultstätten und Rituale. In Massa Marittima, Populonia und in Porto Ferraio (auf Elba) wird erstmals eine der Hauptquellen des etruskischen Wohlstands, Bergbau und Metallverarbeitung, erläutert. Und schließlich trägt die Ausstellung „Häuser und Paläste" in Siena mit Funden jüngster Ausgrabungen wesentlich dazu bei, das Schlagwort vom „Rätsel eines geheimnisvollen Volkes" mit klaren Zeugnissen über eine der frühesten Hochkulturen zu widerlegen.

MONIKA v. ZITZEWITZ

Köln: Klaus Pohls neues Stück „La Balkona Bar"

Klischee contra Klischee

Aus der guten alten Music-Box erfährt man, daß Rom eine Stadt ist, die man lieben muß, wenn man sie einmal sah. Doch weder die blonde Bardame noch der Mann, der mit ihr tanzt, haben Rom je gesehen. Das Klischee hat die Qualität der Hoffnung, der Erwartung und wächst so über sich hinaus.

Der Kölner Schauspieler und Theaterautor Klaus Pohl („Das Alte Land") hat diese Konstellation zum Thema seines jüngsten Stückes „La Balkona Bar" – jetzt in Köln unter der Regie von Sanda Weigl uraufgeführt – gemacht und damit versucht, so den 50er Jahren auf die Schliche zu kommen. Ein gescheiterter, enttäuschter Musiker kehrt 1985 in jene Bar zurück, in der er vor 30 Jahren an der Hammond-Orgel geträumt hatte, ein großer Künstler zu werden. Und in dieser Bar vollzieht sich nun eine Art Spiegel-Spiel der Erinnerungen.

Nichts scheint sich geändert zu haben. Zwischen dünnbeinigen Resopal-Tischchen und Seemanns-Schnulzen spielen ein Herr Neureich (vom Autor selbst dargestellt) und ein Herr Mitläufer (Felix von Manteuffel), eine Frau Lebensgier (Christiane Lemm) und ein Herr Hoffnung (Wolf-Dietrich Sprenger) unter der kümmerlichen Moderation des Barmixers (Peter Siegenthaler) das Spiel von damals: Wie man über den Abgrund hinwegkommt zu neuen Gefilden, ohne sich mit dem Abgrund auseinanderzusetzen.

Die Situation des Stückes ist nicht ohne Reize. Pohl führt uns vor, wie die Klischees vor der Erfüllung aussehen und wie nachher. Rom zum Beispiel kann auch in der Billig-Verpackung des Schlagers eine Traum-Metapher sein. Aber wenn dann alle in Rom gewesen sind, zeigt sich eben, wie wenig hinter der Verpackung gesteckt hat. Der Traum war von vornherein eine Schnulze, ein Scheck ohne Deckung. Die Form entsprach durchaus dem mangelnden Inhalt. Nur die Hoffnung deckte das zu.

So weit, so gut. Aber Pohl sitzt seinen eigenen Klischees auf. Klischees lassen sich kaum durch Klischees entlarven. Da sitzt zum Beispiel ein stummer Gast (Fritz Heldt) an der Theke. Mit weißem Gesicht. Das soll die Zeit sein, die unsere Vergangenheit ins Museum stellt. Welch eine Albernheit. Sie könnte glatt aus einem der Existenzialismus-Stücke der 50er Jahre stammen. Pohl wird von sich selbst überrumpelt. Und so ist es auch mit der Titelmetapher des Stücks. Die Bar aus den 50er Jahren greift als Symbol zu kurz. Mit Nierentischchen und Music-Box, mit Hammond-Orgel und „Macky war ein Seemann" sammelt man nur die Klischees ein, die wir über die 50er Jahre haben. In der falschen Glitzerwelt der Nachtbar spiegelt sich nur glitzernde Oberflächenwahrnehmung.

Das gilt auch für Pohls Figuren: „Der junge Deutsche" ist als Neureicher ebenso eine ständig wiedergekäute Version des Menschentyps von damals wie der „Abstauber mit Namen Schütz", der bei Pohl obendrein noch den geistig onanierenden Mitläufertyp eines deutschen Wissenschaftlers spielt. Nein, bei aller darstellerischen Qualität der Aufführung – das waren nur „alte Kostüme und abgelegte Gefühle" (Pohl).

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Berlin: Tournee des Kanadischen Nationalballetts

Die Sphinx im Gestänge

Das Kanadische Nationalballett ist eine große, feine Truppe, der zu ihrem vollständigen Glück nur das rechte Repertoire fehlt. Mit zwei Programmen, die sie in Berlins Congress Centrum vorstellte, ist sie jetzt auf Deutschland-Tournee und führt vor, wie das Weltballett zur Zeit choreographisch von der Hand in den Mund lebt. Man reißt sich die feinsten Happen (oder das, was man dafür hält) gegenseitig vom Tisch und promeniert dann auch noch mit dem choreographischen Mundraub hochgemut durch die Lande. Ein bißchen trist ist das schon.

Dabei kann die Truppe prima tanzen. Sie steckt voll von jungem Talent, das nur intelligent gefordert sein will. In Constantin Patsalas' „Die unbekannte Insel" zu Berlioz' wundervollem Liedzyklus „Sommernächte" weht in weiten Schwüngen das Talent nur so aus der Kulisse hervor. Es darf sich lyrisch ausbreiten. Man umkreist sich liebend, feurig oder versonnen. Man setzt sich überschwenglich ins Bild, am glücklichsten Kim Lightheart und Gregory Osborne in der „Barcarole".

Aber schon in Glen Tetleys „Sphinx" ist der Staub kaum noch von Ter-Arutunians Aluminiumgestänge herunterzuputzen: dem schikken Hochstand für mörderische Weiblichkeit, auf dem es sich – wenn auch recht unbequem – auf Ödipus, den Wanderer, lauern läßt. Tetleys Tanzterzett gibt sich mythologisch geheimnisvoll. Es mischt unverdrossen die Stile und findet dabei zu einem Ausdrucksschwulst, der von Ballett wie von Freiem Tanz ausgerechnet das jeweils klischierteste übernimmt. Wieder ist es Osborne, der (diesmal als hundsköpfiger Gott Anubis) seinen Part aufs spannungskräftigste durchformuliert. Aus Frank Augustyn dagegen ist ein schwerer Tänzer geworden; die Rassigkeit Karen Kains läßt sich vor lauter choreographischem Tiefsinn nur schwer noch erahnen.

Auch für einen Dauerbrenner und Erz-Klassiker wie „Don Quixote" mit seinen drei Akten schier unerträglicher Minkus-Musik, zeigt sich die Truppe glänzend gerüstet. Sie schlägt aus den hingewirbelten Ensemble-Nummern glücklich Gewinn, und selbst das pantomimische Blechgeklapper des alten Don in seiner traurigen Rüstung bringt Donald Dawson mit wirrer Würde ansehnlich heraus. Was nun freilich in diesem „Don Quixote" tatsächlich noch von Petipa stammt und nicht von Gorsky, dem choreographischen Erneuerer des Balletts um die Jahrhundertwende, oder gar von Beriozoff, der es einstudiert hat, ist schwer auszumachen. Manchmal scheint es, als habe der berühmte Potemkin auch choreographische Dörfer gebaut.

In ihnen treibt nun der „Don Quixote" sein liebenswürdiges Unwesen, prachtvoll herausstaffiert von der letzten Zigeunerin bis zum schmukken Torero. Leider jedoch versteift sich das Paradepaar Yoko Ichino und Kevin Pugh auf hoheitsvolles, technisch ausgefeiltes Gehabe und nimmt sich selbst den fröhlichsten Tanzwind aus den Segeln. KLAUS GEITEL

Weitere Tourneedaten: Ludwigshafen: 20.-22. 5., Leverkusen: 23. 5., Wiesbaden: 25./26. 5., Zürich: 28./29. 5., Stuttgart: 2./3. 6., München: 6./7. 6., Mailand: 11.-18. 6., Amsterdam: 21./22. 6.

JOURNAL

Großer karthagischer Kinderfriedhof entdeckt

AP, Rom

Auf der Insel Sant'Antioco an der Südwestküste Sardiniens haben Archäologen mehr als 1500 karthagische Grabsteine aus der Zeit zwischen dem 1. und 6. Jahrhundert v. Chr. gefunden. Professor Sabatino Moscati von der Universität Rom teilte mit, daß die Steine von einem Friedhof stammten, auf dem Kinder begraben seien, die von den Karthagern den Göttern geopfert worden seien. „Diese Entdeckung zusammen mit jüngsten Funden auf Sizilien wirft ein neues Licht auf die Durchdringung Italiens durch die Karthager, die einen Teil von Sizilien und fast ganz Sardinien besetzt hatten", sagte Moscati.

Pfeif-Konzert in der Pariser Oper

SAD, Paris

Die Pariser Oper hat am Wochenende einen handfesten Skandal erlebt. Für eine Aufführung von Verdis „Maskenball" hatte man den Chef des römischen Opernorchesters, Gian-Luigi Gelmetti, engagiert. Dessen Leistung stieß jedoch auf heftige Ablehnung, er wurde nach der Aufführung mit einem wilden Pfeif- und Buh-Konzert verabschiedet. Der Skandal erregte um so mehr Aufsehen, als an dieser Aufführung der französische Premierminister Laurent Fabius teilgenommen hatte. Die Inszenierung hatte schon bei der Premiere das Mißfallen des Pariser Publikums hervorgerufen. Sowohl die Regie von Otto Schenk wie das Bühnenbild von Jürgen Rose fanden keinen Beifall.

Ausstellung erinnert an Friedrich Spee

dpa, Trier

Eine Friedrich-Spee-Gedächtnisausstellung zum 350. Todestag des Barockdichters und Jesuitenpaters ist in der Trierer Stadtbibliothek eröffnet worden. In der Schau werden u. a. Originaldrucke der Werke Spees, Kupferstiche und Gemälde gezeigt. Ein Schwerpunkt der Ausstellung liegt auf der Frömmigkeit und der Hexenverfolgung im Kurfürstentum Trier. Friedrich Spee von Langenfeld lebte von 1591 bis 1635 und gilt als einer der bedeutendsten Barockdichter. Seine „Cautio Criminalis" von 1631 war Wegbereiter für das Ende der Hexenverfolgung in Deutschland.

Wiedereröffnung der Fränkischen Galerie

DW. Kronach

Die Fränkische Galerie auf der Veste Rosenberg in Kronach ist nach mehreren Monaten Pause wiedereröffnet worden. 200 Gemälde und Skulpturen des 13. bis 16. Jahrhunderts machen dieses Zweigmuseum des Bayerischen Nationalmuseums zu einer der bedeutendsten Sammlungen fränkischer Kunst von der Hochgotik bis zur Frührenaissance. Einen Höhepunkt der



Aus der Werkstatt Tilman Riemenschneiders: Hl. Maria Magdalena (li.) und Heilige mit Buch
FOTO: BAYERISCHES NATIONALMUSEUM

Ausstellung bilden die zahlreichen Werke Tilman Riemenschneiders und seiner Werkstatt. Zwei neue Glanzlichter unter den Riemenschneider-Skulpturen können nun erstmals in Kronach bewundert werden: die Figur einer hl. Maria Magdalena mit ihrem Gegenstück, einer noch nicht namentlich bestimmten weiblichen Heiligen in Witwentracht aus der Zeit um 1510/15.

Dampflok-Museum mit eigener Zeitschrift

DW. Kulmbach

Das Deutsche Dampflokomotiv-Museum in Neuenmarkt bei Kulmbach (Bayern) verfügt jetzt über ein eigenes Publikationsorgan. Wenige Tage nach der offiziellen Einweihung des Museums durch Bundesverkehrsminister Dollinger Anfang Mai erschien die erste Nummer der „DDM-Rundschau". Auf den 16 Seiten des 1. Heftes in Zeitungsformat stellt sich das Museum mit seinem Inventar (einem 15ständigen Lokschuppen mit 19 Dampflokomotiven) und seiner Lage (Talstation der berühmten „Schiefen Ebene") vor. Die Zeitung (Baumann Verlag, Kulmbach, 1 Mark) soll zweimal pro Jahr erscheinen.

Erste Bilanz des „sommerlangen Gartenfestes"

F. DIEDERICHS, Berlin

Die Premiere fand bei Schneeregen und eisigem Wind statt und ließ die Veranstalter der „Bundesgartenschau Berlin 1985" schon einen Minus-Besucherrekord befürchten. Diese Bedenken waren verfrüht.

Seit einer Woche strahlen die Organisatoren wie die Sonne über ihnen. Optimismus ist eingekehrt: „Wir liegen auf dem erwarteten Besucherschnitt von 25 000 Gästen pro Tag", skizzierte der Geschäftsführer der Bundesgartenschau (BUGA), Wolfgang Froehlich, die Lage in Berlins größtem künstlichen Park, der nach dem Ende der BUGA am 20. Oktober dieses Jahres als langersehntes Naherholungsgebiet für 600 000 Berliner der südlichen Arbeiterbezirke dienen soll.

Das 200-Millionen-Mark-Projekt, vom Stuttgarter Landschaftsarchitekten Wolfgang Miller in Szene gesetzt, blühte in den vergangenen Tagen auf. 200 000 Tulpen, Narzissen und Stiefmütterchen haben in den Beeten ihre Kelche geöffnet, die Staudengärten zeigen Blüten, und der Andrang in den Ausstellungshallen mit den 24 verschiedenen Blumenschauen, Zufluchtsort für die Naturfreunde während der Regentage, ebbt auch bei Sonnenschein kaum ab. Täglich laden rund 200 Reisebusse vor den fünf Eingängen der Bundesgartenschau Touristen aus ganz Deutschland aus, und zu den bevorstehenden Pfingstfeiertagen arrangierten die Berliner Fluggesellschaften wegen des „sommerlangen Gartenfestes" zahlreiche Sonderflüge an die Spree.

Gleich zwei Attraktionen haben sich zum „Renner" des 100 Hektar weiten Disneylandes der Gärtner entwickelt: die „Blumenbahn" und der 67 Meter hohe Aussichtsturm, Leihgabe einer Schweizer Firma und schon für die nächste Bundesgartenschau 1987 in Düsseldorf im Gespräch. Vor der „Blumenbahn", einer Eisenbahn im Miniformat für fußmüde Wanderer, bilden sich Besucherschlangen ebenso wie vor dem Turm, von dessen gläserner Kanzel der Blick zu jenen schweifen kann, die an der Bundesgartenschau nicht teilnehmen können: den Deutschen im anderen Teil der Stadt, rund um die Müggelberge.

Für Furore sorgen auch die 30 über das Areal verteilten Kunstwerke, die das Gartenfestival zum Rang einer eigenen Kunstausstellung erheben. „Viel Lob, wenig Kritik", hat BUGA-Manager Froehlich zur fünf Millionen Mark teuren Kunstschau festgestellt, die während der Ausstellungszeit auch mit mancherlei Aktionismus auf sich aufmerksam machen will: Am Wochenende brannten auf dem künstlichen See der Gartenschau zahlreiche Holzflöße ab – das war kein Versehen, sondern Bestandteil des Kunstwerks „Feuer-Kreuz" des Berliner Schaffenden Hermann Priegan.

Das erste europäische Nachtwächter- und Türmertreffen im fränkischen Rodach

Eine alte Zunft wacht wieder auf

Von CATRIN WILKENING

Guten Abend, Gute Nacht", tönte es vielstimmig aus dem Festzelt im oberfränkischen Städtchen Rodach in die Dunkelheit hinaus. Die da sangen, sangen sozusagen rein beruflich: Auf der Bühne standen 35 Nachtwächter und Türmer aus acht Ländern Europas. Die Vertreter dieser alten Zunft, die es noch oder, besser gesagt, wieder gibt, kamen jetzt im Thermalbad Rodach zu einem ersten Europäischen Nachtwächter- und Türmertreffen zusammen.

Vier Tage lang zogen sie mit Hörnern, Hellebarden und Laternen singend durch die Straßen des Städtchens, wurden vom Bürgermeister Rodachs, vom Oberbürgermeister der Kreisstadt Coburg, vom Landrat empfangen. Immerhin hatte der bayerische Kultusminister Hans Maier die Schirmherrschaft über das Treffen und er sowie Außenminister Hans-Dietrich Genscher hatten es nicht versäumt, den Rodacher Nachtwächtern Grußworte zu schicken. So blieben denn auch in den Reden der Stadtoberhäupter Anspielungen auf Parallelen zwischen dem Treffen europäischer Nachtwächter in Rodach und dem Gipfeltreffen in Bonn nicht aus.

Die Teilnehmer am Treffen kamen aus Münster und Hamburg, aus Rothenburg ob der Tauber, aus Krakau in Polen, Wörlitz in der „DDR", Trondheim in Norwegen oder Dartmouth in England. Professionelle Nachtwächter oder Türmer sind nur einige von ihnen, die meisten üben das Amt ehrenamtlich aus. Ludvig Skovronek aus Warschau zählt zu den hauptberuflichen Türmern. Seit zwanzig Jahren bläst er in seiner schmucken, blauen Uniform und Mütze stündlich vom Turm der berühmten Marienkirche mit der Trompete das „Mariensignal". Ein professioneller Türmer kam auch aus Hamburg. Hans-Heinrich Fiedler ist Küster an der „St. Michaeliskirche" und schickt dazu seit 27 Jahren Choräle vom Turm des „Michels" dem unten brausenden Verkehr entgegen.

Hans-Heinrich Fiedler war der einzige in Zivil. Die anderen hatten sich ihrer beruflichen Vorgänger besonnen und trugen Nachtwächter- oder Türmerkluften aus verschiedenen Epochen. In der Runde der zumeist dunkel Gewandeten stach der „Town Crier" aus dem britischen Dartmouth-Brixham hervor. In knallrotem Rock überbrachte der stattliche Ausrufer die Grüße seiner Heimatstadt. Peter Randall gehört zu den „Nachtwächtern" des 20. Jahrhunderts, die es verstehen, sich zu verkaufen: Im Sommer ruft er in seiner südenglischen Heimatstadt Hochzeiten, Kaffeklätsche oder andere wichtige Ereignisse aus und im Winter reist er für Werbefirmen durch die USA und Kanada.



„Der eingeschlafene Nachtwächter". Carl Spitzweg malte dieses Bild 1877 als deutsche Kleinstadtidylle. FOTO: DIE WELT

Doch es waren auch „echte" Nachtwächter darunter, mit Schnallenschuhen, schwarzem oder grauem Umhang und Schlapphut. Ihnen allen gemein ist der Stolz auf ihre Heimatstadt und auf die Zunft, die sie wieder zum Leben erweckt haben. Der Nachtwächter von heute ist eine Attraktion seiner Stadt. So kommen die meisten von ihnen aus einem „städtebaulichen Kleinod" Europas, das sich seinen mittelalterlichen Kern erhalten hat und damit Touristen anlockt.

Die Rolle des Aufpassers hat längst die Polizei übernommen. Sie hatte den Nachtwächter Ende des vorigen Jahrhunderts allmählich aus seinem Amt verdrängt.

Als einer der ersten „Neuzeit-Nachtwächter" machte der von Rodach von sich reden: Wolfgang Grosch, seit 1982 im Amt, erregte bei seinen Rundgängen das Mißfallen des Bürgermeisters: Er beschränkte sich nicht auf vorhandenes Liedgut, sondern würzte seine Weisen mit lokal- und kommunalpolitischen Anspielungen. Um die kabarettistische Seite seines Nachtwächterdaseins zu beenden, verpaßte der Bürgermeister ihm einen „Maulkorb". Der Erlaß, bald wieder aufgehoben, sorgte dennoch für Publizität. Grosch, übrigens ein Großneffe des letzten amtlichen Nachtwächters, nutzte seine Popularität und organisierte 1983 mit dem örtlichen Fremdenverkehrsverein ein deutsches Nachtwächtertreffen. Da war es zu einem europäischen nicht mehr weit.

Das Bild in Rodach war bunt, die Zunft zeigte sich in ihrer Vielfalt. Nachtwächter, Türmer, der Hemlstedter „Hausmann" oder das leibhaftige Wahrzeichen der Stadt Eschwege, Wolf-Dieter Jähnchen als „Dietemann", zum Beispiel. Eines war jedoch der überragende Eindruck: Auch im sogenannten sachlichen 20. Jahrhundert, und vielleicht gerade deswegen, besteht offensichtlich unverändert eine Sehnsucht nach Romantik.

Ein einsamer Poet mit Horn und Hellebarde

Von RUDOLF ZEWELL

Er war ein Außenseiter der Gesellschaft, gehörte keinem eigentlichen Gewerbe an und versah seinen Dienst zu einer Tageszeit, in der Bürger ihr Haupt in die Kissen legten. Vielleicht wurden ihm deshalb keine Denkmäler errichtet. Verdient hätte er sie. War doch er es, der über Jahrhunderte so manche Stadt vor Verderben bewahrte: der Nachtwächter.

Militärische Nachtwachen kannten schon die Hebräer, Griechen („Phylake") und Römer („Vigilia"); seit der Karolingerzeit gab es die „wahtāri", die Turm- und Burgwächter; den Mann mit Laterne, Horn und Hellebarde aber kennen wir erst aus dem späten Mittelalter. Mit dem Verfall des Rittertums und dem Erstarken der Städte als Zentren des Handels kam es zu immer heftigeren Fehden und Übergriffen der Raubritter. Die Städte aber wußten sich zu schützen. Sie stellten Bürgerwehren, sogenannte Scharwachen auf. Als die Zeiten dann ruhiger wurden, reduzierte man diese auf einzelne Wächter, die nach Eidesleistung angestellt und eher schlecht als recht entlohnt des nachts durch die Gassen zogen oder als Türmer von den Zinnen nach Feind und Feuer Ausschau hielten.

Etwa seit der Mitte des 14. Jahrhunderts, als in Deutschland die Turmuhren eingeführt wurden – die erste 1364 in Augsburg – mußten Nachtwächter die Stunden ausrufen. Aus dieser Zeit auch stammt der berühmte Stundenruf „Hört ihr Leut und laßt Euch sagen ..."

Die Aufgaben eines Nachtwächters waren klar umrissen, wie aus einer Verordnung des Stadtrates von Chemnitz (1488) hervorgeht, die bestimmt, daß sie „alle nacht uff allen creuczen der gassen sullen schreyen, wy vil der zeiger hat geschlagen, auch ein yczlicher sein feuer sol bewaren, und sullen angehen uff dy wach: im somer um zechene, anzcehubin Walpurgen (1. Mai) bis uff Michael (29. September); im winter sullen sy angehen umb sibene und abegehen umb funffe; im somer abzcugehen um dreye." Aus Konstanz ist ein Ratsprotokoll überliefert, nach dem dort zwölf Nachtwächter im Schichtdienst arbeiteten.

Da die Holzbauweise der meisten Häuser, die bis weit in die Neuzeit vorherrschte, jedem Feuer ausreichend Nahrung bot, stand folgender Mahnruf in den Aufgaben des Nachtwächters ganz obenan: „Gebet acht auf Feuer und Licht, / Denket nicht, ein Funke schadet nicht! / Ein Funke, sei er noch so klein, / Er äschert Städt und Dörfer ein."

Vornehmlich in kleineren Städten und Märkten hatte der Nachtwächter auch noch die Aufgabe einer Ortspolizei, die sich vor allem darin beschränkte, nach Dieben und lichtscheuem Gesindel Ausschau zu halten, Randalierer in den Arrest und Betrunkene nach Hause zu befördern. Und gerade diese Polizeigewalt war es, die seinem Ansehen negative Züge verlieh. Die Reaktion der Zecher war dementsprechend. Kneiplieder des 16. und 17. Jahrhunderts verraten nur zu deutlich, daß es zum Vollgenuß einer studentischen Nacht gehörte, den Nachtwächter verprügelt zu haben. Wer hätte dem armen Mann da übelnehmen wollen, wenn er manchmal Sperrstunde Sperrstunde sein ließ und der Sehnsucht nach innerer Erwärmung erlag.

Man würde dem Amt des Nachtwächters, der übrigens erst 1731 durch einen Reichsbeschluß den Bürgern gleichgestellt wurde, nicht gerecht, wollte man ihn nur als eine Art Vorstufe von Polizei und Weckdienst ansehen. Er war viel mehr ein Poet, wenn auch meist ein sehr prosaischer. Älter als der besagte Stundenruf ist nämlich sein Lied. Schon aus dem 13. Jahrhundert ist überliefert: „Der wechter uf der zinne saz, / Sine Tageliet er sanc, / Daz im sin stimme erklanc / Von groze done. / Er sanc: Ez tagete schone, / Der Tag, der schinet in den sal, / Wol uf, ritter, uber al, / Wol uf, ez ist tag!"

Wie oft wohl ist der Nachtwächter Zeuge verbotener Heimlichkeit geworden? Sein Gesang bedeutete für die Liebenden, voneinand Abschied nehmen zu müssen: „Wer heimlich minne, / der beginne / Zu wachen. Es ist Zeit. / Ich höre auf den Zweien / Singen unde schreien / Die Vogelin". Es waren keine Zeiten für Langschläfer. Um drei Uhr nachts erklang der Ruf „Auf, auf, auf, ihr Bürger, und schlafet nicht mehr lang! Die Nacht ist schon vergangen, der Tag fängt wieder an."

Während der Reformation erhielten die Nachtwächterlieder einen religiösen Charakter: „Um 10 Uhr denk' an d' Ewigkeit / Bis es thut 11 Uhr schlagen / Auch 12 Uhr ist keine sichere Stund' / Wenn du um 1 Uhr frisch und g'sund / Kannst um 2 Uhr du erbleichen."

Frömmigkeit und Ernst, aber auch der Schalk liegen in den Liedern der Nachtwächter. Und so manch einer von ihnen hat wohl auch um Mitternacht geglaubt von der Muse geküßt worden zu sein und sich an Reimereien versucht. Wer die deutsche Literatur durchblättert, dem begegnet er häufiger als angenommen: in Bonaventuras „Nachtwachen" etwa, in Dingelstedts „Liedern eines kosmopolitischen Nachtwächters" oder in der beeindruckenden Figur des Leibgeber in Jean Pauls Roman „Siebenkäs". Die Figur des Nachtwächters wurde durch die Dichtung erhöht. Brauchte sie da noch ein steinernes Denkmal?

Grubenunglück: Methangas war ausgeströmt

DW. Tokio

Das Grubenunglück auf der nordjapanischen Insel Hokkaido ist vermutlich auf mangelhafte Sicherheitsmaßnahmen zurückzuführen. Dies ist das Ergebnis von ersten Untersuchungen. In der Kohlengrube bei Yubari waren am Wochenende 62 Kumpel getötet und 24 weitere verletzt worden. In dem Unglücksstollen stellten Geologen eine hohe Konzentration von Methangas fest. Die Grube ist nach Angaben der Bergwerksleitung mit einem modernen Gasüberwachungssystem ausgerüstet. Es muß offensichtlich versagt haben.

Die Rettungsarbeiten wurden fünf Stunden lang dadurch behindert, daß keine frische Luft in die unteren Schächte des Bergwerks gelangen konnte. Die Ventilationsanlage war ausgefallen.

Dreimal lebenslang

v. K. Paris

Sechs ehemalige Mitglieder des inzwischen aufgelösten „Ordnungsdienstes" einer gaullistischen Vereinigung, die im Juni 1981 einen ehemaligen Kameraden und fünf seiner Familienangehörigen ermordet hatten, wurden vom Schwurgericht in Aix-en-Provence verurteilt. Der Anstifter Jean Maria sowie seine Mittäter *Lionel Collard* und *Ange Poletti* erhielten lebenslange, die übrigen Täter Haftstrafen von 15 bis zu 20 Jahren.

Gemeinsam in den Tod

dpa, Aachen

Drei – 15, 17 und 19 Jahre alte – Freunde haben sich in der Nacht zum Sonntag in einem Aachener Waldstück mit den Auspuffgasen eines Wagens vergiftet. Ein vierter – 16jähriger – überlebte. Über das Motiv gab die Polizei keine Auskunft.

Notstand ausgerufen

AP, Palm Coast/Florida

Im US-Bundesstaat Florida haben die seit einer Woche wütenden Buschbrände solche Ausmaße angenommen, daß Gouverneur Bob Graham den Notstand ausrief und die Nationalgarde zur Unterstützung der Feuerwehren mobilisierte. Die Flammen hatten sich bis zum Wochenende auf eine Fläche von schätzungsweise 40 000 Hektar ausgedehnt.

Juwelier beraubt

SAD, Cannes

Bei einem Überfall auf einen Juwelierhändler in Cannes an der Côte d'Azur haben fünf schwerbewaffnete Gangster Schmuck im Wert von umgerechnet rund einer Million Mark erbeutet. Drei Männer hielten die Familie des Juweliers in Schach, während sich die beiden anderen von dem Geschäftsmann die teuersten Stücke aushändigen ließen.

Epidemie unter Kontrolle?

dpa, London

Eine Epidemie der Legionärskrankheit, die in der Umgebung der mittelenglischen Stadt Stafford ausgebrochen war und bisher 36 Menschenleben gefordert hat, scheint unter Kontrolle gebracht worden zu sein. Seit mehreren Tagen sind keine neuen Fälle mehr registriert worden. Rund 50 Patienten konnten geheilt aus den Krankenhäusern entlassen werden.

Sekte muß zahlen

SAD, Portland

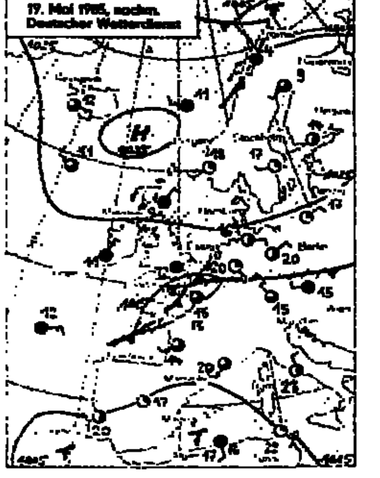
Einen Schadenersatz in Höhe von 39 Millionen Dollar erkannte ein Geschworenengericht in Portland (US-Bundesstaat Oregon) einer 27jährigen Frau zu, die die „Church of Scientology" verklagt hatte. Umgerechnet 10 000 Mark hatte die Frau für Unterricht und Lehrbücher bezahlt, die den Behauptungen der Kirche zufolge intelligenter machen und zu besserem Sehvermögen verhelfen sollten. Da nichts von dem eintrat, verklagte die Frau die Glaubensgemeinschaft.

ZU GUTER LETZT

„Besseres Mädchen (von kinderlosen Eltern) sucht Stellung als Empfangsdame in einer Hufschmiede." Aus der „Fundgrube" des „Münchner Merkur".

WETTER: Im Norden sonnig

Wetterlage: Im Bereich einer flachen Tiefdruckrinne wird in den Norden Deutschlands trockene Festlandsluft, in die übrigen Gebiete feuchtwarme Luft aus dem Mittelmeerraum geführt.



Vorhersage für Montag:
Im Norden sonnig, in der Mitte und im Süden wechselnd bewölkt und am Nachmittag einzelne Gewitter. Tageshöchsttemperaturen 19 bis 24 Grad. Tiefstwerte nachts 14 bis 10 Grad. Schwacher bis mäßiger, in Gewitternähe böig auffrischender Wind aus wechselnden Richtungen.

Weitere Aussichten:
Wenig Änderung des feucht-warmen und unbeständigen Wetters.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	20°	Kairo	34°
Bonn	19°	Kopenh.	15°
Dresden	18°	Las Palmas	19°
Essen	20°	London	12°
Frankfurt	18°	Madrid	17°
Hamburg	16°	Mailand	20°
List/Sylt	15°	Mallorca	17°
Munchen	15°	Moskau	7°
Stuttgart	14°	Nizza	17°
Algier	17°	Oslo	16°
Amsterdam	18°	Paris	15°
Athen	28°	Prag	16°
Barcelona	16°	Rom	23°
Brüssel	18°	Stockholm	17°
Budapest	19°	Tel Aviv	30°
Bukarest	27°	Tunis	22°
Helsinki	14°	Wien	15°
Istanbul	21°	Zürich	20°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 5.23 Uhr, Untergang: 21.15 Uhr; **Mondaufgang:** 5.57 Uhr, Untergang: 23.24 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Zu freundlich

Mitleid und Menschenliebe wurden ihm zum Verhängnis. Immer wenn **Tom Bindner** (37) in den Akten des Sozialamtes von Richmond bei San Francisco, in dem er angestellt war, Namen von sehr bedürftigen Frauen und Mädchen fand, griff er in seine Geldbörse und überwies ihnen umgerechnet 150 Mark. Der Menschenfreund, der nie einen Absender angab, verlor jetzt seinen Job wegen „Mißbrauchs amtlicher Unterlagen".

Ungewohnte Töne

Von einer neuen Seite zeigte sich „J. R."-Darsteller **Larry Hagman**. Im Duett mit dem irischen Flötenvirtuosen **James Galway** spielte er in der Londoner Royal Festival Hall – kurz vor Beginn des offiziellen Programmteils. Galway ist Mitglied des Symphonieorchesters von Dallas (US-Bundesstaat Texas), das ein Gastspiel in London gab. Kurz vor Konzertbeginn war „Dallas"-Star Larry Hagman auf die Bühne gekommen, hatte sich eine Querflöte ausgeliehen und zusammen mit Galway den amerikanischen Evergreen „Oh Danny Boy" intoniert.

Die Rückkehr des Monsters Godzilla

Der Riesendinosaurier stapft demnächst über die deutschen Kino-Leinwände

M. v. SCHWARZKOPF, Cannes

Vor der japanischen Küste kreuzt ein sowjetisches U-Boot. Wenige Minuten später ist es verschwunden. Moskau beschuldigt die Amerikaner, das Boot zerstört zu haben. Der Krieg scheint unausweichlich. Im letzten Augenblick aber offenbart der japanische Premierminister die Wahrheit. Nicht die Amerikaner haben das Schiff vernichtet, sondern Godzilla.

Wer oder was ist Godzilla? Kinofans in aller Welt wissen es. Godzilla ist ein Riesendinosaurier, der von der Atomexplosion in Japan 1945 in seinem unterirdischen Versteck aufgeweckt wurde. Godzilla schluckte eine gehörige Portion Radioaktivität und wurde – nun eben Godzilla. 1954 stapfte das Monster erstmals über die Leinwand und ist schon fast ebenso legendär wie King Kong, der Riesenaffe. Während aber King Kong umgebracht wurde, lebt Godzilla weiter.

In Cannes stellten die Japaner jetzt ein neues Godzilla-Drama vor, „Die Rückkehr Godzillas". Dieser Film, der in Japan alle Kassenrekorde brach, kommt im Juli auch in unsere Kinos. Allerdings werden die Freunde des Ungeheuers enttäuscht sein, denn obwohl der Film im Zeitalter größter filmtechnischer Möglichkeiten entstanden ist, wirkt Godzilla eher wie ein Pappmonster als ein „echter" Dinosaurier. Mit schrecklichem Gebrüll trampelt er durch ein Pappmaché-Tokio und will so recht niemandem das Fürchten lehren.

Natürlich verschwindet Godzilla am Schluß des Films. Doch endgültig besiegt ist er auch diesmal nicht. Als wir ihn 1954 das letzte Mal sahen, türmte sich eine ganze Insel über ihm auf. Das aber kann einen Godzilla nicht erschüttern. Ein kräftiger Sturm mit viel Gewitter – und der Bursche wird wieder munter.

Das wollen seine Fans in aller Welt nicht anders. In Japan zum Beispiel gehören Godzillas aus Stoff oder Plastik zum Lieblingsspielzeug der Kinder. Und bei uns soll das nun auch so werden. Wie in Cannes von den japanischen Verleihern zu hören war, werden wir nicht noch einmal 30 Jahre auf Godzillas Rückkehr warten müssen.



Wehe, wenn Godzilla zürnt FOTO: DIE WELT

Diesmal soll er früher geweckt werden. Schon im kommenden Sommer wird Godzilla erneut Angst und Schrecken verbreiten.